

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	4
1.1 Rechtsextremismus.....	7
1.1.1 Entwicklungen und Tendenzen	7
1.1.2 Mitgliederzahlen	19
1.1.3 Bericht des Justizministeriums NRW	20
1.2 Linksextremismus und -terrorismus	20
1.2.1 Linksextremistischer Terrorismus: Entwicklungstendenzen	20
1.2.2 Sonstiger Linksextremismus: Entwicklungstendenzen.....	23
1.2.3 Mitgliederzahlen	31
1.2.4 Bericht des Justizministeriums NRW	31
1.3 Ausländerextremismus und -terrorismus.....	31
1.3.1 Entwicklungstendenzen	31
1.3.2 Mitgliederzahlen	36
1.4 Fremdenfeindliche und andere politisch motivierte Straf- und Gewalttaten	36
1.4.1 Fremdenfeindliche Straftaten	36
1.4.2 Politisch motivierte Gewalttaten	39
2 Rechtsextremismus.....	42
2.1 Rechtsextremistische Organisationen, Gruppierungen und Strömungen.....	42
2.1.1 Anti-Antifa-Kampagne	42
2.1.2 Deutsch-Europäische Studiengesellschaft (DESG)	43
2.1.3 Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH).....	44
2.1.4 Deutsche Nationalisten (DN).....	48
2.1.5 Deutsche Volksunion (DVU)	50
2.1.6 Deutscher Arbeitnehmer-Verband e.V. (DAV) - Vorstandsebene	55
2.1.7 Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes e.V. (DKEG)	56
2.1.8 Die Bürger - National-liberale Partei für Deutschland.....	57
2.1.9 Die Republikaner (REP).....	57
Oben: REP-Wahlkampfzeitung; unten: REP-Parteizeitung	61
2.1.10 Freie Wählergemeinschaft Düsseldorf e.V. (FWG).....	63
2.1.11 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) - verboten -	63
Aufkleber der FAP	67
2.1.12 Freundeskreis Unabhängige Nachrichten (UFK).....	69
2.1.13 Gesellschaft für freie Publizistik e.V. (GfP)	70
2.1.14 Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF).....	71
2.1.15 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG).....	72
Aus: HNG-Nachrichten Januar 1995, Seite 11	72
2.1.16 Initiative Gesamtdeutschland (IG).....	73
2.1.17 Junge Nationaldemokraten (JN).....	73
2.1.18 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).....	77
2.1.19 Nationaldemokratischer Hochschulbund e.V. (NHB).....	81
2.1.20 Nationalistische Front (NF) - verboten -	84
2.1.21 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/ Auslands-und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)	86
2.1.22 Neue Rechte	88

2.1.22 "Neue Rechte".....	91
2.1.23 Rechtsextremistische Skinheads	91
2.1.24 Revisionismus	93
2.1.25 Sauerländer Aktionsfront (SAF)	104
2.1.26 Unabhängige Arbeiter-Partei e.V. (Deutsche Sozialisten) (UAP).....	105
2.1.27 Wiking-Jugend (WJ) - verboten -	106
2.2 Rechtsextremistische Publikationen, Verlage, Vertriebe, Medien	107
2.2.1 Publikationen	108
2.2.1.1 Deutschland - Schrift für neue Ordnung.....	108
2.2.1.2 Europa Vorn aktuell, Europa Vorn spezial, "hoppla!"	109
2.2.1.3 Freiheit Wattenscheid	110
2.2.1.4 Junge Freiheit (JF)	111
2.2.1.5 Leitheft	115
2.2.1.6 Nation und Europa - Deutsche Rundschau.....	115
2.2.1.7 Staatsbriefe	118
2.2.1.8 "Wehr' Dich"	122
2.2.2 Verlage und Vertriebe	122
2.2.2.1 Donner Versand	122
2.2.2.2 Landwehr-Verlag.....	123
2.2.2.3 Verlag und Versandhandel Meinolf Schönborn.....	123
2.2.3 Mailboxen.....	123
2.2.4 Nationale Infotelefone (NIT)	126
3 Linksextremismus und -terrorismus	128
3.1 Linksextremistischer Terrorismus.....	128
3.1.1 Antiimperialistische Zelle (AIZ).....	128
3.1.2 Revolutionäre Zellen (RZ) / Rote Zora	137
3.1.2.1 Rote Zora	137
3.1.2.2 Revolutionäre Zellen (RZ)	138
3.1.3 Rote Armee Fraktion (RAF)	138
3.1.3.1 RAF - Komandoebene	138
3.1.3.2 RAF - Inhaftierte.....	141
3.1.3.3 RAF - Umfeld	143
3.2 Sonstige linksextremistische Organisationen.....	144
3.2.1 Deutsche Kommunistische Partei (DKP).....	144
3.2.2 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD).....	147
3.2.3 Militante Autonome	150
3.2.4 Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)	156
3.3 Linksextremistische Publikationen, Verlage, Vertriebe, Medien.....	158
3.3.1 Publikationen	158
3.3.1.1 Agitare Bene	158
3.3.1.2 "Antifaschistische" Publikationen von Linksextremisten.....	158
3.3.1.3 Arranca	158
3.3.1.4 Clash	159
3.3.1.5 Interim	160
3.3.1.6 radikal	160
3.3.1.7 Ruhrgebietsinfo.....	160
3.3.2 Mailboxen.....	160

3.3.3 Infotelefone	161
3.3.4 Autonome Infoläden und autonome Zentren.....	161
4 Ausländerextremismus und -terrorismus.....	162
4.1 Türken.....	162
4.1.1 Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln (Kaplan-Verband - ICCB).....	162
4.1.2 Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V. - Avrupa Milli Görüs Teskilatleri - (AMGT).....	162
4.1.3 Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF) - Türk- Föderation (sog. "Graue Wölfe").....	163
4.1.4 Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) - verboten -.....	164
4.1.5 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten- Leninisten (TKP/ML).....	166
4.2 Kurden: Arbeiterpartei Kurdistans - Partiya Karkeren Kurdistane - (PKK) - verboten -.....	169
4.3 Iraner: Iranische Moslemische Studenten- Vereinigung e.V. Bundesrepublik Deutschland (IMSV).....	177
4.4 Palästinenser: Hamas, DFLP/PFLP, ANO, PFLP-GC.....	178
4.5 Libanesen: Hizb-Allah	179
4.6 Algerier: Front Islamique du Salut (FIS).....	179
4.7 Srilanker/Tamilen: Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE).....	179
5 Spionageabwehr	181
6 Wirtschaft und Geheimschutz	183
7 Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen	184
7.1 Gesetzliche Grundlagen.....	184
7.2 Aufbau, Organisation, Haushalt, Personal	184
7.3 Aufgaben des Verfassungsschutzes	184
7.4 Arbeitsweise des Verfassungsschutzes	185
7.5 Nachrichtendienstliche Mittel der Informationsbeschaffung	186
7.6 Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis	187
7.7 Das Nachrichtendienstliche Informationssystem (NADIS)	188
7.8 Informationsaustausch und Weitergabe von Erkenntnissen	189
7.9 Verfassungsschutz durch Aufklärung - Öffentlichkeitsarbeit	189
7.10 Kontrolle des Verfassungsschutzes	193
7.11 Neufassung des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzgesetzes	195
8 Abkürzungsverzeichnis	198

Vorwort



Im Wahljahr 1994 sind die extremistischen Parteien von rechts und links ohne Erfolge geblieben. Dennoch besteht die Gefährdung der freiheitlichen Demokratie durch politischen Extremismus fort, weil neue Entwicklungen (wie das Aufkommen der "Neuen Rechten") und neue Gruppierungen (terroristische AIZ) verstärkt auftreten, während bekannte Phänomene etwas an Bedeutung zu verlieren scheinen.

Im rechtsextremistischen Bereich hatten sich vor allem die sogenannten Republikaner für das Jahr 1994 erhofft, in die Parlamente einziehen zu können, was Ihnen aber nirgendwo gelungen ist. Eine kritische öffentliche Diskussion über Ziele und Zustand der REP hat zu den Wahlniederlagen beigetragen.

Dennoch bleiben die REP nicht ungefährlich. Die parteiinternen Auseinandersetzungen spitzen sich zwar zu, und eine Spaltung der REP in NRW ist nicht ausgeschlossen, aber noch sind sie die Partei mit der stärksten Organisationskraft im rechtsextremistischen Lager.

Neonazis konnten 1994 keine erfolgreichen Aktionen durchführen. Zu spektakulären Aufmärschen wie in Fulda 1993 kam es dank des massiven Einsatzes der Sicherheitsbehörden in der groß angekündigten Heiß-Gedenkwoche im August 1994 nicht. Nach dem Verbot der Wiking-Jugend am 10. November 1994 und dem Verbot der FAP am 24. Februar 1995 ist eine Neuorientierung im Lager der Neonazis zu erwarten. Überlegungen von FAP-Mitgliedern, in die NPD einzutreten oder autonome Gruppen zu bilden, wurden bisher nicht realisiert. Mit Sorge sehe ich allerdings, daß einzelne Neonazis als Reaktion auf die staatlichen Verbotsmaßnahmen terroristische Aktivitäten entwickeln könnten.

Erstmals wird im Verfassungsschutzbericht die sogenannte "Neue Rechte" ausführlich dargestellt. Bei ihr handelt es sich nicht um eine festgefügte Organisation oder homogene politisch ideologische Richtung. Diese Strömung strebt vielmehr eine geistig-politische Hegemonie in der Bundesrepublik Deutschland an und vertritt dabei auch deutlich rechtsextremistische Ideen. Diesen intellektuellen Rechtsextremismus halte ich für gefährlicher als die rechtsextremistischen Gruppen alter Prägung.

Positiv zu vermerken ist, daß die Zahl der fremdenfeindlichen Straftaten 1994 gegen-

über den beiden Vorjahren deutlich zurückging. Sie bewegt sich aber immer noch auf einem erschreckend hohen Niveau, das wir nicht einfach hinnehmen dürfen. Zur Entwarnung besteht daher kein Anlaß.

Die Gefährdung durch linksterroristische Gruppen hat sich etwas von der RAF auf andere terroristische Gruppen verlagert. Die RAF hat seit zwei Jahren keinen Anschlag mehr verübt. Dafür tritt zunehmend die terroristische "Antiimperialistische Zelle" (AIZ) mit Anschlägen in den Vordergrund. Nach zwei Sprengstoffanschlägen im Jahr 1994 verübte sie im Januar 1995 einen weiteren Anschlag auf das Haus eines ehemaligen parlamentarischen Staatssekretärs. Bei der Art und Ausführung der Anschläge wurde auch in Kauf genommen, Unbeteiligte zu verletzen oder zu töten. Die Aktivitäten linksextremistischer Autonomen waren auch 1994 von hoher Gewaltbereitschaft geprägt. Gewalttaten werden immer wieder unter dem Deckmantel eines "Antifaschismus" ausgeübt, dem Staat wird unterstellt, auf dem rechten Auge blind zu sein. Verfassungsschutzberichte und vielfältige staatliche Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus belegen jedoch, daß die Vorwürfe gegen den Staat völlig unzutreffend sind und nur der Legitimation der eigenen Gewalttätigkeit dienen.

Die DKP, die im Wahljahr 1994 nur zu den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen antrat, büßte sämtliche Mandate ein und verlor damit weiter an Bedeutung. Zu einem Sammelbecken für ehemalige und aktive Mitglieder linksextremistischer Organisationen ist in Nordrhein-Westfalen die PDS geworden. Das Bild der PDS wurde nicht nur von der Kandidatur zahlreicher DKP-Mitglieder und weiterer Linksextremisten auf den offenen Listen der PDS bestimmt, sondern auch von ihrer intensiven Zusammenarbeit mit großen Teilen des linksextremistischen Spektrums. Es ist festzustellen, daß extremistische Gruppen der sogenannten "Neuen Linken" die PDS als Dachverband für sich nutzen. Insofern ist hier ein wichtiger struktureller Unterschied zur PDS-Parteiorganisation in den neuen Ländern festzustellen.

Die PDS wird vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz allerdings nicht mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet, unter anderem, um einen durch "Martyrertum" möglichen Solidaritätseffekt im linksextremistischen Spektrum zu vermeiden. Der Bereich des Ausländerextremismus wird von der verbotenen PKK und mit zunehmender Bedeutung von islamisch-extremistischen Organisationen geprägt.

Die Anschlagserie seit Anfang März 1995 belegt das Bestreben der PKK, die Bundesrepublik zum "Kampfgebiet zwei" zu machen.

In dieser Situation muß der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz seine Nachrichtenbeschaffung unter erschwerten Bedingungen durchführen. Durch das von mir mitgetragene Betätigungsverbot gegen die PKK sowie ihre Teilorganisationen verhalten sich die PKK-Aktivisten immer konspirativer, die Anschlagsvorbereitungszeit wird immer kürzer und der Teilnehmerkreis immer kleiner. Trotz einiger Bekenntnisse der PKK zur Friedfertigkeit gehe ich davon aus, daß die Gewaltaktionen in Deutschland noch zunehmen werden, wenn die türkische Regierung mit ihren militärischen Maßnahmen gegen die PKK Erfolg haben sollte, ohne den Kurden zugleich größere Autonomie einzuräumen.

Abschließend sollte nicht vergessen werden, daß sich die Tätigkeit des Verfassungsschutzes in den Bereichen der Spionageabwehr und des Geheimschutzes seit 1989 zwar wesentlich verändert hat, aber keineswegs obsolet geworden ist. Die Nachrichtendienste der GUS-Staaten konzentrieren sich auf Wirtschaftsspionage, andere Staaten bemühen sich, Beschränkungen des Rüstungsexports zu unterlaufen.

Die Tätigkeit des Verfassungsschutzes im Interesse einer wehrhaften Demokratie bleibt damit mehr als 5 Jahre nach dem Fall der Mauer und 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs weiter wichtig und erforderlich.

Das neue Verfassungsschutzgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen, das am 26. Januar 1995 in Kraft getreten ist, trägt dazu bei, daß der Verfassungsschutz zur der Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung über das nötige Instrumentarium auf rechtsstaatlich gesicherter Grundlage verfügt.

Düsseldorf, im April 1995

(Dr. Herbert Schnoor)

1.1 Rechtsextremismus

1.1.1 Entwicklungen und Tendenzen

Das Jahr 1994 war im Bereich des Rechtsextremismus gekennzeichnet durch die folgenden Entwicklungen:

- Die Partei Die Republikaner (REP) erlebte einen spürbaren Niedergang aus einer Position mit hohen Erwartungen für das Superwahljahr 1994. Der Partei blieben Wahlerfolge versagt, nach innerparteilichen Machtkämpfen verzichtete der langjährige Vorsitzende Schönhuber auf eine erneute Kandidatur und wurde durch den Fraktionsvorsitzenden der REP im Landtag Baden-Württemberg, Schlierer, ersetzt.
- Das gesamte Spektrum der rechtsextremistischen Organisationen befand sich gegen Ende des Jahres 1994 in einer Situation aus Frust und Orientierungslosigkeit, verursacht vor allem durch mangelnde politische Erfolge bei den Wahlen und durch fehlende öffentliche Zustimmung.
- In der Neonaziszene entstanden Konzepte für eine Neuformierung der zersplitterten Gruppen unter Verzicht auf angreifbare Organisationsstrukturen; sie konnten bisher nicht verwirklicht werden.
- Rechtsextremistische Publizisten und Protagonisten der ideologischen Strömung der "Neuen Rechten" versuchten 1994 verstärkt, nationalistisches und antidemokratisches Gedankengut in öffentliche Diskussionen einzubringen, beispielsweise bei der Diskussion über die Direktwahl des Bundespräsidenten, über internationale Einsätze der Bundeswehr und über das umstrittene Deckert-Urteil des Landgerichts Mannheim über die Leugnung des Völkermords an den Juden.
- Die Zahl der fremdenfeindlichen Straftaten in Nordrhein-Westfalen ist während des Jahres 1994 deutlich zurückgegangen. Zur Entwarnung besteht allerdings kein Anlaß.

Schwächung der REP

Anfang 1994 waren die REP die organisatorisch stärkste rechtsextremistische Partei und gingen mit hohen Erwartungen in die bevorstehenden Wahlen des Superwahljahres 1994. Bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg am 19. September 1993 hatten die REP mit 4,8 % nur knapp den Einzug in die Hamburger Bürgerschaft verfehlt. Das Ergebnis der Deutschen Volksunion (DVU) mit 2,8 % führte zu der Einschätzung, daß die 5 %-Klausel bei den bevorstehenden Wahlen überwunden werden könnte, wenn die REP als einzige rechtsextremistische Partei zu den Wahlen anträten. Die Auseinandersetzungen um die aussichtsreichen vorderen Listenplätze wurden entsprechend heftig geführt. Der nordrhein-westfälische REP-Landesvorsitzende ging z.B. fast sicher davon aus, auf Listenplatz 5 in das Europäische Parlament einzuziehen

Öffentliche Diskussion über die REP

In den ersten Monaten des Jahres 1994 entwickelte sich eine kritische öffentliche Diskussion über den rechtsextremistischen Charakter der REP.

So entschied am 13. Januar 1994 das Oberverwaltungsgericht Münster in einem Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes, die Beobachtung des REP-Landesverbandes durch den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz sei zulässig, da ausreichende tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht vorlägen, daß von der

Partei Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgingen. Da der Bundesminister des Innern zur gleichen Zeit die REP zurückhaltender beurteilte, entspann sich eine bundesweite Debatte über die Bewertung dieser Partei. Strafrechtliche Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Beteiligung von "Republikanern" an Straftaten und eine in diesem Zusammenhang durchgeführte Durchsuchung der Bundesschiedsstelle der Partei in München fanden in den Medien breite Aufmerksamkeit. Auch durch Berichte über die meist ineffektive und von internen Zwistigkeiten geprägte Arbeit der REP in Kommunalparlamenten wurde das Bild der Partei in der Öffentlichkeit negativ beeinflusst.

Der Ansehensverlust der REP verstärkte sich durch antisemitische Äußerungen des Parteivorsitzenden Schönhuber gegen den Bundesvorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, und gegen den Schriftsteller Ralf Giordano nach einem Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck im März 1994.

Im Mai 1994 folgten die spektakulären Parteiaustritte der Bundesschriftführerin und des Bundesorganisationsleiters unter Berufung auf rechtsextremistische Auffassungen in Partei und Bundesvorstand.

Flügelkämpfe nach der Europa-Wahl

Bei der Europawahl am 12. Juni 1994 erreichten die REP bundesweit 3,9 % und verpaßten den erneuten Einzug in das Europaparlament. In Nordrhein-Westfalen erzielten sie nur 2,7 %. Dieses Ergebnis wurde in der Partei als eine enttäuschende Niederlage empfunden, für das zunehmend der Parteivorsitzende Schönhuber persönlich verantwortlich gemacht wurde. Ein offener Richtungsstreit um Schönhuber entzündete sich an dessen gemeinsamer Presseerklärung mit dem DVU-Vorsitzenden Frey vom August 1994, mit der beide "zu Beginn der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes ein Zeichen setzen und eine Selbstblockade verhindern" wollten. Die Presseerklärung berührte das über Jahre gepflegte Selbstverständnis der REP, die sich bis dahin formal mit eindeutigen Abgrenzungsbeschlüssen von anderen rechtsextremistischen Parteien distanziert hatten. Insofern signalisierte die Erklärung der Partei und der Öffentlichkeit gleichermaßen, daß die bisherige Abgrenzung nach rechts aufgegeben werden solle. Gegnern des autoritären Führungsstils Schönhubers im Bundesvorstand und in verschiedenen Landesverbänden bot sich eine Gelegenheit zur Veränderung der Machtverhältnisse in der Partei. Anfang Oktober setzte der Bundesvorstand Schönhuber als Bundesvorsitzenden ab. Die gerichtliche Aufhebung dieser Maßnahme kurz vor der Bundestagswahl verstärkte noch das Bild innerparteilicher Zerrissenheit.

Enttäuschung nach den Wahlen

Die Wahlergebnisse der REP bei den verschiedenen Landtagswahlen, bei der Europawahl und bei der Bundestagswahl blieben weit hinter den Erwartungen der Funktionäre zurück. Nirgendwo schafften die REP den Einzug in Parlamente und Stadträte trotz Wahlverzichts anderer rechtsextremistischer Parteien zu ihren Gunsten. Nicht einmal in ihrem Stammland Bayern konnten die REP im September 1994 die 5-Prozent-Hürde überspringen. Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen verlor die Partei alle Mandate und damit eine wesentliche Basis für ihre politische Arbeit.

Wahlergebnisse der REP, NPD und DVU im Wahljahr 1994

WAHL/DATUM	REP	NPD	DVU
Bürgerschaftswahl Hamburg 19. September 1993 (1991)	4,8 (1,2)	--	2,8 (-)
Landtagswahl Niedersachsen 13. März 1994 (1989)	3,7 (1,5)	0,2 (0,2)	--
Europawahl 12. Juni 1994 (1989)			
NRW:	2,7 (4,1)	0,2 (-)	-- (1,3)
Bund:	3,9 (7,1)	0,2 (-)	-- (1,6)
Landtagswahl Sachsen-Anhalt 26. Juni 1994 (1989)	1,4 (0,6)	--	--
Landtagswahl Brandenburg 11. September 1994 (1990)	1,1 (1,1)	--	--
Landtagswahl Sachsen 11. September 1994 (1990)	1,3 (-)	--	--
Landtagswahl Bayern 25. September 1994 (1990)	3,9 (4,9)	0,1 (-)	--
Landtagswahl Saarland 16. Oktober 1994 (1990)	1,4 (3,4)	-- (0,2)	--
Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 16. Oktober 1994 (1990)	1,0 (0,9)	0,1 (0,2)	--
Kommunalwahlen Nordrhein-Westfalen 16. Oktober 1994 (1989)	0,6 (2,3)	0,0 (0,1)	--
Bundestagswahl 16. Oktober 1994 (1990)			
NRW:	1,3 (1,3)	-- (0,2)	--
Bund:	1,9 (2,1)	-- (0,3)	--

Bei der Bundestagswahl konnten die REP zwar keine nennenswerten Erfolge erzielen, jedoch weitgehend an das Wahlergebnis von 1990 anknüpfen. Am 16. Oktober 1994 erzielten die REP bundesweit 1,9 %, also nur 0,2 % weniger als bei der vorangegangenen Bundestagswahl. In Nordrhein-Westfalen konnten die REP das 1,3 %-Ergebnis sogar halten. Wegen der höheren Wahlbeteiligung bedeutete dies einen realen Stimmenzuwachs von 5.723 Wählern. Zusammenfassend sind die Ergebnisse der REP bei den Wahlen zwar aus der Sicht der hohen Erwartungen vom Jahresanfang enttäuschend, jedoch keine Niederlagen, die die Existenz der Partei gefährden könnten.

Aus für den Parteivorsitzenden Schönhuber

Auf dem Bundesparteitag am 17. Dezember 1994 in Sindelfingen verzichtete Schönhuber auf eine erneute Kandidatur, nachdem er kurz zuvor erneut durch das Schiedsgericht des bayerischen Landesverbandes amtsenthoben worden war. Zum Nachfolger wurde Rolf Schlierer gewählt, der in seiner Antrittsrede eine klare Abgrenzung gegenüber DVU und anderen rechtsextremistischen Parteien betonte.

Programm und Politik der REP unverändert

Die politische Ausrichtung der REP hat sich nicht verändert. Die Auseinandersetzungen in der zweiten Jahreshälfte 1994 waren keine Konflikte um politische Inhalte, sondern um innerparteiliche Machtpositionen und Strategien. An den Programmen der Partei hat sich nichts geändert, ein nennenswerter Austausch von Funktionären und Mitgliedern hat nicht stattgefunden. Eine personelle oder programmatische Erneuerung steht nicht zu erwarten. Offen ist allenfalls, ob sich die Haltung der REP zu den anderen rechtsextremistischen Parteien ändert.

Trotz der Ergebnisse bei den Wahlen des Jahres 1994, die den REP eine staatliche Parteienfinanzierung sichern würde, ist die finanzielle Lage der Partei ungeklärt, da der Bundesschatzmeister es 1994 versäumte, die notwendigen Anträge beim Bundestagspräsidium zu stellen. Dadurch dürften der Partei Rückzahlungsverpflichtungen für Vorschüsse in Höhe von einigen Millionen DM entstehen.

Nach dem entmutigenden Bundestagswahlergebnis gibt es in Nordrhein-Westfalen klare Anzeichen für wieder beginnende politische Aktivitäten des Landesverbandes. Die Position des Landesvorsitzenden Goller und seiner Vertrauten ist seit dem Bundesparteitag in Sindelfingen und dem Wechsel im Parteivorsitz gestärkt, zumal die stellvertretende Landesvorsitzende auch zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt wurde. Derzeit sammelt der Landesverband die erforderlichen Unterschriften, um zur Landtagswahl NRW im Mai 1995 antreten zu können.

Keine Erfolge für die anderen rechtsextremistischen Parteien

Den anderen rechtsextremistischen Parteien, wie NPD, Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) und DVU, blieben Erfolge bei den Wahlen 1994 oder eine anderweitige öffentliche Resonanz auf ihre politischen Aktivitäten versagt. Das gesamte rechtsextremistische Spektrum bis hin zu Teilen der Neonazis ging zu Beginn des Jahres 1994 sicher vom Einzug der REP in die Parlamente aus und sah darin, zumindest mittelbar, einen wichtigen Ansatz, um rechtsextremistische Positionen auszubauen. Die DVU verzichtete vollständig auf eine Beteiligung an den Wahlen. Die DLVH trat lediglich bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, beschränkt auf die Städte Köln und Hagen, an.

Die NPD beteiligte sich zwar an der Europawahl und an den Landtagswahlen in Niedersachsen, Bayern und Mecklenburg-Vorpommern, verzichtete jedoch auf eine Beteiligung an der Bundestagswahl. Die Ergebnisse der NPD lagen zwischen 0,1 % und 0,2 %. Sie wurden auch von der Partei selbst als unbefriedigend empfunden, da sie in keinem Fall auch nur annähernd an die Größenordnung herankam, die für eine staatliche Parteienfinanzierung erforderlich gewesen wäre. Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen trat die NPD nur in Bonn, Dortmund und im Kreis Steinfurt an und blieb bedeutungslos.

Hoffnung auf Annäherung an die REP

Der weitgehende Wahlverzicht von DVU, NPD und DLVH beruhte im wesentlichen auf einer realistischen Einschätzung der eigenen Wahlaussichten. Die vermutete Konzentration von Wählerstimmen auf die REP war nicht das Ergebnis einer breit abgestimmten Strategie. Der Hamburger Neonazi Christian Worch propagierte allerdings eine Strategie zur Unterstützung der REP im Wahlkampf, da er davon ausging, über politisch nahestehende Mandatsträger in den Fraktionen politischen Einfluß ausüben zu können. Dementsprechend entwickelten kleinere Neonazigruppen einzelne Wahlkampfaktivitäten zu Gunsten der REP. Trotz der grundsätzlichen Abgrenzung der REP gegenüber den anderen rechtsextremistischen Organisationen gingen

diese spätestens seit der gemeinsamen Presseerklärung des REP-Vorsitzenden Schönhuber und des DVU-Vorsitzenden Frey im August 1994 davon aus, daß es nach der Bundestagswahl zu einer Annäherung der REP an die übrigen rechtsextremistischen Parteien kommen werde. Diese Erwartungen sind nach der Erfolglosigkeit der REP bei der Bundestagswahl, den parteiinternen Machtkämpfen bei den REP und seit dem Rückzug Schönhubers vom Parteivorsitz einer weitgehenden Ernüchterung gewichen. Ende 1994 waren in der gesamten Szene Frust und Orientierungslosigkeit festzustellen. Es gibt zur Zeit kaum Chancen, die bestehende Zersplitterung der Szene durch eine Neuformierung zu überwinden.

NPD

Die NPD verharrt weiterhin in Bedeutungslosigkeit, verfügt aber trotz aller mangelnden Erfolge nach wie vor über einen festen Stamm an Mitgliedern und Funktionären. Sie hält sich für übertrittswillige Mitglieder von den REP bis hin zur FAP offen. Im übrigen versuchte die NPD 1994 aus der bundesweiten Publizität des sogenannten Deckert-Urteils des Landgerichts Mannheim gegen den NPD-Vorsitzenden parteipolitisches Kapital zu schlagen. Deckert hat als konsequenter Leugner des Holocaust in Kreisen von Rechtsextremisten durch seine Prozesse an Ansehen gewonnen. Dies kam allerdings der NPD als Partei weder bei den Wahlen noch in einem Zuwachs an Mitgliedern zugute.

DVU

Die DVU setzte sich im Superwahljahr keinem Risiko aus und sparte die Kosten für eine ohnehin als erfolglos eingeschätzte Wahlteilnahme. Der DVU-Vorsitzende Frey konnte das Medienecho aus dem Jahre 1993 im Zusammenhang mit seinen Kontakten zu dem russischen Rechtsextremisten Schirinowskij nicht wiederholen. Im übrigen waren kaum politische Aktivitäten der DVU festzustellen. Eine innerparteiliche Willensbildung gibt es kaum, der DVU-Vorsitzende konzentriert sich im wesentlichen auf die kommerzielle Verbreitung seiner Publikationen. Nach den Feststellungen des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen muß die Mitgliederzahl des Landesverbandes erheblich nach unten korrigiert werden. Entgegen den früheren Angaben ist von maximal 3.300 Mitgliedern auszugehen, die jedoch kaum politische Aktivitäten entwickeln.

**Wer zu feige ist,
rechts zu wählen,
muß
*Überfremdung,
Korruption und
Sozialabbau*
weiter ertragen!**

**Deutschland braucht Veränderung!
REPUBLICANER in den Bundestag!**



Eine Initiative der *Nationalen Liste*, Postfach [REDACTED], [REDACTED] HH
zur Unterstützung des Bundestageswahlkampfes der REPUBLICANER

Wahlwerbung der am 24. Februar 1995 verbotenen
»Nationalen Liste« für die REP

DLVH

Die DLVH verfehlte ihr Ziel, durch ein positives Ergebnis bei den Kommunalwahlen in Köln und Hagen eine günstige Ausgangsposition für eine eventuelle Zusammenarbeit mit den REP zu erreichen. Die weitere Zukunft der Partei ist offen.

Ansätze zur Neuformierung der Neonaziszene vorerst versandet

Im ersten Halbjahr 1994 entwickelten jüngere Neonazi-Funktionäre Versuche, neue Formen der Zusammenarbeit über die bestehenden Organisationen hinweg zu schaffen. Damit sollten u.a. bestehende und künftige Organisationsverbote unterlaufen werden. Die Träger dieser Konzeption wollen

- die Neonaziszene enger vernetzen und die bestehende Zersplitterung nach dem Vorbild der linksextremistischen autonomen Szene überwinden,
- dadurch politisch schlagkräftiger und für die Medien attraktiver werden,
- durch "Organisierung ohne Organisation" die Politik der Partei- und Organisationsverbote unterlaufen.

Träger der beginnenden Neuformierung waren einzelne Funktionäre verbotener oder vom Verbot bedrohter Organisationen. In einem Strategiepapier eines Hamburger FAP- Funktionärs wurden u.a. die folgenden Ziele formuliert:

- Ablehnung einer einheitlichen rechtsextremistischen Partei;
- Schaffung einer integrierten "Nationalen Bewegung" durch Stützpunkte auf Ortsebene, Räte von anerkannten Führern auf regionaler Ebene und einen bundesweiten Ältestenrat als "Elite der Nationalen Bewegung";
- technische Unterstützung der Vernetzung durch Nationale Info-Telefone und Mailboxen, zumindest auf regionaler Ebene.

In Nordrhein-Westfalen unternahm die FAP erste Schritte zur Umsetzung dieser Konzeption, betrieben insbesondere durch ihren Landesgeschäftsführer. Mit Beschluß vom 14. Mai 1994 löste der Landesverband NRW alle Kreisverbände auf und wandelte sie in Stützpunkte der örtlichen Aktivisten um. Seit dem 2. Juli 1994 betreibt ein Düsseldorfer FAP-Aktivist das "Nationale Info-Telefon Rheinland".

Seit dem Herbst 1994 haben die Aktivitäten zur Neuformierung auch in Nordrhein-Westfalen deutlich nachgelassen. Die Umorganisation der FAP wurde wieder in Frage gestellt, weil einzelne Kreisverbände an der alten Struktur festhalten wollten. Auch die bundesweiten Koordinierungen führender Funktionäre der verschiedenen Neonazigruppen wurden in den letzten Monaten des Jahres 1994 nicht fortgeführt. Einige Funktionäre, die im Sinne dieser Strategie tätig waren, haben sich inzwischen zurückgezogen oder sind aus ihren Organisationen ausgeschieden. Es ist ungewiß, ob die Versuche zur Neuformierung der Neonaziszene fortgeführt werden können.

Autonome Neonazis - Widerspruch in sich?

Als entscheidende Schwäche der neuen "autonomen" Strategie der Neonazis ist die Beschränkung der Diskussion auf einige wenige Funktionäre anzusehen. Weder das Hamburger Strategiepapier noch andere konzeptionelle Überlegungen sind jemals an der Basis mit den Aktivisten diskutiert worden. Insofern fällt auf, daß auch "autonome Neonazistrukturen" ohne ein hierarchisches und organisatorisches Korsett nicht auskommen. Das Denken in hierarchischen Strukturen ist bei den Neonazis viel zu ausgeprägt, als daß ein wirklich gleichberechtigtes autonomes Zusammenwirken denkbar wäre.

Aufmarsch in Luxemburg gescheitert

Die wichtigste politische Aktion für die verschiedenen Neonazi-Gruppierungen war der gemeinsame Versuch, im August 1994 einen spektakulären Aufmarsch, vergleichbar in der Medienwirksamkeit dem Aufmarsch von Fulda im Jahre 1993, zu wiederholen. Die Vorbereitungen für den späteren Aufmarschort in Luxemburg am 13. August 1994 wurden bereits einige Monate vorher im kleinsten Kreis betrieben. Zur Ablenkung der Sicherheitsbehörden meldeten Neonazis bundesweit in ca. 30 Städten Aufzüge und Kundgebungen an, die ausnahmslos verboten wurden. Durch den massiven Einsatz der Sicherheitsbehörden wurden publikumswirksame Aktionen im Inland verhindert. Mehrere hundert Neonazis aus Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein- Westfalen wurden über Funktelefone und Info-

Telefone im In- und Ausland bis nach Luxemburg dirigiert. Der Versuch einer Kundgebung vor der Deutschen Botschaft wurde von der Luxemburger Polizei unterbunden, ca. 180 Personen wurden in Gewahrsam genommen. An der Aktion waren aus Nordrhein-Westfalen ca. 60 Aktivisten der FAP, der Sauerländer Aktionsfront (SAF), der Jungen Nationaldemokraten (JN) und von anderen Splittergruppen beteiligt. Insgesamt gelang es den Neonazis nicht, ein neues Medienspektakel zu erzeugen und daraus politisches Kapital zu schlagen.



Nach Festnahme in Luxemburg: Neonazis am Boden

Bild: Jean-Pierre Schneiders / SIGNUM

Harter Kern der Neonazis wird unberechenbarer

Die zahlenmäßig kleine Neonaziszene war im Jahre 1994 in allen Ländern Ziel von umfangreichen polizeilichen Maßnahmen wie insbesondere Versammlungsverboten, Auflösung von Veranstaltungen, Platzverweisen, Gewahrsamnahmen, Personenfest-

stellungen bis hin zur Anordnung von Unterbindungsgewahrsam. Zur Durchsetzung wurden starke Polizeikräfte eingesetzt. Dieses harte Vorgehen des Staates gegen die Neonazis hat bewirkt, daß praktisch keine nennenswerten Aktionen durchgeführt werden konnten. Das staatliche Vorgehen hat bei einzelnen Aktivisten zu Resignation und Mutlosigkeit geführt, allerdings scheint sich bei dem verbliebenen harten Kern ein Aggressionspotential aufzubauen, das letztlich in Gewalttaten münden könnte. Bisher kann von einem "braunen Terrorismus" noch nicht die Rede sein. Allerdings entwickelt sich in einzelnen Gruppen eine tiefsitzende Feindseligkeit gegen den Staat und seine Institutionen, die mit einer latenten Gewaltbereitschaft einhergeht. Vereinzelt ist auch festzustellen, daß Neonazi-Aktivisten versuchen, systematisch den Umgang mit Waffen zu erlernen oder zu trainieren. Das Verbot der FAP am 24. Februar 1995 könnte diesen Trend noch verstärken.

Insgesamt sind die Neonazi-Gruppen zwar politisch eher unbedeutend, eine intensive Beobachtung durch den Verfassungsschutz ist jedoch dringend erforderlich, um ein Abgleiten in zielgerichtete politisch motivierte Gewalttaten rechtzeitig zu erkennen.

Verbot der Wiking-Jugend

Mit Verbotsverfügung vom 10. November 1994 hat der Bundesminister des Innern die Wiking-Jugend (WJ) verboten, weil sie in Programm und Auftreten eine enge Wesensverwandtschaft mit der früheren NSDAP und insbesondere mit der früheren Hitlerjugend (HJ) aufwies. Auslöser für das Verbotsverfahren war das Pfingstlager 1994 der WJ im niedersächsischen Hetendorf, als sich eine heftige öffentliche Debatte um Aufmärsche der WJ in Uniformen und mit Fahnen entwickelte.

Die WJ stand seit den 50er Jahren unter Beobachtung der Verfassungsschutzbehörden, über ihre Aktivitäten wurde regelmäßig berichtet. Aus Sicht des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes handelte es sich um eine zahlenmäßig geringe und politisch unbedeutende Organisation, die in der Vergangenheit kaum öffentliche Wirkung erzeugen konnte. Es ist damit zu rechnen, daß die Mitglieder der jetzt verbotenen WJ Unterschlupf bei anderen Organisationen und Gruppen suchen werden. Nicht auszuschließen ist ein Übertritt zu der Jugendorganisation der NPD, den Jungen Nationaldemokraten (JN), zumal schon immer enge personelle Verflechtungen zwischen NPD und WJ bestanden.

Die bisherigen und künftigen Organisationsverbote haben in aller Regel die Nebenwirkung, daß sie auch die bisherige Konkurrenz verschiedener Organisationen in der rechtsextremistischen Szene auflösen und einen Beitrag zur Überwindung der Zersplitterung leisten. Sie sind daher aus Sicht der Verfassungsschutzbehörden trotz der gewünschten politischen Signalwirkung ein zwiespältiges Instrument zur Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Auch das jüngste Verbot der FAP dürfte zwar potentielle Mitläufer abschrecken, aber an der Geisteshaltung des "harten Kerns" nichts ändern. Die meist jugendlichen Aktivisten dürften neue politische Betätigungsfelder suchen. Hier ist einerseits eine verstärkte Beobachtung durch den Verfassungsschutz angezeigt, um organisatorische Neuformierungen zu erkennen; andererseits wären gezielte Gesprächsangebote von staatlichen, aber auch nicht-staatlichen Stellen für solche Jugendliche erforderlich, die noch durch einen Dialog erreicht werden können. Entsprechende Angebote hat z.B. Ignatz Bubis gemacht. Ähnliche Initiativen von Stiftungen und Kirchen wären wichtig, um jugendliche Neonazis zum Aussteigen zu bewegen.

Die "Neue Rechte"

Der Begriff "Neue Rechte" wird im politikwissenschaftlichen Schrifttum, insbesondere aber in der politischen Diskussion, mit sehr unterschiedlichen Inhalten verknüpft. Für die Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-Westfalen ist die Erscheinung "Neue Rechte" von Interesse, soweit rechtsextremistische Bestrebungen erkennbar werden. Nach den bisher getroffenen Feststellungen bestehen tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, gegen den Gedanken der Völkerverständigung und gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (§ 3 Abs. 1, Nummern 1 und 4 Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen, VSG NW).

Bei der "Neuen Rechten" handelt es sich nicht um eine festgefügte Organisation, auch nicht um eine homogene politisch-ideologische Richtung. Sie vertritt, z.T. in Anklängen an die "Konservative Revolution" in der Weimarer Republik und die in Frankreich nach den Präsidentschaftswahlen 1965 entstandene "Nouvelle Droite", mit unterschiedlichen Akzentuierungen insbesondere antiliberale, revisionistische und nationalistische Ideen.



Nik Ebert, aus Rheinische Post vom 25. Februar 1995

Die Verfassungsordnung der Bundesrepublik ist z.B. Gegenstand intellektueller Angriffe der "Neuen Rechten", wenn das Demokratieprinzip oder die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte in Frage gestellt werden. Darauf zielen etwa Aufsätze, in denen die Freiheit der Regierung von parlamentarischer Verantwortlichkeit propagiert oder die Fremdenfeindlichkeit "wissenschaftlich" begründet wird. Ein mit erheblichen Machtbefugnissen ausgestatteter vom Volk gewählter Bundespräsident, der die Bundesregierung nach seiner alleinigen Entscheidung ein- bzw. absetzt, wird ebenso gefordert wie ein nach innen homogenes ("Ethnopluralismus"), nach außen starkes Deutschland als europäische Zentralmacht. Politisch-philosophische Begründungen für die Beendigung der "zerstörerischen Vergangenheitsbewältigung", für die "rassische Reinheit" der Deutschen, für die "Notwendigkeit, Feinde zu haben" finden

sich in einschlägigen Schriften ebenso wie eher platte politische Forderungen nach einem "Ostdeutschland als zweite Etappe der Wiedervereinigung", nach Bildung der Länder Pommern und Schlesien mit den "provisorischen Hauptstädten Greifswald und Görlitz", nach einer Wiedergewinnung der "preußischen Herz- und Kernlande" jenseits der Oder/Neiße-Grenze.

Die "Neue Rechte" plant - jedenfalls zur Zeit - nicht die Bildung einer neuen Partei. Sie versteht sich als geistige Elite und strebt eine grundlegende Wende des politischen Klimas in Deutschland an. Nahziel ist die "kulturelle Hegemonie", auf deren Basis dann organisatorische politische Bestrebungen Erfolg versprechen.

Als Beobachtungsobjekte für die Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-Westfalen zur Gewinnung von Erkenntnissen über rechtsextremistische Bestrebungen kommen wegen des Fehlens größerer strukturierter Organisationen in erster Linie die einschlägigen Publikationen in Betracht. Hier sind beispielsweise zu nennen

- Junge Freiheit,
- Staatsbriefe,
- Nation und Europa - Deutsche Rundschau,
- Europa Vorn aktuell, Europa Vorn spezial.

Leserkreise dieser Zeitschriften und Gruppierungen wie die Deutsch-Europäische Studiengesellschaft (DESG) und die Gesellschaft für freie Publizistik (GfP) sind als Personenzusammenschlüsse im Sinne des VSG NW Beobachtungsobjekte des Verfassungsschutzes.



1.1.2 Mitgliederzahlen

Die Mitgliederzahl der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen (einschließlich rechtsextremistische Skinheads) betrug Ende 1994 in Nordrhein-Westfalen 7.440.

Die Mitgliederzahl der DVU wurde erheblich nach unten korrigiert. Schon in der Vergangenheit gab es Zweifel, ob die Zahl von 5.000 Mitgliedern dem tatsächlichen Stand entspricht. Neuere Erkenntnisse bestätigen diese Zweifel und führten zu der Korrektur. Bei den REP gab es im Jahresverlauf eine unterschiedliche Mitgliederentwicklung. Zunächst stieg die Mitgliederzahl des Landesverbandes bis auf 2.700 an. Am Jahresende betrug sie aber wieder etwa 2.500.

Die Mitgliederzahlen der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen waren 1994 insgesamt konstant. Die Korrektur der Mitgliederzahlen der DVU verursacht den Rückgang im Gesamtergebnis.

TABELLE: Mitgliederzahlen der wichtigsten Organisationen und Gruppierungen im Rechtsextremismus (einschließlich rechtsextremistische Skinheads) in NRW 1994 und 1993

Organisationen, Gruppierungen	1994	1993
DVU (einschl. DVU e.V. und "Aktionsgemeinschaften")	3.300	5.000
REP	2.500	2.500
NPD	650	700
JN	30	30
Militante Rechtsextremisten (einschließlich rechtsextremistische Skinheads)	350	400
FAP - verboten seit 24. Februar 1995 -	160	160
DLVH	160	150
Sonstige Neonazis	160	140
WJ - verboten seit 10. November 1994	80	80
Sonstige	200	200
Doppelmitgliedschaften	-150	-150
SUMME	7.440	9210

Bei allen genannten Mitgliederzahlen handelt es sich um ungefähre Angaben.

1.1.3 Bericht des Justizministeriums NRW

Die Justizbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen wurden auch 1994, wie schon in den Vorjahren, erheblich mit Strafverfahren, deren Gegenstand Straftaten im Zusammenhang mit extremistischen Umtrieben waren, befaßt. Großen Anteil nahmen dabei erneut Verfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten ein, wenngleich die Anzahl einschlägiger Verfahren gegenüber 1993 deutlich zurückging.

Bei den Staatsanwaltschaften des Landes sind im Jahre 1994 insgesamt 3.172 (1993: 6.238) einschlägige Verfahren neu anhängig geworden. In dieser Zeit ist in 368 (443) Verfahren gegen 541 (802) Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlass eines Strafbefehls gestellt worden. Rechtskräftig verurteilt wurden 330 (315) Personen; 27 (26) Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen 123 (58) Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

1.2 Linksextremismus und -terrorismus

1.2.1 Linksextremistischer Terrorismus: Entwicklungstendenzen

Die Entwicklung im Bereich des linksextremistischen Terrorismus wurde 1994 im wesentlichen bestimmt durch:

- das Festhalten der RAF-Kommandoebene an ihrer im April 1992 verkündeten

Deeskalationslinie (Zäsur), nochmals bekräftigt durch die Erklärung vom 6. März 1994;

- Spaltungserscheinungen im RAF-Umfeld nach dem von den "Hardlinern" unter den RAF-Häftlingen im Oktober 1993 erklärten "Bruch" mit der RAF-Kommandoebene und den ihr nahestehenden RAF-Inhaftierten;
- die Fortführung des früheren RAF-Konzeptes durch eine unter dem Namen "Antiimperialistische Zelle" (AIZ), vormals "Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah", auftretende terroristische Vereinigung;
- neue terroristische Aktionen der terroristischen Frauengruppe "Rote Zora" und Nachahmergruppen der "Revolutionären Zellen" (RZ).

RAF-Kommandoebene

Die RAF-Erklärung vom 6. März 1994 enthält die bereits in der Erklärung der RAF-Kommandoebene vom 2. November 1993 angekündigte und vom RAF-Umfeld immer wieder geforderte Auseinandersetzung über den Kontakt mit dem V-Mann Klaus Steinmetz. Außerdem geht es der RAF-Kommandoebene - wie in allen anderen Erklärungen seit April 1992 - darum, die Diskussion um die Neubestimmung revolutionärer Politik anzustoßen. Dabei propagiert sie erneut die Entwicklung einer "Gegenmacht von unten". Die Erklärung steht in der Kontinuität der RAF-Erklärung vom 10. April 1992 und der ihr folgenden Erklärungen; sie bekräftigt den damit eingeleiteten Kurswechsel (die sogenannte Zäsur, d.h. Vorrang der Suche nach revolutionärer Neubestimmung gegenüber "gezielt tödlichen Aktionen gegen Spitzen aus Staat und Wirtschaft"). Ausdrücklich wird betont, daß an eine Rückkehr zur "alten" Guerilla-Politik nicht gedacht sei. Die zuvor geäußerten Drohungen werden allerdings nicht zurückgenommen.

Die RAF-Erklärung macht deutlich, daß sich die Kommandoebene selbst zwar weiterhin in einer Übergangsphase bzw. in einem Klärungsprozeß zur Neubestimmung ihrer revolutionären Strategie sieht, daß die RAF aber dennoch als handlungs- und aktionsfähige terroristische Vereinigung fortbesteht.

Terroristisches Umfeld

Die im April 1992 von der RAF-Kommandoebene erklärte Zäsur und der sich daraus entwickelnde Bruch zwischen den "Hardlinern" unter den RAF-Inhaftierten und der RAF-Kommandoebene sowie den in Celle inhaftierten RAF-Häftlingen führten dazu, daß sich der vorher klar umrissene RAF-Unterstützerbereich inzwischen teilweise in Befürworter und Ablehner der neuen RAF-Politik gespalten hat. Andere Personen und Gruppen des früheren RAF-Umfeldes haben diese Spaltung nicht nachvollzogen. Zu diesem Umfeld zählen etliche Personen, die sich unentschlossen und abwartend verhalten oder um Vermittlung bemüht sind. Insgesamt handelt es sich beim RAF-Umfeld im Gegensatz zu früher nicht mehr um einen einheitlich auf die RAF-Guerilla/Kommandoebene bezogenen Personenkreis.

Den Anhängern der alten RAF-"Politik" bewaffneter Mordaktionen bis zur Ermordung des Vorsitzenden der Treuhand Rohwedder am 1. April 1991, die die neue "Politik" der RAF-Kommandoebene ausdrücklich ablehnen, fehlt derzeit eine handlungswillige Guerilla, die ihre politischen Vorstellungen von der Fortsetzung des bewaffneten Kampfes umsetzt.

Die Anhänger der neuen RAF-Politik dagegen sind bemüht, den von der RAF-Kommandoebene propagierten Aufbau einer "Gegenmacht von unten" voranzutreiben. Gemeinsamkeit äußert sich noch in der Solidarität mit allen "politischen Gefangenen",

d.h. vor allem den RAF-Inhaftierten und deren Forderung nach Freilassung. Die derzeitige terroristische Inaktivität der RAF-Kommandoebene - der letzte Sprengstoffanschlag auf die Justizvollzugsanstalt Weiterstadt vom März 1993 liegt länger als zwei Jahre zurück - hat ein Vakuum entstehen lassen, das andere terroristische Gruppen zu Anschlägen animieren könnte und ansatzweise bereits animiert hat.

Antiimperialistische Zelle

So sieht sich die bisher unter dem Namen "Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah" (AIWZ) bekannt gewordene terroristische Vereinigung, die nunmehr unter der Bezeichnung "Antiimperialistische Zelle" (AIZ) auftritt, in der Nachfolge der "RAF" hinsichtlich deren Strategie und Praxis bis zum genannten Anschlag auf Rohwedder.

Am 5. Juni 1994 verübten unbekannte Täter einen Sprengstoffanschlag auf die CDU-Kreisgeschäftsstelle in Düsseldorf, zu dem sich die AIZ in einer mehrseitigen Erklärung vom 8. Juli 1994 bekannt hat. Am 26. September 1994 scheiterte der Versuch eines Sprengstoffanschlages auf das Büro des FDP-Landesverbandes in Bremen, für den die AIZ in einer Erklärung von Anfang November 1994 ebenfalls die Verantwortung übernommen hat. Diese Erklärung endet mit der konkretisierenden Drohung, "dort militant/bewaffnet anzugreifen, wo die BRD-Eliten ihre Arbeitsplätze bzw. ihre Wohnsitze haben".

Art und Ausführung der Anschläge im Jahr 1994 ließen ein sich steigerndes Maß an Rücksichtslosigkeit auch gegenüber Unbeteiligten erkennen. Vor allem die in Bremen abgelegte Bombe war geeignet, unbeteiligte Passanten zu verletzen oder gar zu töten.

Am 22. Januar 1995 verübte die AIZ mit einem Sprengstoffanschlag auf das Haus des ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Köhler in Wolfsburg erstmals einen Anschlag, der gegen eine Person gerichtet war. In der AIZ-Erklärung vom 13. Februar 1995 zu diesem Anschlag wird ausdrücklich die Absicht erklärt, "*räumlich und zeitlich begrenzt eine potentiell tödliche Bedrohung*" entstehen zu lassen. Mit weiteren Anschlägen der AIZ ist zu rechnen.



**Zerstörte CDU-Geschäftsstelle in Düsseldorf
nach dem AIZ-Sprengstoffanschlag**

Neue Anschläge aus dem RZ-Bereich

Die linksterroristische Frauengruppe Rote Zora verübte in der Nacht zum 13. Juni 1994 in Nürnberg und in Meilitz/Thüringen Sprengstoff- und Brandanschläge auf Lastkraftwagen eines Versorgungsunternehmens, das auch Unterkünfte für Asylbewerber beliefert.

Anknüpfend an diese Anschläge der Roten Zora verübten unbekannte Täter am 26. Oktober 1994 einen Brandanschlag auf Lastkraftwagen einer Versorgungsfirma in Leipzig, die ebenfalls Asylbewerberwohnheime beliefert. Die Berliner autonome Sze-neschrift "interim" (?) veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 3. November 1994 eine zweiseitige mit "RZ" unterzeichnete Erklärung zu diesem Anschlag, für den offensichtlich RZ-Nachahmer verantwortlich sind.

Mit weiteren terroristischen Aktionen sowohl der Rote Zora, als auch des RZ- Resonanzspektrums muß gerechnet werden. Anschläge der eigentlichen Revolutionären Zellen (RZ) sind nicht auszuschließen.

Die Gefährdung durch linksterroristische Gruppierungen hat sich zwar etwas von der RAF auf andere terroristische Gruppierungen verlagert; die Gefahr linksterroristischer Anschläge insgesamt besteht aber fort.

1.2.2 Sonstiger Linksextremismus: Entwicklungstendenzen

Die Aktivitäten des sonstigen linksextremistischen Spektrums wurden 1994 im we-

sentlichen geprägt durch:

- das militante autonome Spektrum,
- durch Bündnisbemühungen im Bereich der dogmatischen "alten" Linken, insbesondere der DKP um die PDS und
- durch Bündnisbemühungen der dogmatischen "Neuen Linken" um die PDS bis hin zur gezielten Infiltration.

Gewaltbereite Autonome

Autonome setzten auch im Jahre 1994 ihre gewalttätigen Aktionen mit zunehmender Militanz fort. Themenschwerpunkte des militanten autonomem Spektrums bildeten:

- "Antifaschismus/Antirassismus" (einschließlich "Kurdensolidarität", "Anti-Lager-Kampagne", Kampagne "Stoppt Nazi-Zeitungen"),
- Bemühungen zur Schaffung verbindlicher Organisationsstrukturen bzw. einer stärkeren Vernetzung und Koordination ohne verbindliche Organisation,
- Aktivitäten im Zusammenhang mit den Wahlen 1994,
- Aktivitäten gegen den EU-Gipfel 1994 in Essen.

Antifaschismus

Der "Kampf gegen faschistische Organisationen" stand 1994 erneut im Vordergrund. Der Staat und seine Repräsentanten wurden weiterhin zum Ziel militanter Aktionen, die unter dem Begriff "antifaschistische Selbsthilfe" als Teilaspekt des "Antifaschismuskampfes" zusammengefaßt werden können. Neben Veröffentlichungen von Lichtbildern und Lebensumständen von Beamten des polizeilichen Staatsschutzes in Szeneschriften kam es z.B. im Mai 1994 in Wuppertal zu einem "Schnüffler-Aktionstag" mit tätlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei und Folgeaktionen. Unter dem Motto "Stoppt Nazi-Zeitungen" versuchten Autonome und andere Linksextremisten in den vergangenen Jahren den Vertrieb und Verkauf von ihnen als rechts-extremistisch eingeschätzter Druckerzeugnisse zu verhindern. Diese Aktivitäten haben 1994 deutlich abgenommen, sie sind nur noch vereinzelt festzustellen.

Im Wahljahr 1994 störten militante Autonome Wahlkampfveranstaltungen rechtsextremistischer Parteien massiv und teilweise gewaltsam. Dabei kam es an Infoständen zu Tötlichkeiten gegen Personen, die von Autonomen dem rechtsextremistischen Spektrum zugerechnet wurden. In Köln wurden Einrichtungen der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) mehrfach schwer beschädigt. Weiterhin veröffentlichten militante Autonome Lichtbilder und Anschriften von "Rechtsextremisten".

Insgesamt muß festgestellt werden, daß die Intensität der ausgeübten Gewalt bei Konfrontationen von Extremisten weiter besorgniserregend hoch ist.

Anti-Lager-Kampagne

Militante Autonome setzten im Rahmen der "Anti-Lager-Kampagne" gegen Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber, Abschiebehaftanstalten und andere Einrichtungen von Asylbehörden auch 1994 ihre Aktivitäten fort. Die dabei wichtigste überörtliche Veranstaltung war eine Demonstration am 29. Mai 1994 vor der Abschiebehaftanstalt in Büren mit rund 500 Teilnehmern.

Im Gegensatz zu den Vorjahren kam es 1994 u.a. wegen der jeweiligen massiven Polizeipräsenz bei Demonstrationen unter Beteiligung von Autonomen nicht zu größeren Ausschreitungen. Insgesamt ist die Beteiligung von Autonomen an Großdemonstrationen rückläufig. Demgegenüber bedürfen die von Kleingruppen ausgeführten Aktionen weiter der besonderen Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden.

Organisierungsdiskussion weiter offen

In mehreren Treffen setzten Gruppen der autonomen Szene ihre Bemühungen fort, eine verbindliche Organisationsstruktur zu schaffen. Dabei kommt der "Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation" (AA/BO) besondere Bedeutung zu. Die gleichzeitig bestehenden Bemühungen einiger autonomer Gruppen, eine stärkere Organisierung ohne verbindliche Organisationsstrukturen zu schaffen, wurden durch das Ausscheiden bisher maßgeblich beteiligter Gruppen geschwächt. Die Erfolgsaussichten einer weiteren Organisierungsbemühung unter der Überschrift "Initiative zum Aufbau einer bundesweiten revolutionären Organisation" lassen sich zur Zeit nicht verlässlich bewerten.

Gewaltbereite Autonome mobilisierten gegen den EU-Gipfel

Die Vorbereitungen von Aktivitäten gegen den EU-Gipfel am 10. Dezember 1994 in Essen waren ein wichtiges Betätigungsfeld militanter Autonome seit Ende 1993 und im ganzen Jahr 1994.

Als militanter Teil eines breiten Protestspektrums, getragen auch von demokratischen Parteien und Organisationen, entwickelten Autonome eine Strategie zur gewaltsamen Störung des EU-Gipfels. Dabei täuschten sie vorsätzlich die Organisatoren gewaltlos geplanter Gegenveranstaltungen. Nach dem kurzfristigen Verbot der geplanten Demonstration am 10. Dezember 1994 durch den Polizeipräsidenten Essen (bestätigt durch höchstrichterliche Entscheidung) konnte durch das Zusammenwirken der Sicherheitsbehörden und durch die starke Polizeipräsenz ein weitgehend störungsfreier Verlauf des Gipfeltreffens sichergestellt werden. Die geplanten Ausschreitungen, insbesondere gewaltbereiter autonomer Gruppen, blieben aus oder wurden unterbunden.

Bereits seit Ende 1993 wurde nahezu durch das gesamte linksextremistische Spektrum auf regionalen Treffen und durch Szene-Publikationen zu vielfältigen Aktionen aufgerufen. Bei dieser Mobilisierung kam dem Aufruf unter dem Titel "Essener Standpunkte für Aktionen zum Gipfeltreffen" eine zentrale Bedeutung zu. Dieser Aufruf wurde vom Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel am 17. Februar 1994 verabschiedet und auf der 3. bundesweiten Aktionskonferenz am 10. September 1994 in Essen beschlossen. An dieser Aktionskonferenz nahmen sowohl Personen/Gruppen aus dem demokratischen als auch aus unterschiedlichen Richtungen des linksextremistischen Spektrums teil.

Nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes NRW war ein bundesweites autonomes Vorbereitungstreffen am 5. November 1994 in Oberhausen bestimmend für die "Strategie" des gewaltbereiten Spektrums für die geplante Großdemonstration am 10. Dezember 1994 in Essen. An dieser Veranstaltung nahmen Autonome unter anderem aus Berlin, Brandenburg, Hannover, Bremen, Gelsenkirchen, Wuppertal, Bochum, Essen, Oberhausen, Düsseldorf, Köln, Frankfurt a.M., Moers und Wiesbaden teil. Insbesondere aufgrund dieses Treffens verdichtete sich die Erkenntnis, daß sich das gewaltbereite Spektrum nicht an das vom Essener Bündnis verfolgte Konzept einer gewaltfreien Demonstration halten wollte. Die Unterstützung der Beschlüsse des Essener Bündnisses diente lediglich dem Zweck, die eigenen Absichten und Vorstellungen zu verschleiern und das Essener Bündnis als "Nützliche Idioten" zu gebrauchen.

Eine weitere Verschärfung der Sicherheitslage ergab sich durch die AIZ-Erklärung von Anfang November 1994, in der die AIZ Anti-EU-Positionen einen breiten Raum widmete. So hieß es unter anderem: "*es kann nicht darum gehen, reformerische*

Forderungen an die Institutionen der EU zu richten. Entscheidend ist unser eigener Widerstand ...' haben Genoss/inn/en gesagt, die zur Demo gegen den EU-Gipfel am 10.12. in Essen aufrufen."

Am 10. Dezember 1994 wurden mehr als 900 Personen, die das Demonstrationsverbot mißachtet hatten, von der Polizei festgenommen, ihre Identität wurde festgestellt. Bei ca. 30 % der Festgenommenen lagen den Verfassungsschutzbehörden bereits relevante personenbezogene Erkenntnisse vor.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß Gewaltaktionen mit Körperverletzungen völlig verhindert und Sachschäden gering gehalten werden konnten. In Einzelfällen war es der Verfassungsschutzbehörde NRW möglich, durch die sofortige Information der Polizei beabsichtigte Gewaltaktionen im Ansatz zu verhindern.

Resonanz bei militanten Autonomen auf AIZ-Terroranschlag


In Bonn hat sich eine "Gruppe Jupp Messinger" zu fünf Anschlägen seit November 1993 bekannt. In einer Taterklärung zu einer Aktion gegen die CDU-Kreisgeschäftsstelle Bonn am 29. Juni 1994 wurde der Sprengstoffanschlag der AIZ gegen die CDU-Kreisgeschäftsstelle Düsseldorf am 5. Juni 1994 ausdrücklich gewürdigt. Bisher beschränkte sich die "Gruppe Jupp Messinger" auf Sachbeschädigungen. Zu Katalogstraftaten des § 129a StGB (Terroristische Vereinigung) kam es noch nicht.

Autonome Liste bei der Europawahl

Bei der Europawahl erzielten Autonome mit der Liste "Die Unregierbaren - Autonome Liste" unerwartete Stimmgewinne. Ziel der Liste war es vor allem, den Wahlkampf für "autonome" Agitation zu nutzen. Eine ernsthafte Beteiligung am parlamentarischen System durch Mandate war nicht beabsichtigt.


Neues Aktivitätsfeld "Kurdistan-Solidarität"

Als Reaktion auf das Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) veranstaltete auch das autonome Spektrum zahlreiche Solidaritätsaktionen und Demonstrationen. Durch die Beobachtung linksextremistischer Gruppen und Organisationen fallen zwangsläufig auch Ränderkenntnisse über die Aktivitäten von "Kurdistan-Solidaritätsgruppierungen" an. Diese Gruppierungen, in denen teilweise Personen mitwirken, die dem linksextremistischen Spektrum bzw. dem terroristischen Umfeld zugerechnet werden, bekunden seit Jahren verbal in Szenepublikationen Solidarität mit dem "kurdischen Volk". Es sind jedoch nicht alle derartigen Aktivitäten als extremistisch einzustufen, zumal sich insoweit auch kirchliche und Menschenrechtsgruppen engagieren. Die große Zahl gewaltbereiter Personen in den Kurdistan-Gruppen, zum Teil mit herausgehobenen Koordinierungsfunktionen und mit festen Kontakten zur PKK, macht in Zukunft eine verstärkte Beobachtung erforderlich.



WOCHEBLATT DES
ANTIFASCHISTISCHEN ZENTRALRATS
Alte Feuerwache, Wiesenstr. 11

Dezember 94



**Greifen wir gemeinsam
nach den Sternen!**

Kommt zu den Aktionstagen gegen den EU Gipfel am 9/10.12. nach Essen!

Freitag 9.12.94

18.00 Essen Zeche Carl
Beginn des Gegen-Gipfels in Essen.
ab 19.00 dezentrale Aktionen in der Essener Innenstadt. Koordination: Nachbarnetz!

21.00 Tanz mit Kiesel um die Oper

22.00 Eat the rich Aktion in Schickel Lokalen

ab 23.30 Katzemusik an den Hotels der EU-Botschaft. Bringt Trichter etc. mit

5.12.94, Samstag

20.00 AZ
FrauenLeben Party

7.12.94, Mittwoch

20.00 AZ
Vorbereitungstreffen zum EU Gipfel in Essen

10.12.94, Samstag

10.15 Treffpunkt Bahnhof Eberfeld

10.43 Sonderzug zur Demo nach Essen

12.00 Start der Demo auf dem Wally Street Platz in Essen.

20.00 AZ
Wageningen-Party nach im EU Gipfel: 2 Stunden mit Spt. Aoid (90°C Punk) + Peace of mind aus GO + vegane Buffet und Filme, Solidarität für alternativen Lebensformen

14.12.94, Mittwoch

18.00 Videopräsentation
19.30 Film zur Situation von Mami - Abu - Jassid in der Todeszelle. Mami dreht in den nächsten Monaten die Hinrichtung. Außerdem gibt es aktuelle Informationen zum Stand der internationalen Kampagne.

22.00 Film
Sacco und Vanzetti. Spielfilm über den weltweiten Kampf gegen die Hinrichtung der beiden Anarchisten.

16.12.94, Freitag

20.00 AZ
Demolition Girl
Frauen Punk-Band

17.12.94, Samstag

20.00 AZ
La Danse du Sabbat- Tanz der Götter mit der Band Crumson Joy (früher Blind Cook)

18.12.94, Sonntag

11.00 AZ
FrauenLeben-Brunch

20.12.94, Dienstag

18.00 AZ
ANTIFA-Cafe
die Gruppe Nachbarnetz schenkt Nachbarnetz Unterbarock stellt ihre Arbeit vor, mit Dina und Unterbarock Gestaltung

20.00 AZ
Winterromanevade... mit Feuerromanevade!

21.12.94, Mittwoch

20.00 AZ
Brich dich nicht an, die STASI geht an...
Kleine Veranstaltung zu den Anwerberverfahren des Verfassungsschutzes in der letzten Zeit in Wuppertal, über Bulles und Spritz im Einsatz gegen links. Wir zeigen den Film "Nach-Ermittlungen" über den Einsatz zweier verdeckter Ermittler in der letzten Szene 1970-er Jahren. Von März 91 bis Juni 92 spionierten zwei LKA-Bullen die linke Szene in Tübingen aus. Der Video zeigt das Vergehen der Geheim-polizei auf, beschreibt die Reaktion v. Kon-servativen für die betroffenen Gruppen u. Personen, dokumentieren die politische u. juristische Auseinandersetzung und thematisieren den Einsatz von Geheimpolizei in der BRD. Letztlich ist der Film noch dazu gedacht, Scheißkiste herzustellen, um verdeckt arbeitende Polizeibeamte zuflügeln zu lassen.

23.12.94, Freitag

20.30 AZ
Ärzter Ruweck- Konzert 5 Musik Instrumente

24.12.94, Samstag


18.00 AZ
Weihnachtsessen

28.12.94, Mittwoch

19.00 AZ
Fräulein Air Katjae Citus
Rauchen aber... mit Geschlechtstanzschönen
Weihnachtsfeier
Kein Problem, flux gemacht den Krenkel, und wenn Brian Ankanstalt zu witzig ist, darfste kann je einfach weiterverarbeiten was erlie sowieso nie haben wollte.

31.12.94, Sylvester

Die absolute/Netze
AZSylvesterParty!!!!



Hier war gerade eine Schüler-Demo

DKP hofft auf PDS-Erfolge

Organisatorisch und politisch zeigte sich die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 1994 stabil. Der Mitgliederschwund der vergangenen Jahre hat sich nicht weiter fortgesetzt. Ideologisch hat sich die Partei auf einen dogmatischen Kurs festgelegt, ohne daß dieser innerparteilich - wie in den vergangenen Jahren - zu größeren Meinungsverschiedenheiten geführt hätte.

Einen breiten Raum nahmen die Diskussionen in der DKP über die Teilnahme an den Wahlen 1994 ein. Nachdem es der DKP in kontrovers geführten Verhandlungen mit der PDS gelungen war, Mitglieder auf den offenen Listen der PDS zur Europa- und Bundestagswahl zu plazieren, rief die DKP ihre Mitglieder zur Stimmabgabe für die PDS bzw. Unterstützung deren Wahlkampfes auf. Bei der Nominierung der Kandidaten mußte die DKP zum Teil mit aus ihrer Sicht unbefriedigenden Listenplätzen vor-

lieb nehmen.

Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen in der PDS/Linke Liste in NRW

Nicht nur die Kandidatur von DKP-Mitgliedern und weiteren Linksextremisten auf den offenen Listen der PDS, sondern auch die intensive Zusammenarbeit mit großen Teilen des linksextremistischen Spektrums, einschließlich der autonomen Szene, bestimmten 1994 das Bild der PDS in Nordrhein-Westfalen. Hier wie auch in den anderen "alten" Ländern erscheint die Partei als Kristallisationspunkt linksextremistischer Politik und als Sammelbecken für ehemalige und aktive Mitglieder linksextremistischer Organisationen.

Es muß davon ausgegangen werden, daß die Zusammenarbeit zwischen DKP, PDS und anderen linksextremistischen Gruppen/Parteien in der Zukunft weiter intensiviert wird.

Bei der Europawahl erhielt die PDS in Nordrhein-Westfalen 48.911 Stimmen (0,6 %), bei der Bundestagswahl 102.356 Stimmen (1,0). Sie konnte damit die Stimmenzahl zwischen Europa- und Bundestagswahl mehr als verdoppeln. Die PDS liegt damit deutlich höher als die DKP in ihren Wahlergebnissen zwischen 1972 und 1983, dem letzten Datum einer eigenständigen Kandidatur der DKP bei vergleichbaren Wahlen. Die PDS wird vom Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen nicht mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet. Es wird jedoch offenes Material (Zeitschriften, Parteiprogramm u.ä.) gesammelt und ausgewertet. Darüber hinaus werden auch solche Randerkenntnisse berücksichtigt, die aus der Beobachtung extremistischer Gruppierungen (z.B. DKP, Autonome, Bund Westdeutscher Kommunisten - BWK) gewonnen werden.



Diese Erkenntnisse ergeben Anhaltspunkte für den Verdacht, daß die PDS die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland nicht akzeptiert und eine grundlegende Veränderung der Staats- und Gesellschaftsordnung anstrebt. Anhaltspunkte für den Verdacht extremistischer Bestrebungen ergeben sich u.a. durch:

- Forderungen nach der Einrichtung von "Räten", deren Aufgaben und Rechte wegen fehlender demokratischer Legitimation das Prinzip der Volkssouveränität (Art. 20 Abs. 2 Grundgesetz) durchbrechen könnten,
- die personelle Kontinuität in der Leitungsebene und beim Mitgliederbestand

- zwischen SED und PDS in Ostdeutschland und auf der Bundesebene,
- Äußerungen der "Kommunistischen Plattform" (KPF) in der PDS sowie der "Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS",
- die Zusammenarbeit mit eindeutig linksextremistischen Gruppierungen (von der DKP bis hin zu autonomen Gruppen),
- die Kandidatur von eindeutig extremistischen Personen auf den offenen Listen der PDS zum Deutschen Bundestag.
- Die Sichtung offenen Materials über die PDS unter Verzicht auf den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel ermöglichte 1994 in Nordrhein-Westfalen eine ausreichende Einschätzung der vom Landesverband PDS/Linke Liste Nordrhein-Westfalen ausgehenden Bestrebungen, so daß es des Einsatzes nachrichtendienstlicher Mittel nicht bedarf.

In Nordrhein-Westfalen ist die Außenwirkung der PDS im politischen Geschehen trotz Erhöhung des Mitgliederbestandes gering. Nach eigenen Angaben verfügte der Landesverband PDS/Linke Liste Nordrhein-Westfalen zum Jahresende 1994 über ca. 450 Mitglieder.

Mit einem Büro in Essen hat der Landesverband einen organisatorischen Anlaufpunkt. Dort werden die Aktivitäten von ca. 13 Kreisverbänden und 13 Gruppen und Initiativen koordiniert.

Durch die Herausgabe einer regelmäßig erscheinenden Informationsschrift des Landesverbandes werden die Mitglieder und Sympathisanten über politische Geschehnisse unterrichtet.

Aufgrund der Wahlergebnisse bei den Wahlen des Jahres 1994 kann die PDS auch in Nordrhein-Westfalen mit nicht unerheblichen staatlichen Mitteln nach dem Parteiengesetz rechnen.

Dogmatische Neue Linke stagniert - Hoffnung auf die PDS

Die bedeutsamste Organisation der dogmatischen Neuen Linken, die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD), sieht sich durch ihre Beteiligung an der Bundestagswahl am 16. Oktober 1994 in ihrer Rechtsstellung als Partei bestätigt. Sie ist ideologisch und politisch-organisatorisch gefestigt. Der MLPD ist es allerdings nicht gelungen, ihre Isolierung in der Öffentlichkeit zu durchbrechen und in Nordrhein-Westfalen neue Mitglieder zu gewinnen. Die sonstigen Organisationen der dogmatischen Neuen Linken in Nordrhein-Westfalen stagnieren teilweise bzw. haben Mitglieder verloren. Es bleibt abzuwarten, ob es Teilen dieses politischen Spektrums durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit der PDS gelingen wird, sich in der Öffentlichkeit wirksamer darzustellen und dadurch eine gegenläufige Tendenz herbeizuführen. Entsprechende Versuche unternimmt z.B. die Vereinigte Sozialistische Partei (VSP). VSP-Funktionäre kandidierten auf der PDS-Liste für den Deutschen Bundestag.

Ausblick

Im autonomen Bereich werden sich die Organisierungsbemühungen auch 1995 fortsetzen. Anlaß- und/oder themenbezogen muß auch weiter mit militanten Aktionen der autonomen Szene gerechnet werden.

Der Stellenwert mancher Parteien/Gruppen des linksextremistischen Spektrums wird sich zukünftig u. a. aus deren Verhältnis zur PDS ableiten lassen. Einigen Parteien/Gruppen (z.B. DKP, VSP, Bund Westdeutscher Kommunisten - BWK) dürfte eine relevante Einflußnahme auf das politische Geschehen nur im Zusammenwirken mit der PDS möglich sein.

Bei der MLPD sind nennenswerte politische oder organisatorische Veränderungen nicht zu erwarten. Sie ist für die absehbare Zukunft eine Partei ohne politische Perspektive.

1.2.3 Mitgliederzahlen

Die wichtigsten Parteien und Gruppierungen im linksextremistischen Bereich hatten 1994 in Nordrhein-Westfalen ca. 4.200 Mitglieder.

Die Zahl der Autonomen ist erheblich nach oben korrigiert worden, weil im Unterschied zu 1993 auch Personen, die regelmäßig in autonomen Zusammenhängen in Erscheinung treten, einbezogen wurden.

Abgesehen von dem Zuwachs bei den Autonomen durch die veränderte Zählweise, sind die Mitgliederzahlen im linksextremistischen Bereich in Nordrhein-Westfalen 1994 gegenüber dem Vorjahr in der Gesamttendenz konstant geblieben.

TABELLE: Mitgliederzahlen der wichtigsten Organisationen und Gruppierungen im Linksextremismus in NRW 1994 und 1993:

Organisationen, Gruppierungen	1994	1993
Militante Autonome	950	450
DKP	2050	2050
MLPD	600	600
PDS	450	400
VSP	unter 100	100
Sonstige	500	500
SUMME	4650	4100

Bei allen genannten Mitgliederzahlen handelt es sich um ungefähre Angaben.

1.2.4 Bericht des Justizministeriums NRW

Die Staatsanwaltschaften in NRW haben 1994 insgesamt 1.300 (1993: 740) Verfahren wegen Straftaten, deren Ursprung dem Bereich des Linksextremismus zuzuordnen ist, neu eingeleitet. In der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1994 ist in 187 (88) Verfahren gegen 234 (116) Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlass eines Strafbefehls gestellt worden. 103 (18) Angeklagte wurden rechtskräftig verurteilt; 11 (3) Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen 63 (21) Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

1.3 Ausländerextremismus und -terrorismus

1.3.1 Entwicklungstendenzen

Das Jahr 1994 war im Bereich des Ausländerextremismus und -terrorismus geprägt durch:

- Aktivitäten im Bereich der PKK, die die meisten Gewaltaktionen durchführte und
- die zunehmende Bedeutung islamisch extremistischer Organisationen.

Arbeiterpartei Kurdistans - Partiya Karkeren Kurdistane (PKK)

Das taktische Verhalten der PKK war 1994 gekennzeichnet von dem Bestreben, die

Kurdenproblematik im Blickfeld der Öffentlichkeit zu halten. Die gewalttätigen Ausschreitungen anlässlich des Newroz-(Neujahrs-)Festes im März 1994 haben dieses Ziel bei den Anhängern erreicht, der Partei aber in der Öffentlichkeit Sympathieverluste eingetragen. In diesem Zusammenhang hat PKK-Führer Öcalan eine beschwichtigende Erklärung abgegeben (vom Kurdistan-Informationsbüro im "Kurdistan-Rundbrief" vom 18. Mai 1994 veröffentlicht), in der er versicherte, die Proteste seiner Anhänger würden sich künftig im Rahmen der deutschen Gesetze bewegen. Während Öcalan in dieser Erklärung betonte, er suche eine politische Lösung der Kurdenfrage, wurden in derselben Ausgabe des "Kurdistan-Rundbrief" die Beschlüsse der 3. PKK-Nationalkonferenz bekanntgegeben, mit denen der kompromißlose bewaffnete Kampf in der Türkei verstärkt werden soll:

- Liquidierung aller Parteien und Organisationen, die den "Kolonialismus" repräsentieren,
- Liquidierung der "kolonialistischen" Kultur- und Erziehungsinstitutionen,
- Liquidierung des Justizsystems.

Als Angriffsziele wurden u.a. genannt

- alle ökonomischen Institutionen, die Finanzquellen des Krieges gegen Kurdistan darstellen,
- der Gewaltapparat der türkischen Armee,
- alle Organe der inneren Sicherheit.

Inwieweit die in der Türkei unter zunehmenden militärischen Druck geratene PKK mit derartigen Beschlüssen lediglich versucht, eine eindrucksvolle Drohkulisse aufzubauen, läßt sich schwer einschätzen; der überwiegende Teil der PKK-Aktivisten dürfte die Parteibeschlüsse jedoch als verbindlich ansehen, viele Anhänger sie auf dem Weg zu dem für richtig gehaltenen Ziel für notwendig und deshalb akzeptabel halten.

Den Schaden, den die gewaltsamen Aktivitäten der PKK in Deutschland für das Ansehen der Organisation verursachen, schätzt die Parteiführung im Verhältnis zum Nutzen dieser Aktionen gering ein. Öcalan und die "Europavertreter der PKK" gehen davon aus, daß

- solche Aktivitäten das Vertrauen der Sympathisanten in die Handlungsfähigkeit der Organisation stärken und
- auf diese Weise die Regierung des Gastlandes dazu gebracht wird, die Türkei zu einer "politischen Lösung des Kurdenproblems" zu drängen.

Ferner ist die PKK-Führung offensichtlich der Meinung, daß ihre Aktivitäten in Deutschland andere europäische Länder davon abhalten werden, dem deutschen und französischen Beispiel zu folgen und die PKK zu verbieten. Dieses "Wohlverhalten" anderer von den türkischen Konflikten in ihrem Land deutlich weniger betroffener europäischer Staaten "honorieren" die PKK damit, daß sie dort keine größeren Aktionen unternimmt.

Nach außen gibt die PKK vor, nicht ohne "Aufhänger" Gewaltaktionen zu initiieren. Insbesondere wird das angeblich "provozierende Verhalten" der Polizei, nämlich die Durchsetzung des PKK-Verbots, als Vorwand für "spontane Ausschreitungen" benutzt.

Ausblick

Gewaltaktionen der PKK sind im Zusammenhang mit dem weiteren Schicksal ihres Europasprechers Kani Yilmaz zu befürchten. Sollte Yilmaz, der bei einem Besuch auf Einladung eines Labour-Abgeordneten in England verhaftet worden ist, an die Bun-

desrepublik, die einen Haftbefehl ausgestellt hat, ausgeliefert werden, ist mit bundesweiten Aktionen zu rechnen.

Daneben wird die PKK auch 1995 verstärkt versuchen, ihre Anhängerschaft durch Sympathiewerbung zu vergrößern. Über Kultur- und Sportveranstaltungen, Fußballturniere und ähnliche Veranstaltungen mit zunächst unverfänglichem Charakter sollen die Teilnehmer eingebunden und beeinflusst werden. Daneben wendet sich die Partei zielgerichtet an Schüler und Jugendliche, denen sie das Beispiel Halim Dener vorhält, der in Hannover bei einem Polizeieinsatz zu Tode kam, und fordert zum Kampf hier und in der Türkei auf.



Die PKK wird ihre politische Agitation in Deutschland auch 1995 trotz des Verbots fortsetzen, weil hier die meisten türkischen Kurden außerhalb der Türkei leben und außerdem die Bundesrepublik von der PKK als ein Staat mit großem Einfluß innerhalb Europas angesehen wird.

Da der türkische Staat unverändert darauf setzt, das "kurdische Problem" militärisch zu lösen, ist davon auszugehen, daß diesem Konflikt auch auf europäischem Boden außerhalb der Türkei, insbesondere in der Bundesrepublik, die Grundlage nicht entzogen wird.

Auch wenn der PKK-Führer Öcalan immer wieder beteuert, daß Gewaltaktionen nicht geplant sind, muß weiterhin mit gewalttätigen Aktionen von PKK-Anhängern gerechnet werden, zumal dann, wenn die PKK ihre Öffentlichkeitswirkung gefährdet sieht. Vermutlich wird die PKK zukünftig häufiger Demonstrationen durchführen, die nicht polizeilich angemeldet werden, um den Polizeibehörden die Vorbereitung zu erschweren.

Dev Sol-Flügelkämpfe verschärft

Die in Deutschland verbotene türkische linksextremistische Devrimci Sol (Dev Sol; Revolutionäre Linke) hat sich 1994 endgültig gespalten. Die weitgehend machtpolitisch motivierten Auseinandersetzungen der seit Ende 1992 in zwei Flügel zerfallenen Dev Sol - benannt nach dem Vorsitzenden Karatas und dem in der Türkei erschossenen Abweichler Yagan - eskalierten am 6. November 1994 in Bergisch-Gladbach. Erneut wurde ein Aktivist des Karatas-Flügels auf offener Straße von Aktivisten des Yagan-Flügels durch mehrere Schüsse tödlich verletzt. Verdächtige wurden festgenommen. Es ist damit zu rechnen, daß sich die Gewalttätigkeiten 1995 unter den rivalisierenden Gruppen unvermindert fortsetzen.

Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)

Die TKP/ML, die in Deutschland durch ihre Basisorganisationen ATIK und ATIF vertreten wird, verfügte 1994 in Nordrhein-Westfalen weiterhin über 600 Mitglieder; allerdings stagnierte die politisch-ideologische Arbeit, da es nach der Wiedervereinigung der TKP/ML (Partizan) mit dem Ostanatolischen Gebietskomitee (DABK) erneut zu Spannungen bis hin zu Spaltungstendenzen kam. Es deutet sich an, daß der militantere DABK-Flügel die Überhand gewinnen wird.

Türk-Föderation (ADÜTDF, sog. "Graue Wölfe")

Die extrem nationalistische Türk-Föderation (sog. "Graue Wölfe"), die durch Abspaltung einer Reihe von Mitgliedsvereinen stark geschwächt wurde, erhielt 1994 wieder Zulauf junger nationalbewußter Türken sowohl als Reaktion auf fremdenfeindliche Stimmungen in Teilen der deutschen Bevölkerung als auch auf die gewalttätigen Ausschreitungen der PKK und deren Propaganda gegen die Türkei. Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten waren in NRW kaum zu verzeichnen.

Islamische Fundamentalisten

Nach wie vor hält der Zulauf zu islamisch-extremistischen Organisationen an. Festzustellen ist, daß sie ihre aggressiven Vorstellungen zur Demokratie nach außen hin vorsichtiger äußern.

Durch vielfältige Aktivitäten, wie zum Beispiel durch das Bereitstellen von Versammlungsräumen, durch Freizeitangebote und soziale Hilfestellungen, bemühen sie sich, ihren Einflußbereich unter den in Deutschland lebenden Muslimen auszudehnen und sich so ein Forum für die weitere Verbreitung ihrer religiös verbrämten Ideologien zu schaffen, die eine massive Gegnerschaft zu grundlegenden Verfassungsprinzipien erkennen lassen.

Im islamisch-extremistischen türkischen Bereich zeichnen sich außerdem unterschiedliche Entwicklungen ab.

Kaplan-Verband

Nachdem sich der Führer des Verbandes der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Cemaleddin Kaplan, am 8. März 1994 in der Ulu-Moschee in Köln selbst zum Khalifen der muslimischen Nation ausgerufen hat, regt sich in seinem Verband Unmut über seine Selbstherrlichkeit und über seine undurchsichtigen finanziellen Transaktionen über die Verbandsstiftung in den Niederlanden. Einige Ortsvereine haben sich bereits vom Kaplan-Verband losgesagt und wollen eine eigene Föderation gründen oder sich der Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa (AMGT) anschließen.

Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa (AMGT)

Die im Vergleich zum Kaplan-Verband gemäßigtere AMGT, die seit einigen Jahren in der Öffentlichkeit extremistische Positionen vermied, besinnt sich wieder stärker ihrer islamisch-fundamentalistischen Wurzeln. Ein Grund hierfür dürfte das Erstarken der von ihr unterstützten türkischen Refah-Partei sein, die aufgrund ihrer islamisch-fundamentalistischen Forderungen in der Türkei Wahlerfolge erzielte. Bei den türkischen Kommunalwahlen im März 1994 wurden hohe AMGT-Funktionäre für die Refah-Partei zu Bürgermeistern in verschiedenen Großstädten gewählt. Die Anhängerschaft der AMGT in Europa nimmt weiter zu. Zunehmend wird die übereinstimmende politische Zielsetzung von AMGT und Refah-Partei deutlich, nämlich die Abschaffung des pluralistischen, laizistischen Systems in der Türkei und die Errichtung eines theokratischen Staates.

Hizb-Allah

Die schiitisch-extremistische Hizb-Allah (Partei Gottes) konnte 1994 ihre Anhängerschaft vergrößern. Sie strebt die Errichtung einer Islamischen Republik nach iranischem Vorbild im Libanon an und kämpft für die Vernichtung des Staates Israel. Insbesondere werden das Gaza-Jericho Abkommen und der weitere Nahost-Friedensprozeß abgelehnt. So gab es auch 1994 erbitterte Auseinandersetzungen und Terrorakte im Süd-Libanon, die gegen Israel gerichtet waren. Im übrigen ist die Hizb-Allah durch politisches und karitatives Engagement im Libanon bemüht, sich einen Platz in der politischen Landschaft nach Beendigung des Bürgerkrieges zu sichern. In Nordrhein-Westfalen ist das islamische Zentrum in Münster zentrale Anlaufstelle.

Front Islamique du Salut (FIS)

Die FIS ist im Heimatland Algerien verboten, da sie mit gewaltsamen und terroristischen Mitteln den Sturz der Regierung anstrebt. Dem militärischen Flügel der FIS, der Armée Islamique du Salut (AIS, früher MIA), und der - teilweise selbständig operierenden - Group Islamique Armée (GIA) werden zahlreiche Attentate auf Politiker, Intellektuelle, Sicherheitskräfte und in Algerien lebende Ausländer zur Last gelegt. Die GIA hat sich auch zu der Entführung der Air France Maschine im Dezember 1994 bekannt, bei der drei Geiseln ermordet wurden.

Im Rahmen bürgerkriegsähnlicher Auseinandersetzungen sind Funktionäre der FIS vor dem Verfolgungsdruck ins Ausland geflohen. Einige wenige, auch hohe Funktionäre sind so nach Deutschland gekommen. Organisationsstrukturen der FIS in Deutschland konnten bisher nicht festgestellt werden. Auch auf absehbare Zeit dürfte deren Aufbau bereits an der äußerst geringen Zahl von Anhängern, die in Nordrhein-Westfalen deutlich unter 50 liegt, scheitern.

Für die in einigen Medien dramatisch dargestellten Gefahren für die Sicherheitslage in Deutschland gibt es keine Belege. Die wenigen FIS-Anhänger in Deutschland widmen, soweit sie sich politisch betätigen, ihr ganzes Augenmerk der Entwicklung in Algerien. Sie dürften daher vorrangig daran interessiert sein, hier möglichst unbehelligt zu bleiben. Anschläge in Deutschland und die dann zwangsläufige Strafverfolgung wären kontraproduktiv. Die FIS-Funktionäre in Deutschland haben gelegentliche und punktuelle Kontakte zu anderen islamisch-fundamentalistischen Organisationen wie z.B. der AMGT, die hier über einen höheren Mitgliederstand und ausgebaute Organisationsstrukturen verfügt. Diese Kontakte ergeben sich aus grundsätzlichen Gemeinsamkeiten. Es liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, daß darüber hinaus eine Zusammenarbeit zwischen diesen in ihren Interessen auf ihre jeweiligen Heimatländer ausgerichteten Organisationen stattfindet.

Volksgruppen aus dem ehemaligen Jugoslawien

Im Jahre 1994 haben sich viele der vor dem Bürgerkrieg nach Deutschland geflüchteten Personen in neu gegründeten Vereinen organisiert (in NRW ca. 50). Zumindest bei zwei als Kulturvereinen getarnten serbischen Organisationen bestehen tatsächliche Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen.

Es liegen Informationen vor, daß Gruppierungen sicherheitsgefährdende Aktivitäten ausserhalb ihrer Heimat planen. Diese sind im verstärkten Maße dann zu erwarten, wenn friedensähnliche Vereinbarungen in den Kriegsgebieten getroffen würden. Auch gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Völkergruppen aus dem ehemaligen Jugoslawien sind nicht auszuschließen.

1.3.2 Mitgliederzahlen

Die Zahl der Mitglieder extremistischer Ausländer-Organisationen lag in Nordrhein-Westfalen 1994 wie im Vorjahr bei knapp 15.000. Ihr Anteil an den in NRW lebenden rund 1,9 Millionen Ausländern betrug weniger als 0,8 %. Dabei handelt es sich nur teilweise um einen gewaltorientierten Personenkreis. Aus aktuellen politischen Anlässen gelingt es den extremistischen Ausländer-Organisationen allerdings immer wieder, über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus in beträchtlichem Umfang Sympathisanten zu mobilisieren.

TABELLE: Mitgliederzahlen der wichtigsten Organisationen und Gruppierungen extremistischer Ausländer in NRW 1994 und 1993:

Organisationen, Gruppierungen	1994	1993
PKK - verboten	1.500	1.000
Devrimci Sol	250	170
TKP/ML	600	600
ADÜTDF ("Graue Wölfe")	1500	2800*
KAPLAN-Verband	1300	1450
AMGT	7.200	6.200
Hizb Allah	300	200
DEVIRIMCI SOL	170	150
FIS	deutlich unter 50	-

* Infolge Abwanderungen von Mitgliedervereinen zu gemäßigeren Gruppen mußte die ADÜTDF Mitgliederverluste hinnehmen, die 1993 in NRW noch nicht berücksichtigt waren.

Bei allen genannten Mitgliederzahlen handelt es sich um ungefähre Angaben.

1.4 Fremdenfeindliche und andere politisch motivierte Straf- und Gewalttaten

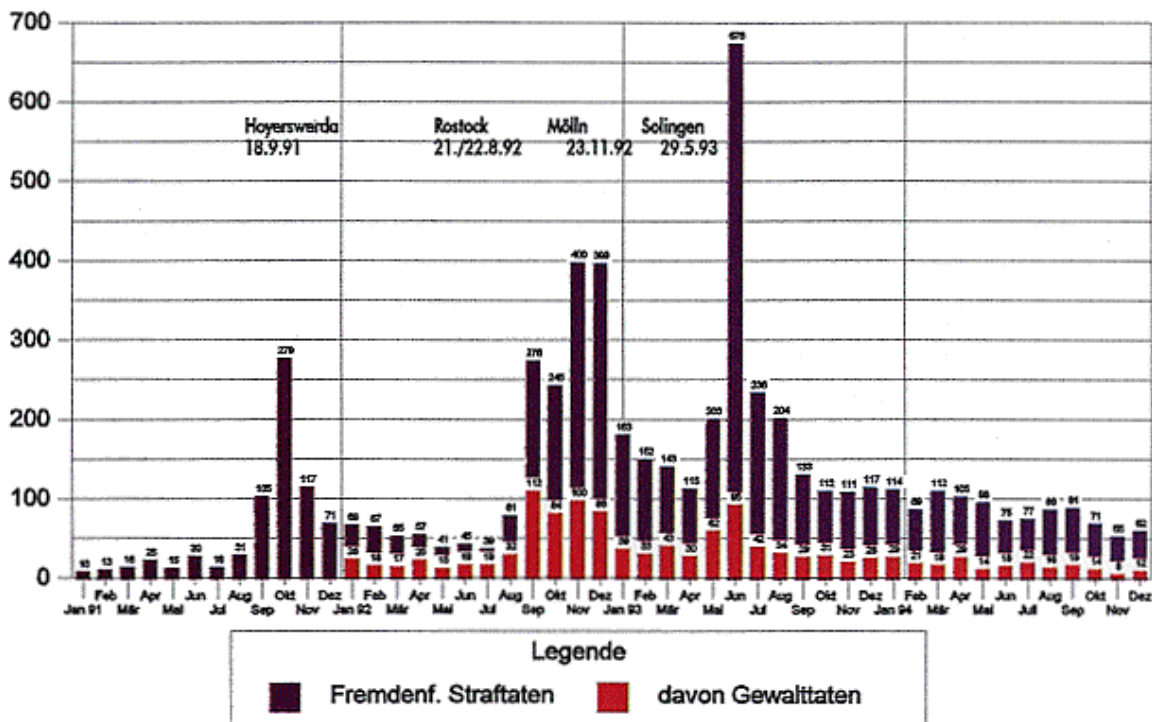
1.4.1 Fremdenfeindliche Straftaten

Insgesamt 1.038 fremdenfeindliche Straftaten registrierten die Polizeibehörden Nordrhein-Westfalens 1994. (Die Zahlen der fremdenfeindlichen Straftaten in Nordrhein-Westfalen werden vom Landeskriminalamt NRW erhoben und ständig aktualisiert. Die folgenden statistischen Daten geben den Stand vom 5. Februar 1995 wieder.) Gegenüber den Jahren 1992 mit 1.774 und 1993 mit 2.385 fremdenfeindlichen Straftaten ist ein deutlicher Rückgang festzustellen. Prozentual beträgt dieser Rückgang gegenüber 1992 41,5 % und gegenüber 1993 56,5 %. Die Zahl der fremdenfeindlichen Gewalttaten (Gewalttaten sind ein Teil der fremdenfeindlichen Straftaten. Sie umfassen die Deliktbereiche: Tötung, Körperverletzung, Brandstiftung, Landfriedensbruch, gewalttätige Sachbeschädigung) in NRW betrug 1994 222. Gegenüber 523 Gewalttaten im Jahr 1993 bedeutet dies einen Rückgang um 57,6 %, gegenüber 1992 mit 553 Gewalttaten 59,9 %.

Zur Entwarnung entsteht aber kein Anlaß. Zwar gab es bundesweit 1994 keine fremdenfeindliche Straftat, die zu einer Welle von Nachahmungstaten geführt hätte, wie dies zuletzt im Juni 1993 nach dem Anschlag in Solingen der Fall war. Bedenklich ist aber, daß mit 1.038 fremdenfeindlichen Straftaten in NRW täglich nahezu 3 solcher Straftaten zu verzeichnen waren und an fast 2 von 3 Tagen eine fremdenfeindliche

Gewalttat begangen wurde.

Fremdenfeindl. Straf- und Gewalttaten in NRW 1991* bis 1994



* Gewalttaten wurden 1991 noch nicht separat ausgewiesen; Quelle: LKA NRW, Stand 8. Februar 1995

Wie das Diagramm zeigt gingen die Straftatenzahlen von Juli bis Oktober 1993 deutlich zurück. Der rückläufige Trend schwächte sich danach merklich ab. Erst ab April 1994 sanken die Zahlen wieder deutlich und lagen zuletzt im Dezember 1994 bei 62.

TABELLE: Fremdenfeindliche Straftaten in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1992, 1993 und 1994 nach Deliktgruppen

	Deliktgruppen	1994	1993	1992	Differenz 94/93 in %	Differenz 94/92 in %
1	Tötungsdelikte (davon Versuche)	2 (2)	7 (5)	3	-	-
2	Körperverletzungsdelikte	142	264	169	- 46,2%	- 16,0%
3	Brandstiftung	11	70	109	- 84,3%	- 89,9%
4	Landfriedensbruch	0	1	16	-	-
5	Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung	67	181	256	- 63,0%	- 73,8%
1-5	Zwischensumme Gewalttaten	222	523	553	- 57,6%	- 59,9%
6	Sonstige Sachbeschädigungen	30	90	163	- 66,7%	- 81,6%
7	Verbreiten von Propagandamitteln und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	183	469	343	- 61,0%	- 46,6%
8	Nötigung, Bedrohung	185	557	288	- 66,8%	- 35,8%
9	Sonstige	418	746	427	- 44,0%	- 2,1%
1-9	SUMME Fremdenfeindliche Straftaten	1.038	2.385	1.774	- 56,5%	- 41,5%

	1994	1993	1992
Getötete	0	6	1
Verletzte	143	312	135

Brandstiftungen stark zurückgegangen

Im Vergleich der Deliktgruppen ist in allen Fällen 1994 ein Rückgang gegenüber 1993 und 1992 zu erkennen.

Der stärkste Rückgang ist bei den Brandstiftungen festzustellen: Ihre Zahl ging 1994 gegenüber dem Vorjahr um 84,3 % von 70 auf 11 zurück, gegenüber 1992 sogar um 89,9 %.

Verletzt wurden 1994 bei 142 Körperverletzungsdelikten 140 Personen. Bei den beiden Tötungsdelikten handelte es sich um Tötungsversuche, so daß durch fremdenfeindliche Gewalt 1994 in NRW niemand zu Tode kam. Demgegenüber wurden 1993 312 Menschen verletzt und 6 Menschen getötet.

In der Gruppe "Sonstige" fremdenfeindliche Straftaten sind zum großen Teil Volksverhetzungsdelikte, Androhung von Straftaten und Beleidigungen enthalten. Hier war zwar gegenüber 1993 ein Rückgang von immerhin 44 % festzustellen, gegenüber 1992 betrug der Rückgang aber nur 2,1 %.

Vorgetäuscht wurden 1994 10 fremdenfeindliche Straftaten (1993: 24), was einem unbedeutenden Anteil von weniger als 1 Prozent entspricht.

Erkenntnisse über Tatverdächtige

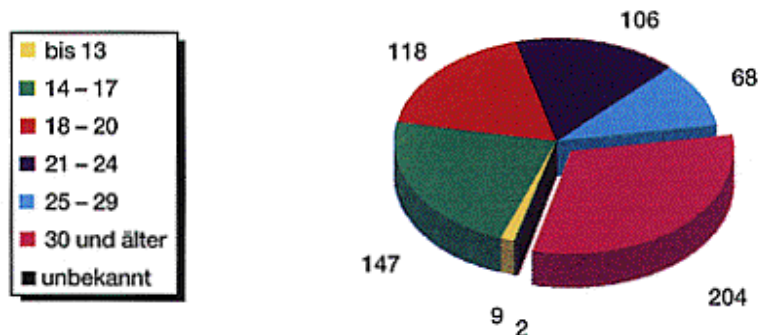
Dem LKA wurden für 1994 bisher 645 Tatverdächtige(3) gemeldet, davon 84 Frauen. Die Dominanz männlicher Tatverdächtiger setzte sich somit fort. Allerdings nahm der Anteil der weiblichen Täter gegenüber 1993 um 5,9 % zu.

Fremdenfeindliche Straftaten wurden größtenteils am Wohnort begangen: Nur 25 der ermittelten Täter (3,9 %) agierten überörtlich.

Hinsichtlich der Altersstruktur der ermittelten Tatverdächtigen ist ein deutlicher Anstieg der Täter aus der Altersgruppe 30 Jahre und älter festzustellen. Während 1993 24,8 % der Täter aus dieser Altersgruppe stammten belief sich deren Anteil 1994 auf 31,2 %. Entsprechend geringer ist der Anteil der jüngeren Täter.

Aus Gruppen mit bis zu 10 Personen wurden 37,2 % der Straftaten begangen.

Altersstruktur fremdenfeindlicher Straftäter in NRW 1994



Die überwiegende Zahl der ermittelten Tatverdächtigen gehörte keiner rechtsextremistischen Gruppe oder Organisation an. Nur bei 30 Tatverdächtigen wurde eine solche Zugehörigkeit festgestellt (z.B. FAP, NF, NSDAP/AO). Im Zusammenhang mit fremdenfeindlichen Straftaten wurden insgesamt 42 Skinheads ermittelt. Hinsichtlich der Tatorte ist bei den Gewaltdelikten eine Konzentration in den Großstädten festzustellen: 63,1 % Großstädte, 21,6 % in Mittelstädten und 14,9 % in Kleinstädten.

Die Ursachen für den Rückgang der fremdenfeindlichen Straftaten sind vielschichtig. Eine bundesweite Analyse fremdenfeindlicher Straftäter (Willems, Helmut/Würtz, Stefanie/Eckert, Roland: Forschungsprojekt Analyse fremdenfeindlicher Straftäter. Bonn 1994) benennt 4 mögliche Faktoren für diese Entwicklung:

- Ein entschiedenes polizeiliches und juristisches Vorgehen gegen fremdenfeindliche Straf- und Gewalttäter hat insbesondere unpolitische Jugendliche und Mitläufer abgeschreckt.
- Fremdenfeindliche Gewalttaten sind in ihrer Wirkung ambivalent: sie erzeugen sowohl Nachahmung als auch Abschreckung. Abschreckungswirkungen sind besonders bei den potentiellen Tätern zu erwarten, die noch nicht politisch radikalisiert und daher moralisch-ethisch immunisiert sind. Der rückläufige Anteil jüngerer Gewalttäter spricht dafür, daß von den Taten in Mölln und Solingen - besonders auf diese Altersgruppe potentieller Täter - abschreckende Wirkungen ausgingen.
- Die Änderung des Asylrechts und die damit einhergehende rückläufige Zahl von Asylbewerbern hat dem zentralen rechtsextremistischen Agitationsthema, der Mobilisierung von Fremdenangst, offenbar die Schlagkraft genommen.
- Die scharfe Verurteilung von fremdenfeindlich motivierter Gewalt durch Öffentlichkeit und Presse sowie Aktionen der Bevölkerung haben deutlich gemacht, daß rechtsextremistische Strategen keine Chance haben, als nationale Avantgarde Anerkennung zu finden.

1.4.2 Politisch motivierte Gewalttaten

Mit insgesamt 445 politisch motivierten Gewalttaten, die dem Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen für 1994 gemeldet wurden, ist gegenüber 827 Fällen im Vorjahr

ein erheblicher Rückgang um 46,2 % zu verzeichnen. Diese Entwicklung zeigt sich in allen Deliktgruppen, besonders aber bei den Brand- und Sprengstoffanschlägen, die um 73 % zurückgingen.

TABELLE: Politisch motivierte Gewalttaten nach Deliktgruppen 1994 und 1993

	1994	1993	Differenz 94/93 in %
Tötungsdelikte	10	13	- 23,1 %
Körperverletzungsdelikte	222	358	- 40,0 %
Brand-/Sprengstoffanschläge	30	111	- 73,0 %
Gewalttätige Sachbeschädigungen	183	345	- 47,0 %
SUMME	445	827	- 46,2 %

Nach bisher vorliegenden Erkenntnissen (Stand: 13. Januar 1995) dürften die Gewalttaten folgenden Motivbereichen zuzuordnen sein:

TABELLE: Politisch motivierte Gewalttaten nach Motivbereichen 1994 (1993 in Klammern)

Gewalt motiviert durch	Tötungs- delikte (einschl. Versuche)	Körper- verletzungs- delikte	Brand- und Sprengstoff- anschläge	Gewalttätige Sachbeschä- digungen	Summe Gewalttaten	Anteile an den Gewalttaten in Prozent
Fremden- feindlichkeit	1 (7)	144 (259)	11 (62)	65 (165)	222 (493)	49,9 (59,6)
Rechts- extremismus*	1 (2)	22 (21)	1 (7)	27 (22)	51 (52)	11,5 (6,3)
darunter gegen den pol.Gegner	0 (1)	9 (6)	1 (4)	7 (1)	17 (12)	
Linksextremismus /terrorismus	1 (0)	26 (29)	8 (3)	83 (70)	118 (102)	26,5 (12,3)
darunter gegen den pol. Gegner	0 (0)	14 (22)	3 (1)	44 (19)	61 (42)	
Ausländer- extremismus	6 (4)	30 (49)	10 (30)	8 (78)	54 (161)	12,1 (19,5)
Unklar	0 (0)	0 (0)	0 (9)	0 (10)	0 (19)	0 (2,3)
SUMME	10 (13)	222 (358)	30 (111)	183 (345)	445 (827)	100,0 (100,0)

**) Einschließlich antisemitischer Gewalttaten; jedoch ohne von Rechtsextremisten mit fremdenfeindlicher Motivation verübte Gewalttaten*

Der mit Abstand größte Anteil der Gewalttaten entfällt mit 49,9 % auf die fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten. Darin sind auch die von Rechtsextremisten mit fremdenfeindlicher Motivation verübten Gewalttaten enthalten.

Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten, ohne fremdenfeindliche Motivation, hatten einen Anteil von 11,5 %. Die antisemitischen Gewalttaten gingen 1994 auf 5 gegenüber 9 im Vorjahr zurück. Demgegenüber ist allerdings ein Ansteigen der antisemitischen Straftaten bei Delikten, die nicht zu den Gewaltdelikten zählen, wie Sachbeschädigung, Volksverhetzung festzustellen.

Aus linksextremistischer Motivation wurden 26,5 % der Gewalttaten begangen.
Auf politischen Extremismus von Ausländern sind 12,1 % der Delikte zurückzuführen.

2 Rechtsextremismus

2.1 Rechtsextremistische Organisationen, Gruppierungen und Strömungen

2.1.1 Anti-Antifa-Kampagne

Hinter dem Begriff "Anti-Antifa" verbirgt sich keine rechtsextremistische Organisation. Der Begriff kennzeichnet eine politische Strategie. Der Hamburger Neonazi Christian Worch hat sie etwa Mitte 1992 in rechtsextremistischen Kreisen verbreitet. Er hat ihr den Sinn einer "Volksfront von Rechts" unterlegt. Dieser Anspruch sollte u.a. dadurch verwirklicht werden, daß politische Gegner durch die Veröffentlichung ihrer Namen und Anschriften verunsichert bzw. an der Durchführung "antifaschistischer Aktionen" gehindert werden. Linksextremisten bedienen sich dieses Instruments seit langem. Gleichwohl erzeugte die erste bedeutende Aktion der Rechtsextremisten im Rahmen der Anti-Antifa-Kampagne, die Publikation "Der Einblick", ein enormes Medienecho. Mit der Publikation, in der die Namen von 151 Personen und zahlreiche Informationen zu Objekten abgedruckt waren, wurde der Begriff "Anti-Antifa" Ende 1993/Anfang 1994 in der Öffentlichkeit bekannt. Die Schrift rief zu Aktionen gegen "roten Terror" auf und drohte den genannten Personen unruhige Nächte an.

Die Herausgeber, Neonazis aus Süd- und Südwestdeutschland, hatten Material zusammengeführt, das zuvor in der Szene nur lokal vorhanden und greifbar war. Über das "Nationale Infotelefon" Mainz war zur Sammlung der Informationen aufgefordert worden. Für die Öffentlichkeit entstand so der Eindruck eines Netzwerks. Mit dieser Darstellung vorhandenen Materials in einer Broschüre erreichten diese Neonazis zumindest teilweise ihr Ziel der Einschüchterung und Verunsicherung bei den Betroffenen, die noch durch telefonische Bedrohungen verstärkt wurden. Allerdings kam es in keinem Fall zu Gewalttaten als Folge der Publikation.

Ende März 1994 erschien eine formal umgestaltete, inhaltlich unveränderte Ausgabe der Schrift, nachdem die Erstauflage schnell vergriffen war. Die Neuauflage erzielte keine größere Resonanz.

Am 31. Januar 1995 befand das Amtsgericht Groß-Gerau (Hessen) die beiden hauptverantwortlichen Herausgeber der Schrift für schuldig, mit ihrer "schwarzen Liste" über politische Gegner öffentlich zu Straftaten gegen Andersdenkende aufgerufen zu haben. Sie wurden zu Freiheitsstrafen von einem Jahr mit Bewährung und 4.000 DM Geldstrafe bzw. zwei Jahren ohne Bewährung verurteilt. Der Drucker der Publikation wurde wegen Beihilfe zu einer Geldstrafe in Höhe von 3.600 DM verurteilt. Nicht alle Urteile sind rechtskräftig. Eine Mitangeklagte, die beim Verpacken der 500 Exemplare der Broschüre geholfen hatte, wurde verwarnt und muß 100 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten.

Aktivitäten 1994 in Nordrhein-Westfalen

Für den Zeitraum vom 2. bis 23. April 1994 meldeten Mitglieder und Anhänger der FAP und der "Deutschen Nationalisten" (DN) in 22 Städten (u.a. Bonn, Dortmund, Essen, Köln, Wilnsdorf, Wuppertal) insgesamt 29 Kundgebungen (13 in Nordrhein-Westfalen) unter der Bezeichnung "Anti-Antifa" an. Für den größten Teil der Anmeldungen zeichnete ein Funktionär der DN und ehemaliger Betreiber des Nationalen Infotelefons Mainz verantwortlich. Als Themen der Kundgebungen wurden u.a. genannt:

- Stoppt den linken Terror

- Gegen linksextreme Gewalttäter
- Deutschland den Deutschen
- Keine Chance für Asylbetrüger.

Alle Veranstaltungen wurden verboten und fanden nicht statt. Die Vielzahl der geplanten Veranstaltungen (allein für den 9./10. April waren 20 Veranstaltungen angekündigt) mit teilweise zeitgleich an verschiedenen Orten eingeplanten Rednern läßt den Schluß zu, daß es sich um eine Aktion zur Verunsicherung bzw. Ablenkung der Sicherheitsbehörden handelte.

Für den 29. Juli und 17. September 1994 meldeten Neonazis aus dem Raum Siegen/Olpe unter "Anti-Antifa" jeweils Kundgebungen in Siegen zu den Themen "Gegen linken Terror auf nationale Bürger" bzw. "Gegen linksextreme Indoktrination und roten Straßenterror" an. Beide Veranstaltungen wurden verboten und fanden nicht statt. Den Begriff "Anti-Antifa" benutzen in Siegen hauptsächlich Personen aus dem Kreis der "Sauerländer Aktionsfront" (SAF) bzw. der FAP; hier besteht weitgehende Personenidentität.

Ein FAP-Mitglied trat als Einzelbewerber unter dem Kennwort "Anti-Antifa" in einem Wahlbezirk in Oer-Erkenschwick (Kreis Recklinghausen) bei der Kommunalwahl am 16. Oktober 1994 an, erzielte aber nur 5 Wählerstimmen.

Ausblick

Als dauerhafte Folgewirkung der Veröffentlichung des "Der Einblick" setzte sich bei einer breiten Öffentlichkeit der Eindruck fest, "Anti-Antifa" sei mehr als ein Schlagwort, sei Synonym für eine enger zusammenwachsende Szene von Rechtsextremisten, sei organisations übergreifende Klammer mit dem Ziel aktionsbezogener Zusammenarbeit. Eine derartige organisatorische Verfestigung der Anti-Antifa-Strategie war bisher jedoch nicht festzustellen. Da Neonazis nicht selten auch von Geltungssucht getrieben werden, wird es sie auch in Zukunft locken, mit dem Begriff "Anti-Antifa" den Staat herauszufordern und ein Medienecho zu erzeugen.

2.1.2 Deutsch-Europäische Studiengesellschaft (DESG)

Gründung:	1972	
Sitz:	Hamburg	
Mitglieder	1994	1993
Bund:	ca. 70	ca. 70
Publikation:	DESG-inform	
	erscheint monatlich, Auflage ca. 300	

Die DESG wurde 1972 von einem NPD-Funktionär gegründet. Sie bestand schon seit 1964 als Seminarkreis junger Akademiker, die unter verschiedenen Bezeichnungen wie "Die Legion", "Deutsch-Europäische Gesellschaft" und "Sababurg-Runde" bemüht waren, über ideologische Schriften wie "Junges Forum" und "Junge Kritik" einen neuen Nationalismusbe griff in den Rechtsextremismus einzubringen. Sie vertritt Thesen der sog. Neuen Rechten, insbesondere aus dem Kreis um Alain de Benoist. An regelmäßigen Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen nahmen u.a. bekannte Rechts extremisten wie Peter Dehoust (Nation und Europa) oder Dr. Rolf Kosiek (Gesellschaft für freie Publizistik) teil. Im Publikationsorgan "DESG-inform", das auch über Entwicklungen und Ereignisse in anderen rechtsextremistischen Organisationen regelmäßig berichtet, wird u.a. Schrifttum der "Neuen Rechten" aus dem In- und Ausland vorgestellt und kommentiert.

2.1.3 Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)

Gründung

Landesverband NRW: 26. Oktober 1991

Bund: 3. Oktober 1991

Sitz

NRW: Köln

Bund: Villingen-Schwenningen

Vorsitzende

NRW: Markus Beisicht

Bund: Harald Neubauer, Jürgen Schützinger, Ingo Stawitz (MdL Schleswig Holstein)

Mitglieder 1994 1993

NRW: ca. 160 ca. 150

Bund: ca. 900 ca. 800

Publikation: Nation und Europa - Deutsche Rundschau

Auflage 15.000; erscheint monatlich

(Bis Mai 1994 Deutsche Rundschau)

Rhein-Ruhr-Blitz, Mitteilungsblatt des Landesverbandes NRW;

Auflage 7.000; erscheint unregelmäßig (1994 erschien nur 1 Ausgabe)

DomSpitzen

Publikation der DLVH Köln; erscheint seit Herbst 1994 nur noch vierteljährlich (vorher monatlich)

Die DLVH wurde am 3. Oktober 1991 von Mitgliedern der Deutschen Allianz-Vereinigte Rechte (DA), einem Zusammenschluß ehemaliger Mitglieder der Partei "Die Republikaner", der NPD und der DVU gegründet. Sie versteht sich als Sammlungsbewegung.

Organisation

Die DLVH verfügt bundesweit über 8 Landesverbände. Im Landesverband Nordrhein-Westfalen bilden die Städte Hagen und Köln Schwerpunkte.

Der Landesvorsitzende Markus Beisicht aus Köln ist auch Präsidiumsmitglied im Bundesvorstand der DLVH. Gleichberechtigte Bundesvorsitzende sind Harald Neubauer aus München, bis zur Wahl am 12. Juni 1994 Mitglied des Europa-Parlamentes (zunächst Mitglied der REP-Fraktion, nach seinem Ausscheiden aus der Partei Mitglied der "Technischen Fraktion", einer Interessengemeinschaft rechtsextremistischer Parteien und Einzelmitglieder des Europa-Parlamentes, wie z.B. des Front National), Jürgen Schützinger aus Villingen-Schwenningen und Ingo Stawitz aus Kiel, ehemals für die DVU im Landtag Schleswig-Holstein, jetzt Mitglied der DLVH-Fraktion.

Politische Ziele

Ihre Agitation betreibt die DLVH auf der Basis nationalistischer, rassistischer und völkisch-kollektivistischer Vorstellungen, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar sind. Das auch als "Gründungsmanifest" bezeichnete Parteiprogramm lehnt sich sprachlich und ideologisch an das Programm der NPD an.



Die DLVH lehnt eine "multikulturelle Gesellschaft" ab und fordert eine "Ausländerpolitik, die den berechtigten Schutzinteressen des deutschen Volkes entspricht".

Daneben offenbart sie deutliche Tendenzen zur Relativierung der NS-Verbrechen, indem sie eine Geschichtsschreibung fordert, "die der Wahrheit entspricht und sich nicht für Kollektivschuldthesen und andere politische Manipulationen mißbrauchen läßt". In der Asylthematik sowie in der Ablehnung der EU und des Vertrags von Maastricht agitiert die DLVH ähnlich wie die DVU und NPD. Während sie die fortschreitende Einigung Europas mit "Gleichmacherei", "Überfremdung" und "Bevormundung" gleichsetzt, stellt sie die Anwesenheit von "Asylanten" als "zerstörerisch" für das deutsche Volk dar.

Es besteht eine personelle Verflechtung mit der Neuen Rechten durch die DLVH-Mitglieder und Herausgeber der Publikation "Nation und Europa - Deutsche Rundschau", Peter Dehoust und Harald Neubauer, die aber programmatisch keine Auswirkung hat.

Keine Teilnahme an der Bundestags- und an der Europawahl; Schwerpunkt Kommunalwahlen

Die DLVH trat weder zur Bundestags- noch zur Europawahl an. Der Bundesvorstand verzichtete auf die Teilnahme, "um die Rechten nicht noch mehr zu zersplittern". Ein Schwerpunkt für die Bundespartei war die Teilnahme an den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen. Hier trat die erst 1991 gegründete DLVH erstmals zu Wahlen an. Sie kandidierte allerdings nur in Köln - mit einer Liste, auf der auch Mitglieder der NPD und der REP aufgeführt waren - und in Hagen.

Im Kölner DLVH-Kommunalwahlprogramm heißt es unter der Überschrift "Allein gegen die Mafia": "Köln ist in der Hand einer korrupten und inländerfeindlichen Politikerkaste aus SPD, CDU, FDP und "Grünen" ... Die heimischen Autofahrer werden ver-teufelt, währenddessen Zigeuner, Schwulen- und Lesbengruppen und Asylbetrüger gehätschelt werden. ... Nichts ärgert die Ausländerlobby, die Kirchen, die Arbeitgeberverbände, die Gewerkschaften, die Synagogengemeinde, die Neven-Dumont-

Presse sowie die Altparteienmafia mehr als eine starke Opposition von Rechts im Kölner Rat!"

Im Hagener Wahlkampf verbreitete die DLVH ein Flugblatt, in dem es heißt:
"Verbrechensexpllosion? Mißwirtschaft? Uns reicht's! ... Wir machen inländerfreundliche Politik ... Zur Kommunalwahl steht als einzige aussichtsreiche nonkonforme, seriöse Kraft die Deutsche Liga für Volk und Heimat auf dem Hagener Stimmzettel. Jede Stimme für die Deutsche Liga ist Stachel im Fleisch der Etablierten. Nichts ärgert die Altparteien mehr, als eine starke Opposition in Gestalt der Deutschen Liga ..."

In beiden Städten scheiterte die DLVH deutlich an der 5-Prozent-Grenze. In Köln, wo sie bisher mit 2 Mandaten im Stadtrat vertreten war (durch Übertritte von den REP, die anlässlich der Kommunalwahlen 1989 7,4 % erzielten) erreichte sie 1,3 % (6.774 Stimmen). In Hagen lag das Ergebnis bei 0,2 % (227 Stimmen).

In Köln ist die DLVH durch den Verlust der Fraktionszuschüsse nicht mehr in der Lage, die bisher als "Mitteilungsblatt der Ratsfraktion" erschienenen "DomSpitzen" weiter monatlich herauszugeben. Sie erscheinen seit dem Herbst 1994 nur noch vierteljährlich. Um das weitere Erscheinen zu sichern, bittet die DLVH Köln um Spenden.

Politische Ziele der Bundespartei nach den Wahlen 1994

In einem Mitgliederrundbrief vom 1. November 1994 reagierte der Bundesvorstand auf das schlechte Wahlergebnis, indem er das alte Ziel der Partei, die Zusammenarbeit mit anderen Parteien des "rechten Lagers", propagiert: *"Es geht um die Schaffung eines personellen Kristallisationskerns, der verlässlich in die Fläche ausstrahlt und die verschiedenen Organisationschwerpunkte zu einem funktionierenden Ganzen verbindet. Keine der vorhandenen Parteien und Gruppierungen ist allein stark und flächendeckend genug, um aus eigener Kraft die breite Wählermasse anzusprechen ... Wir werden jetzt verstärkt alle Kontakte und Kanäle nutzen, um schon 1995 zu einem 'runden Tisch' der deutschen Rechten zu gelangen. Noch nie war die Situation günstiger ..."*

Auf seiner Sitzung am 22./23. Oktober 1994 in Uetersen habe der DLVH-Bundesvorstand die Lage nach den Wahlen ausführlich beraten und die dem Mitgliederrundbrief beigefügte Resolution verabschiedet. Alle Mitglieder seien aufgerufen, diesen Text zu verbreiten und zur Diskussion mit Gleichgesinnten zu nutzen. Jetzt müsse Druck von der Basis gemacht werden. Die einstimmig beschlossene Erklärung hatte folgenden Wortlaut:

"Wir sind einigungsbereit

Trotz noch nicht überwundener Differenzen, die in vergangenen Ereignissen wurzeln, begrüßt die DEUTSCHE LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT grundsätzlich das vom Schönhuber/Frey-Treffen ausgegangene Signal zu Einigung. Das gilt auch für ähnliche Initiativen in jüngster Zeit.

Die DLVH steht für einen erweiterten Zusammenschluß demokratischer Patrioten zur Verfügung. Form und Name sind zweitrangig. An einer solchen Konzentration würde sich auch die DLVH-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag beteiligen.

Die DLVH wird ungeachtet früherer Auseinandersetzungen jede Person und jede Strömung solidarisch stützen, die auf eine Sammlung der demokratischen Rechten hinwirkt.

1995 muß für die deutsche Rechte ein Jahr der Versöhnung, Öffnung und Erneuerung werden. Nur gemeinsam läßt sich eine flächendeckende, schlagkräftige und glaubwürdige politische Alternative zum Bonner Parteienkartell aufbauen."

Monatszeitschriften "Nation und Europa" und "Deutsche Rundschau" zusammen geschlossen

Seit April 1994 erscheinen die "Deutsche Rundschau" (DR), Sprachrohr der DLVH, und die Monatszeitschrift "Nation und Europa" zusammen in Coburg unter dem neuen Titel "Nation und Europa - Deutsche Rundschau".

Finanzielle Engpässe bei der DR waren die Ursache dafür. Bereits im Januar 1994 war die DR erstmalig - noch als eigenständige Zeitung - im Nation Europa-Verlag erschienen.

In einem Beitrag mit der Überschrift "In eigener Sache" begrüßten zwei DLVH-Bundesvorstandsmitglieder erstmals auch die Abonnenten der DR. Seit eh und je seien Herausgeber und Redaktion für eine wirksame Bündelung der demokratischen Rechten in Deutschland eingetreten. In diesem Sinne erschienen "Nation und Europa" und die DR ab sofort im Verbund. Nichts ändere sich an der monatlichen Erscheinungsweise und der politischen Ausrichtung. Weiter hieß es in dem Beitrag, die Erweiterung des Mitarbeiterkreises und vor allem der Leserschaft seien eine beträchtliche Stärkung. Gemeinsam könnten das Erreichte besser abgesichert und neue Chancen wahrgenommen werden.

Aktivitäten der DLVH in Köln

Um den Bekanntheitsgrad der Partei zu erhöhen, wurden zahlreiche Demonstrationen und Versammlungen angemeldet, die alle verboten wurden. Es handelte sich fast ausschließlich um Scheinanmeldungen, zum Beispiel eine für den 5. Februar 1994 angekündigte fiktive Veranstaltung mit dem Vorsitzenden der Liberaldemokratischen Partei Rußland (LDPR), Wladimir Schirinowskij, sowie eine für den 2. Oktober 1994 geplanter Bundesparteitag.

Aktivitäten der DLVH in Hagen

Der propagandistisch sehr aktive Kreisverband Hagen bildet den zweiten Schwerpunkt der DLVH in Nordrhein-Westfalen. Die folgenden Schriften machen die politische Zielsetzung der Partei ergänzend deutlich. Im Mai erschien ein Flugblatt des Kreisverbandes Hagen der DLVH: *"Die Abschaffung des Deutschen Volkes ist geplant! Wir sollen nach dem Willen der Bonner 'Volksvertreter' durch eine 'multikulturelle Gesellschaft' ersetzt werden."*

In einer Informationsschrift des Kreisverbandes Hagen mit der Überschrift "Wir bürgen für Qualität!" heißt es: *"Wir ... wollen keinen europäischen Einheitsfraß! Wir wollen unsere deutsche Identität, Kultur, Muttersprache ... behalten. ... Wir wollen gesunde deutsche Arbeiter Kindergartenplätze sind vorrangig deutschen Kindern zur Verfügung zu stellen Liebe deutsche Frauen und Männer! Wacht endlich auf bevor es zu spät ist, sonst macht Ihr Euch mitschuldig am Chaos und Untergang unseres Volkes und Heimatlandes Die Politik der Altparteien ist reine Volksverdummung"*

Ausblick 1995

Es ist fraglich, ob die "Einigungsbereitschaft" der DLVH bei anderen rechtsextremistischen Parteien und Organisationen Resonanz findet. Die DLVH versteht sich zwar selbst als "Sammlungspartei der nationalen Rechten", konnte mit diesem Anspruch bisher aber keine Resonanz erzielen. Bis auf vereinzelte Kontakte auf Ortsebene, wie z. B. in Köln, wo auch Mitglieder der NPD auf der DLVH-Kommunalwahlliste kandidierten, verhielten sich die NPD und die DVU bisher ablehnend. Seit Beginn der Führungskrise bei den REP und auch noch nach dem Wechsel des Vorsitzenden wirbt

die DLVH um enttäuschte Mitglieder dieser Partei.

Zur NRW-Landtagswahl am 14. Mai 1994 wird die DLVH nicht mit einer eigenen Liste antreten. Sie ist aber auch hier offen für ein Bündnis.

2.1.4 Deutsche Nationalisten (DN)

Gründung

NRW: Auch 1994 keine ordnungsgemäße Gründung

Bund: Juli 1993

Sitz

NRW: ./.

Bund: Mainz

Vorsitzende

NRW: ./.

Bund: Michael Petri

Mitglieder 1994 1993

NRW: ./.

Bund: ca. 100 50

Die DN ist eine der Kleingruppen, in die die Neonaziszene in der Bundesrepublik Deutschland aufgesplittert ist. Sie verfügte Anfang 1995 über Landesverbände in Bayern, Berlin, Hessen, Thüringen und Nordrhein-Westfalen. In NRW wurde auch 1994 der Landesverband nicht ordnungsgemäß gegründet, tatsächlich aber entwickelten einige seiner "Mitglieder" rege Aktivitäten.

Der DN-Bundesvorsitzende, Michael Petri, war zuvor Vorsitzender des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der im Dezember 1992 verbotenen "Deutschen Alternative" (DA).

Programm und Zielsetzung

In einem Interview bezeichnet der Bundesvorsitzende Petri als Ziel der DN, "hauptsächlich neue Kameraden für die gesamte nationale Szene heran(zu)ziehen. Außerdem bieten wir allen interessierten Kameraden eine Plattform für legale politische Arbeit."

In ihrem Programm fordert die DN unter anderem:

"Schluß mit den 'Wiedergutmachungszahlungen' an ausländische Mächte! Das Volk darf nicht noch 50 Jahre nach Kriegsende zur Kasse gebeten werden, obwohl noch nicht einmal klar geklärt ist, wer die alleinige Schuld am Ausbruch des Krieges trägt.

...

Ausländer sind übermäßig hoch an der Kriminalität beteiligt. Die Deutschen Nationalisten fordern zum Schutz der deutschen Bevölkerung entschiedene Maßnahmen gegen kriminelle und extremistische Ausländergruppen. ...

Eine Ausländerrückführung muß geplant und angewandt werden, da Deutschland sonst eine multikulturelle und multikriminelle Gesellschaft droht. In solch einer Gesellschaft stirbt die Seele des deutschen Volkes!"

Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen

Am 5. Januar 1994 trafen sich in Dortmund ca. 15 Neonazis, darunter der Bundesvorsitzende Petri, der designierte DN-Landesvorsitzende Langnickel und der NRW-Landesvorsitzende der FAP Borchardt, zu vorbereitenden Gründungsgesprächen. Eine dann am 19. März 1994 von ca. 60 Personen besuchte Gründungsversammlung wurde von starken Polizeikräften aufgelöst. Auch weitere Versammlungen und Ver-

sammlungsversuche (u.a. am 26. März mit ca. 75 Personen in Warstein und am 20. August 1994 in Dorsten) führten zu keiner Landesverbandsgründung der DN. Inaktivität auf Landesebene und mangelnde organisatorische Strukturen lassen Zweifel zu, daß die DN sich zu einer Vereinigung von nennenswerter Bedeutung in der rechtsextremistischen Szene entwickeln wird. Die Teilnahme von FAP-Funktionären an Versammlungen in NRW deutet jedoch darauf hin, daß die FAP sondierte, ob ein DN-Landesverband als Neuorganisation für FAP-Mitglieder nach einem Verbot geeignet sein könnte.

Die Staatsanwaltschaft Koblenz ermittelt seit dem 13. Juli 1994 gegen die DN wegen des Verdachts der Fortführung der vom Bundesministerium des Innern am 10. Dezember 1992 verbotenen "Deutschen Alternative" (DA) (§ 20 Vereinsgesetz). Der organisatorische Bestand der DN hängt vom Ergebnis dieses Ermittlungsverfahrens ab, das am Jahresende 1994 noch nicht abgeschlossen war. Sollte darin festgestellt werden, daß es sich bei der DN um eine Nachfolgeorganisation der 1993 verbotenen DA handelt, ist sie ebenfalls verboten.

**Ein frischer politischer Wind pfeift
durch unser Land !**
Was wir wollen und wer wir sind

Deutschland ruft ! Wir wollen uns für die Interessen unseres Volkes unablässig einsetzen. Aus diesem Grund haben wir uns als **DEUTSCHE NATIONALISTEN** zusammengefunden. Von interessierter Seite der Medien, Politik und Lobbys wird derzeit eine gewaltige Hetze gegen jede nationale Stimme betrieben. Mit repressiven Mitteln versuchen Politiker und Staatsanwälte jede deutschbewußte Stimme zu unterdrücken. Der Zeitgeist scheint sich gegen rechte Meinungsäußerungen etabliert zu haben.

Doch der Schein trügt, noch nie war die Zeit zu günstig breite Kreise des deutschen Volkes anzusprechen, junge Deutsche zu aktivieren. Dies gelingt besonders in Mitteldeutschland und ist für uns überall in Deutschland Ansporn hierfür.

Wir stehen unerschrocken für deutsche Belange ein, stellen die richtigen kritischen Fragen um für die satten Bonner Politiker ungemütlich zu werden. Mit unserer kontinuierlichen Basisarbeit vor Ort stützen wir kameradschaftlich, parteiunabhängig jedes politische Bündnis, das sich für Deutschland einsetzt.

Wir machen konstruktive nationale Politik in unseren Städten und arbeiten mit jedem gutwilligen nationalen Deutschen / Partei zusammen. Abgrenzungen kennen wir nicht !

Wir stehen aber auf dem Boden dieser Verfassung. Gewalt als Mittel zur Durchsetzung unserer Ziele lehnen wir ab, nehmen aber natürlich das Recht auf Notwehr in Anspruch.

WIR SIND :

- RADIKAL FÜR DEUTSCHLANDS INTERESSEN, ABER NICHT EXTREMISTISCH !
- PARTIOTISCH
- UMWELTBEWUßT
- VOLKSTREU

Informiere Dich einfach weiter über uns, über unsere Treffen die Deutschen Abende, fordere Material an, werde selbst aktiv. Deutschland braucht Dich !

.....

Ich möchte weiteres Info-Material erhalten

Ich möchte zu einem "Deutschen Abend" in meiner Nähe eingeladen werden

Ich möchte nur mit einer Spende die politische Arbeit unterstützen

Ich möchte auch zu anderen Veranstaltungen eingeladen werden

Streicht mich von Eurer Liste

Name : _____ Anschrift: _____

event. Parteizugehörigkeit : _____

Kontaktadresse:
Deutsche Nationalisten
c/o ~~.....~~ (V.L.S.d.P.)
~~.....~~ **44200 Dortmund**

2.1.5 Deutsche Volksunion (DVU)

Gründung

Landesverband NRW: 1989

Bund: 1987

Sitz

NRW: Hamm

Bund: München

Vorsitzende

NRW: Hans-Dieter Wiegräfe

Bund: Dr. Gerhard Frey

Mitglieder	1994	1993
NRW:	ca. 3.300	ca. 5.000
Bund:	ca. 20.000	ca. 26.000
Publikationen:	Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger (DWZ/DA) Auflage 60.000; erscheint wöchentlich Deutsche National-Zeitung (DNZ) Auflage 80.000; erscheint wöchentlich	

Kurzcharakterisierung

Die Partei wurde im März 1987 in München auf Initiative Dr. Gerhard Freys und in engem Zusammenwirken mit der NPD unter dem Namen Deutsche Volksunion - Liste D (DVU-Liste D) gegründet. Mit der Parteigründung sollten alle nationalistischen Kräfte zusammengefaßt und der bisherigen Zersplitterung des "rechten Lagers" entgegengewirkt werden.

Organisation

Die DVU verfügt in Nordrhein-Westfalen zwar über zahlreiche Kreisverbände, tritt aber nach außen hin nicht in Erscheinung. 1994 fand nicht einmal ein Landesparteitag statt. Politik - wie die Partei sie versteht - wird ausschließlich in den Wochenzeitungen ihres Bundesvorsitzenden Frey aus München gemacht. Dieser führt seine Partei streng zentralistisch und autoritär.

Bereits seit 1971, also länger als die Partei DVU, die seinerzeit lediglich zwecks Wahlteilnahme gegründet wurde, besteht die Deutsche Volksunion e. V. (DVU e.V.). Aufgrund einer im Dezember 1988 durchgeführten Satzungsänderung sind alle Mitglieder des Vereins gleichzeitig Mitglied der DVU, sofern sie nicht ausdrücklich widersprechen. Die Ziele beider Organisationen sind identisch. Der DVU e.V. angegliedert sind folgende "Aktionsgemeinschaften":

- Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF),
- Aktion Oder-Neiße (AKON),
- Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur (DSVK),
- Ehrenbund Rudel,
- Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.),
- Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA).

Sowohl die DVU e.V. als auch die Aktionsgemeinschaften entfalten keine eigenen Aktivitäten. Für sie wird aber regelmäßig in den Wochenzeitungen des Bundesvorsitzenden geworben.

Finanzen

Die DVU nahm in der jüngeren Vergangenheit an Wahlen nur teil, wenn das finanzielle Engagement überschaubar blieb (Bremen 1991, Schleswig-Holstein 1992, Hamburg und Frankfurt a.M. 1993). Die Behauptung des Bundesvorsitzenden, ständig aus seinem Privatvermögen in die Parteiarbeit einzuschießen, ist geeignet, die Spendenbereitschaft seiner Anhänger anzuregen. Angesichts der Geschäftstüchtigkeit, mit der er seine Produkte vermarktet, darf sie angezweifelt werden.

Politische Ziele

Allein aus dem Parteiprogramm der DVU, das bewußt allgemein gehalten ist, um möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten, ist die rechtsextremistische Grundhaltung nicht ohne weiteres erkennbar. Im Mittelpunkt steht die Durchsetzung "nationaler Interessen", die in Thesen wie "Bewahrung der deutschen Identität" und "Kein Verzicht auf deutsche Interessen" zum Ausdruck kommt. Ansätze von Ausländerfeindlichkeit

finden sich in Forderungen nach "Begrenzung des Ausländeranteils" und "Stopp dem zunehmenden Ausländerstrom". Deutlicher wird die rechtsextremistische Grundhaltung in den Wochenzeitungen (DWZ/DA und DNZ) des Bundesvorsitzenden.

Entwicklungen und Ereignisse 1994

Erneuerung des Bündnisangebotes

In seinen Wochenzeitungen kritisierte Frey 1994 wiederholt den Alleingang der REP und erneuerte immer wieder das im Herbst 1993 mit einer "Urabstimmung der Rechten - Gemeinsam oder Gegeneinander" begonnene Bündnisangebot.

Unter der Überschrift "Wie lange noch Abgrenzerei? - Schönhubers Alleingangskonzept gescheitert" schreibt die DWZ/DA in ihrer Ausgabe vom 17. Juni, Schönhuber müsse nach der neuerlichen Niederlage bei der Europawahl jetzt ernsthaft überdenken, ob sein Konzept der Abgrenzung und Attacken gegen andere Kräfte der "demokratischen Rechten" noch durchzuhalten sei.

Grund für das Bündnisangebot Freys dürften sein ausgeprägtes Geltungsbedürfnis, sein Sendungsbewußtsein, aber auch finanzielle Überlegungen sein: Eine erfolgreiche Bündelung von DVU und REP ließe den Kundenstamm für Produkte anwachsen. Bei eventueller Wahlteilnahme wäre die Chance auf eine Beteiligung an der staatlichen Parteienfinanzierung größer.

Zusammenarbeit DVU und REP

Am 21. August trafen sich die beiden Parteivorsitzenden zu einem "Meinungsaustausch". In einer gemeinsamen Erklärung hieß es, sie seien sich einig, daß der "linken Volksfront" eine "rechte Abwehrkraft" entgegengesetzt werden müsse. Sie wollten ihren Parteien unter Beachtung bestehender und verbindlicher Beschlüsse empfehlen, Auseinandersetzungen einzustellen und zu einem Verhältnis zu gelangen, das insbesondere bei Wahlen eine "Selbstblockade" verhindere.

Nennenswerte Reaktionen der Mitglieder der DVU auf den "Meinungsaustausch" waren nicht erkennbar. Freys Empfehlung, bei der bayerischen Landtagswahl die REP zu wählen, stieß bei den Teilnehmern der DVU-Großkundgebung am 24. September 1994 in der Passauer Nibelungenhalle auf ein geteiltes Echo. Im Landtagswahlergebnis der REP in Bayern zahlte sich der Unterstützungsaufwurf an die DVU-Anhänger nicht aus: die REP erreichten nur 3,9 %.

Agitation gegen Ausländer

Es gehört zur üblichen Methode der Presse Freys, die er selbst als "national-freiheitlich" bezeichnet, das Ausmaß rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten zu relativieren und letztlich den Opfern die Schuld zuzuweisen.

Unter der Überschrift "Rechter Terror frei erfunden - So fälschen Massenmedien" behauptet die DNZ in ihrer Ausgabe vom 7. Oktober 1994, in fast allen Fällen "rechtsradikaler" ausländerfeindlicher Anschläge stellten sich über kurz oder lang ganz andere Hintergründe heraus, zum Beispiel ... Geheimdienstaktivitäten mit dem Ziel, die "politische Rechte" zu belasten.

Bitte ausfüllen und einsenden an: DSZ-Verlag GmbH, 81238 München

Umfrage: Schluß mit der Vergangenheitbewältigung?

Seit einem halben Jahrhundert werden die Deutschen mit einer extrem einseitigen Vergangenheitbewältigung unentwegt traktiert, die ihnen Kollektivverantwortung für NS-Untaten einbleuen und kommende Generationen in Kollektivhaftung nehmen soll. Bitte sagen Sie hierzu Ihre Meinung:

	Ja	Nein
● Mir hängt die pharisäerhafte Heuchelei, die unser Volk kollektiv in Schuldhaft nehmen soll, zum Hals heraus	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
● Ich sehe darin das System der Umerziehung, um den Deutschen eine Zukunft in Gleichberechtigung zu verunmöglichen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
● Die Vergangenheit läßt sich nicht ändern. Jedoch müssen wir kommenden Generationen eine Zukunft in Gerechtigkeit sichern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
● Es verstößt gegen die Rechtsstaatlichkeit, daß das deutsche Mehrheitsvolk in Deutschland weniger geschützt ist als Minderheiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
● Es empört mich, daß z. B. in den USA durch immer mehr monumentale Gedenkstätten deutscher Untaten gedacht wird, während Völkermorde der eigenen Geschichte keiner Erinnerung wert erscheinen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
● Deshalb trete ich der Recht und Freiheit des deutschen Volkes verteidigenden DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) bei (Monatsbeitrag DM 6,-)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
● Daher abonniere ich hiermit als Gegengewicht zur anti-deutschen Meinungsindustrie		
die DEUTSCHE NATIONAL-ZEITUNG (mtl. DM 10,-)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die DEUTSCHE WOCHEN-ZEITUNG (mtl. DM 10,-)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
● ich übernehme _____ Patenschaftsabonnements		
der DEUTSCHEN NATIONAL-ZEITUNG (mtl. DM 10,-)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
der DEUTSCHEN WOCHEN-ZEITUNG (mtl. DM 10,-)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Lieferung bitte an: _____
 Name Vorname

 Straße PLZ, Wohnort

oder: ich überlasse die Wahl des Besenkten dem DSZ-Verlag.

Meine Anschrift: _____
 Name Vorname

 Straße PLZ, Wohnort

Datum _____ 1. Unterschrift

Sie haben das Recht, die Zeitungsbestellung binnen einer Woche schriftlich zu widerrufen. Der Lauf der Widerrufsfrist beginnt mit dem auf die Bestellung folgenden Tag. Die Widerrufsfrist wird gewahrt durch rechtzeitige Absendung des Widerrufs an den DSZ-Verlag GmbH, 81238 München.

Datum _____ 2. Unterschrift

Einsenden an: DSZ-Verlag GmbH, 81238 München

Umfrage, Beitrittserklärung und Abonnement: Diese »Anzeige« druckten DNZ und DWZ 1994 in zahlreichen Ausgaben ab

Agitationsfeld Revisionismus und Umerziehung

In den Wochenzeitungen Freys ist es üblich, die Einmaligkeit des Holocaust durch Gegenüberstellung mit Verbrechen anderer Völker zu relativieren. Unter der Überschrift "Lügen über Auschwitz - Neuer Holocaust-Film" schreibt die DNZ in ihrer Ausgabe vom 4. März 1994 zu dem Film "Schindlers Liste", es werde von der bundes deutschen etablierten Meinungsindustrie wie ein göttlicher Gnadenakt dargestellt, daß Spiel berg nun auch einen 'guten Deutschen', nämlich Schindler" in einer wahren Sintflut übelster deutscher Nazi-Schurken mitschwimmen lasse. Tatsache sei, daß "Schindlers Liste" eine neue Runde der "sattsam bekannten antideutschen Vergangenheitbewältigung" einläuten werde, besonders in der Bundesrepu-

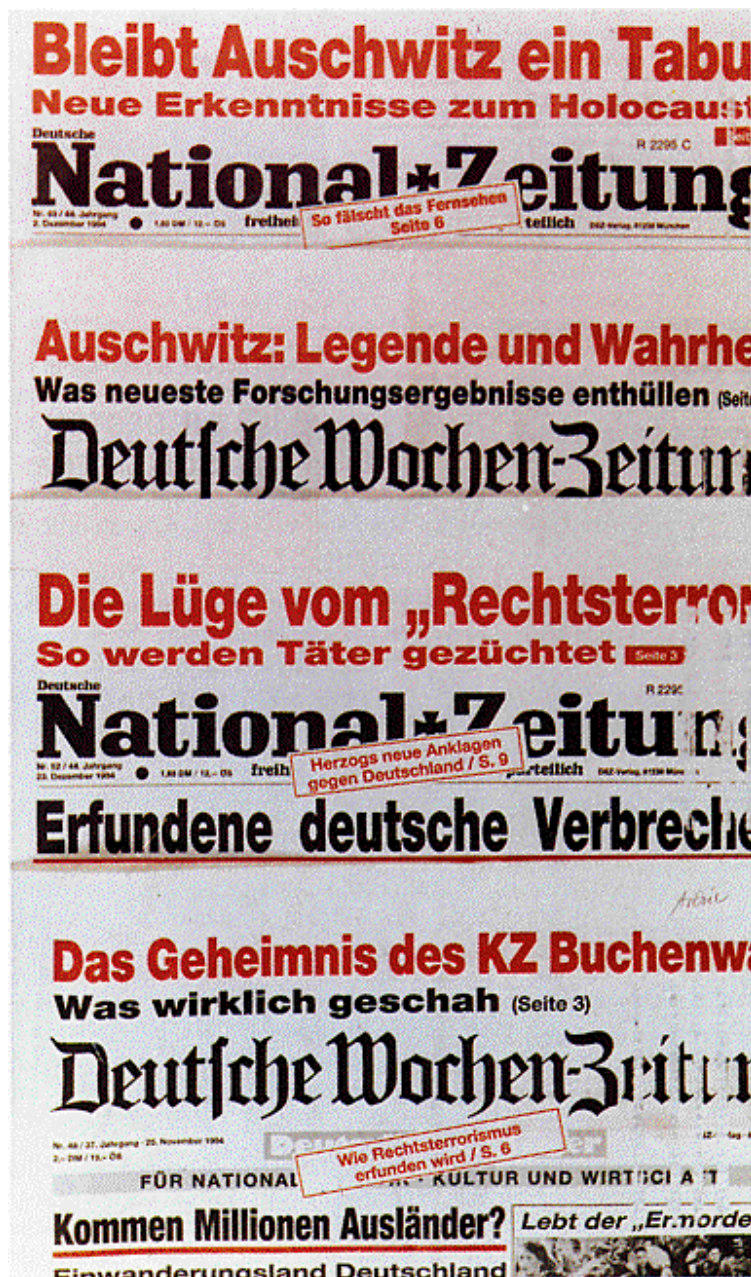
blik, wo bereits die "Profi-Nestbeschmutzer" in den Startlöchern stünden. Alle Welt solle sich, ein halbes Jahrhundert nach den Geschehnissen, hauptsächlich mit Hitler und dem Holocaust befassen.

Unter der Überschrift "Die Treibjagd auf Deckert" erklärt die DWZ/DA in ihrer Ausgabe vom 19. August 1994 zur Urteilsbegründung des Mannheimer Landgerichts, es habe sich eine gigantische Koalition gebildet, wie sie die Bundesrepublik kaum je erlebt habe. Sie reiche von selbsternannten Antifaschisten über alle etablierten Medien und Parteien bis zum Zentralrat der Juden in Deutschland. Die "Giga-Goliath-Koalition" wolle einen David (Deckert) zermalmen.

In seinen Wochenzeitungen führte Frey 1994 monatelang eine "Umfrage" unter der Überschrift "Schluß mit der Vergangenheitsbewältigung?" durch. Ein Ergebnis der Umfrage wurde bis Ende 1994 bekannt gegeben. Derartige Umfragen werden in den Wochenzeitungen regelmäßig durchgeführt. Ihre Ergebnisse werden nur bruchstückhaft bekannt gemacht. Das Muster der Antwortalternativen ist auf eine einfache Bestätigung begleitender Artikel, die oben beispielhaft genannt sind, zugeschnitten.

Ausblick 1995

Die DVU wird sich an der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 1995 nicht beteiligen, bisher wurden jedenfalls Wahlkampf vorbereitungen nicht beobachtet. Sie wird aber am selben Tag an der Wahl in Bremen/Bremerhaven teilnehmen, wo sie zuletzt 6,2 % der Stimmen erzielte.



2.1.6 Deutscher Arbeitnehmer-Verband e.V. (DAV) - Vorstandsebene

Gründung: 1952
Sitz: Marl
Publikation: Deutsche Arbeitnehmer-Zeitung (DAZ)
erscheint zweimonatlich; Auflage 7.000

Der DAV hat seinen Sitz in Marl; er gliedert sich in Orts-, Stadt- und Bezirksverbände. Der Organisationsbereich umfaßt das gesamte Bundesgebiet. Regionaler Schwerpunkt ist mit ca. 25 Ortsverbänden Nordrhein-Westfalen.

Der DAV wurde 1952 in Marl/Westfalen als "Verband der Bergmannsversorgungsschein-Inhaber" (BVSJ-Verband) gegründet, 1960 in "Bergarbeiter-Verband" (BAV)

umbenannt. Um auch Arbeitnehmer aus anderen Industriebereichen aufnehmen zu können, wurde die Bezeichnung 1972 in "Deutscher Arbeitnehmer-Verband" (DAV) geändert.

Der DAV ist nicht tariffähig. Ziel seiner Arbeit ist die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder sowie der Mitbesitz aller unselbständig beschäftigten Arbeiter am Produktiv-Vermögen der Wirtschaft. Er gewährt seinen Mitgliedern Rechtsschutz in Fragen des Arbeits- und Sozialrechts und leistet Streikunterstützung. Seit Jahren wird der DAV intensiv durch die NPD beeinflusst und ist in deren Abhängigkeit geraten, da wesentliche Führungspositionen von NPD-Mitgliedern besetzt sind.

Seit 1993 wird der DAV bundesweit - auch unter Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel - vom Verfassungsschutz beobachtet. Objekt der Beobachtung ist nicht die Mitglieder-, sondern die Vorstandsebene.

Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat mit Beschluß vom 4. Februar 1994 den Antrag des DAV vom 17. Mai 1993 zurückgewiesen, dem Land Nordrhein-Westfalen im Wege einer einstweiligen Anordnung zu untersagen, den DAV mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu beobachten. Auch für das Gericht lagen ausreichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, daß tragende Prinzipien des Grundgesetzes vom DAV fortlaufend mißachtet werden.

In der Mitgliederzeitschrift "Deutsche Arbeitnehmer-Zeitung" (DAZ) nimmt der Aufenthalt von Ausländern - insbesondere von Asylbewerbern - in der Bundesrepublik Deutschland eine zentrale Bedeutung ein. Dies gilt insbesondere für die Rubrik "Denkanstöße". Die Berichte und Stellungnahmen sind gekennzeichnet durch pauschale Diffamierungen und Hetzparolen, die die Ausländer als unterwertig, Sozialbetrüger, Nichtsteuer und Kriminelle behandeln:

- *"... kann bei einem bundesrepublikanischen Normalbürger deutscher Herkunft, dessen 'grauen Zellen' - vom amtlich verordneten 'Zeitgeist' noch nicht zu einer funktionslosen Masse degeneriert sind, Festfreude darüber aufkommen, wenn sicht- und spürbar ist, daß ... die dichtbesiedelte Bundesrepublik mehr und mehr Tummelplatz für Scheinasylanten und Kriminelle wird; ..."* (DAZ Nr. 1/1989);
- *"Dann weisen die Behörden dem braven Michel wahlweise Zigeuner, Tamilen oder Somalis ins Eigenheim."* (DAZ Nr. 2/1993, Seite 4);
- *"Die Einwanderung geht über unsere Kraft, wir können die neuen 'Mitbürger' nicht mehr ernähren, kleiden und unterbringen."* (DAZ Nr. 2/1994, Seite 4).

Sozialrichter Wolfgang Nahrath amtsenthoben

Das Sozialgericht Aachen hat Wolfgang Nahrath, Mitglied des Bundesvorstandes der NPD und Altbundesführer der im November 1994 verbotenen Wiking-Jugend (WJ), seines Amtes als ehrenamtlicher Richter beim Sozialgericht Aachen mit Beschluß vom 22. April 1994 enthoben. Nahrath war auf Vorschlag des DAV in dieses Amt berufen worden. In dem richterlichen Beschluß heißt es u. a.:

"Auch seine gegenüber dem Mitarbeiter der Aachener Volkszeitung (AVZ) abgegebene Äußerung, daß die Reichsgesetze des Dritten Reiches für ihn in der Rangfolge über dem Grundgesetz stehen, stellt eine schwere Verletzung seiner Treuepflicht als ehrenamtlicher Richter dar."

2.1.7 Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes e.V. (DKEG)

Gründung: 1950

Sitz: München
 Mitglieder: 1994 1993
 Bund: 30 30

Das DKEG mit Sitz in München wurde 1950 auf Initiative des ehemaligen Reichsfachschaftsleiters für Lyrik in der NS-Reichsschrifttumskammer und Mitglieds der Obersten SA-Führung für kulturelle Belange, Dr. Herbert Böhme, gegründet. Es gehört zu den kleineren rechts extremistischen "Kulturvereinigungen" und tritt lediglich mit seinen jährlichen Veranstaltungen "Tage deutscher Kultur" öffentlich in Erscheinung. Nachdem es jedoch 1993 in Hövelhof/Kreis Paderborn zu massiven Störungen durch Gegendemonstranten gekommen war, wurde 1994 die Veranstaltung nicht im November, sondern bereits am 10. September durchgeführt.

Das DKEG ist in "Pflegerstätten" untergliedert, die Pflegerstätte Hagen führt gelegentlich interne Veranstaltungen durch. Weitere Aktivitäten sind nicht erkennbar.

Die DKEG-Publikation "Rundbrief" ist 1994 nicht mehr erschienen.

2.1.8 Die Bürger - National-liberale Partei für Deutschland

Gründung: 1989 (als "Die Bürger")
 Sitz: Köln
 Mitglieder: 1994 1993
 Bund: ca. 50 ca. 50

Schwerpunkt der Aktivitäten der "Bürger" war der Versuch, an den Wahlen 1994 teilzunehmen. Hierzu schloß sich die Organisation im März 1994 einem Wahlzweckbündnis, dem "Aufbruch 94 - Deutscher Freier Wählerbund" an, verließ dieses Zweckbündnis jedoch wieder, da es dem "Aufbruch 94" nicht gelang, die erforderlichen Unterstützungsunterschriften für die Europawahl beizubringen. Aufgrund personeller und organisatorischer Schwächen beteiligten sich die Bürger weder an der Bundestagswahl noch an den Kommunalwahlen in NRW und sind daher auch nicht mehr im Kölner Stadtrat vertreten.

Andere nennenswerte Aktivitäten der "Bürger" waren nicht zu verzeichnen. Die Publikation "Bürger-Forum" ist im Jahr 1994 nicht mehr bekannt geworden.

2.1.9 Die Republikaner (REP)

Gründung
 NRW-Landesverband: 1984
 Bund: 1983
 Sitz
 NRW-Landesverband: Düsseldorf
 Bund: Bonn (Verlegung nach Berlin beschlossen)
 Vorsitzende
 NRW: Uwe Goller
 Bund: Franz Schönhuber bis 17./18. Dezember 1994
 Dr. Rolf Schlierer seit 17./18. Dezember 1994
 Mitglieder 1994 1993
 NRW: ca. 2.500 ca. 2.500
 Bund: ca. 20.000 ca. 23.000

Publikation der
 Bundespartei: "Der Republikaner" erschien 1994 monatlich, unterschiedli-

che Auflagenhöhe; seit Januar 1995 nicht mehr erschienen
Publikation des
Landesverbandes NRW: "Freiheitsgedanken", herausgegeben vom Landesvorsitzen-
den erscheint unregelmäßig

Lokale Publikationen

(Beispiele):

"Hamm REPort", "Leverkusener Reptilchen"

Organisation

Die 6 Bezirksverbände des REP-Landesverbandes NRW sind nur teilweise funktionsfähig. Den in vielen Kreisverbänden aufgetretenen Zerfallserscheinungen versucht der Landesvorstand mit anhaltenden Bemühungen um eine Konsolidierung bzw. Reaktivierung der Untergliederungen des Landesverbandes entgegenzuwirken.

Mitglieder

Der REP-Landesverband NRW dürfte Ende 1994 nicht mehr als 2.500 Mitglieder gehabt haben. Mitte des Jahres war die Mitgliederzahl kurzfristig auf etwa 2.700 angestiegen. Seit Mitte 1994 ist auch eine Reihe örtlicher Funktionäre, u.a. wegen innerparteilicher Querelen oder fehlender Perspektiven für die Partei, aus dem Landesverband ausgetreten.

Als Folge der wahlpolitischen Niederlagen der REP sowie der internen Auseinandersetzungen zwischen Schönhuber-Anhängern und -Gegnern hat die Zahl der Aktivisten im Landesverband deutlich abgenommen.

In den noch aktiven Kreisverbänden haben seitdem jeweils nur wenige Personen an öffentlichen Aktionen teilgenommen.

Finanzen

Neben personellen Schwierigkeiten scheinen zunehmend insbesondere finanzielle Probleme die Arbeit des Landesverbandes in erheblichem Maße zu beeinträchtigen. Um mit Hilfe der staatlichen Parteienfinanzierung das politische Überleben der Partei zu sichern, werden die REP an der Landtagswahl 1995 teilnehmen.

Der NRW-Landesvorsitzende Goller führte in seinem Rundschreiben vom 16. Januar 1995 an die Kreisvorsitzenden aus: "Es ist nun einmal so, ... daß wir kaum über finanzielle Mittel für den Wahlkampf verfügen." und in seinem Rundschreiben vom 13. Januar 1995 schreibt er zu den Finanzen des Landesverbandes: "Auch aus finanziellen Gründen ist es dringend notwendig, an dieser Wahl teilzunehmen."

Politische Ziele

Die REP agitierten in ihrem Parteiorgan "Der Republikaner" und ihren Propagandaschriften weiterhin gegen Ausländer und Asylbewerber. Für gesellschaftliche Probleme wurde in vereinfachender Weise dieser Personenkreis verantwortlich gemacht. In der Wahlkampfzeitung zur Bundestagswahl schürten die REP die Furcht vor "Überfremdung" und behaupteten, nach der Wahl würden "die Dämme brechen" und "Überfremdung" drohen.

In einer Sonderausgabe des Parteiorgans für den Wahlkampf 1994 wurde zum angeblichen "Ökologieproblem Einwanderung" ausgeführt, es sei unabwendbar, "daß ein weiterer, ungehemmter Massenzug nicht nur zu chaotischen sozialen, sondern ebenso zu verheerenden umweltbelastenden Verhältnissen" in Deutschland führen müsse.

Mit abnehmender Bedeutung der Asylbewerberthematik war zeitweise eine Zunahme antisemitischer Äußerungen festzustellen. Vorrangiges Ziel dieser Agitation war vor allem Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, den

Schönhuber in seiner Rede auf einer REP-Wahlveranstaltung am 28. Mai 1994 in Schwandorf (Bayern) als "Volksverhetzer" bezeichnete. Weiterhin führte Schönhuber aus, der "verachtenswerte Antisemitismus in Deutschland hat einen Namen: Ignatz Bubis". Die Deutschen hätten es satt, "von Herrn Bubis unentwegt geschulmeistert zu werden."

Ein Zeichen mangelnder Distanz zum Nationalsozialismus und seinen Verbrechen ist der von Rechtsextremisten verwendete Begriff "Umerziehung".

In seiner Rede auf der Schlußveranstaltung des Europawahlkampfes der REP am 9. Juni 1994 in München erklärte Schönhuber im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie, die Befreiung (vom NS-Regime) wäre im Westen der "Beginn einer Umerziehung" gewesen, die "systematisch den Deutschen nationale Würde, Selbstachtung nahm und Deutschland zu einer beliebig knetbaren Masse der Wünsche der Siegerstaaten machte."

Das Bundesverwaltungsgericht hat bereits 1982 festgestellt, daß u.a. die Verwendung dieses Begriffs für die Wiederbegründung der deutschen Demokratie unter dem Einfluß der westalliierten Besatzungsmächte nach 1945 zu einem Verhalten gehört, das zeigt, daß der Verwender mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbare Ziele verfolgt (BVerwGE 61, 194 ff).

Fremdenfeindliches NRW-Kommunalwahlprogramm der REP

Zu den Kommunalwahlen in NRW am 16. Oktober 1994 hat der REP-Landesverband NRW ein "Kommunalwahlprogramm 1994" herausgegeben. Federführend verantwortlich für die Beschlußvorlage war der Vorsitzende des REP-Kreisverbandes Mark, dessen ausländerfeindliche Hetzparolen durch das Oberverwaltungsgericht Münster und durch das Verwaltungsgericht Düsseldorf als Mißachtung der Menschenwürde gewertet wurden. Das Kommunalwahlprogramm ist - quer durch alle Politikfelder und noch stärker als das Bundesprogramm der Partei - von rassistisch und nationalistisch motivierter Fremdenfeindlichkeit geprägt. Schon in der Einleitung wird die angeblich "Ungestoppte Überfremdung mit gigantischen finanziellen und sozialen Folgeproblemen" als "Krise" angesprochen, der die REP entgegenwirken wollten. Im wohnungspolitischen Teil werden beispielsweise Ausländer dafür verantwortlich gemacht, daß bezahlbarer Wohnraum nur knapp verfügbar ist. In der Umweltpolitik wird unter anderem gefordert "*Auch aus ökologischen Gründen ein Stopp der Masseneinwanderung ... Als Folge der Masseneinwanderung droht eine weitere Versiegelung der Böden und die Schaffung zusätzlicher Verkehrswege mit all ihren Umweltproblemen*".

Auffällig ist am Text des Programms auch die Agitation gegen Institutionen und Funktionsträger der freiheitlichen Demokratie. Dramatisierende Darstellungen, wie z. B. "*... Die Altparteien haben mit ihrer Politik diese traditionellen Werte weitgehend zerstört*" oder "*Mit dem wirtschaftlichen und finanziellen Niedergang der Kommunen geht ein Ausbau des unser Land überziehenden Geflechts der Altparteien einher. Sie haben sich unser Land zur Beute gemacht. Mit Ämterfilz, Meinungsmanipulation durch Medienmacht und Parteibuchwirtschaft hat man ein enges Netz aus Partei- und Gewerkschaftsfunktionären, Verbänden und Gruppierungen installiert, um auf Dauer die Herrschaft über das Land ausüben zu können*", sollen das Vertrauen der Bevölkerung in das parlamentarische System und seine Funktionsträger erschüttern.

Aktivitäten

Die Aktivitäten der REP waren 1994, wie 1993, uneinheitlich. Wenigen aktiven Kreisverbänden standen eine Reihe von Untergliederungen gegenüber, die kaum noch

nennenswerte Aktivitäten entfalteten bzw. nahezu inaktiv waren.

Der REP-Landesverband NRW führte am 27. Februar 1994 in Senden (Kreis Coesfeld) den Landesparteitag 1994 als Mitgliedervollversammlung durch. Die von ca. 450 Mitgliedern besuchte Veranstaltung diente vorrangig der Wahl der Landesreserveliste für die Bundestagswahl 1994.

Mit dem Ausbleiben der erhofften Wahlerfolge nahmen die zunächst hohe Motivation der Mitglieder und die Anzahl der Aktivitäten ständig ab.

Spätestens seit den heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen infolge des Treffens Schönhuber/Frey im August 1994 und dem Warten auf den Ausgang der Wahl des Bundesvorsitzenden auf dem Bundesparteitag im Dezember war die politische Aktionsfähigkeit der REP weitgehend gelähmt.

Bundesparteitag wählt Schlierer zum Bundesvorsitzenden

Auf dem Bundesparteitag am 17./18. Dezember 1994 in Sindelfingen kandidierte Schönhuber überraschend nicht mehr für das Amt des Bundesvorsitzenden. Vermutlich verzichtete er nur, um einer drohenden Abstimmungsniederlage zu entgehen. Zum neuen Bundesvorsitzenden wählten die ca. 600 Delegierten den bisherigen stellvertretenden Bundesvorsitzenden und REP-Fraktionsvorsitzenden im Landtag von Baden-Württemberg, Dr. Rolf Schlierer. Dieser nannte als beherrschende Themen der künftigen REP-Politik die Innere Sicherheit und die Sozialpolitik.

Aus dem Landesverband NRW wurden 6 Mitglieder in Funktionen auf REP-Bundesebene gewählt, darunter in die Position einer stellvertretenden Bundesvorsitzenden.

Beteiligung an Wahlen

1994 nahmen die REP an allen Wahlen teil. Derzeit verfügt die Partei bundesweit über 16 Landtagsmandate und 670 Sitze in Kommunalparlamenten (nicht in NRW). Die hochgesteckten Erwartungen der REP in Nordrhein-Westfalen im Wahljahr 1994 erfüllten sich nicht. Den Einzug ins Europaparlament verfehlte der auf dem vermeintlich sicheren Listenplatz 5 kandidierende Landesvorsitzende Goller recht deutlich. Mit 2,7 % (209.224 Stimmen) blieb der Landesverband NRW unter dem bundesweiten Ergebnis von 3,9 % (1.387.070 Stimmen).

Der wahlpolitische Mißerfolg setzte sich am 16. Oktober 1994 bei den Kommunalwahlen in NRW und der Bundestagswahl fort. Die REP sind seit diesem Zeitpunkt in den Kommunalparlamenten in NRW nicht mehr vertreten. Die Partei mußte Stimmenverluste von 6,7 % bis 4,4 % gegenüber den Kommunalwahlen 1989 hinnehmen und erreichte landesweit nur 0,6 % (61.141 Stimmen).

Für die Stadträte, Kreistage und Bezirksvertretungen kandidierten 845 "Republikaner". Dies läßt auf eine beachtliche Mobilisierungsfähigkeit des Landesverbandes schließen, insbesondere in den großen Städten des Landes. Die höchsten Stimmenanteile wurden erzielt in

Düsseldorf	1,8 %	Hamm	1,9 %
Dortmund	1,9 %	Herne	2,6 %
Gelsenkirchen	3,5 %	Leverkusen	2,0 %
Hagen	2,5 %	Märkischer Kreis	2,3 %

Bei der Bundestagswahl am 16. Oktober 1994 erreichte die Partei bundesweit mehr als 875.000 Stimmen (1,9 %), davon 138.517 Stimmen (1,3 %) in Nordrhein-Westfalen, wo die REP in 63 von 71 Wahlkreisen mit insgesamt 68 Kandidaten antraten.

Die höchsten Stimmenanteile erreichten die REP in folgenden Wahlkreisen:

Duisburg II	2,3 %	Herne	2,2 %
Gelsenkirchen I	2,9 %	Märkischer Kreis	2,2 %
Gelsenkirchen II	-	Recklinghausen	2,1 %
Hagen	2,2 %		

Gegenüber der Bundestagswahl 1990 erzielten die REP in Nordrhein-Westfalen Stimmengewinne, und zwar einen Zuwachs um 18.024 bei den Erst- und um 5.687 bei den Zweitstimmen.



Oben: REP-Wahlkampfzeitung; unten: REP-Parteizeitung

Beachtlich ist die Diskrepanz zwischen Kommunalwahl- und Bundestagswahlergebnis vom gleichen Tag. Die kommunalen Niederlagen beruhten nicht zuletzt auf dem Versagen der REP in Stadträten und Kreistagen, was den Wählern vor Ort offenkundig bekannt war. Dennoch können die Republikaner nach wie vor ein beachtliches Wählerpotential ansprechen. Das macht sich insbesondere bemerkbar, wenn die Partei nahezu flächendeckend Kandidaten aufstellen kann.

Treffen Schönhubers mit dem DVU-Vorsitzenden Frey

Die gemeinsame Erklärung vom 22. August 1994 der Vorsitzenden von REP und der DVU, Schönhuber und Frey, mit dem Ziel, die seit Jahren andauernden Differenzen auszuräumen, um der "linken Volksfront eine rechte Abwehrkraft" entgegenzusetzen, führte zu einem erheblichen Medienecho, erheblichen Irritationen bei Funktionären und einfachen Mitgliedern bis hin zu entrüsteten Reaktionen in vier REP-Landesverbänden, darunter auch der nordrhein-westfälische. Tenor erster Presseerklärungen war die strikte Ablehnung des Kontakts zu Frey und die Feststellung, daß damit die bisherige Parteilinie (Abgrenzungsbeschuß) verlassen werde. Die sich abzeichnende innerparteiliche Zerreißprobe versuchte die REP-Bundesgeschäftsstelle mit einer Presseerklärung am 23. August 1994 dahingehend zu deeskalieren, daß das Treffen nur als "Anregung" zu sehen sei, über die selbstverständlich auf dem nächsten Bundesparteitag beraten werden müsse.

In der Novemberausgabe des Parteiorgans "Der Republikaner" erklärte Schönhuber, sein Gespräch mit Frey habe dazu dienen sollen, einen "Waffenstillstand" herbeizuführen. Die Bildung einer rechten Abwehrfront gegen die zunehmend stärker werdende Linksfront sei "angedacht" worden. Die Abgrenzungsbeschlüsse des Bundesparteitages 1990 in Ruhstorf seien nicht angetastet worden.

Der Vorstand des Landesverbandes NRW forderte die Absetzung von Schönhuber. Dafür bezeichnete Frey "die Goller-clique" als "politische Nullen". Die Schönhuber-Gegner aus einer Vielzahl von Landesverbänden beschlossen die Absetzung des Bundesvorsitzenden in einer zu diesem Zweck einberufenen Bundesvorstandssitzung am 1. Oktober 1994.

Gegen diesen Vorstandsbeschuß setzte sich Schönhuber in einem Eilverfahren vor dem Landgericht Berlin durch. Das Gericht erklärte in seiner einstweiligen Anordnung vom 13. Oktober 1994 die Amtsenthebung für unwirksam, da eine solche Maßnahme nur von der Mitgliederversammlung vorgenommen werden könne.

Alle Gliederungen des REP-Landesverbandes NRW waren gespalten in Schönhuber-Anhänger und Schönhuber-Widersacher um den Landesvorsitzenden Goller. Die Schönhuber-Anhänger lehnten zwar mehrheitlich eine Kooperation mit der DVU sowie mit anderen rechtsextremistischen Organisationen ab und verurteilten sein Treffen mit Frey, wandten sich jedoch gegen die Umstände der Amtsenthebung.

Interne Kritik: Landesvorsitzender äußert sich rechtsextremistisch

Der Vorsitzende des "Republikanischen Bundes der öffentlich Bediensteten" (Rep BB) und kritisierte Goller wegen angeblicher rechtsextremistischer Äußerungen. Der Einladung zur Mitgliederversammlung des Rep BB am 17. Dezember 1994 fügte der Vorsitzende die von ihm erstellte Sammlung von Äußerungen Gollers bei und führt dazu aus: "Auf keinen Fall können wir auf dem Weg gehen, der sich in den beigefügten Goller-Zitaten spiegelt."

Der Rep BB versteht sich gemäß Bundessatzung als "Vereinigung innerhalb der Bundespartei" für REP-Mitglieder im öffentlichen Dienst.

Kontakte/Verbindungen

Es gibt zahlreiche Hinweise auf Kontakte von Funktionären verschiedener Kreisverbände zu rechtsextremistischen Parteien. Insbesondere hat es Verbindungen auf Kreis- und Ortsebene zur NPD gegeben im Hinblick auf eine mögliche künftige Zusammenarbeit. Am 23. April 1994 nahmen "Republikaner" an einer Veranstaltung der rechtsextremistischen "Gesellschaft für freie Publizistik e.V." (GfP) in Minden teil.

Ausblick 1995

1994 war für die REP ein Jahr enttäuschter Erwartungen und gravierender Veränderungen. Der neue Bundesvorsitzende Schlierer ist um Ausgleich bemüht zwischen dem gemäßigeren Parteiflügel, der von ihm angeführt wird, und den radikaleren Schönhuber-Anhängern, die partiell für eine Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Gruppierungen eintreten. Schlierer sieht 1995 als "ein Jahr der Bewährung und des Neubeginns".

Auch der Landesvorsitzende Goller ist um eine Konsolidierung der Partei bemüht. Von wesentlicher Bedeutung für die weitere Entwicklung des Landesverbandes NRW wird auch das Abschneiden bei der Landtagswahl 1995 in NRW sein.

Bisher beabsichtigen die REP, in 140 der 151 Wahlkreise anzutreten. Sie benötigen dazu ca. 14.000 Unterstützungsunterschriften. Bei der Landtagswahl 1990 traten sie in 135 Wahlkreisen an und erreichten Ergebnisse zwischen 0,7 % und 4,1 %, insgesamt 1,8 %.

Inhaltlich wollen die REP die Angst der Bürger vor Kriminalität ausnutzen. Mit entsprechenden Plakaten und einem mehrseitigen Flugblatt, das erst auf der letzten Seite das Republikaner-Logo erkennen läßt, wollen sie Hinweise geben, wie man sich vor Kriminalität, insbesondere von Ausländern, schützen kann.

2.1.10 Freie Wählergemeinschaft Düsseldorf e.V. (FWG)

Im März 1994 löste sich die Fraktion der FWG im Rat der Stadt Düsseldorf durch Mandats niederlegung der beiden Ratsmitglieder auf. Seitdem sind keine Aktivitäten der FWG in Düsseldorf zu verzeichnen.

Die FWG war durch Abspaltung von den REP nach der Kommunalwahl 1989 entstanden.

2.1.11 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) - verboten -

Gründung:	1979
Sitz	
NRW:	Bonn
Bund:	München (Wohnsitz des Bundesvorsitzenden)
Bundesgeschäftsstelle:	Halstenbek, seit 1. Februar 1995 Berlin
Vorsitzende	
NRW:	Siegfried Borchardt
Bund:	Friedhelm Busse
Mitglieder	1994 1993
NRW:	160 160
Bund:	430 430
Publikation:	Standarte
erschien zweimonatlich; Auflage 1.000	

FAP im Februar 1995 verboten

Die Anträge der Bundesregierung und des Bundesrates auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der FAP wurden vom Bundesverfassungsgericht durch Entscheidung vom 17. November 1994 als unzulässig zurückgewiesen, da die FAP keine Partei im Sinne des Artikel 21 Grundgesetz, § 2 Abs 1 Parteiengesetz sei. In der Begründung des Bundesverfassungsgerichts heißt es: "*Angesichts ihrer mangelnden Organisationsdichte, einer nicht ausreichend handlungs- und arbeitsfähigen Parteiorganisation, des geringen Mitgliederbestandes, des fehlenden kontinuierlichen Hervortretens in*

der Öffentlichkeit und des Mangels an jeglichem Widerhall in der Bevölkerung bietet die Antragsgegnerin (die FAP; Anm. d. Verf.) keine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit ihrer politischen Zielsetzung. Sie ist keine Partei im Sinne von Artikel 21 des Grundgesetzes und des Paragraphen 2 Absatz 1 des Parteiengesetzes."

Das Bundesministerium des Innern hat daraufhin mit Verfügung vom 22. Februar 1995, zugestellt am 24. Februar 1995, die FAP als eine gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtete Vereinigung gemäß § 3 Vereinsgesetz verboten.

Organisation

Die FAP war die einzige bundesweit agierende neonazistische Vereinigung in Deutschland. Sie verfügte 1994 über vier aktive Landesverbände in Hamburg, Berlin, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Nachdem Bundesregierung und Bundesrat im September 1993 ein Verbot der FAP beim Bundesverfassungsgericht beantragt hatten, wurde intern von führenden Funktionären eine kontroverse Diskussion über Art und Weise der politischen Arbeit nach dem erwarteten Verbot geführt. Während der Bundesvorsitzende Busse aus München (Jahrgang 1929) im Falle eines Verbots den Übertritt der FAP-Mitglieder - allerdings unter Ausschluß weniger führenden der Funktionäre - in eine andere rechtsextremistische Partei, womöglich die NPD, befürwortete und diesbezüglich auch schon Kontakte mit einem führenden NPD-Funktionär aufgenommen hatte, wollte der Geschäftsführer des FAP-Landesverbandes NRW und stellvertretende NRW-Landesvorsitzende Weidner aus Bonn (Jahrgang 1972), daß die FAP gemeinsam mit anderen neonazistischen Organisationen autonome Strukturen ohne Mitgliedschaft und feste Organisationsformen bildet, um staatlichen Maßnahmen zu entgehen.

Nach dem Verbot vom 24. Februar 1995 wird die Diskussion über Infiltration oder autonome Strukturen, dieser "Generationenkonflikt", um so heftiger entbrennen.

Der Landesverband NRW tendierte 1994 zunächst zum Modell der "autonomen Strukturen". Nicht anders war der Beschluß des Landesvorstandes vom 14. Mai 1994 zu verstehen, mit dem er alle Kreisverbände für aufgelöst erklärte und zu Stützpunkten einzelner FAP-Aktivisten ohne Satzung, Kasse und Parteienstatut umfunktionierte. Dieser Beschluß war nicht einheitlich durchsetzbar, es verstanden sich weiterhin regionale FAP-Gruppierungen, wie z.B. in Essen, als Kreisverbände.

Finanzen

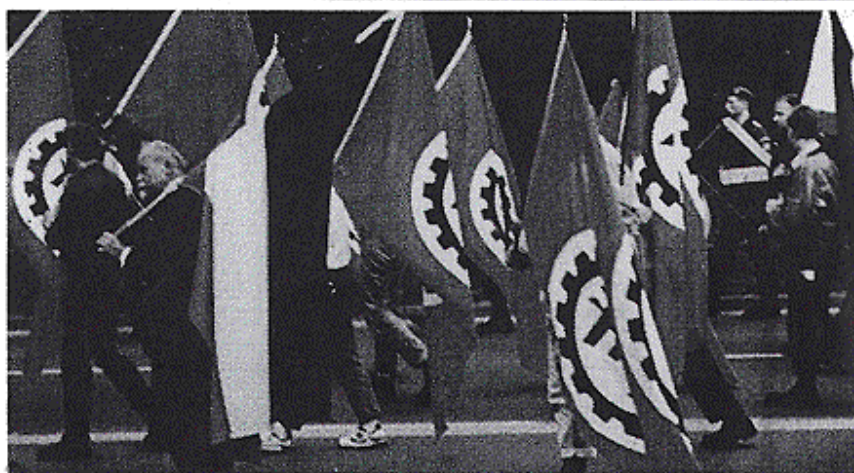
Die FAP finanzierte sich überwiegend aus Mitgliedsbeiträgen, aber auch in geringem Umfang aus Spenden. Seit Jahren beklagten Landes- und Bundesvorstand die mangelnde Zahlungsmoral der Mitglieder.

STANDARTE

ZEITUNG DER
FREIHEITLICHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI
Doppelausgabe
Heft 10 und 11
Juli/Aug. 1994



3. Jahrgang
6,00 DM



15 Jahre FAP



**Eine Partei
schreibt
Geschichte**



Politische Ziele

Die FAP war nach ihrer Zielsetzung dem Nationalsozialismus wesensverwandt. Auch wenn die Veröffentlichungen der FAP in letzter Zeit, vor allem nach den Verbotsanträgen von Bundesregierung und Bundesrat, aus taktischen Gründen entschärft wurden, ließen Äußerungen führender Funktionäre und das am 14. März 1992 verabschiedete Programm nationalsozialistisches Gedankengut erkennen, das die FAP vertrat. Ganz im Sprachgebrauch der Nationalsozialisten sprachen noch vor wenigen Jahren führende Funktionsträger von einer "Machtübernahme" und davon, daß danach die "Feinde der FAP" in "Arbeitslager" gebracht werden sollen oder mit dem "Tod durch Erschießen" zu rechnen hätten. Das FAP-Programm wies in vielen Punkten Ähnlichkeiten mit dem der NSDAP auf. Die z.B. in Nr. 2 des Programms propa-

gierte Ausländerpolitik entspricht in Wesen und Zielrichtung dem Punkt 7 des Programms der NSDAP, sie verletzt den Gleichheitsgrundsatz des Artikels 3 Grundgesetz (GG), indem sie beispielsweise die Besetzung eines Arbeitsplatzes von der rassistischen Abstammung des Bewerbers abhängig macht: "Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche Arbeiter."

Aktivitäten der FAP auf Bundesebene

Die FAP war 1994 auf allen Tagungen des sogenannten "autonomen Plenums" vertreten. Hierbei handelte es sich um Arbeitstagungen von führenden Vertretern der wichtigsten neonazistischen Parteien bzw. Organisationen aus dem Bundesgebiet, die primär die Möglichkeiten eines Aufbaus "autonomer Strukturen" innerhalb der Neonaziszene diskutierten.

Die FAP hat im "Superwahljahr 1994" an keiner Wahl teilgenommen. Dies lag einerseits an ihren sehr begrenzten finanziellen Mitteln aber auch an fehlenden "qualifizierten" Kandidaten, ein Manko, das der FAP seit ihrem Bestehen anhaftete.

Schwerpunkt der Aktivitäten im Jahr 1994 war die geplante Teilnahme an der Europawahl am 12. Juni 1994. Funktionäre aller Organisationseinheiten waren bemüht, die notwendigen 4.000 Unterstützungsunterschriften beizubringen, was allerdings knapp mißlang.

Das negative Ergebnis dieser Aktion teilte der auf dem Bundesparteitag am 9. April 1994 in Berlin wiedergewählte Bundesvorsitzende Busse den ca. 350 Parteitagsteilnehmern mit. Gleichzeitig gab er bekannt, daß die FAP an der Bundestagswahl am 16. Oktober 1994 nicht teilnehmen werde.

Bereits am 6. April 1994 gründete sich eine "Unabhängige Wählergruppe im Kreis Recklinghausen - Unabhängige", die zur Kommunalwahl am 16. Oktober 1994 im Kreis Recklinghausen antrat und 1.897 Stimmen (0,5 %) erzielte. Die Gründungsmitglieder, darunter auch ein FAP-Funktionär aus Oer-Erkenschwick, gehörten nahezu alle der rechtsextremistischen Szene im Kreis Recklinghausen an.



Aufkleber der FAP

Am 26. November 1994 fand in Berlin unter Leitung des Bundesvorsitzenden Busse eine FAP-Arbeitstagung statt, an der ca. 35 Personen teilnahmen. Die Veranstaltung hatte folgende wesentliche Ergebnisse:

- die Bundesgeschäftsstelle wird nach dem Austritt des Bundesgeschäftsführers von dessen Wohnort Halstenbek nach Berlin verlegt und von dort vorerst kommissarisch geleitet;
- bei einem Verbot der FAP sollen sich nach Vorstellung des Bundesvorsitzenden Busse deren Mitglieder anderen Parteien - wie z.B. der NPD - anschließen;
- unabhängig von einem etwaigen Verbot stellte Busse ein "Reorganisationskonzept zur Verbesserung der politischen Arbeit der FAP" vor, das auf einem Sonderparteitag im Frühjahr 1995 verabschiedet werden soll.

Das Konzept enthält Vorschläge zur internen strukturellen Verbesserung (Kassen- und Mitgliedsverwaltung) sowie die Anregung, das Parteiprogramm zu aktualisieren und die Öffentlichkeitsarbeit der FAP zu verbessern.

Der Landesvorsitzende der FAP in Hamburg und der FAP-Bundesgeschäftsführer traten zum Jahresende 1994 aus der FAP aus. Beide gründeten anschließend die "Norddeutsche Bewegung".

Aktivitäten des FAP-Landesverbandes NRW

Über das Jahr 1994 verteilt meldeten FAP-Aktivisten zahlreiche Veranstaltungen unter freiem Himmel an, überwiegend Scheinanmeldungen, um "die Behörden zu beschäftigen". Schwerpunkte bildeten die Kreise Recklinghausen, hier allein sechs im Rahmen einer FAP-Veranstaltungswoche gegen die "sogenannte Ausländerfeindlichkeit" in der Zeit vom 28. Februar bis 6. März 1994, und Siegen sowie die Städte Essen, Bonn und Duisburg. Die Anmelder hielten sich an die jeweils ausgesprochenen Verbotswortlauten.

Am 30. Januar 1994 kam es in Rheinbach zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Rechtsextremisten und Mitgliedern der antifaschistischen Gruppe Rheinbach/Meckenheim/Euskirchen.

Etwa 40 Personen - darunter eine Reihe von Skinheads - demonstrierten am 12. März 1994 wenige Minuten vor der Südafrikanischen Botschaft in Bonn-Bad Godesberg. Es handelte sich um die erste Demonstration, die bewußt nicht angemeldet wurde, um ein Verbot zu vermeiden. Die FAP erklärte, es habe sich um eine spontane Reaktion von rund 80 FAP-Angehörigen auf die Ermordung dreier Gefolgsleute der rassistischen "Afrikaaner Weerstandsbeweging" (AWB) durch "negroide" Militärpolizisten am Vortag in Südafrika gehandelt.

Die organisatorischen Vorbereitungen für die "Rudolf-Heß-Gedenkkundgebung" am 13. August 1994 in Luxemburg wurden zu einem erheblichen Teil vom FAP-Landesverband NRW wahrgenommen.

Am 20. August 1994 wurden in Köln 18 Personen - überwiegend FAP-Mitglieder - aus verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens vorübergehend in Gewahrsam genommen. Die Gruppe wollte sich offensichtlich mit dem Bundesvorsitzenden der "Deutschen Nationalisten" (DN) in einer Gaststätte in Köln-Porz treffen. Dieses Treffen war allem Anschein nach als Ersatzveranstaltung für eine vom Polizeipräsidenten Recklinghausen für den 20. August 1994 in Dorsten verbotene Saalveranstaltung der DN vorgesehen.

Am 12. November 1994 fand in Friesenhagen (Rheinland-Pfalz) unter Beteiligung von ca. 120 Personen ein Sonderparteitag des FAP-Landesverbandes NRW statt. Die Teilnehmer beschlossen, zur Landtagswahl 1995 in NRW in 4 Wahlkreisen anzutreten.

Kontakte zu ausländischen Gesinnungsgenossen

Im Rahmen der von der Neonaziszene bundesweit proklamierten "Solidaritätswochen" vom 2. bis 17. Juli 1994 bezüglich der Verbotsanträge gegen die "Nationale Liste" (NL) und die FAP führte der FAP-Landesverband NRW zusammen mit niederländischen Rechtsextremisten am 16. Juli 1994 eine Demonstration in Venlo durch, an der ca. 70 Rechtsextremisten, darunter ca. 30 aus den Niederlanden, teilnahmen. Nach einer Viertelstunde wurde die Demonstration von der Polizei aufgelöst.

Im Zusammenhang mit der "Rudolf-Heß-Gedenkkundgebung" am 13. August 1994 in Luxemburg wurden die guten Kontakte der FAP zu Gesinnungsgenossen aus Frank-

reich und den Niederlanden deutlich.

Anlässlich der seit Jahren stattfindenden "Ijzerbedevaart" trafen sich am 28. August 1994 ca. 1.000 Neonazis aus ganz Westeuropa in der westflämischen Stadt Diksmuide/Belgien. Neben den flämischen Rechtsextremisten des "Vlaams Blok" stellten deutsche Rechtsextremisten mit ca. 250 Teilnehmern das stärkste Kontingent. Vertreten waren Kader der FAP, der NPD, der JN, der WJ sowie Aktivisten der verbotenen "Nationalen Offensive" (NO) und der "Nationalistischen Front" (NF). An Verkaufsständen wurden Hakenkreuze, Odalrunen, Keltenkreuze, Wandteller der SS-Divisionen und Bücher wie "Mein Kampf" und die "Geschichte der Waffen-SS" angeboten. Bei den Kommunalwahlen in Belgien 1994 erhielt der rechtsextremistische "Vlaams Blok" starken Zuspruch der Wähler. In einzelnen Wahlkreisen erreichte er bis zu 28 % der Stimmen.

Aus Protest gegen das Vorgehen der luxemburgischen Sicherheitskräfte anlässlich der "Rudolf- Heß-Gedenkkundgebung" vor der deutschen Botschaft in Luxemburg am 13. August 1994 mobilisierte die FAP-NRW über Telefax und Mobilfunk für den 1. Oktober 1994 eine Demonstration vor der luxemburgischen Vertretung in Den Haag. Nachdem die Kundgebung von den holländischen Behörden verboten worden war, sammelten sich am 1. Oktober etwa 40 Rechtsextremisten, hauptsächlich FAP-Angehörige und einige ihrer niederländischen Gesinnungsgenossen, in Maastricht und demonstrierten etwa eine Stunde in der Innenstadt, u.a. am deutschen Konsulat. Es wurden FAP-Fahnen mitgeführt, Flugblätter verteilt und Parolen wie "Rache für Rudolf-Heß" und "Luxemburg = Polizeistaat" gerufen.

Wie in den letzten Jahren fanden sich am 20. November 1994 mehrere tausend Rechtsextremisten aus Europa, darunter FAP-Aktivisten aus NRW, in Madrid ein, um der Todestage des spanischen Diktators Francesco Franco und des Falange-Gründers Jose Antonio Primo de Rivera zu gedenken.

Mobilisiert wurde für die Veranstaltung u.a. auch über den Thule-Mailbox-Verbund.

2.1.12 Freundeskreis Unabhängige Nachrichten (UFK)

Gründung: 1969
Sitz: Bochum
Vorsitzender: Martin Voigt
Publikation: Unabhängige Nachrichten (UN)

erscheint monatlich; Auflage ca. 10.000

Der UFK ist ein im Jahre 1969 gegründeter Zirkel ohne erkennbare organisatorische Struktur. Aktivitäten entfaltet der UFK insbesondere durch die Herausgabe seiner Monatsschrift "Unabhängige Nachrichten" (UN). Die Druckschriften werden bundesweit verbreitet, wobei sie nicht nur Interessenten, sondern auch unaufgefordert Bürgern zugesandt werden.

In den UN wird vor allem gegen die angebliche "Umerziehung" nach 1945 polemisiert und die Kriegsschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg geleugnet. Die Bundesrepublik Deutschland wird als "Rumpfdeutschland" bezeichnet, die Regierungsparteien als "Umerzieher" diffamiert, die in Wirklichkeit Volk, Nation und Staat der Deutschen abschaffen wollten. Damit werden nahezu alle Themen des Revisionismus abgedeckt.

Entschieden wendet sich der UFK gegen die Europäische Union und gegen ausländische Arbeitnehmer.

Im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren gegen verantwortliche Redakteure und Verbreiter der Druckschrift "Unabhängige Nachrichten" (UN) haben Polizei und Staatsanwaltschaft am 31. Januar 1995 die Geschäftsräume des in der Nähe von Bingen ansässigen UN-Verlages durchsucht. Es wurde umfangreiches Schriftgut sichergestellt, das den Tatverdacht der Volksverhetzung erhärtet.



"Das Schicksal bewahre uns davor, daß irgendwelche Volksentfremdeten und volksfernen Politiker - Nullen und ideologisch verbohrt Multikulti - Euromixphantasten in Straßburg über uns bestimmen können und der Brüsseler Multiropa-Diktatur auch noch eine 'demokratische Legitimation' umhängen!" (Auszug aus: UN, Nr. 6/94, Seite 5)

"Die Regierenden und die gleichgeschalteten Massenmedien versuchen seit Jahr und Tag den gutgläubig-gutmütigen Deutschen einzureden, daß die Wirtschaft zusammenbrechen würde, müßten wir ohne die Millionen von Gastarbeitern auskommen. Die ausländischen Arbeiter nähmen auch keinem Deutschen eine Stelle weg, weil sie hauptsächlich die dreckigen, lauten und stinkenden Arbeiten machen würden, für die sich kein Deutscher finden würde. ... Die völkerzerstörenden Verfechter der multikulturellen Vermischerei sind in ihrem Ausländer-Wahn so borniert, daß sie nicht einmal merken, welche menschenverachtende Herrenmenschen-Mentalität sich hinter ihrem Humanitätsgefasel versteckt." (Auszug aus: UN, Nr. 7/94, Seite 3)

2.1.13 Gesellschaft für freie Publizistik e.V. (GfP)

Gründung: 1960
Sitz: München
Leiter: Rolf Kosiek
Mitglieder 1994 1993
NRW: 30 30
Bund: 400 400
Publikation: Das freie Forum

erscheint vierteljährlich; geschätzte Auflage: 700

Die GfP wurde von ehemaligen SS-Offizieren und NSDAP-Funktionären 1960 gegründet. Sie wird seit 1992 von dem früheren "Chefideologen" der NPD, Dr. Rolf Kosiek, geleitet. Der Verein setzt sich überwiegend aus Verlegern, Schriftstellern, Redakteuren und Buchhändlern der rechtsextremistischen Szene zusammen und ist damit die größte rechtsextremistische "Kulturvereinigung" in der Bundesrepublik Deutschland.

Die GfP sieht ihre Aufgabe

- in der Aufklärung über "Geschichtsentstellungen", insbesondere in der Frage

- der Kriegsschuld,
- als Kampf gegen die Unterdrückung der Meinungsvielfalt,
- in Angriffen gegen deutsche Politiker und die Ausländerpolitik.

Die GfP wird von einem Bundesvorstand geleitet, der satzungsgemäß alle zwei Jahre auf einer Hauptversammlung gewählt wird (zuletzt 1993). Diese Versammlung wird in der Regel verknüpft mit dem jährlich stattfindenden Bundeskongreß, der vom 6. bis 8. Mai 1994 in der Rhön unter dem Motto "Schicksalsjahr 1994 - Wandel tut not" durchgeführt wurde.

Die GfP verfügt in Minden in Nordrhein-Westfalen über einen aktiven Arbeitskreis, der mehrfach im Jahr Vortragsveranstaltungen abhält, so u.a. am 15. Januar 1994 in Vlotho und am 23. April 1994 in Barkhausen. An den Vortragsveranstaltungen mit einem Teilnehmerkreis von 40 bis 100 Personen beteiligten sich zunehmend Personen aus der Neonaziszene.

Neben den o.a. klassischen Agitationsthemen rechtsextremistischer Organisationen treten Teile des Gedankenguts der sogenannten "Neuen Rechten" immer mehr in den Vordergrund:

- Zur Erringung der kulturellen Hegemonie: Auf dem Jahreskongreß der GfP sprach ein bekannter rechtsextremistischer Publizist über "Überfremdung und andere Unwörter". Er "hob in vielen Beispielen die zahlreichen Versuche hervor, in denen heute vor allem von linker Seite versucht wird, durch Tabuisierung und Verdrängung von Begriffen das Denken zu manipulieren". (Quelle: DESG- Inform-6-7/94);
- Schrift Junge Freiheit: In der Schrift "Das freie Forum" (Ausgabe Januar-März 1994) begrüßt die GfP die Existenz einer "neuen rechten Wochenzeitung" und führt dann aus: "... am 21. Januar 1994 erschien die Junge Freiheit zum erstenmal als Wochenzeitung. Damit hat die freie Publizistik in Deutschland einen neuen hoffnungsvollen Zweig bekommen.

... kritische Themen wurden offen und ohne die sonst üblichen Rückversicherungen und gängigen Wohlverhaltensbeteuerungen behandelt. Die provokativen Thesen Professor Noltes etwa im Historikerstreit zur Frage der Historisierung des Dritten Reiches wurden ebenso sachlich und informationsreich gebracht wie die berechtigten Einwände führender Wirtschaftler und Staatsrechtler gegen die Maastrichter Vereinbarungen. Leuchter- und Rudolf- Gutachten fanden ebenso Erwähnung wie die berechtigten Aufrufe gegen Überfremdung und gegen die Bestrebung zur Durchsetzung einer multikulturellen und multiethnischen Gesellschaft in Deutschland ...".

2.1.14 Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)

Die GdNF war bis zum Tod des Neonazi-Führers Michael Kühnen am 25. April 1991 ein Sammelbecken seiner Anhängerschaft. Heute handelt es sich um ein anonymes Redaktionskollektiv, das aus den Niederlanden die unregelmäßig erscheinende Schrift "Die Neue Front" vertreibt.

Die 1994 erschienenen Ausgaben behandeln im wesentlichen Ereignisse aus der NS-Zeit und beschäftigen sich intensiv mit der SA und ihrem ehemaligen Stabschef Ernst Röhm.

Darüber hinaus werden aktuelle Aktivitäten führender NS-Funktionäre und ihre Darstellung durch die Medien kommentiert.

2.1.15 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Gründung:	1960	
Sitz:	Frankfurt a.M.	
Vorsitzende	Ursula Müller, Mainz	
Mitglieder	1994	1993
NRW:	ca. 80	ca. 30
Bund:	ca. 350	ca. 220
Publikation:	Nachrichten der HNG erscheint monatlich	

Die HNG ist der mitgliederstärkste Zusammenschluß und wichtiges organisationsübergreifendes Bindeglied im neonazistischen Spektrum. Der Anstieg der Mitgliederzahl ist auf die organisationsübergreifende Funktion der HNG zurückzuführen; für Neonazis verbotener Vereinigungen bietet die HNG ein organisatorisches Auffangbecken und Möglichkeiten für weitere Aktivitäten.



Aus: HNG-Nachrichten Januar 1995, Seite 11

Die HNG betreut "nationale politische Gefangene" im In- und Ausland und will über die "politische Verfolgung volksbewußter Deutscher" informieren. In den "Nachrichten der HNG" werden monatlich eine Gefangenenliste und Briefe von inhaftierten Rechtsextremisten veröffentlicht. Die Schrift informiert bundesweit über Aktivitäten rechtsextremistischer Organisationen und druckt unter der Spalte "Rechtshilfe" Anträge, Dienstaufsichtsbeschwerden u.ä. als Muster mit juristischen Erläuterungen ab. Nachdem zahlreiche Appelle an die Zahlungsmoral der Mitglieder offensichtlich erfolglos waren, veröffentlicht der Vorstand seit 1994 regelmäßig "schwarze Listen" der säumigen Beitragszahler.

Am 16. April 1994 führte die HNG in Butzbach/Hessen eine Mitgliederversammlung durch, an der ca. 100 Personen hauptsächlich aus dem neonazistischen Spektrum teilnahmen, darunter 15 bis 20 Personen aus NRW. Die Anwesenden sprachen sich überwiegend für eine Wahlempfehlung zugunsten der REP aus. Beschlüsse, Rechenschaftsberichte oder Wahlen gab es auf der Versammlung nicht. Eine für den 10. September 1994 vorgesehene zweite Mitgliederversammlung, zu der bereits schriftlich und in der August-Ausgabe der Nachrichten der HNG eingeladen worden war, wurde kurzfristig ohne nähere Angaben aus "bestimmten Gründen" abgesagt. Der

Grund der Absage dürfte in den zunehmenden Schwierigkeiten von Rechtsextremisten liegen, geeignete Veranstaltungslokale anzumieten.

2.1.16 Initiative Gesamtdeutschland (IG)

Die IG, Forum der rechtsextremistischen Szene im Raum Bonn/Siegburg, hat sich am 24. Mai 1994 selbst aufgelöst. Nach Ansicht ihrer maßgeblichen Funktionäre hatte sich das Projekt, als organisationsübergreifender Personenzusammenschluß und als Propagandaplattform für die Wahlen 1994 zu dienen, nicht bewährt.

Die bisherigen Aktivitäten der IG, hauptsächlich die Durchführung von Vortragsveranstaltungen mit bekannten Persönlichkeiten unterschiedlicher rechtsextremistischer Parteien/Gruppierungen, soll zukünftig von anderen namenlosen Personenzusammenhängen fortgesetzt werden.

Die Mailbox "Germania" wird von einer gleichnamigen Mailboxgruppe nach Auflösung der IG fortgesetzt. Die Betreiber sind dem Umfeld der FAP Bonn zuzurechnen.

2.1.17 Junge Nationaldemokraten (JN)

Gründung	1969	
Sitz		
NRW:	Stolberg	
Bund:	Stolberg	
Vorsitzende		
NRW:	Achim Ezer	
Bund:	Holger Apfel	
Mitglieder	1994	1993
NRW:	ca. 40	ca. 30
Bund:	ca. 150	ca. 190
Publikationen:	"Einheit und Kampf - Stimme des jungen Deutschlands" erscheint unregelmäßig, Auflage ca. 1.500 Der Aktivist - Publikationsorgan des JN-Bundesvorstandes erscheint unregelmäßig, Auflage ca. 500	

Die JN verloren 1994 weiter an Boden und verfügen nur noch über rund 150 Mitglieder. Zur Finanzierung ihrer Arbeit sind sie neben den Mitgliedsbeiträgen vor allem auf Spenden angewiesen.

Sie sind als Jugendorganisation der NPD zur aktiven Mitarbeit in deren Gremien verpflichtet. Über ihre Rolle als Jugendorganisation der NPD hinaus sind die JN ein potentiell Bindeglied zwischen Neonazis und rechtsextremistischen Parteien.

Die JN bekennen sich zur Ideologie, zur Zielsetzung und zum Programm der Mutterpartei, artikulieren sich aber zum Teil wesentlich aggressiver. Sie lehnen die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland ab und fordern, über eine Revolution in eine neue Gesellschaftsform, die völkische Solidargemeinschaft, überzugehen ("Thesenpapiere", 1991).

Ereignisse 1994

Am 4. Juni 1994 fand aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der JN in Dortmund eine nicht-öffentliche Festveranstaltung statt, an der über 200 Personen teilnahmen, darunter auch ausländische Rechtsextremisten von der niederländischen JN-Schwesterorganisation "Voor post" und von der "Parti Nationaliste Français et Européen" (PNFE).



JN-Selbstdarstellung

Im Verlauf der Veranstaltung wurden der Veranstaltungssaal, die dort angetroffenen Personen sowie deren Fahrzeuge von der Polizei durchsucht. Es erfolgten 10 Festnahmen, 205 Identitätsfeststellungen, 5 Ingewahrsamnahmen zur Identitätsfeststellung sowie 200 Platzverweise. Die Veranstaltung wurde aufgelöst. Die Teilnehmer der Veranstaltung kritisierten heftig den Polizeieinsatz, der als überzogen und unverhältnismäßig bezeichnet wurde.

Der ursprünglich für diesen Tag vorgesehene JN-Bundeskongreß wurde am 3. September 1994 in Aßlar/Hessen durchgeführt. Zum neuen Bundesvorsitzenden wurde Holger Apfel aus Niedersachsen gewählt. Der bisherige JN-Landesvorsitzende in Nordrhein-Westfalen, Michael Prümmer, übernahm das Amt des stellvertretenden

Bundesvorsitzenden.

Am 12. November 1994 hat der JN-Landesverband Nordrhein-Westfalen auf dem Soldatenfriedhof Marienbildchen in Langerwehe/Kreis Düren aus Anlaß des Volkstrauertages eine Kranzniederlegung durchgeführt. An der Veranstaltung nahmen ca. 50 Personen teil, darunter auch einige Mitglieder der REP. Nachdem die Veranstaltung nach Einbruch der Dunkelheit ohne fremde Friedhofsbesucher stattgefunden hatte, gaben die JN am 13. November 1994 folgende Pressemitteilung heraus:

"Sehr geehrte Damen und Herren,

am Samstag den 12. November fand auf dem Soldatenfriedhof Marienbildchen bei Langerwehe (Kreis Düren) die diesjährige, traditionelle Gefallenenehrung der Jungen Nationaldemokraten (JN) statt. Vor den mehr als 90 Teilnehmern, wobei wir erstmalig Gäste der Republikaner begrüßen durften, sprach unter anderem der langjährige Vorsitzende der zur Zeit verbotenen Wiking-Jugend, Wolfgang Nahrath. Während der Veranstaltung brachten die Redner zum Ausdruck, daß die auf dem Friedhof liegenden Gefallenen, uns als Kämpfer für einen neuen deutschen demokratischen Nationalismus, Mahnung und Auftrag zugleich sind und das Ihre Taten ewiger Verehrung wert sind. Im letzten Jahr sind bei dem Versuch der Durchführung eines bundesweiten Heldengedenken in Halbe/Brandenburg, alleine in NRW 96 Personen vorläufig festgenommen worden, trotz alledem fanden lokale Gedenkfeiern statt.

Der nordrheinwestfälische Innenminister Schnoor kündigte danach an, daß 1994 jeder Versuch einer Totenehrung im Keim erstickt wird. Nehmen Sie Ihren Hut, Herr Schnoor! Denn wir JN sind marschiert! Und auch 1995 werden wir es uns nicht nehmen lassen, auch ohne Einverständnis eines Herrn Schnoor, unsere gefallenen Ahnen die Ehre zukommen zu lassen die Ihnen zusteht. Unser Innenminister, aber auch alle anderen sich gerne hinter demokratischen Fassaden versteckende Organisations- und Gedenkfeiernverbieten, sollten einmal darüber nachdenken, daß auch ihr Vater oder ein anderer Ahnherr den nicht gerade angenehmen Tod für's Vaterland in irgend einem Schützengraben des letzten europäischen Völkerringens erlegen sein könnte. Wer seine Toten nicht ehrt, der achtet auch nicht die Lebenden!

Mit freundlichen Gruß

...

(Stv. JN-Bundesvorsitzender)"

Am 10. Dezember 1994 führten die JN in Klingenberg (Bayern) einen "Kongreß der Europäischen Jugend" durch. Die Veranstaltung verlief störungsfrei. An dem Kongreß nahmen ca. 200 Teilnehmer aus Deutschland, den Niederlanden, Frankreich, Luxemburg und Kroatien teil. Kontakte zu Neonazis wurden durch Erscheinen des stellvertretenden NRW-Landesvorsitzenden der FAP offenkundig.

Publikation "Einheit und Kampf"

Seit Anfang 1994 wird das bisherige Mitteilungsblatt des JN-Bundesvorstandes "Einheit und Kampf" als Vorfeld- und Szeneblatt eingesetzt. Gleichzeitig erscheint das bisher von den JN-Bayern herausgegebene Mitteilungsblatt "Der Aktivist" als "Nationalistisches Infoblatt" des JN-Bundesvorstandes.

Nach wie vor agitieren aber die JN in "Einheit und Kampf" gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. So schreibt die Redaktion in ihrem Leitartikel in der Ausgabe 2-3/94: *"Der Terrorstaat reißt sich die Maske vom Gesicht. Hinter der Fassade von Menschenrechten, Selbstbestimmungsrecht und Wohlstand tritt die Fratze der Unterdrückung und Manipulation in all ihrer Verlogenheit hervor.*

Demokratische Grundrechte, freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit sind Phrasen, die zwar für kriminelle und gewalttätige Kurden oder aber linksanarchistische Chaoten wie jüngst zu den Chaos-Tagen in Hannover gelten, doch mit demokratischen Gepflogenheiten braucht die nationale Opposition in der politischen Auseinandersetzung für sich nicht zu rechnen."

Herkömmliche Aktionsformen würden deshalb wohl der Vergangenheit angehören. Angesichts der Pogromstimmung gegen deutsche Nationalisten sei zur wirkungsvollen Bekämpfung des Establishments und des Systems verstärkt auf spektakuläre, massive und provokative Aktionen überzugehen.



"Wer will uns in der Zukunft daran hindern, mittels konspirativ geplanter regionaler Aktionen im überraschenden Moment zuzuschlagen? Wir müssen flexibler werden,

jederzeit und überall den Angriff starten können. ...

Seien wir wachsam, wann immer sich eine Gelegenheit für einen sinnvollen Protest bietet, um die herrschende Klasse zu demaskieren."

"Kämpfen wir revolutionäre Nationalisten tatkräftig daran, eine schlagfertige Bewegung mit größtmöglicher Struktur und Vernetzung aufzubauen. Eine Bewegung, die sich durch noch so starke Restriktionsmaßnahmen des Willkürstaates nicht beeindrucken läßt. Verheizen wir uns und unsere Mitstreiter nicht, vergeuden wir unseren Aktivismus nicht in sinnlosen Scheinge fechten. Zeigen wir alle vielmehr hundertprozentigen Einsatzwillen und Leistungsbereitschaft, wenn es darum geht, zielgerichtet zu agieren, mittels massiver und provokativer Aktionen auf die bestehenden Maßstäbe aufmerksam zu machen und somit das System wirkungsvoll zu bekämpfen."

Ausblick 1995

Die JN unterhalten Kontakte zu Neonazis und zu anderen rechtsextremistischen Organisationen. Von Organisationsverboten betroffene Rechtsextremisten werden daher 1995 möglicher weise bei der JN Aufnahme suchen und finden. Eine entsprechende Interpretation des NPD-Abgrenzungsbeschlusses gegenüber Neonazis lieferte "Einheit und Kampf" (Ausgabe 2-3/94): *"Darüber hinaus entschied der NPD-Parteivorstand, daß es sich bei den im Jahr 1991 gefaßten Abgrenzungsbeschlüssen gegenüber diversen Organisationen und Parteien (FAP, NL, NO, NF, ...) lediglich um Unvereinbarkeitsbeschlüsse handelt. Dies bedeutet, daß eine Zusammenarbeit mit diesen Gruppen, jedoch nicht eine Doppelmitgliedschaft möglich ist!"*

2.1.18 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Gründung	1964	
Sitz		
NRW:	Bochum-Wattenscheid	
Bund:	Stuttgart	
Vorsitzende		
NRW:	Udo Holtmann	
Bund:	Günter Deckert	
Mitglieder	1994	1993
NRW:	ca. 650	ca. 700
Bund:	ca. 4.500	ca. 5.000
Publikation:	"Deutsche Stimme"	
erscheint monatlich;	Auflage 45.000	
	"NPD Deutsche Zukunft Landesspiegel NRW" erscheint monatlich;	Auflage 5.000

Organisation

Die NPD gliedert sich in 15 Landesverbände; Berlin und Brandenburg bilden einen gemeinsamen Landesverband. Der nordrhein-westfälische Landesverband verfügt über 54 Kreisverbände, die unterschiedlich aktiv sind.

Finanzen

Die Finanzlage der Bundespartei ist weiterhin äußerst angespannt. Die Partei muß wesentliche Teile der ihr nach dem Parteiengesetz geleisteten Abschlagzahlungen aufgrund der schlechten Wahlergebnisse bei der Bundestagswahl 1990 und der Landtagswahl 1992 in Baden-Württemberg zurückzahlen.

Dagegen stellt sich die Finanzsituation des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, vor allem durch ein Spendenaufkommen, das die Beiträge deutlich übersteigt, als ausgeglichen dar.

Politische Ziele

Die NPD vertritt einen übersteigerten Nationalismus, verbunden mit einem völkischen und rassistischen Kollektivismus sowie Vorstellungen von einem autoritären Führerstaat. In der Publizistik der Partei und ihrer Mandatsträger kommen Mißachtung und Ablehnung oberster Verfassungswerte, insbesondere der parlamentarischen Demokratie, des Mehrparteiensystems und der Volkssouveränität zum Ausdruck.

Entwicklungen und Ereignisse

Landesparteitag am 20. März 1994

Am 20. März 1994 fand in Essen der 30. ordentliche Landesparteitag statt. An der störungsfrei verlaufenen Veranstaltung nahmen 80 Personen teil, davon 45 Delegierte.

In seiner Rede vor den Teilnehmern des Parteitages hob Deckert die erfolgreiche Berufungsverhandlung in seiner Strafsache (2.1.24) hervor, die von den Delegierten mit Erleichterung aufgenommen und mit viel Beifall bedacht wurde.

Europawahl am 12. Juni 1994

Bei der Europawahl am 12. Juni 1994 erhielt die NPD insgesamt lediglich 0,2 % der Stimmen. Auch in Nordrhein-Westfalen erreichte die NPD mit 15.795 Stimmen 0,2 %. Bei der Europawahl 1984 waren auf die NPD in NRW noch 0,6 % (46.164 Stimmen) entfallen (1989 war die NPD gar nicht angetreten). Nur in Hessen konnte sie im Landesdurchschnitt mit 0,4 % ihr erklärtes Ziel von 0,5 % der Stimmen annähernd erreichen. Um an der staatlichen Parteienfinanzierung nach dem Parteiengesetz beteiligt zu werden, wären mindestens 0,5 % der Stimmen erforderlich gewesen.

Auf der Tagung des Bundeshauptausschusses am 26. Juni 1994 beschloß die NPD, an der Bundestagswahl 1994 nicht teilzunehmen. Gründe hierfür waren finanzielle Schwierigkeiten und die Aussichtslosigkeit, Mandate zu gewinnen.

Wahlkampfkundgebung der NPD gerichtlich zugelassen

Rund 100 Anhänger rechtsextremistischer Organisationen kamen am 17. September 1994 zu einer von der NPD organisierten Kommunalwahlkampf-Kundgebung in Bonn (Thema: "Volkstreue ins Bonner Parlament!"). Die Veranstaltung war von dem langjährigen früheren Bundesführer der inzwischen verbotenen WJ, Wolfgang Nahrath, als NPD-Vertreter angemeldet worden. Unter den Veranstaltungsteilnehmern waren auch führende Neonazi-Funktionäre der FAP, der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der verbotenen NL, Worch und der DN-Vorsitzende Petri. Zu den Rednern gehörte der kurz zuvor erneut wegen Volksverhetzung verurteilte NPD-Parteivorsitzende Deckert.

Die Veranstaltung war vom Bonner Polizeipräsidenten wegen befürchteter Gefährdung der öffentlichen Sicherheit sowie zu erwartender Verbreitung ausländerfeindlicher und rassistischer Parolen verboten worden. Die Neonaziszene hatte über "Nationale Info-Telefone" zu der Großkundgebung der "nationalen Rechten" mobilisiert. Das Verwaltungsgericht Köln hob das Verbot auf und begründete seine Entscheidung mit dem Vorrang der politischen Auseinandersetzung im Wahlkampf. Das Gericht sah in der NPD-Kundgebung keine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung. Das Oberverwaltungsgericht Münster bestätigte noch am Abend des 16. September diese Entscheidung. Mehr als 300 Gegendemonstranten - viele davon aus dem auto-

nomen und antifaschistischen Spektrum - versuchten erfolglos, den Auftritt der Rechtsextremisten durch Protestbekundungen zu stören.



Kommunalwahlen am 16. Oktober 1994

Die NPD trat zu den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen nicht flächendeckend an, sondern begrenzte ihre Aktivitäten auf Dortmund, Bonn und den Kreis Steinfurt, der den Schwerpunkt bildete, weil dort die REP nicht antraten und die NPD hoffte, das rechts extremistische Wählerpotential auf sich vereinen zu können.

Im Wahlkampf versuchte die Partei, die Themen Ausländer und Ausländerkriminalität in den Vordergrund zu stellen. Ein weiteres Schwerpunktthema war die Arbeitslosigkeit, wobei "Deutschlands Überfremdung als Wurzel allen Übels" propagiert wurde.

Die NPD erreichte insgesamt 1.812 Stimmen, davon im Kreis Steinfurt 1.579 Stimmen (0,6 %), in Bonn 203 Stimmen und in Dortmund 30 Stimmen.

"30 Jahre NPD"

Ihr 30jähriges Bestehen feierte die NPD am 26. November 1994 in Schmiedefeld/Thüringen mit einer Festveranstaltung, an der ca. 300 Personen teilnahmen. Die Festreden hatten überwiegend Rückblick und Entstehungsgeschichte der NPD und der JN zum Inhalt.

"Bündnis Deutschland"

Der NPD-Vorsitzende Deckert versuchte mit seinen "Offenen Brief" vom 23. September 1994 erneut, mit einer Sammlungsbewegung einen Einigungsprozeß der rechtsextremistischen Parteien unter seiner Führung in Gang zu setzen. Der Brief hatte folgenden Wortlaut:

"Sehr geehrter Herr Dr. Frey!

Sehr geehrter Herr Schönhuber!

Auf Grund der neuesten politischen Entwicklung und ihrer entsprechenden Rahmenbedingungen, die eine 'Sonderrolle' der Republikaner überflüssig macht - nun auch im "Bericht", Abmahnungen ua. mehr -, bringen wir erneut und nunmehr zum dritten Male unsere Überlegung eines 'Bündnisses Deutschland' ins Gespräch.

Wir meinen, daß die Zeit dafür nun reif ist. - Man muß kein Hellseher sein, um zu der Auffassung zu kommen, daß die REP am 16. Okt. weniger Prozente einfahren werden als 1969 die NPD, die auf Grund der Medienhetze mit 4,3 % scheiterte.

Auch wenn uns die derzeitigen inneren Schwierigkeiten der REP nicht unbekannt sind, so gehen wir doch von der Annahme aus, daß der Vorsitzende Schönhuber noch immer "Gewicht" hat.

Unabhängig davon betrachten wir diesen Brief als "Offenen Brief" und werden ihn möglichst vielen Personen in den Reihen von DVU und REP zugänglich machen, um eine entsprechende Aussprache einzuleiten und voranzutreiben.

Für eine erste Gesprächsrunde schlagen wir jeweils ein Dreiergremium aus den drei in Frage kommenden politikfähigen Gruppen vor. - Über Termin wie Örtlichkeit wird man sich sicherlich schnell klar.

Wir sind für jede sinnvolle Überlegung mit entsprechender Umsetzung offen und nehmen jede sinnvolle Anregung auf.

In Erwartung einer Antwort verbleibe ich

Mit freundlichen Grüßen

Günter Deckert"

Sitz: Wuppertal
Vorsitzende: Martin Laus
Mitglieder: 1994 1993
Bund: 50 50
Publikation: Vorderste Front
erscheint halbjährlich, Auflage: 500

Die Aktivitäten des ansonsten inaktiven NHB beschränken sich auf die vom Bundesvorstand herausgegebene Schrift "Vorderste Front". In der Schrift, die laut Untertitel der politischen Theorie und Strategie dient, thematisiert und mystifiziert der NHB Teilaspekte der Neuen Rechten, den Reichsgedanken und den Kampf der "bedrohten Rasse" eines "unterjochten Europas".



VORDERSTE FRONT

Zeitschrift für politische Theorie & Strategie

Preis: DM 6,- / ÖS 42,- / SFR 6,- / HFL 7,- / BFR 120,- / FF 20,-



Ehre der wahren Republik!

Beispielhaft sei aus einigen Artikeln der Ausgabe Nr. 6 vom Oktober 1994 zitiert:
"Die Seelen müssen sich erheben und sich um die Fahne unserer höchsten Ziele sammeln. Um die Fahne unserer bedrohten Rasse, unseres unterjochten Europas, unserer im Sterben liegenden Kultur. Um die Fahne einer sozialen Ordnung der Gerechtigkeit und Ehre einer Menschheit mit klaren, sauberen Sonnenaugen Die faschistische und nationalsozialistische Revolution waren in verschiedenen Formen die Verkörperung der gleichen geschichtlichen Kraft und mußten auf die gleichen erklärten oder geheimen Gegner stoßen Heute zeigt sich in den verschiedenen nationalistischen Organisationen in Europa

immer stärker der Strom der Erneuerung - der morgen die Revolution sein wird, wenn unsere Feinde uns dazu zwingen"

2.1.20 Nationalistische Front (NF) - verboten -

Entwicklung nach dem Verbot vom 27. November 1992:

Das ehemalige NF-Zentrum in Detmold-Pivitsheide, nunmehr Eigentum des letzten Vorsitzen den Meinolf Schönborn, ist weiterhin Anlaufstelle für Neonazis aus dem Bundesgebiet. Es wohnen dort ständig mehrere Rechtsextremisten für einige Wochen oder Monate, um Schönborn in seiner Arbeit zu unterstützen. Auf Veranstaltungen wirbt Schönborn für den Aufbau einer in örtlichen Zirkeln organisierten Kaderorganisation und bittet in diesem Zusammenhang um Spenden für den von ihm gegründeten Förderkreis "Junges Deutschland".

Grundlage seiner politischen Vorstellungen ist eine 21 Punkte umfassende Grundsatzerklärung "Unser politisches Wollen", die 1994 verbreitet wurde. Im "Bericht zur Lage", Ausgabe 6, die Mitte 1994 erschien, forderte Schönborn: *"In den letzten Monaten haben wir bewiesen, daß eine kleine, aber verschworene Schar durch hohen persönlichen Einsatz sehr viel er reichen kann. Jetzt ist jeder Aktivist aufgefordert, dieses effektive einsatzfähige und auf feste Kameradschaft beruhende Konzept mit zu unterstützen. ... Wer sich unserer Gemeinschaft anschließen will, muß monatliche Beiträge leisten, die über dem üblichen 'Vereinsbeitrag' liegen müssen. Als Richtbeitrag gilt 5 % vom Bruttolohn".*

Am 5. Februar 1994 demonstrierte ein "Bündnis gegen faschistische Zentren" vor dem ehemaligen NF-Zentrum. Für die Demonstration war bundesweit geworben worden, ins besondere auch im gewaltbereiten autonomen Spektrum. Da mit militanten Gegenaktionen der Neonazis zu rechnen war, durchsuchte die Polizei am Morgen des 5. Februar das Gebäude und nahm 49 Personen in Gewahrsam. Mehr als 2/3 davon sind als Aktivisten der rechts extremistischen Szene bekannt.

Die Staatsanwaltschaft Dortmund hat am 30. Juni 1994 Anklage gegen Schönborn und Andere wegen fortgesetzten Verstoßes gegen § 20 Vereinsgesetz erhoben. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, seit Dezember 1992 durch das Verbreiten von Schriften und Aufklebern die verbotene NF fortgeführt zu haben. Anlässlich einer Durchsuchungsaktion in Detmold, Herford und Herzebrock-Clarholz/Kreis Gütersloh am 24. Februar 1994 beschlagnahmte die Staatsanwaltschaft Dortmund u.a. ca. 25.000 Propagandaufkleber mit Parolen wie *"Deutschland uns Deutschen"*, *"Wir sind stolz Deutsche zu sein"*, *"Scheinasyllanten raus"*.



Schönborns Haus in Kvaers/Dänemark

Schönborn versuchte, dem staatlichen Verfolgungsdruck auszuweichen. Er erwarb Mitte 1994 mit Hilfe eines in Deutschland lebenden dänischen Rechtsextremisten ein Haus in Kvaers/Dänemark. Neben dem dort untergebrachten Versandhandel und einer Druckerei sollte sich das Haus auch zu einem Treffpunkt und Ausbildungsort der internationalen rechts extremistischen Szene weiterentwickeln. Nach einer Demonstration von über 1.000 Personen am 25. September 1994 in Kvaers wurde das Haus noch am Wochenende von den Neonazis geräumt.

Am 22. November 1994 wurde Schönborn wegen des Verdachts der Fortführung einer verbotenen Vereinigung in Gütersloh festgenommen, weil er in dem von ihm he-

rausgegebenen "Bericht zur Lage", Ausgabe 6/94 angekündigt hatte, seine Aktivitäten zukünftig von Dänemark aus betreiben zu wollen.

Den Haftbefehl setzte die Staatsschutzkammer des Landgerichts Dortmund am 6. Dezember 1994 außer Vollzug, da keine Fluchtgefahr mehr angenommen wurde.

2.1.21 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/ Auslands-und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)

Gründung: 1972
Sitz: Nebraska/USA
Leitung: Gary Rex Lauck
Publikation: NS-Kampfruf

erscheint zweimonatlich

Die NSDAP/AO verfügt in Deutschland nicht über feste Organisationsstrukturen, sie arbeitet mit unabhängigen Zellen.

Der deutschstämmige US-Amerikaner Gary Rex Lauck, "Leiter der Auslandszentrale" der NSDAP/AO, ist einer der maßgeblichen Hersteller von NS-Propagandamaterial. Es handelt sich bei dem Material im wesentlichen um die regelmäßig erscheinende Zweimonatsschrift "NS-Kampfruf" sowie um Hakenkreuzaufkleber mit volksverhetzenden und zum Rassenhass aufrufenden Parolen, das Lauck konspirativ an Einzelpersonen der Neonaziszene in Deutschland verschickt.

Das in den USA straffrei hergestellte NS-Propagandamaterial wird von den deutschen Neonazis bei anonymen Klebe- und Verteilaktionen genutzt.



Kopiervorlage der NSDAP/AO



2.1.22 Neue Rechte

Der Auflösung rechtsextremistischer Organisationen und dem Niedergang rechtsextremistischer Parteien im Wahljahr 1994 steht eine geistig-politische Entwicklung gegenüber, die eine neue Qualität der Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in sich birgt: die subtiler werdende Strategie der Hegemonisierung politischer Kultur durch die "Neue Rechte".

Diese Strömung, getragen von intellektuellen Zirkeln der Nachkriegsgeneration(en), bemüht sich seit Ende der sechziger Jahre um die theoretische Fundierung und Modernisierung vordemokratischen und rechtsextremistischen Gedankenguts auch an-

hand biologistischer Verengung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse und Hypothesen, aber auch um die Besetzung ökologischer (z.B. "Heimat- und Umweltzerstörung") und eher als "links" angesiedelt geltender Themen (z.B. "Befreiungsnationalismus").

Sie versteht sich als

- Pendant zur "68er-Bewegung",
- grenzt sich von den unmittelbar rückwärtsgewandten und theoriefeindlichen Vertretern der "Alten Rechten" ab und
- greift auf autoritäre und elitäre Denkschulen (wie der "Konservativen Revolution" in der Weimarer Republik vertreten durch Carl Schmitt, Ernst Jünger, Oswald Spengler u.a.) zurück .

Die Zuständigkeit der Behörden für Verfassungsschutz ergibt sich nur dort, wo tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen vorliegen, die gegen die Verfassung gerichtet sind.

Gedankengut der "Neuen Rechten"

Wesentliche ideologische Elemente dieser Strömung - je nach Standort innerhalb des durchaus gepflegten neurechten "Pluralismus" - sind:

- nationale Identität und nationales Selbstwertgefühl,
- Revisionismus und Neubewertung der deutschen Geschichte,
- Sozialdarwinismus, Biohumanismus,
- Ethnopluralismus (Apartheid, Separatismus),
- anthropologische Ungleichheit ("Differenzierungslehre"),
- Vorstellungen von einem (ethnisch) homogenen, hierarchischen und elitär geführten autoritären Staat,
- Ablehnung des Individualismus, Universalismus (z.B. der Menschenrechte), Liberalismus, Parlamentarismus, innergesellschaftlichen Pluralismus.

Tangiert sind folgende Grundrechte des Grundgesetzes:

- Art. 2 (Persönliche Freiheitsrechte)
- Art. 3 (Gleichheit vor dem Gesetz)
- Art. 5 (Recht der freien Meinungsäußerung)

sowie die für die Verfassung essentiellen Inhalte der Artikel 1 und 20:

- Das Grundgesetz kennt nicht das Primat der Volksgemeinschaft, es garantiert individuelle Grundrechte (Unantastbarkeit der Menschenwürde)
- Das parlamentarische System als eine der Säulen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung steht nicht zur Disposition.

Nicht bei allen Zielvorstellungen der "Neuen Rechten" sind Anhaltspunkte für den Verdacht extremistischer Bestrebungen gegeben, jedoch hinsichtlich folgender Kernpunkte:

- Anti-Egalitarismus: Die Einstufung "rechtsextremistisch" gründet sich auf die sozialdarwinistische Interpretation biologischer Verschiedenheit, die biologische Entwicklungsvorgänge auf die Gesellschaft überträgt und verabsolutiert. Es handelt sich hierbei um einen Biologismus, der in Wirklichkeit Rassismus ist.
- Anti-Liberalismus: Abgelehnt wird die "gleichmacherische Gesellschaft der Demokratien", zwischen den Menschen solle infolge der natürlichen Ungleichheit auch eine gewollte wirtschaftliche und soziale Ungleichheit bestehen.
- Elitenbildung: Korrespondierend zum Anti-Liberalismus sollen Eliten die Gesell-

schaft tragen (Herrschaft der Besten); insofern werden Parlamente und die Parteien als Träger der politischen Macht und Instrumente der Willensbildung abgelehnt.

- Reichsgedanke: Zum Teil gibt es bei deutschen Vertretern der "Neuen Rechten" mystisch unterlegte Vorstellungen von einer Wiederherstellung eines Reiches etwa im Sinne der Stauer (Friedrich II.).

Strategie der "Neuen Rechten"

In Anlehnung an die französische "Nouvelle Droite" und ihren Vordenker Alain de Benoist wird eine "Kulturrevolution von rechts", d.h. eine von Intellektuellen geleitete revolutionäre Veränderung des gesellschaftlichen Bewußtseins angestrebt. Hierzu dient die "Metapolitik", eine langfristige und systematische, auf schrittweise Normenveränderung angelegte Strategie zur Erringung "kultureller Hegemonie" (geistig-politische Vormachtstellung z.B. an den Universitäten und in den Medien), die als Voraussetzung für einen Machterwerb in der Realpolitik dieser vorangehen sollte.

"Die Fähigkeit, in die Offensive zu gehen, muß entwickelt werden und dazu die Fähigkeit, die Situation zu beurteilen: ob hier der offene Angriff oder die politische Mimi-kry gefordert ist." (Karlheinz Weißmann in Criticon, 1986, Nr. 96, S. 61ff).

Durchdringung der öffentlichen Diskussion

Diese Strategie hat in jüngster Zeit günstige Rahmenbedingungen erfahren: In einem Klima der Verunsicherung vor dem Hintergrund politischer Umbrüche (Wiedervereinigung und Zusammenbruch des Ostblocks) setzte eine gesamtgesellschaftliche Debatte zum nationalen Selbstverständnis ein. Vertreter der Neuen Rechten nutzen diese, um neue Impulse zu setzen.

Ein wesentliches Kennzeichen dieser sich innovativ verstehenden Debatte ist, daß mancher Akteur nicht sofort bemerkt, daß er vereinnahmt wird. Ein Beispiel hierfür ist ein 1994 erschienener, die unterschiedlichsten Beiträge umfassender Sammelband eines renommierten Verlages, für den mit folgendem Klappentext geworben wird:

"Nach dem Scheitern linker Utopien und angesichts der Krise des traditionellen Konservatismus suchen die deutschen Intellektuellen nach neuer Orientierung. In der heftigen Debatte, die seit einem Jahr in den deutschen Feuilletons geführt wird, spiegelt sich ein Streit zwischen den Kräften der Beharrung und des Aufbruchs. Der Band versammelt Stimmen, die diesem Aufbruch geistige und politische Perspektiven geben wollen."

In dem Sammelband konnten vereinzelt Autoren Beiträge mit eindeutig rechtsextremistischer Zielsetzung veröffentlichen. Die nachträgliche persönliche Distanzierung eines der Autoren soll hier nur beispielhaft für die in dieser Debatte häufig auftretenden Zugehörigkeitsirritationen wiedergegeben werden: *"... triffst auf dich selbst als Beiträger und erkennst dich selbst nicht wieder. Denn du bist plötzlich in eine Gesellschaft geraten, zu der du nie gehören wolltest. Diese Gesellschaft versammelt sich in diesem Herbst zwischen zwei Buchdeckeln. Hier drängen sich Nationalromantiker, Vereinigungspathetiker, aber auch heftige Umdeuter des deutschen Verhängnisses, Liebhaber gefährlicher Zweideutigkeiten, Modernitätshasser, Zeitgeist-Schmäher, Schollenliebhaber und Zivilisationsverächter um den heiß umstrittenen Essay "Anschwellender Bocksgesang" von Botho Strauß, den der 'Spiegel' im letzten Jahr unter die Leute gebracht hat. Die Medienaufregung rüttelt den Beiträger nachdrücklich auf, der um einen Nachdruck aus dieser Zeitung gebeten worden war. Beim Lesen des Buches glaubt man sich manchmal in eine nationale Dampfküche versetzt. Die*

deutschtümelnde Überanstrengung und chorische Verstärkung des Eiferertums sind passagenweise unerträglich. ... Man schämt sich der Mißverständnisse, die solche Analysen im falschen Kontext immer noch erzeugen, nicht zuletzt des eigenen Leichtsinns: daß man nach anfänglicher Weigerung dem Drängen der Herausgeber nachgegeben hat, die hoch und heilig ein liberales Spektrum versprochen ..." (FAZ, 20.10.1994, 35)

Neurechtes Gedankengut bei rechtsextremistischen Gruppierungen

Aber auch rechtsextremistische Gruppierungen haben das Gedankengut übernommen und propagieren es in unterschiedlicher Gewichtung, besonders mittels folgender Organisationen und Schriften:

Organisationen:

- Gesellschaft für freie Publizistik e.V. (GfP) mit "Das freie Forum",
- Deutsch-Europäische Studiengesellschaft (DESG) mit "DESG-inform",

Schriften/Autorenkollektive:

- Junge Freiheit,
- Europa Vorn aktuell, Europa Vorn spezial,
- Staatsbriefe,
- Nation und Europa - Deutsche Rundschau

Gerade die Subtilität rechtsextremistischer Einflußnahme durch die Neue Rechte erhöht das Gefährdungspotential. Dies wird auch belegt durch die Strategie der zunehmend gegründeten Leserkreise (der "Jungen Freiheit" u.a.), in denen - unbefangener als in den Print-Medien - rechtsextremistisches Gedankengut erörtert und verbreitet wird: *"Erfreulich ist auch, daß parteipolitische Differenzen hier keinerlei Bedeutung haben und die von totalitären Parteistrategen gewünschte 'scharfe Abgrenzung' ... nur mit einem Lächeln quittiert wird"*. (JF, 27/1994, 5).

2.1.22 "Neue Rechte"

2.1.23 Rechtsextremistische Skinheads

Gründung	1994	1193
NRW:	ca. 350	ca. 400
Bund:	ca. 5.400	ca. 5600
Publikationen:	Moonstomp	

Der Ruhrpott

Innerhalb des rechtsextremistisch bestimmten Teils der Skinheadszene traten 1994 keine grundsätzlichen Entwicklungen ein, die eine Neubewertung oder eine Fortschreibung der bisherigen Analysen (vgl. "Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1993" und "Bericht Skinheads in Nordrhein-Westfalen") bedingen würden. Aktuell soll hier nur folgendes nachgetragen werden:

- Die Anzahl der sich durch ihre äußerliche Erscheinung zur Skinheadszene kennenden Jugendlichen ist rückläufig. Akzeptiert und als zugehörig zur Szene angesehen werden aber auch diejenigen, die auf Glatze, Kurzhaarschnitte oder Doc-Martens-Stiefel verzichten, sofern "Skin-Lebenseinstellung" vorhanden ist. Sie ist geprägt durch einseitige Orientierung auf Skin-Musik, exzessiven Alkoholgenuß und Fixierung auf einen Frauentyp, "Renees".
- Offensive Gewaltbereitschaft ist zurückgegangen. Die undifferenzierten Darstel-

lungen der Presse zur Skinheadszene, die wachsende gesellschaftliche Ausgrenzung und der Verfolgungsdruck könnten jedoch das aggressive Potential wieder ansteigen lassen.


- Von steigender Bedeutung sind Skinheadkonzerte, an denen zumeist ausländische Skinbands teilnehmen. Während dieser Konzerte kommt es häufig zu bewußten Tabuverletzungen wie Zeigen des "Hitler-Grußes" und "Sieg-Heil-Rufen", die Straftatbestände erfüllen (z.B. § 86 a Strafgesetzbuch). Im Umfeld dieser Konzerte wird auch gelegentlich neonazistisches Druckmaterial verbreitet. Bemerkenswert ist, daß der oft mehrere hundert Jugendliche umfassende Teilnehmerkreis überwiegend aus Anhängern der Hooligan-Szene und anderen jugendlichen Subkulturgruppen besteht. Die zahlenmäßig relativ kleine Gruppe der rechts extremistischen Skinheads kann aber die durch Musik und Alkohol stimulierte Menge dominieren.

Militante Skinheads mit ihrem vorwiegend aggressiven Verhalten zählen selten zum Kern der rechtsextremistischen Szene und gelten selbst in Skin-Kreisen oftmals als "einfältige" Outsider. Es ist nicht so sehr die Verbreitung der Gewalttaten, die Sorge bereiten muß, sondern die Intensität der Übergriffe einer kleinen Minderheit, die immer skrupelloser und brutaler werden. Die Gewalt entlädt sich immer zielloser und willkürlicher. Diese gewaltbereiten Skinheads haben ein künstliches, in sich geschlossenes Weltbild. Zu diesem Weltbild gehört auch, daß Gewalt angewendet wird gegen alles, was als feindlich, bedrohlich oder auch nur andersartig empfunden wird. Die kollektive Gewalt schafft das erwünschte Gemeinschaftserlebnis. Einzeln werden Skins in der Regel nicht gewalttätig. Der "Kick" läuft nur über die Gruppe. Das Gruppenerlebnis steigert die Gewalt, bis zur völligen Enthemmung.

Neue Skinhead-Fanzines erschienen

Im April 1994 wurde im Hochsauerlandkreis ein neues Fanzine mit dem Titel "Moonstomp" Nr. 1 bekannt. Nach dem Impressum gilt die Schrift lediglich als Rundbrief für die Skinheadszene und soll nicht zur Gewalt aufrufen oder sie verherrlichen. Die Ausgabe Nr. 1 enthält vorwiegend Interviews mit Angehörigen von Skinhead-Bands und Berichte über Skinhead-Konzerte. Herausgeber des Fanzines, das vierteljährlich in einer Auflage von 1.100 Exemplaren erscheinen soll, ist ein Aktivist der Sauerländer Aktionsfront (SAF). Bisher ist keine weitere Ausgabe bekannt geworden.

Hallo Mädels!



Hallo Jungs!
Der vorliegende Reneefotokalender 1995 ist nur durch Eure tolle Mithilfe entstanden. Sichert jetzt, durch Zusendung weiterer Fotos, das Erscheinen des Reneefotokalenders 1996. Sendet uns heiße–nasse, oder auch spröde–trockene Abbildungen netter Szenefrauen. Bei Abdruck erhaltet Ihr einen Warengutschein im Werte von DM 50,- beim allseitsbeliebten und –bekanntem MZ–Vertrieb. Also los, Fotos an folgende Anschrift senden:
Moderne Zeiten, Postfach [REDACTED]
[REDACTED] Düsseldorf

Moderne Zeiten, Postfach Düsseldorf
V.i.S.d.P.:
Gestaltung und Copyright by Creative Zeiten GmbH.

1996

Weibliche Skinheads (»Renees«) stellen sich im Reneefotokalender dar

Im Dezember 1994 wurde die erste Ausgabe des Skinhead-Fanzines "Der Ruhrpott" bekannt. Die Herausgeber des Fanzines sind bisher nicht bekannt. Die Schrift enthält im wesentlichen Szene- und Presseberichte über gewalttätige Ausschreitungen und eine Gedenkanzeige mit Foto des am 24. September 1993 tödlich verunglückten Briten Ian Stuart Donaldson, auch Ian Stuart genannt, der seit Mitte der 80er Jahre als die Kultfigur der rechtsextremistischen Skinhead-Musikszene gilt.

2.1.24 Revisionismus

Zum gesetzlichen Auftrag des Verfassungsschutzes gehört auch die Befassung mit dem Revisionismus, der ein organisationsübergreifendes Bindeglied innerhalb des

Rechtsextremismus bildet. Revisionistische Propagandafelder sind:

- Agitation gegen die Oder-Neiße-Grenze mit Forderung auf Herausgabe der Ostgebiete (sog. geographischer Revisionismus),
- Versuche, anhand zweifelhafter "wissenschaftlicher Untersuchungen" und Dokumente den Völkermord im Dritten Reich zu leugnen bzw. zu relativieren (sog. Auschwitzlüge),
- Versuche, die Kriegsschuld Deutschlands und Kriegsverbrechen zu leugnen (sog. Kriegsschuld- und Greuellügen der ehem. Siegermächte).

Die oft selbsternannten Historiker

- überbetonen die Differenzen in den naturgemäß subjektiven persönlichen Berichten Betroffener,
- interpretieren historische Dokumente bewußt falsch,
- heben differierende Zahlenangaben in der Fachliteratur hervor,
- verschweigen zum Gesamtverständnis notwendige Sachverhalte.

Diese veröffentlichten "Forschungsergebnisse" sind und waren geeignet, zumindest bei dem historisch weniger informierten Bürger Zweifel an der Geschichtsschreibung zu wecken.

Revisionisten sind oft auch NS-Systemrechtfertiger und Antisemiten. Ihre Motivationslage wird am besten sichtbar anhand der Ausführungen des Michael Kühnen in dem 1987 herausgegebenen "Politischen Lexikon der Neuen Front". Hier heißt es zu den Stichwörtern

"HOLOCAUST"

Die Behauptung, das nationalsozialistische Deutschland habe im Zusammenhang mit einem Völkermordprogramm während des Zweiten Weltkrieges ungefähr 6 Millionen Juden getötet, einen großen Teil davon durch 'Vergasungen' - das zionistische Schlagwort dafür lautet: Holocaust -, ist der beliebteste Vorwurf antideutscher Greuelpropaganda. Tatsächlich jedoch hat die revisionistische Geschichtsschreibung den Holocaust-Vorwurf längst kritisch durchleuchtet und die nationalsozialistische Weltbewegung ihn als Instrument politischen Kampfes und materieller wie moralischer Erpressung entlarvt.

KRIEGSSCHULDLÜGE

Die Behauptung, das nationalsozialistische Deutschland sei allein- oder hauptverantwortlich am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, bzw. der Nationalsozialismus erstrebe grundsätzlich den Krieg und sei deshalb verbrecherisch, gehört, zusammen mit der Lüge vom Holocaust am europäischen Judentum, zu den beliebtesten Vorwürfen der feindlichen Greuelpropaganda. Tatsächlich hat die revisionistische Geschichtsschreibung schon längst die weitgehende Schuldlosigkeit Deutschlands an beiden Weltkriegen bestätigt. ... Der Nationalsozialismus bedeutet daher nicht Krieg. Der Nationalsozialismus ist der Frieden, der nur auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker in einem gesicherten und ausreichendem Lebensraum möglich ist. ...

LEBENSRAUM

Das Selbstbestimmungsrecht beinhaltet das Recht von Rassen, Völkern und Volksgruppen auf Überleben, Höherentwicklung (Arterhaltung und Artentfaltung) und Freiheit. Voraussetzung dafür ist ein gesicherter und ausreichender Lebensraum. ... Ein Lebensraum ist dann ausreichend, wenn er Arterhaltung, Artentfaltung und Freiheit eines Volkes im Ernährungs- und Rohstoffbereich absichert - also Unabhängigkeit durch Autarkie ermöglicht. Dies wird bei einem zahlenmäßig großen Volk nur durch

Aufbau einer Großraumordnung möglich sein - durch Schaffung eines Reiches. ..."
"Leuchter-Gutachten"

Als "wissenschaftlich fundierten Beweis" dafür, daß es keinen Massenmord an Juden im 3. Reich gegeben habe, führen Rechtsextremisten das am 5. April 1988 veröffentlichte "Leuchter-Gutachten" ins Feld. Diese Expertise des amerikanischen Ingenieurs und Spezialisten für die Herstellung verschiedener Exekutionsausrüstungen innerhalb der Gefängnisse der USA beruht auf dessen persönlichen Nachforschungen vor Ort, d.h., in den ehemaligen Vernichtungslagern Auschwitz, Birkenau und Majdanek. Im Ergebnis will Fred Leuchter mit seinem Gutachten beweisen, daß die planmäßige Judenvernichtung schon allein aus technischen Gründen nicht hätte durchgeführt werden können.

Die nicht unerhebliche öffentliche Wirkung dieses "Leuchter-Berichtes" veranlaßte das Institut für Zeitgeschichte in München zu einer Gegendarstellung, in der eindeutig nachgewiesen wurde, daß es sich um eine pseudo-wissenschaftliche, ziemlich plump gemachte NS-Propagandaschrift handelt.

Leuchter wurde am 28. Oktober 1993 in Köln verhaftet und kam in Mannheim in U-Haft. Grund des Haftbefehls war seine Teilnahme an einer von dem NPD-Bundesvorsitzenden Deckert im November 1991 in Weinheim/Rhein-Neckar-Kreis initiierten Veranstaltung, in der Leuchter seine Theorien erläuterte. Nachdem der Haftbefehl gegen ihn gegen eine Kautions von 20.000 DM außer Vollzug gesetzt wurde, kehrte Leuchter unverzüglich in die USA zurück.

"Rudolf-Gutachten"

Als weiterer "wissenschaftlicher Beweis", daß es sich bei der "angeblichen Judenvernichtung" um reine Propaganda der Siegermächte gehandelt hat, wird in rechtsextremistischen Kreisen das "Gutachten über die Bildung und Nachweisbarkeit von Cyanid-Verbindungen in den 'Gaskammern' von Auschwitz" des Dipl.-Chemikers German Rudolf aus dem Jahr 1992 gehandelt. Rudolf, ehemaliger Doktorand am Max-Planck-Institut für Festkörperforschung in Stuttgart, erstellte sein "Gutachten" im Auftrag des Verteidigers von Leuchter und kommt zu denselben Ergebnissen wie Leuchter.

Bekannte deutsche Revisionisten

Der Agrarökonom Thies Christophersen, der bereits wegen verschiedener Staatschutzdelikte - u.a. nach §§ 86 a und 130 Strafgesetzbuch (StGB) - verurteilt worden war und sich 1986 der Strafverfolgung in Deutschland durch Flucht nach Kollund/Dänemark entzog. Von dort aus vertreibt er die von ihm herausgegebene revisionistische Vierteljahresschrift "Die Bauernschaft" sowie die unregelmäßig erscheinende Broschüre "Kritik - Schriftenreihe". Im Herbst diesen Jahres kündigte er an, er werde sein "Exil" in Dänemark verlassen und sich den deutschen Behörden stellen. Seine Rückkehrabsichten könnten insbesondere durch die Demonstrationen dänischer Bürger gegen seinen Aufenthalt in Kollund veranlaßt worden sein. Mitbestimmend waren sicherlich auch die Maßnahmen der deutschen Sicherheitsbehörden, bei denen am 8. Dezember 1993 und am 21. September 1994 in Preußisch-Oldendorf/Kreis Minden-Lübecke jeweils über 3.000 Exemplare der Ausgaben 4/93 und 3/94 der Publikation "Die Bauernschaft" beschlagnahmt worden waren. Ob er sich tatsächlich den deutschen Behörden stellen wird, bleibt abzuwarten.

Kritik

Die Stimme des Volkes

Kritik-Folge Nr. 86

Kritik-Verlag

Februar 1994

FRIEDRICH CHRISTIAN PRINZ ZU SCHAUMBURG-LIPPE

War Hitler ein Diktator?



„Ich frage mich, welcher Herrscher jemals so gefeiert, so verehrt, so geliebt und vergöttert worden ist wie dieser Mann im Braunhemd . . .“

Louis Bertrand
französischer Journalist beim
Reichsparteitag 1937 in Nürnberg

Der Dipl. Politologe und frühere NPD-Landesvorsitzende in Nordrhein-Westfalen, Udo Walendy, aus Vlotho. Insbesondere in den von ihm verfaßten Schriften der Reihe "Historische Tatsachen" befaßt er sich intensiv mit der sogenannten "Auschwitz-Lüge".

Der Neonazi Bela Ewald Althans aus München. Er gründete u.a. das "Amt für Volksaufklärung und Öffentlichkeitsarbeit" (AVÖ), welches er Anfang 1991 in "Althans Vertriebswege und Öffentlichkeitsarbeit" (AVÖ) umbenannte. Er unterhält engen Kontakt mit dem in Kanada lebenden deutschen Staatsangehörigen und international tätigen Revisionisten Ernst Zündel. Dieser ist Inhaber des "Samisdat"-Verlag in Toronto

und verfaßt und vertreibt in erster Linie den in unregelmäßigen Abständen erscheinenden deutschsprachigen "Germania"-Rundbrief. Dieses Pamphlet, das durch seinen neonazistischen und antijüdischen Inhalt hervorsteicht, wird nach eigenen Angaben in zahlreichen Ländern vertrieben. Seit dem 7. November 1994 muß sich Althans wegen Verbreitung der "Auschwitz-Lüge" mittels Videocassetten vor dem Münchener Landgericht verantworten. Bei den Cassetten handelt es sich um Raubkopien antisemitischer Filme aus der NS-Zeit. Ihm werden auch Aufstachelung zum Rassenhass und Urheberrechtsverletzungen vorgeworfen. In Berlin ist gegen ihn ein weiteres Verfahren wegen seiner Äußerungen in dem umstrittenen Film "Beruf Neonazi", in dem er als Hauptdarsteller fungiert, anhängig.

Der ehemalige Generalmajor der Wehrmacht, Otto Ernst Remer, von Mitte 1991 bis Februar 1992 Herausgeber der führenden deutschsprachigen Publikation zur Verbreitung revisionistischen Gedankengutes, der "Remer-Depesche". In dieser Schrift wird ganz offen der Massenmord an den Juden im 3. Reich geleugnet und als Beweis hierfür das vorgenannte "Rudolf-Gutachten" herangezogen. Seit März 1993 gibt er die Schrift nicht mehr alleine heraus, vielmehr tritt seitdem ein namentlich benannter Personenkreis als Herausgeber auf. Die Schrift wird über eine Anschrift in Großbritannien vertrieben. Mit Urteil des Landgerichts Schweinfurt vom 22. Oktober 1992 wurde Remer wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass zu einer 22monatigen Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt. Nachdem der Bundesgerichtshof mit Beschluß vom 16. November 1993 Remers Revision gegen das Urteil verworfen hatte, hat er sich dem Strafantritt durch seine Flucht nach Spanien entzogen. Nachfolgepublikation der letztmalig mit der Februar-Ausgabe 1994 erschienenen "Remer-Depesche" ist der ebenfalls in England vertriebene "Deutschland Report", der die inhaltlichen Themen der "Remer-Depesche" fortsetzt.

Otto Ernst Remer
Generalmajor a.D.

Bad Kissingen
Tel: 0971
Fax: 0971
Januar 1994

Persönliche Mitteilung

Liebe Freunde, Mitstreiter, Landsleute,

das Todesurteil gegen mich ist nun bestätigt. Der Bundesgerichtshof hat sich Judenführer Bubi vor die Füße geworfen und meinen Tod in der Zelle beschlossen. Begründung: "Die gerichtliche Offenkundigkeit über die sogenannten Gaskammern von Auschwitz ist wegen der gerichtlichen Offenkundigkeit offenkundig."

Hoffen wir, daß Wladimir Schirinowskij die Bande in den Abgrund stürzt. Schirinowskij scheint entschlossen zu sein, die Auschwitzwahrheit publik zu machen. Deshalb die große Panik in Bonn. Kohl und seine Vasallen wissen nicht mehr, wie sie es Judenführer Bubi machen sollen. Verhängen sie heute gegen Schirinowskij ein Einreiseverbot, entschuldigt sich Kinkel morgen dafür und übermorgen bekommt Kinkel für die Entschuldigung von Hintze einen Rüffler.

Daß viele Juden mentale Probleme haben, geben sie selbst zu. Nun sind sie aber mit ihrer neuen Religion, der Holocaust-Religion, völlig überfordert. Dieser Religion schließen sich nur liederliche Lumpen aus Opportunismus an oder völlig ignorante Naivlinge bzw. Vollidioten. Sobald jemand aber all die Lügen vor seinem geistigen Auge Revue passieren läßt, bemerkt er den Schwindel.

Ich war sehr gerührt über die Anteilnahme nach dem Urteilsspruch. Mein Kamerad Heinz Mahncke machte den Anfang und schrieb einen mutigen Brief an die Schandrichter in Karlsruhe. Er bot sich an, für mich die Strafe absitzen zu dürfen. Seinem Beispiel folgten Hunderte weiterer Kameradinnen und Kameraden. Dafür danke ich. Aber ihr wißt, daß ich einen solchen Opfergang von niemandem annehmen würde.

Ich weiß, daß aus meiner Asche Hunderttausende von Rächern emporsteigen werden. Die Schandrichter und -Staatsanwälte mögen sich darauf vorbereiten.

Überdies geht der Kampf weiter, auch wenn ich im Gefängnis bin oder dort sterben sollte. Unsere jungen Kameraden (zwischen 23 und 27 Jahre alt), die in England leben und die Remer-Depesche machen, arbeiten großartig. Über England erreicht mich alle Post. Das ist gut angefallen. Zur Beachtung: Wenn möglich einen zweiten Umschlag in ein Kuvert stecken mit dem Hinweis: "Für General Remer".

Nie war mein Kampf der Wirklichkeit so nahe wie diesmal. Deshalb rufe ich euch mit diesem Brief vielleicht zum letztenmal zu:

Kampf bis zum letzten Atemzug
In Treue bis zum Tod
Otto Ernst Remer

Der Kampf geht weiter, helft mit Eurer Spende!

DEUTSCHLAND REPORT
 Redaktion
 20 [REDACTED]
 GB-Brighton/Sussex, BN2 1TN

Liebe Leser und Mitstreiter für ein besseres Deutschland,
 hier ein paar wichtige Neuerungen:

- 1) Aufgrund organisatorischer Engpässe können wir vorübergehend keine kleineren Bestellmengen für den DEUTSCHLAND REPORT abgeben. Es ist nicht mehr zu bewältigen. Vorschlag: Sie schließen sich zu einer Bezieher-Verteiler-Initiative zusammen und bestellen 1000 Stück. Das ist die Menge, die organisatorisch für uns machbar ist. Die Lieferung erfolgt auf dem nichtstaatlichen Transportweg von England direkt an Ihre Anschrift. Die Post ist also nicht im Spiel, eine Systemstelle ist damit ausgeschaltet. Der Preis für 1000 Stück beträgt DM 480,00 frei Haus.
- 2) Der Versand an von Ihnen gelieferte Anschriften oder an von uns ausgesuchte Adressen wie Lehrer, Akademiker, Schülergruppen, Unternehmer usw. wird natürlich mit besonderem Hochdruck betrieben. Dieser Weg, die Wahrheit unters Volk zu bringen ist für Aktivisten ungefährlich, weil der Versand ab England erfolgt. Der Preis für die Beschickung einer Anschrift mit einer Zeitung und Beilage kostet DM 2,25 und schließt den Druck, das Kuvertieren, das Porto und das Material ein.
- 3) Bitte beachten Sie. Ihre Bestellungen (Gutachten, Broschüren, Aufkleber usw.) können wir nur maximal zwei Mal im Monat durchführen. Also bitte nicht unruhig werden, wenn nicht sofort die Bestellung am nächsten Tag angeliefert wird.
- 4) Wir haben noch Bestände an alten DEUTSCHLAND REPORTS. Für einen Stückpreis von DM 0,30 können Sie also noch ältere Ausgaben nachbestellen (solange Vorrat reicht). Es kann allerdings nicht garantiert werden, welche Ausgabe Sie bekommen.

Und jetzt eine bombastische Nachricht:

Unsere Kampagne mit den Klebern "Es gab keine Gaskammern in Auschwitz zur Judenvergasung" hat wider Erwarten unvorstellbare Erfolge gezeitigt. Obwohl Interessierte die Anschrift von dem kleinen Aufkleber abschreiben, einen 10-Mark-Schein in den Umschlag stecken, frankieren und wegschicken müssen, erhielten wir eine Flut von Anforderungen für die Kurzversion des Rudolf-Gutachtens. Es handelte sich in den allermeisten Fällen um Schüler und um Interessenten der jüngeren Generation. Das Thema hat also in der Bevölkerung Fuß gefaßt. Immer weniger von unserer jungen Generation sind bereit, sich für alle Zeiten für dumm verkaufen zu lassen. Die erste Auflage der Aufkleber ist so gut wie vergriffen, sodaß wir eine neue Auflage drucken lassen.

Besonderheit: Nach der BGH-Entscheidung in Sachen G. Deckert ist der Text auf unserem Aufkleber nicht mehr strafbar. So sieht der neue Aufkleber aus:

Das Rudolf-Gutachten beweist:
**ES GAB KEINE GASKAMMERN
 IN AUSCHWITZ
 ZUR JUDENVERGASUNG**

Die Max-Planck-Gesellschaft überprüfte das Rudolf-Gutachten. Ergebnis: Keine fachlichen Fehler. Eine Kurzbesprechung des Rudolf-Gutachtens und weitere Dokumente erhalten Sie gegen Einsendung von 10 Mark in bar an:
British Historical Society
 20 [REDACTED] GB-Brighton/Sussex, BN2 1TN

Ihr. [REDACTED]

Bestellmengen für Auschwitz-Aufkleber:

Stück	DM
3000	155
2000	100
1000	55
500	30

Abonnement-Preise für DEUTSCHLAND REPORT

3	Monate	DM	30
6	Monate	DM	55
12	Monate	DM	100

**Bestellung an:
 Cromwell Press
 20 [REDACTED]
 GB-Brighton/Sussex, BN2 1TN**

Das "Deckert-Urteil"

Der Bundesvorsitzenden der NPD, Günter Deckert, hatte am 10. November 1991 in Weinheim (Baden-Württemberg) eine Revisionismus-Tagung veranstaltet und dabei einen Vortrag des US-Amerikaners Fred Leuchter übersetzt und zustimmend kommentiert, in dem dieser den Massenmord an Juden in den Gaskammern der Konzentrationslager leugnete. Das Landgericht Mannheim verurteilte Deckert zu einer einjährigen Freiheitsstrafe mit Bewährung sowie zu Zahlung einer Geldstrafe von 10.000 DM. Gegen das Urteil legten sowohl Deckert als auch die Staatsanwaltschaft Revision ein.

Der Bundesgerichtshof hob am 15. März 1994 das Urteil des Landgerichts Mannheim

vom 13. November 1992 auf. Er war der Ansicht, das Landgericht habe den Sachverhalt in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht unzureichend gewürdigt. Die bisherigen Feststellungen hätten nicht ausgereicht, den Anklagevorwurf der Volksverhetzung (§ 130 StGB) zu beweisen. Dieser Tatbestand setze unter anderem einen Angriff auf die Menschenwürde des von der Tat betroffenen jüdischen Bevölkerungsteils in Deutschland voraus. Ein solcher Angriff lasse sich den bisher festgestellten Äußerungen des Angeklagten nicht ohne weiteres entnehmen. Von Bedeutung könne sein, ob er sich durch sein Verhalten mit der nationalsozialistischen Rassenideologie identifiziere. Der Bundesgerichtshof bestätigte seine bisherige Rechtsprechung, wonach der Massenmord an Juden, begangen in Gaskammern von Konzentrationslagern des Dritten Reiches, als geschichtliche Tatsache offenkundig und eine Beweiserhebung darüber überflüssig sei.

Am 22. Juni 1994 wurde Deckert vom Landgericht Mannheim erneut zu einer einjährigen Freiheitsstrafe auf Bewährung sowie zur Zahlung einer Geldstrafe von 10.000 DM verurteilt. Das Gericht befand den aus dem Schuldienst entfernten ehemaligen Oberstudienrat der Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Beleidigung für schuldig. Die Richter erkannten damit auf das gleiche Strafmaß wie in dem im März 1994 vom Bundesgerichtshof aufgehobenen ersten Urteil.

Das Bekanntwerden der schriftlichen Urteilsbegründung löste in der Öffentlichkeit große Empörung aus. Bei der vom Bundesgerichtshof angemahnten Würdigung, ob Deckert sich mit der nationalsozialistischen Rassenideologie identifiziere, hatten die Richter den Angeklagten in ihrem zweiten Urteil u. a. als eine "charakterstarke, verantwortungsbewußte Persönlichkeit mit klaren Grundsätzen" gelobt und die "betont nationale Einstellung" des Rechtsextremisten gewürdigt. Weiter hieß es in der Urteilsbegründung: " ... *seine politische Überzeugung, die ihm Herzenssache ist, verfiert er mit großem Engagement und erheblichem Aufwand an Zeit und Energie.*"

Deutsche Stimme

Einzelheft DM 2,80 E 800042 Nationaldemokratische Zeitung Ausgabe 2/1994 - 19. Jahrgang

Die Republik ist erschüttert, die Medien entsetzt, die Bonner betroffen:

Das Deckert Urteil - der Skandal!

Mannheim - khs In der zweiten Augustwoche geschah Erstaunliches in dieser Republik: Massenarbeitslosigkeit, Inflation, Kriminalität und Überfremdung - all diese Probleme existierten plötzlich nicht mehr. Es gab ja "das" Deckert-Urteil. Keine Rundfunk- oder Fernsehnachrichten, keine Zeitungsschlagzeile und keine "Talkshow" ohne Deckert, besser: ohne Begründung des Deckert-Urteils. Denn der Betroffene selbst, der NPD-Parteivorsitzende Günter Deckert, kam in der veröffentlichten Meinung nie zu Wort. Was war denn nun geschehen?

Das Urteil ist der Skandal

Günter Deckert hatte einen wissenschaftlich-technischen Vortrag des US-Amerikaners Fred Leuchter zur zeitgeschichtlichen Problematik bei einer Vortragsveranstaltung übersetzt und "zustimmend kommentiert". Dies reichte aus, um Deckert zu einer (zur Bewährung ausgesetzten) Haftstrafe von einem Jahr und einer Geldstrafe von DM 10.000,- zu verurteilen. Und das ist in der Tat ein Skandal! Die Freiheit von Forschung und Lehre, die Meinungs- und Informationsfreiheit sind eben in diesem Lande hohle Phrasen geworden. Nur noch "die Gedanken sind frei", wehe aber, man spricht sie aus.

... nicht aber die Begründung!

In der Urteilsbegründung wurde der NPD-Parteivorsitzende völlig korrekt als "charakterstarke, verantwortungsbewußte Persönlichkeit mit klaren Grundsätzen" geschildert. Das ging der Medien-Mafia und den Bonner Verlautbarungs-Politikern entschieden zu weit. "Idiot" oder "Teppichbeller", das wäre gerade noch als Charakterisierung des Nationaldemokraten durchgegangen. Sich verantwortungsvoll für sein Land und für sein Volk einzusetzen, ist dem System so fremd, daß ein solcher "Täter" eben gar nicht intelligent sein kann (Auszüge aus der Urteilsbegründung auf S. C).

Hexenjagd auf Richter und Rechtsstaat

Die Hexenjagd begann: Die Mannheimer Richter mußten wegen Morddrohungen untertauchen. Jeder - vom unsäglichen Chefanwältiger Ignatz Bubis über den jüdischen Weltknochen bis zu den Bonner "Geblöen" - löste sich bemüht, auf dem "Skandalurteil" herumzuschlagen. Es herrschte die traurige Ehrlosigkeit der "Demokraten", wobei sich CSU-Politiker auf exakt derselben Linie bewegen wie Kommunisten. Die Forderung war dieselbe: "Aber der Faschist Deckert gehört hinter Gitter, die NPD verboten" ("Rote Fahne", Zeitung der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD), Ausgabe 33. KW).

Ersatzlos gestrichen: Der Rechtsstaat

Die Mannheimer Richter wurden "krankheitshalber", weil "man" es eben forderte, versetzt. Dieser Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit ist das Schlimmste, das Einschneidende an diesem Fall. Zum ersten Mal wurde ganz offen ein wesentlicher Bestandteil des Rechtsstaates, die Unabhängigkeit der Judikative, aufgrund von Politikern und Presseforderungen außer Kraft gesetzt. Späterens soll "Muscheln" kann sich niemand mehr auf den Rechtsstaat berufen, die Bonner am allerwenigsten!

Die Verfassungsfeinde sitzen in Bonn!

Und anstatt sich schützend vor die Richter zu stellen, wetzt die sog. Justizministerin Leutheuser-Schnamberger dies noch als "ermutigendes Signal" Offener Rechtsbruch als Ermütigung? Die Verfassungsfeinde sitzen in Bonn! Und um unsere Völkchen, unserer Geschichte und unseres Rechtes willen - sie dürfen nicht länger bestimme sein. Tauscht sie aus, bevor das ganze Volk ausgetauscht wird! Lesen Sie mehr auf Seite C

Empörung über Urteilsbegründung

Richter hat Verständnis für NPD-Chef Deckert

Zentralrat der Juden verlangt
Stellungnahme der Bundesregierung

Auschwitz-Urteil bringt Richter in die Kritik

Zwischenruf: Böse Erinnerungen

"NPD-Chef auf Podest gehoben"
"Unbegreifliche Begründung"
Stuttgarter Minister: Urteil ist, so nicht bleiben
"Eine charakterstarke Persönlichkeit mit klaren Grundsätzen"
Der NPD-Vorsitzende Deckert (Mitglied des Mannheimer Landgerichts)

Empörung

Rentnerbeleidigung 0,43% mehr Rente!

Während die etablierten Politiker in Bonn und den Landtagen neue Pläne für Dittenerhöhungen immer wieder zur Sprache bringen, erhalten die Rentner in Westdeutschland nach einem Bericht des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger am 1.1.95 sage und schreibe eine gigantische Rentenerhöhung von 0,43% (in Mitteleuropa fast 7%). Da schon in der Vergangenheit die niedrigen Anhebungen im Westen für Unmut gesorgt haben, schlägt diese unfassbare Meldung "das Faß den Boden aus". Preissteigerungen - besonders der Mieten und insbesondere der Mietnebenkosten - werden Millionen von Betroffenen harte Einbußen ihres Einkommens bringen. Es stellt sich nur noch die Frage, ob nunmehr wenigstens nach dieser saftigen Backpfeife bei denkenden Menschen ein Umdenken einsetzt? 2 Stück Seite mehr für die unfassbare Erhöhung von 0,43% würden die nun gutbetuchten Wahlkämpfer aller Schattierungen wohl als Beleidigung empfinden.

Reaktion der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« auf das »Deckert-Urteil«

In einem Interview in der Ausgabe 2-3/94 des rechtsextremistischen Szene- und Infoblatts "Einheit und Kampf" erklärt der NPD-Parteivorsitzende Deckert zu seiner erneuten Verurteilung wegen Volksverhetzung durch das Landgericht Mannheim u. a. : "Ich gehe davon aus, daß der BGH, obwohl offiziell unabhängig, das zweite Mannheimer Urteil infolge des öffentlichen Drucks aufheben muß. Ich rechne mit der Zurückweisung an ein anderes Landgericht ..., damit eine höhere Verurteilung = Knast dabei herauspringt. Mit der anhaltenden Hysterie hat sich das 'System' meines Erachtens wie nie zuvor entlarvt. ... Die Unabhängigkeit der Richter ist nur noch eine Farce, insbesondere natürlich dann,

wenn politisch nicht genehme Urteile gesprochen werden müssen."

Auf die Frage: "Es heißt, die BRD sei ein freiheitlicher, demokratischer Rechtsstaat. Was fällt Dir in diesem Zusammenhang für ein spontaner Kommentar ein?" antwortet Deckert: "Selten so gelacht". Am 16. August 1994 hielt Deckert in Stuttgart eine Pressekonzferenz ab. Dort erklärte er Pressemeldungen zufolge, daß er mit einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung rechne. Im "Knast" wolle er dann das Buch - "Günter Deckert - Sein Kampf" - schreiben.

Am 15. Dezember 1994 hob der Bundesgerichtshof in Karlsruhe das weltweit mit Empörung aufgenommenen Urteil des Landgerichts Mannheim vom Juni 1994 auf und verwies die Sache zur Neuverhandlung an das Landgericht Karlsruhe.

Deckert-Besuch in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald durch Polizei verhindert

Der NPD-Vorsitzende Deckert wurde am späten Nachmittag des 20. November 1994 im Bereich der KZ-Gedenkstätte Buchenwald bei Weimar von der Polizei angehalten und in Unterbindungsgewahrsam genommen. Die Direktion der Gedenkstätte hatte ein Hausverbot erlassen, das Deckert am 19. November ausgehändigt worden war. Weimarer Polizeibeamte hatten Deckert beobachtet, als er trotz Verbots in Richtung der Gedenkstätte fuhr.

Im "Germania"-Rundbrief Nr. 182 vom 26. Mai 1994 rief Zündel seinen Freundeskreis auf, führende Bundes- und Landespolitiker wegen der Ergänzung bzw. Verschärfung des § 130 StGB (Volksverhetzung) anzuschreiben und dagegen zu protestieren. Daraufhin wurde dieser Personenkreis, unter ihnen auch der Innenminister des Landes NRW, Dr. Herbert Schnoor, von vor allem im Ausland lebenden Deutschen, mit entsprechenden Protestschreiben geradezu überhäuft.

Leugnung des Holocaust eigener Straftatbestand

Der revisionistischen Propaganda konnte bis zum Inkrafttreten des Verbrechensbekämpfungsgesetzes am 1. Dezember 1994 nur unzureichend mit strafrechtlichen Mitteln begegnet werden (§§ 130 und 131 StGB Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß). Allerdings hatte der VI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs mit Urteil vom 18. September 1979 (VI ZR 140/78) bereits festgestellt, daß Menschen jüdischer Abstammung aufgrund ihres Persönlichkeitsrechts in der Bundesrepublik Anspruch auf Anerkennung des Verfolgungsschicksals der Juden unter dem Nationalsozialismus haben. Wer die Judenmorde im Dritten Reich leugnet, so der Bundesgerichtshof, beleidigt jeden von ihnen.

Durch das am 1. Dezember 1994 in Kraft getretene Strafrechtsänderungsgesetz ist der § 130 StGB um folgenden 3. Absatz ergänzt worden: *"Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 220a Abs. 1 (= Völkermord) bezeichneten Art, in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost."*

Hierdurch wird die Leugnung des Holocaust als eigenständiger Straftatbestand in das StGB aufgenommen.

Intellektueller Revisionismus der "Neuen Rechten"

Auch der Nationalismus der "Neuen Rechten" ist mit einem mehr oder weniger subtilen Revisionismus verbunden, welcher eine wesentliche Funktion in den neurechten Beiträgen zur Gewinnung einer "nationalen Identität" übernimmt.

"Gravierende Umbrüche verschieben das Gefüge der westlichen Welt, als deren mentale Besatzungszone Deutschland nunmehr verwaltet wird. Dabei sind es nicht

mehr allein die materiellen oder ideellen Rahmenbedingungen, welche revolutionären Veränderungsprozessen anheimfallen, sondern auch die essentiellen Kategorien, durch die Menschen sich selbst und ihre Umwelt wahrnehmen. In der Bilder- und Zeichenflut einer vernetzten Kommunikationsgesellschaft vermengen sich Sein und Schein zur permanenten Virtual Reality." (Roland Bubik in Junge Freiheit 38/1994, 11)

In dieser "virtuellen Realität" verzahnt der modernisierte intellektuelle Rechtsextremismus seine Vorstellungen von nationalem Selbstbewußtsein mit einer Umdeutung der jüngsten Vergangenheit. Die Wiedervereinigung reduziert er auf eine "kleine Wiedervereinigung" mit "Mitteldeutschland" und will damit etwa bei der "Jalta-Generation" eine Erinnerung wachhalten, jüngere Generationen auf noch nicht eingelöste Optionen aufmerksam machen. Auch in ideologischer Hinsicht stellt er dem - in seiner Sicht übermächtigen - "Antifaschismus" seinen "Nonkonformismus" entgegen. Historische Fakten will und kann er nicht leugnen. An die Stelle von Geschichte setzt er aber eine Geschichtsphilosophie, die den Nationalsozialismus "einordnet", um so eine "natürliche" Identität der Deutschen wieder zu ermöglichen.

Viele Deutsche seien - so Manfred Rouhs, Herausgeber von Europa Vorn - "auf das Dritte Reich" als dem "totalen Referenzpunkt des historischen Bewußtseins fixiert": *"Den Kriegsereignissen kam bis 1989 insoweit eine besondere Bedeutung zu, als sie konstitutiv für die politischen Verhältnisse in Deutschland waren, für die Jalta-Ordnung, für die politischen Systeme von DDR und BRD. Aber mit der Vereinigung von West- und Mitteldeutschland hörten Krieg und nationalsozialistischer Staat auf, konstitutives Element für das Hier und Jetzt zu sein. Sie wurden objektiv weniger wichtig. Seltsamerweise blieb, jedenfalls bislang, ihre subjektive Funktion halbwegs intakt."* (Europa Vorn; 15. April 1994, Seite 6)

Und diese Art der Re-Vision geschichtlicher Bedingungen des status quo erfährt ihre Fortsetzung z.B. durch folgende Deutung der Funktion der "89er Revolution": *"Seitdem entwickelt sie sich fort, in Angriffen und Rückschlägen. Sie wird nicht vor ihrem Siege, nicht vor dem Ende der dämonischen (auf dem Dreyfus des Leibhaftigen hüpfenden) Unordnung von Versailles und Jalta enden. Der siegreiche mitteldeutsche Volksaufstand, der zur Beseitigung der DDR und zur Todweihung der BRD geführt hat, war noch keine ganze Machtergreifung des Volkes, sondern nur die eine Hälfte der Machtergreifung: die Altmachtbeseitigung. Zum endgültigen, geschichtlichen Sieg der 89er Revolution gehört noch die Beseitigung der westlichen Altmacht in Deutschland und die Wiedererrichtung des Deutschen Reiches in seinen rechtlichen Grenzen.* (Reinhold Oberlercher in Staatsbriefe; 4/1994, Seite 28 ff.)

Aber auch die glatte Leugnung des Holocaust, die allerdings nicht Sache der "Neuen Rechten" insgesamt ist, behält ihren Stellenwert. Die perfiden "Erkenntnisse" der notorischen Leugner werden mit neurechtem Scharfsinn flankiert durch oftmals ausgefeilte, konditionale und hypothetische Konstruktionen, mit denen scheinbar Kriterien wissenschaftlicher Redlichkeit bemüht werden, tatsächlich aber ein Mentalitätswandel beabsichtigt wird, der faktisch eine inadäquate Entlastung von Vergangenheit im Dienste nationaler Zukunft herbeiführen soll.

Hans-Dietrich Sander, Herausgeber der - im neurechten Spektrum rabiateren - Staatsbriefe, publiziert folgende Agitation wohlweislich nur mit dem Stilmittel einer Traumschilderung: *"Die Deutschen sollen im letzten Weltkrieg Juden millionenfach mit Gas getötet haben. Die Juden haben dafür Geld genommen, milliardenfache Ent-*

schädigung bezogen für Missetaten unvergleichlichen Charakters. Jetzt sieht es so aus, als wäre das in diesem Ausmaß nicht geschehen. Es gibt Gegenbeweise sonder Zahl. Doch niemand hat sich überlegt, was wohl geschieht, wenn sie erhärtet sind." (Staatsbriefe 1/1994, Seite 32)

Vor dem Hintergrund der von ihm hart kritisierten Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Vatikan und Israel im Dezember 1993 und der gemeinsamen Holocaust- Gedenk-Feier im April 1994, an der Papst Johannes Paul II. mit dem Oberrabbiner von Rom und israelischen Regierungsvertretern im Vatikan teilnahm, artikuliert Sander seine Vorstellung vom Seelenfrieden - "Aufhebung der Verbrechen" - durch die christliche Religion: *"Das Hauptstück der christlichen Religion, der befreiende Impuls durch die Vergebung der Sünden, taugte nichts, wenn er nicht auch solche Verbrechen aufhöbe. Um so mehr ist das der Fall, wenn die Zweifel, ob solche Verbrechen überhaupt möglich waren, nur noch mit Repressalien niedrig gehalten werden können. Dann mischen sich in die Weihrauchschwaden beizende Schwefeldämpfe ..."* (Staatsbriefe 4/1994, Seite 39)

Nicht das Faktum des Holocaust, vielmehr seine Unerträglichkeit vorrangig im Hinblick auf das Selbstverständnis der Deutschen und seine so empfundene Unverträglichkeit mit der Gewinnung einer "nationalen Identität" ist Kernpunkt des Revisionismus der "Neuen Rechten".

2.1.25 Sauerländer Aktionsfront (SAF)

Gründung:	1991	
Regionale Schwerpunkte:	Kreis Siegen, Kreis Olpe, Hochsauerlandkreis	
Anhänger:	1994 ca. 60	1993 ca. 60
Publikation:	Freie Stimme	

Namentlich bekannt wurde die SAF durch eine Einladung zu einem Skinheadkonzert am 31. August 1991 in Meschede/Hochsauerlandkreis. Unter dieser Bezeichnung wurden im Hochsauerlandkreis bis dahin existierende örtliche "Stammtische für alle Nationalgesinnten" weitergeführt. Hauptinitiator war ein am 1. August 1992 verstorbener Neonazi aus Hessen.

Bei der SAF, die insbesondere Kontakte zur Skinheadszene im nordhessischen Raum unterhält, handelt es sich um einen losen Zusammenschluß von Neonazis und Skinheads im Hochsauerlandkreis und Kreis Siegen. Organisationsstrukturen im vereins- oder parteirechtlichen Sinn bestehen nicht. Zusammenkünfte und Aktionen werden in unterschiedlicher personeller Zusammensetzung geplant oder spontan durchgeführt. Der Kreis der SAF- Aktivisten ist zum Teil personengleich mit Mitgliedern des FAP-Stützpunktes Siegen.

Aktivitäten und Ereignisse

Die Redner einer Saalveranstaltung der SAF am 26. März 1994 in Warstein-Hirschberg sprachen sich für die Bildung einer losen, nicht strukturierten Arbeitsgemeinschaft aller verbotenen bzw. von Verboten betroffenen Neonazi-Organisationen aus.

Anlässlich des zweiten Todestages des SAF-Initiators planten Angehörige der SAF und anderer rechtsextremistischer Organisationen/Parteien am 6. August 1994 eine Gedenkveranstaltung im nordhessischen Raum. Ein Treffpunkt war u. a. der Bahnhof in Winterberg/Hochsauerlandkreis. Auf Grund polizeilicher Maßnahmen erreichten

nur wenige der etwa 150 anreisenden Personen den vorgesehenen Veranstaltungsort. Auch das Bemühen der Teilnehmer, die Veranstaltung kurzfristig in Erndtebrück/Kreis Siegen abzuhalten, scheiterte am Einschreiten der Polizei.

Bei der demonstrativen Aktion am 13. August 1994 in Luxemburg anlässlich des 7. Heß- Todestages wurden auch Angehörige der SAF von der Luxemburger Gendarmerie in Gewahrsam genommen und nach Deutschland abgeschoben.

SAF-Aktivisten meldeten 1994 mehrfach öffentliche Kundgebungen an, die jedoch alle verboten wurden. Die Verbote wurden beachtet.

Exekutivmaßnahmen gegen SAF

In Meschede, Hamm, Recklinghausen und Arolsen (Hessen) wurden am 31. Januar 1994 im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung Objekte von 12 Personen durchsucht, die der SAF zugerechnet werden. Bei den Durchsuchungsmaßnahmen stellte die Polizei eine Gaspistole, 50 Schuß Pistolenmunition, Schlagwerkzeuge, Listen über KFZ und Telefonnummern von Personen, die die SAF der "linken" Szene zuordnete, sowie umfangreiches Propagandamaterial sicher. Eine Person wurde festgenommen, die Staatsanwaltschaft Dortmund hatte Haftbefehl beantragt. Gegen weitere Personen wird wegen Volksverhetzung und Sachbeschädigung ermittelt. Das Verfahren war Anfang 1995 noch nicht abgeschlossen. Anfang Januar 1995 kam es zu erneuten Durchsuchungen.

SAF-Aktivisten geben die Schrift "Freie Stimme" heraus

Im September 1994 wurde im Raum Siegen die Schrift "Freie Stimme" bekannt. Autoren sind zwei Aktivisten der SAF. Mit der Schrift wird der Versuch unternommen, die Existenz sowie die politischen Inhalte der SAF einer breiteren Öffentlichkeit in Siegen bekanntzumachen. Zielgruppe sind Jugendliche im Raum Siegen. Zitat: "*Wir wollen ein Gegenstück zu etablierten Jugendpresse in Siegen sein*". Die in der Schrift behandelten Themen wie Ausländerproblematik, Rassismus, Verherrlichung von NS-Größen, "Judenproblematik" etc. entsprechen der in Neonazi-Kreisen behandelten Thematik, auch in der teilweise zynischen Darstellungsweise. Außerdem diente die Schrift als Werbeträger für die inzwischen verbotene FAP. Von den angeblichen drei Ausgaben sind bislang nur die zweite und dritte Ausgabe bekanntgeworden.

2.1.26 Unabhängige Arbeiter-Partei e.V. (Deutsche Sozialisten) (UAP)

Gründung:	1962	
Sitz:	Essen	
Mitglieder	1994	1993
NRW:	50	50
Bund:	ca. 100	ca. 120
Publikation:	Reichs-Arbeiter-Zeitung	

erscheint monatlich

Bei der UAP handelt es sich um eine überwiegend in NRW tätige Partei, bei der sich die Führungsstruktur und die geringe Außenwirkung seit Jahren nicht geändert haben.

Die UAP strebt "einen eigenständigen und unabhängigen Weg zu einem Deutschen Sozialismus" an, der sich "*von allen anderen sozialistischen Richtungen dadurch*" unterscheiden solle, "*daß er von den schlechten Erfahrungen im kommunistischen Mitteldeutschland und den gesellschaftlichen Unzulänglichkeiten in Westdeutschland (Kapitalismus) durch eine kritische Auswertung beider Gesellschaftssysteme eine*

Gesellschaftsform anstrebt, die - bei Rücksichtnahme auf die natürlichen Lebensbedingungen (Umweltschutz) - auf einen hochmodernen Industrie- und Agrarstaat ausgerichtet ist".

Im Publikationsorgan der UAP, der "Reichs-Arbeiter-Zeitung", wird unter anderem regelmäßig über rechtsextremistische Parteien und Organisationen berichtet.

Die UAP hat sich in der Vergangenheit mehrmals ohne nennenswerten Erfolg an Wahlen beteiligt. Bei der Bundestagswahl am 16. Oktober 1994 trat die UAP mit drei Direktkandidaten in den Wahlkreisen Essen I, Essen III und Bochum I an und erreichte insgesamt 302 Erststimmen. Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am gleichen Tag erzielte sie in Bochum, Essen, Herne und im Ennepe-Ruhr Kreis insgesamt 421 Stimmen.

2.1.27 Wiking-Jugend (WJ) - verboten -

Gründung: 2. Dezember 1952
Sitz: Bundesgeschäftsstelle: Berlin, bis Anfang 1994 Stolberg
Bundesführer: Wolfram Nahrath
Mitglieder 1994 1993
NRW: ca. 80 ca. 80
Bund: ca. 400 ca. 400
Publikation: Wikinger, erschien vierteljährlich

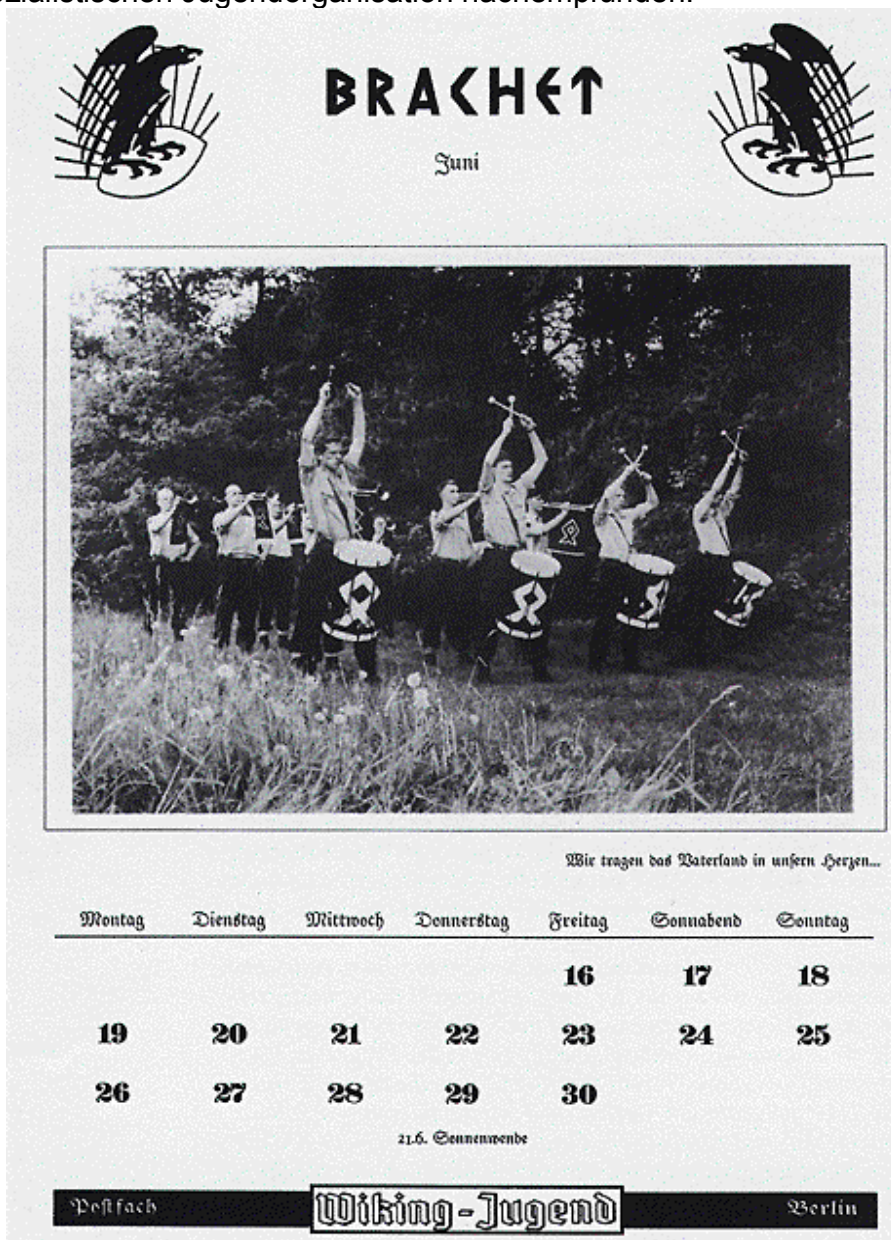
Die WJ wurde am 10. November 1994 vom Bundesinnenminister als eine gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtete Vereinigung verboten. Hauptgrund für das Verbot war, daß die WJ in Programm, Vorstellungswelt und Gesamtstil eine Wesensverwandtschaft mit der früheren NSDAP und ihrer Teilorganisation "Hitlerjugend" (HJ) aufwies. Weiterhin orientiert sie sich am nationalsozialistischen Sprachgebrauch und an den äußeren Formen der NSDAP; insbesondere der HJ.

Die WJ war eine nach dem Führerprinzip geleitete, einer germanisierenden Nordlandideologie naheifernde Jugendorganisation.

Das WJ-Organ "Wikinger" enthielt regelmäßig Berichte über die Aktivitäten der einzelnen WJ-Gaue, Kommentare und Fotoaufnahmen über zumeist überregionale rechtsextremistische Veranstaltungen sowie Textbeiträge, die die eindeutig rechtsextremistische Ausrichtung der WJ bestätigten. So wurde in der Ausgabe 1/94 unter der Rubrik "Gedenktage" an die Gründung der Deutschen Arbeiterpartei 1919 in München erinnert, aus der sich die NSDAP entwickelte. Dazu hieß es: *"Als nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches die Frontsoldaten in die Heimat zurückkehrten, fanden sie dort ein Chaos vor ... Überall bildeten sich kleine Gruppen von Menschen, die das Bedürfnis hatten, eine wahre Volksgemeinschaft, wie sie an der Front geherrscht hatte, herzustellen ... Eine dieser kleinen Gruppe war die am 5. Januar 1919 gegründete DAP. Ihr Wollen war noch unbestimmt, es gab weder Programm noch eine Vorstellung, was dieser Verein tun wollte. Erst durch Adolf Hitler bekam die DAP langsam ein Gesicht und wuchs in wenigen Jahren, umbenannt in 'Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei' - NSDAP -, zu einer Riesenorganisation an, die sich schließlich die Macht in Deutschland erkämpfte."*

Wie in den Vorjahren veranstaltete die WJ auch 1994 zu Pfingsten die "Tage volkstreuere Jugend" in Hetendorf (Niedersachsen). Dabei traten die WJ-Mitglieder bei den Aufmärschen bewußt in einer uniformähnlichen Bekleidung auf, die derjenigen der HJ ähnlich sieht. Die Marschkolonnen mit Fahnenräger und Spielmansszug ist der

nationalsozialistischen Jugendorganisation nachempfunden.



**Kalenderblatt aus dem »Odal-Kalender 1995«
der verbotenen Wiking-Jugend**

Die WJ nutzte die bei Jugendlichen anzutreffende Lagerfeuer- und Pfadfinderromantik dazu, bei den Treffen das rassistische und antisemitische Gedankengut des Dritten Reichs zu vermitteln.

2.2 Rechtsextremistische Publikationen, Verlage, Vertriebe, Medien

2.2.1 Publikationen

2.2.1.1 Deutschland - Schrift für neue Ordnung

Gründung: 1968
Herausgeber: "Vereinigung Gesamtdeutsche Politik - VGP - e.V."
Verantwortlich: Ernst Günter Kögel, Remscheid
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Auflage: ca. 500

Die Publikation "Deutschland - Schrift für neue Ordnung" war zunächst Organ der "Vereinigung für überpolitische Gesamtdeutsche Politik, VDNV e.V.", die sich 1984 mit der "Vereinigung Gesamtdeutsche Neutralität" zur "Vereinigung Gesamtdeutsche Politik" (VGP) zusammenschloß. Die ca. 50 Mitglieder umfassende VGP tritt hauptsächlich durch ihre Publikation in Erscheinung. Die VGP wird seit jeher von Ernst Günter Kögel geleitet.

Zwar erzielte die Organisation mit ihrer rechtsextremistischen Schrift keine große Öffentlichkeitswirkung, jedoch werden Mitglieder und Anhänger, insbesondere revidionistische Kreise, in ihrer rechtsextremistischen Gesinnung nachhaltig bestärkt.

In der Schrift werden die demokratischen Verhältnisse nach 1945 abgelehnt, die Gemeinschaftsinteressen gegenüber den Individualrechten überbetont, die Schuld Deutschlands am Ausbruch des 2. Weltkrieges und Kriegsverbrechen geleugnet sowie die Ausländerintegration heftig bekämpft. Hierzu zwei Beispiele:

"Der 1. September 1939 Der Krieg des Kapitals

Nachdem es die Sieger von 1945 übernommen haben, unsere deutsche Geschichte zu schreiben, reduzieren sich die Gründe und Ursachen des zweiten Weltkrieges auf Schlagworte und Behauptungen, die bereits den Schuldparagraphen des Versailler Diktates beinhalteten: Deutschland hat den Krieg allein verschuldet, wollte ganz Europa erobern und hat unsägliche Verbrechen an Frauen, Kindern und Gefangenen vollbracht, sich damit selbst aus dem Kreis der zivilen Kulturnationen ausgeschlossen und eine harte Bestrafung verdient. Während sich damals das ganze Volk und alle demokratischen Parteien gerade über diesen Schuldparagraphen 231 empörten, haben die Sieger diesmal unter der bedingungslosen Kapitulation selbst durch Auswahl der geeigneten Politiker und Medienmacher dafür gesorgt, daß jede Revision dieses Geschichtsbildes als neonazistischer Revanchismus unglaubwürdig gemacht wurde. ..." (Nr. 9/10 - 1994, S. 4).

"Über den Standort 'D' in die multikulturelle Anarchie? Gedanken zur deutschen Nation

Aberzogenes, ehemals selbstverständliches Nationalbewußtsein als Folge der jahrzehntelangen Tabuisierung, Herabwürdigung und Diskriminierung aller Nationalen in der Politik, Wissenschaft und Kultur hat uns an einen Punkt gebracht, der als die letzte Station vor dem Abgrund angesehen werden kann. Die dafür verantwortlichen Repräsentanten des vom Liberalismus durchgesetzten, nur auf materielle Werte und den Konsum orientierten Systems tragen den heimlichen Wunsch in sich, der verwerflicher denn alles Vorangegangene ist, den Wunsch, sich den Folgen für den Untergang der deutschen Nation zu entziehen und den Staat samt dem Volk in eine multikulturelle Anarchie zu verwandeln. Zugleich sind diese sich nicht selten sogar Volksvertreter nennenden, vom Bereicherungsdrang charakterisierten Damen und Herren getreue Vollzugsgehilfen jener Kräfte, die Deutschland zu einer stets zahlenden

Halbkolonie innerhalb der sogenannten Europäischen Union machen wollen. ..." (Nr. 7/8 - 1994 / S. 4ff).

2.2.1.2 Europa Vorn aktuell, Europa Vorn spezial, "hoppla!"

Gründung: 1987
Herausgeber: Manfred Rouhs, Köln (DLVH)
Verlag: Eigenverlag Manfred Rouhs.
Erscheinungsweise/Auflage: Europa Vorn aktuell erscheint vierzehntäglich, Europa Vorn spezial erscheint vierteljährlich
"hoppla!" Erstausgabe 15.12.1994; soll künftig vierteljährlich erscheinen, Auflage nach eigenen Angaben 30.000,
Grundlage von "Europa Vorn" sind die Ideen der französischen "Nouvelle Droite" und ihres Vordenkers Alain de Benoist. Rechtsstaat und Demokratie werden in Frage gestellt: "Richtige Entscheidungen sind keine Frage der Mehrheit". In vielen Artikeln wird Fremdenfeindlichkeit propagiert: "Ohne Scheinasylanten, ohne das Hirngespinnst von der multikulturellen Gesellschaft gäbe es dieses Verderbnis unserer natürlichen Lebensgrundlagen keinesfalls".



Werbeaufkleber der Zeitschrift Europa Vorn

In "Europa Vorn aktuell" werden von dem angeschlossenen Vertriebsdienst einschlägige Bücher und CD's angeboten.

Anlässlich der Bundestagswahl und der Kommunalwahlen in NRW am 16. Oktober 1994 waren die Mitarbeiter von "Europa Vorn" eingebunden in den "Schwerpunktwahlkampf der demokratischen Rechten in Köln" für die DLVH.

Am 15. Dezember 1994 ist die vierseitige Erstaussgabe der von Manfred Rouhs (V.i.S.d.P.) herausgegebenen Jugendzeitschrift "hoppla!" erschienen. "hoppla!" ist künftig als Quartalszeitschrift zur Massenverteilung an Schulen und Berufsschulen vorgesehen, die zu diesem Zweck den Abonnenten von "Europa Vorn", Parteien und Organisationen zu einem Staffelpreis auf der Basis hoher Stückzahlen zum Kauf angeboten wird. Sie bietet den Abnehmern die Möglichkeit, individuelle Druckschriften (Flugblätter o.ä.) einzulegen und eine Kontaktadresse neben einem "Info-Gutschein" auf die letzte Seite einzustempeln. Möglicherweise soll durch dieses Konzept neben dem Werbeeffect auch die Vernetzung rechtsextremistischer Parteien und Organisationen angeregt und gefördert werden. Die "hoppla!"-Erstaussgabe bietet tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen des Eigenverlages Manfred Rouhs gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, insbesondere gegen die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten. Zwar wird der Gedanke des Ethnopluralismus immer wieder derart dargestellt, daß dieser gerade besonders den Menschenrechten entspräche, es zeigt sich aber auch die wahre Konsequenz dieses Modells, die heißt: "Ausländer raus aus Deutschland". In "hoppla!" wird zudem versucht, rechtsextremistisches Gedankengut durch Verharmlosung von Nationalismus und Rassismus salonfähig zu machen; selbst Apologeten der Gewalt werden verharmlosend als "nonkonform" eingeordnet und damit für Jugendliche interessant gemacht.

2.2.1.3 Freiheit Wattenscheid

Gründung: 1990
Herausgeber und
Verantwortlich: Michael Frank, Bochum-Wattenscheid
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Auflage: ca. 10.000

Die Schrift "Freiheit Wattenscheid" ist als rechtsextremistisches, jedoch organisationunabhängiges Druckwerk bekannt. Sie wird seit 1992 durch den Verfassungsschutz beobachtet. Der Herausgeber Michael Frank kann in der Schrift seine politische Herkunft nicht verleugnen. So heißt es in einem Schreiben an die Redaktion der "SPD-Bürgerzeitung": *"Besonderes Ziel Ihrer billigen Polemik ist offenbar die Tatsache, daß der FW-Herausgeber vor 5 Jahren für kurze Zeit einmal NPD-Mitglied war. Der Grund war ganz einfach: Die NPD war die einzige Partei, die sich gegen die Zwangseingemeindung und gegen die Überfremdung unseres Landes ausgesprochen hatte."* (Freiheit Wattenscheid Nr. 16/1994, Seite 11)

Die in der gleichen Ausgabe auf Seite 8 veröffentlichte Wahlpropaganda lautet: *"Staubsaugervertreter verkaufen Staubsauger - Versicherungsvertreter verkaufen Versicherungen - Volksvertreter verkaufen... . Um damit Schluß zu machen, sollten wir den Bon(n)zen einen Denkkzettel verpassen, wie es der Rest von Europa schon lange macht: Volkstreue Parteien wählen oder gar nicht wählen. Bei den nächsten Wahlen bieten sich dafür an: Republikaner, NPD oder 'Bund freier Bürger'. Wer weiter*

*die Altparteien der Viererbande wählt, hat auch kein Recht mehr, sich zu beschwe-
ren!"*

Außerdem bietet die Publikation rechtsextremistischer Parteien und Organisationen die Möglichkeit, ihre rechtsextremistische Propaganda zu veröffentlichen, z. B. der NPD, den Schriften "Unabhängige Nachrichten" und "Nation - Das politische Magazin für Deutsche".

2.2.1.4 Junge Freiheit (JF)

Gründung: 1986
Herausgeber: Junge Freiheit Verlag GmbH & Co., Potsdam
Erscheinungsweise: wöchentlich
Auflage: zwischen 6.000 und 40.000

Die Junge Freiheit (JF) wurde 1986 als zweimonatlich erscheinende Zeitschrift von Schülern und Studenten gegründet und im Januar 1994 von zwischenzeitlich monatlichem auf wöchentliches Erscheinen umgestellt. Als Herausgeber und Verlag zeichnet die Junge Freiheit Verlag GmbH & Co. mit Sitz in Potsdam verantwortlich.

Angaben über die Auflagenhöhe im Jahr 1994 bewegten sich zwischen 6.000 und 40.000 bundesweit verbreiteten Exemplaren. Im Dezember 1994 wurde eine Abonentenzahl von 8.000 bekannt, die aber bisher nicht bestätigt werden kann.

Den Umzug von Verlag und Redaktion im Juli 1993 aus Freiburg i.Br. nach Potsdam kommentierte damals der JF-Chefredakteur: "Wir sind dem Rückruf in die Geschichte gefolgt."

Die JF beansprucht für sich, ein Forum für vielfältige Meinungen zu sein, sie sieht sich aber auch bewußt als Organ einer intellektuellen Bewegung, die das zu Beginn dieses Jahrhunderts gebündelte Gedankengut der "Konservativen Revolution" wiederbeleben will in einer als werte- und sinnentleert gesehenen Gesellschaft "mit dem Charme einer permanenten Verkaufsausstellung". Die Themen der Zeitung kreisen immer wieder um die Nation und ein diese bildendes ethnisch intaktes Volk.

Zu den Autoren der JF zählen sowohl ausgewiesene Rechtsextremisten als auch vereinzelt Mitglieder demokratischer, etablierter Parteien. Die Position des verantwortlichen Ressortleiters für Kultur der im Altersdurchschnitt verhältnismäßig jungen JF-Redaktion wurde im Herbst 1994 nach internen Auseinandersetzungen neu besetzt. Die Vermutung, daß dieser Wechsel das Signal für eine Mäßigung der in der JF vertretenen Inhalte bedeuten könnte, hat sich bisher nicht bestätigt.

Interne Auseinandersetzungen, die in diesem Falle jedoch möglicherweise finanzielle Angelegenheiten betrafen, waren ebenfalls Grund für das Ausscheiden eines der beiden alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer aus der Junge Freiheit Verlag GmbH & Co.

Tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen in der JF

Die durch den Verfassungsschutz NRW vorgenommene Auswertung der bisher erschienenen Ausgaben der JF, insbesondere des Jahres 1994, hat zahlreiche tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen ergeben. Konstant und auffällig ist die JF von Beiträgen durchsetzt, in denen die Verfasser für politische Standpunkte werben oder Forderungen erheben, die mit grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, insbesondere der Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten und dem Grundsatz

der Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber der Volksvertretung, nicht in Einklang stehen. Die nachfolgend wiedergegebenen Textstellen zeigen die Bandbreite der rechtsextremistischen Agitation in der JF:

Nationalistisch und rassistisch motivierte Fremdenfeindlichkeit / Bestrebungen gegen Gleichheitsgrundrechte - Mißachtung der Menschenwürde

In zahlreichen JF-Artikeln werden den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländern elementare Freiheits- und Gleichheitsgrundrechte abgesprochen. Den ideologischen Hintergrund für die propagierte Ungleichbehandlung von Angehörigen fremder Kulturen präsentiert ein Artikel in Ausgabe Nr. 38/1994: "*...die Natur, deren Teil auch die Menschenwelt ist, gliedert sich offenkundig nach Gradualität, Qualität, Funktionalität ...*" Vor allem Asylbewerber, aber auch schon lange hier lebende Ausländer, sind Ziel der nationalistisch motivierten, fremdenfeindlichen Propaganda. Beispielsweise wird in einem Artikel der Ausgabe Nr. 10/1994 versucht, die Entrechtung von Asylbewerbern zu rechtfertigen: "*So lange nur einige tausend Asylbewerber im Jahr nach Deutschland kamen, konnte man sich noch hehre moralische Grundsätze leisten. Wenn aber Hunderttausende ohne ein absehbares Ende in Deutschland Asyl beanspruchen, von denen niemand weiß, wo sie untergebracht werden sollen, muß die Politik auf diese veränderten Bedingungen reagieren.*"



In derselben JF-Ausgabe schreibt ein Redakteur, indem er den Anschlag auf die Moschee von Hebron in Beziehung zu den Brandmorden von Solingen setzt: *"Und doch liegt auf der Hand, daß beide Verbrechen - so verschieden sie in den Details und in ihrer Dimension auch sind - Gemeinsamkeiten aufweisen. Sie resultieren ... aus einer ins Kriminelle ausufernden ethnischen Konfliktsituation in einer national heterogenen Bevölkerung."* Nach einer Betrachtung der jeweiligen Bevölkerungsanteile von Ausländern in Israel und in der Bundesrepublik Deutschland kommt er zu dem Schluß: *"In beiden Staaten ist also die berühmte Zehn-Prozent-Marke überschritten, die die moderne Gesellschaftsbiologie als empirische Toleranzgrenze gegenüber ethnisch-religiösen Minderheiten betrachtet ... So sehr es zu bedauern ist, führt doch kein Weg*

an der Erkenntnis vorbei, daß Vielvölkergesellschaften immer auch Konfliktgesellschaften sind. Wer 'Multikulti' sagt, muß Hebron und Solingen mitdenken."

Antiparlamentarismus / Bestrebungen gegen die parlamentarische Demokratie
Zu den regelmäßigen JF-Autoren gehört ein in rechtsextremistischen Kreisen bekannter Rechtsanwalt, der in zahlreichen Artikeln gegen den Grundsatz der Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber der Volksvertretung und für die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie plädiert. Er behauptet, "*daß ein parlamentarisches System genau genommen eben keine Demokratie sein kann*", und fordert, "*einem vom Volk gewählten Bundespräsidenten die Verantwortung für Kanzler und Regierung und damit das allgemeine Wohl zu übertragen*" (Ausgabe Okt. 1992) und die Wahl der Richter der obersten Gerichte durch eine unter "*Rechtsaufsicht des Bundespräsidenten stehenden Kommission*" (Ausgabe Sept. 1993). Mit der Forderung nach Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk greift er geschickt basisdemokratische Ideen, die gerade anlässlich der Bundespräsidentenwahl 1994 in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert wurden, auf, erweitert diese aber um entscheidende Komponenten, die insgesamt mit hochrangigen Verfassungsgrundsätzen unvereinbar wären. Dem Parlament würden wesentliche Kompetenzen entzogen: "*Dem Parlament wäre die Bürde genommen, für eine 'stabile Regierung' geradestehen zu müssen, und ungeniert könnten sich hier die vielfältigsten Interessen, Parteien und Meinungen tummeln. Stabil regiert würde anderswo!*" (Ausgabe Nr. 6/1994). Die Analyse dieser Forderungen zeigt, daß man eine überaus starke Staatsführung durch den Bundespräsidenten und eine diesen umgebende Gruppe von Eliten anstrebt. Die Handlungsmöglichkeiten der Parteien, die nach Artikel 21 Grundgesetz bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken haben, sollen ganz erheblich eingeschränkt werden. Mangelnde Distanz zur NS-Herrschaft / Verharmlosung und Relativierung von NS-Verbrechen - Rechtfertigung des Nationalsozialismus

Tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen enthalten auch Texte, die von mangelnder Distanz zur NS-Herrschaft zeugen. Kennzeichnend dafür sind Versuche, die Verbrechen des NS-Regimes zu relativieren oder den Nationalsozialismus zu rechtfertigen. Ein Artikel der Doppelausgabe Nr. 30-31/1994, überschrieben mit "*VB als Beschäftigungsprogramm*", endet mit einem Zitat, das die Tendenz des gesamten Artikels treffend wieder gibt: "*Hitler hat die Lebenden enteignet, was deren spätere Ermordung nicht ausschloß. Doch vermochte er dies nur ein einziges Mal. Der Aufarbeitungsgewinnler hingegen kapitalisiert die Toten und kann dieses wirkliche Kunststück ad infinitum wiederholen.*" Abgesehen von der diffamierenden Wortwahl ("*Aufarbeitungsgewinnler*") stellt dieses Zitat die Aufklärung der schweren NS-Verbrechen als so verwerflich dar, daß die eigentlichen Verbrechen dagegen verblaßten.

Als "*Konkurrenzunternehmen zum Internationalsozialismus der KPdSU*" stellt ein Artikel in Ausgabe Nr. 39/1994 den "*nationalen Sozialismus der NSDAP*" dar, es habe "*in Deutschland keinen Faschismus*" gegeben. Man müsse die Frage stellen "*welche Alternative denn die Geschichte Deutschlands 1933 gehabt hätte, wenn nicht der Nationalsozialismus, sondern der Internationalsozialismus, nicht der Führer Hitler, sondern der Führer Stalin über den Komintern-Statthalter Thälmann die Macht ergriffen hätte?*". In Ausgabe Nr. 21/1994 wird behauptet: "*Die Dämonisierung des NS ist auch ein Werk der Medien*" und "*Das Dritte Reich war eine Schattenseite der Aufklärung*".
Strategische Aussagen / Strategische Forderungen

Die Publikation rechtsextremistischer Inhalte in der JF wird begleitet durch Artikel, die sich ausführlich mit strategischen Überlegungen befassen, wie die Inhalte vermittelt und durchgesetzt werden können. *"Gramscis Konzept kultureller Hegemonisierung - von den 68ern teilweise verwirklicht - spielt hier eine Rolle"* (Doppelausgabe Nr. 12-1/1992-1993).

Die Funktion der kulturellen Hegemonisierung als Strategie der Neuen Rechten wird in Ausgabe Nr. 34/1994 erläutert. Die Frage *"Was will die Neue Rechte?"* wird dort beantwortet: *"Sie will den Kampf um die kulturelle Macht aufnehmen ... In den fortgeschrittenen und differenzierten Gesellschaften des Westens ... ist die Struktur der Macht diffus. Sie konzentriert sich nicht auf das Regierungsgebäude, vielmehr ist sie in tausend Instanzen verteilt: in den Köpfen und Herzen der Beamten, Lehrer, Journalisten usw. Erst durch die Eroberung des kulturellen Überbaus, der die Mentalität und Wertewelt eines Volkes bestimmt, wird die Basis für den Angriff auf die eigentlich politische Sphäre geschaffen."*

JF-Leserkreise

Von besonderer Bedeutung für die Strategie der JF sind die "JF-Leserkreise", die unter verschiedenen Bezeichnungen auftreten und für die in der JF regelmäßig geworben wird. Neben der Hoffnung, über Leserkreise die Marktbasis stabilisieren zu können, schreibt die JF den Leserkreisen ausdrücklich auf die Fahnen, *"daß sie ihr konservatives Engagement nicht als Rückzugsgefecht der letzten Aufrechten verstehen, sondern als Teil einer Offensive, in deren Mittelpunkt das Projekt Junge Freiheit" stehen.*

Anschlag auf die JF-Druckerei

In der Nacht zum 4. Dezember 1994 wurde in Weimar/Thüringen ein Brandanschlag auf die Druckerei verübt, in der die JF hergestellt wurde. Dabei entstand ein Sachschaden von mehr als einer Million Deutsche Mark. Zu dem Anschlag bekannten sich "Revolutionäre Lesbenfrauengruppen und andere revolutionäre Gruppen".

Die JF antwortete in ihrer Ausgabe Nr. 50/1994 mit der Schlagzeile "Freiheit in Flammen" und einem Bericht über Repressalien von "Antifa"-Gruppen gegen Kioskpächter und Pressegrossisten, die die JF in ihrem Angebot führen.

2.2.1.5 Leitheft

Herausgeber: Eigenverlag Burg, Marl

Nach dem Impressum handelt es sich bei der unregelmäßig erscheinenden Schrift um einen "Rundbrief des Kameradenkreises der ehemaligen Waffen-SS zur Pflege der Kameradschaft, Abwehr von Geschichts- und Propagandalügen durch Aufklärung und Dokumentation".

Als Vorbild für den Druck und die Aufmachung der Druckschrift "Leitheft" dienen die während der Zeit des Zweiten Weltkrieges herausgegebenen Druckschriften mit dem Titel "SS-Leitheft". In der neonazistisch ausgerichteten Schrift wird die Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bestritten. Weiterhin lassen die abgedruckten Artikel eine Identifikation mit dem Rassismus des Nationalsozialismus erkennen.

2.2.1.6 Nation und Europa - Deutsche Rundschau

Gründung:	1951
Herausgeber:	Peter Dehoust, Harald Neubauer, Adolf von Thadden
Verlag:	Nation Europa Verlag GmbH

Sitz: Coburg
Erscheinungsweise: in der Regel monatlich
Auflage: 15.000 (geschätzt)

Die Zeitschrift "Nation und Europa - Deutsche Rundschau" ist ein Zusammenschluß der bis März 1994 erschienenen "Nation und Europa - Deutsche Monatshefte" mit der Zeitschrift "Deutsche Rundschau". Herausgeber und Redaktion betrachten den neuen Verbund als Beitrag zur "wirksamen Bündelung der demokratischen Rechten in Deutschland". Seit Januar 1992 zeichnen als Herausgeber von "Nation und Europa - Deutsche Monatshefte" bzw. seit April 1994 "Nation und Europa - Deutsche Rundschau" gemeinsam Peter Dehoust, Harald Neubauer (beide Mitglied der DLVH) und Adolf von Thadden verantwortlich.

Unter den ständigen Rubriken "Gewalt gegen Deutsche" und "Neues von der Überfremdungsfront" wird aggressive Fremdenfeindlichkeit propagiert: *"Nicht weil wir der Ansicht sind, daß Ausländer generell kriminell sind oder daß die Deutschen grundsätzlich besser sind als die anderen, sondern weil wir uns dagegen wehren, daß die ganze Welt Asoziale und Schmarotzer nach Deutschland schickt"* (Ausgabe Oktober 1994). In der Ausgabe vom Februar 1994 wurde unter der Überschrift "Asyl" das Gedicht "Armes Vaterland" abgedruckt. Mit dem Abdruck dieses Gedichts offenbart "Nation und Europa" den hetzerischen Kern einer nationalistisch motivierten Fremdenfeindlichkeit, der in den sonstigen Beiträgen dieser Zeitschrift hinter einem scheinbar gehobenen intellektuellen Niveau verborgen werden soll. Ein Strafverfahren wegen Volksverhetzung, das daraufhin gegen den Verleger und den verantwortlichen Redakteur eingeleitet wurde, ist noch nicht rechtskräftig abgeschlossen.



“Gedicht” aus Nation und Europa, Ausgabe 2/94, Seite 37

In "Nation und Europa" kommen regelmäßig Agitatoren der "Neuen Rechten" zu Wort. In Ausgabe Nr. 10/94 beispielsweise wird, um einem angeblich "zur drohenden Katastrophe anwachsenden demographischen Defizit" entgegenzuwirken, gefordert, "Leben und Zukunft des deutschen Volkes müssen durch eine langfristige, mit hoher Priorität ausgestattete Bevölkerungspolitik gesichert werden. ... Politik, Medien und Bildungssysteme" seien aufgerufen, "die Gefährdung der Gemeinschaft durch den Individualismus aufzudecken und die öffentliche Diskussion der erforderlichen Maßnahmen zur Bevölkerungspolitik anzuregen und in Gang zu halten". Es bleibt dabei offen, ob der Autor hier in verklausulierter Form eine staatliche Steuerung der Familienplanung anstrebt und die Existenz von Kindern hauptsächlich unter dem Gesichts-

punkt nationaler oder kollektiver Belange bewertet wissen will oder ob er den "Ausländer raus!" - Schreien des rechten Spektrums eine wohlklingende, nur dem Anschein nach intellektuelle Rechtfertigung liefern möchte.

Weiterhin werden antisemitische Äußerungen bzw. Rechtfertigungen der NS-Verbrechen verbreitet. Die vom "Nation Europa Verlag" produzierten Bücher sowie Erzeugnisse anderer rechtsextremistischer Verlage werden vom "Buchdienst Nation Europa" vertrieben und einmal jährlich in dem Prospekt "Büchersuchlicht" vorgestellt.

2.2.1.7 Staatsbriefe

Gründung: 1990
Herausgeber: Hans Dietrich Sander
Erscheinungsweise: monatlich

Bei den Staatsbriefen handelt es sich um eine rechtsextremistische Monatsschrift auf relativ hohem intellektuellen Niveau. Sie sind ein typisches Beispiel für die Publizistik des rechtsextremistischen Teils der Neuen Rechten.

Der Herausgeber der Staatsbriefe, Hans-Dietrich Sander, hängt der staufischen Reichsidee des Mittelalters an, die geprägt war von einer umfassenden zentralistischen Staatsordnung und der Hierarchie zwischen König und Fürstentümern. Sander will den Deutschen, der "zerschlagenen Nation", nach der Wiedervereinigung zu neuem Selbstbewußtsein verhelfen. Die Reichsidee ist - in verschiedenen Variationen - ein typisches Element rechtsextremistischer Teile der Neuen Rechten in Deutschland.

In den Staatsbriefen werden geschichtliche Bögen geschlagen, etwa vom "I. Reich" der Stauer über das "II. Reich" (Preußen) und "III. Reich" bis hin zu einer revolutionären Beseitigung der bestehenden Ordnung in einem "IV. Reich". Einerseits findet sich ein Abdruck der Biografie Kaiser Friedrichs II. von Ernst Kantorowicz, der seine jüdische Familie in den Nazi-KZs verloren hatte und der eine nationalistische Vereinnahmung seines Buches befürchtete, in den Staatsbriefen, andererseits publizierte dort noch vor wenigen Jahren ein Michael Kühnen seine Auffassungen von der Überwindung der Sinnkrise der modernen Menschheit durch das Dritte Reich.

Zielrichtung gegen individuelle Grundrechte, Parlamentarismus und Parteien

An antiliberaler, gegen die Parteiendemokratie gerichteter Polemik läßt es Hans-Dietrich Sander nicht vermissen. Zur Propagierung seiner kollektivistischen Vorstellungen mißbraucht er das gesellschaftliche Ziel der "inneren Einheit" Deutschlands, an der es schon der "BRD" gefehlt habe:

"Der geschlossene Parteienstaat, wie in der DDR ein Blocksystem, das keine echte Opposition zuließ, täuschte mit der Wohlstandsklammer lange darüber hinweg. Das gemeinsame Interesse an Besitzstandserhaltung und -mehrung lockerte sich in dem Maße, wie sich das Wohlstandsgefälle verstärkte. Die heimliche Gründerparole, 'Eigennutz geht vor Gemeinnutz', die vulgärste Umkehr des Dritten Reiches, die im Grundgesetz die Rechte des Individuums sorgsam ausbaute, den Rechten des Volkes keinen einzigen Artikel einräumte, entfesselte, in einigen Etappen geradezu stürmisch, ihre auflösenden Eigenschaften über alle rechtzeitigen Warnungen hinweg. ... Bonn hatte nie eine Instanz, die das Allgemeininteresse bestimmte und durchsetzte. Ein hervorstechendes Interesse am Gemeinwohl hält hingegen heute der Verfassungsschutz für verfassungswidriges Denken. Bonn ist wider alle Beteuerungen gar nicht fähig und garnicht willens, die fehlende Einheit zu stiften, die konse-

quenterweise innere, nicht nationale Einheit heißt. Bonn kann nur den Kampf aller gegen alle befördern." (Staatsbriefe 2/1994, 8 ff.)

Agitation gegen Bestand, Sicherheit und freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik

Plastisches Beispiel für die revolutionäre rechtsextremistische Ausrichtung der Autoren der Staatsbriefe sind die staatspolitischen Thesen von Reinhold Oberlercher, einem promovierten ehemaligen SDS-Aktivsten, der regelmäßig in den Staatsbriefen publiziert.

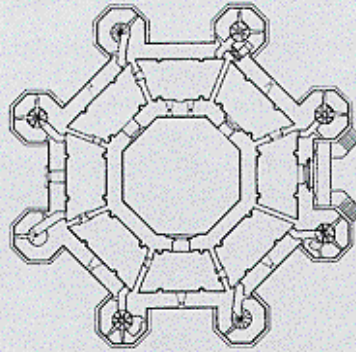
Oberlercher beschwört den nationalen Notstand, den er mit Hilfe von Notverordnungen überwinden will: *"Die Machtergreifung des nationalen Lagers in Deutschland wird zu einer Regierung des nationalen Notstands führen, die in kürzester Zeit das deutsche Volk von den größten Übeln zu befreien hat. Die Veröffentlichung des Regierungsprogramms dieser Notstandsregierung ist als Wortergreifung des nationalen Schattenkabinetts einer der Schritte zur Machtergreifung des nationalen Lagers. Die Notstandsregierung wird in den ersten 100 Tagen kraftvolle Maßnahmen ergreifen ..."* ("Entwurf eines Hundert-Tage-Programms der nationalen Notstandsregierung in Deutschland", Staatsbriefe 1/1993, 7 ff.).

Wie die "kraftvollen Maßnahmen" zur Erreichung der genannten Ziele aussehen könnten, bleibt - taktisch gewollt - im unklaren.

Ein populistisches Element, das hier beispielhaft herausgegriffen werden soll, zieht sich durch die gesamte Programmatik: die Fremdenfeindlichkeit. Artikel 2 ("Verschiedenheit der Völker") des Oberlercherschen "Reichsverfassungsentwurfs" (a.a.O.) lautet ethnopluralistisch verblüffend: *"Das Deutsche Volk anerkennt die Verschiedenheit aller Völker und Menschen. Es achtet das Recht eines jeden Volkes, die eigene Abstammung, Rasse und Sprache sowie seine eigenen Anschauungen über Religion, Politik und Wirtschaft zu bevorzugen und das Fremde zu benachteiligen. Es duldet keine Gleichmacherei."*

5. Jahrgang

B 10579 E
ISSN 0938-7951



7-8/94 Arcanum Reipublicae – Vorspiel
in einem Hinterhof – Boche in
Deutschland – Der Ferkelsegen – Kanzlerverfluchung –
Das große Wahltheater (4) – Eid und Verantwortung –
Stationen des deutschen Arbeiters (2) – Der bleibende
Anstoß – Lob der Rabbiner Teitelbaum und Hirsch
STAATSBRIEFE

Entsprechend findet sich im "100-Tageprogramm" eine Vielzahl von Punkten, die eine Problemlösung durch Ausschluß des Fremden suggerieren. Die Palette reicht vom "Beschäftigungsverbot für ausländische und volksfremde Arbeitskräfte" über das "Verbot des Straßentransits für ausländische PKWs und LKWs" bis hin zur "*Beschränkung des Fernsehens auf zwei nationale Programme (für deutsche Volkskultur und deutsche Hochkultur samt Wissenschaftspflege) und auf je ein Regionalprogramm für alle deutschen Stammeskulturen*". Ebenso wenig wird die Geltung universeller Menschenrechte anerkannt. In Artikel 3 des "Reichsverfassungsentwurfs" ist vom "*Menschenrecht jedes Einzelnen als Recht auf Rechtsfähigkeit*" die Rede, das das deutsche Volk achte.

Da sich das "nationale Lager" in Deutschland in existentiell bedrohter Lage befinde, schlägt Oberlercher eine dreistufige Notwehrinitiative vor: *"Notwehrgruppen des nationalen Lagers sind daher die erste und nötigste Stufe von Organisationen des nationalen Lagers insgesamt, wofür die Einbeziehung der spontan-nationalen Jugendgruppen aus der Schicht der Handarbeiter geboten ist. Als zweite Stufe der Organisation (sollen sich) lokale Notstandsgruppen ... auf den nationalen Notstand in ihrer jeweiligen Gemeinde vorbereiten und dabei möglichst alle jene Gemeindebeamten, Honoratioren und Vereine einbeziehen, die das auf uns zu kommende Notstandsszenarium schonungslos erkennen Als dritte und höchste Stufe der Organisation schlage ich ein reichsverschworenes Bündnis vor. Es soll nicht geheim, sondern politisch, aber auch nicht öffentlich, sondern staatsbürgerlich sein. Die reichsdeutsche Verschwörung im nationalen Lager soll offen-verdeckt arbeiten und das deutsche Volk in seiner Lageergriffenheit zum Reich hinführen."*

Neben der Notwehr-Initiative des "nationalen Lagers", die sich schon allenthalben bilde, sei jetzt der Aufbau von Ortsgruppen des Nationalen Notstands (NN-Gruppen) ins Auge zu fassen. *"Sie grenzen das Ortsübliche und Hergebrachte gegen das Exotische und Moderne ab. Unterschieden werden muß nicht nur der Deutsche vom Ausländer, sondern auch der Einheimische vom Ortsfremden und das Landeskind vom Landfremden. ... Die lokalen NN-Gruppen sollten unbedingt Zahl und Art der Arbeitsplätze erfassen und veröffentlichen, die in ihrer Gemeinde durch Beendigung der Ausländerbeschäftigung deutschen Arbeitslosen angeboten werden können. Gleiches gilt für freizustellenden Wohnraum Solche Tätigkeit sichert den NN-Gruppen die Zustimmung der deutschen Bevölkerung, macht sie zu einer politischen Leitungsalternative für eine Gemeindewehrverfassung aus Feuerwehr, Bürgerwehr, Fremdenwehr, Elendswehr, Wohnungsnotwehr, Schmutzwehr und Schundwehr. Das bloße Dasein regional und national vernetzter NN-Gruppen ... ist ein wirksames Drohpotential gegen das westextremistische Regierungs- und Mediensystem, gegen die Moderne und den Immigrationismus als herrschender Ideologie, denn es stärkt die Erhebungsbereitschaft der Deutschen."*

Nicht umsonst wird Oberlerchers Artikel von einem redaktionellen Kommentar begleitet: *"Um ängstlichen oder anzeigerischen Unkenrufen zuvorzukommen: Reinhold Oberlerchers Überlegungen zu Fragen der Organisation in den heraufziehenden Notständen sind nicht von einem subversiven Drall, sondern von einem aufbauenden Impetus durchdrungen. Sie wollen einem verlorenen System keine letzten Tritte verpassen, sondern Aufgaben des Schutzes und des Ordnen wahrnehmen, die es nicht mehr zu erfüllen vermag. Daß sich dabei ein ordnungspolitischer Neubau ergeben muß, versteht sich von selbst. ... Der aufmerksame Leser ist mit dem örtlichen Ansatz, der mitteldeutsche Erfahrungen verarbeitet, schon vertraut Er konnte auch hier und da in den Medien erfahren, wie gleichfalls in Westdeutschland zur Selbsthilfe gegriffen wird. Es werden Waffen gesammelt, als bereite sich das Volk auf eine Werwolfzeit vor. Um so willkommener muß nun allen Reinhold Oberlerchers Systematisierung dieser Ansätze als eine Hegung des wilden Treibens erscheinen."*

Neonazistische Wahlkampfunterstützung für die REP

Die Staatsbriefe boten auch dem Neonazi Worch, Funktionär der im Februar 1995 verbotenen Hamburger "Nationalen Liste" (NL) und Initiator der "Anti-Antifa-Kampagne", ein Forum: *"Wer wählt, verändert vielleicht nichts - wer nicht wählt, verändert noch viel weniger"* (Staatsbriefe 5/1994, Seite 23 f.). Verbunden mit Erörterun-

gen über Bedingungen der Überlegenheit des "Atavismus" über die "Dekadenz" analysiert er die Wahlchancen im "rechten Lager" und erläutert die Empfehlung der NL, die REP im Bundestagswahlkampf zu unterstützen.

Zur Begründung der REP-Wahlkampfunterstützung führt Worch an: *"Als Reaktion auf den Verfolgungsdruck - der Gruppen wie die NL und andere Gemeinschaften vorwiegend jüngerer Aktivisten ungleich viel schwerer trifft als beispielsweise die Leserschaft der Staatsbriefe - wollen wir den 'Entlastungsangriff', daß wenigstens ein paar halb-national eingestellte Abgeordnete in dieses Parlament kommen. ... Im Endeffekt wird die notwendige Veränderung an Einzelnen hängen, nicht an Gruppen oder Parteien. Am Charakter dieser Einzelnen, an ihrer Integrität, ihrer Selbstlosigkeit, ihrem Opfersinn. Dazu bedarf es erst einmal eines Rahmens. Die Ablehnung der herrschenden Verhältnisse und ihrer Verursacher bzw. Nutznießer allein reicht nicht aus. Der Rahmen muß organisatorischer oder organisationsähnlicher Natur sein, er muß formelle und legalistische Möglichkeiten bieten, und er darf als Vehikel zum Ziel auch Privilegien nicht grundsätzlich verachten. Uns kann man die Möglichkeit nehmen, untereinander oder gar mit breiten Massen zu kommunizieren. Da denkt ein Innenstaatssekretär Spranger schon nach, ob man 'Rechtsradikalen nicht die höhere Ebene der Kommunikation gesetzlich verbieten kann'. Also im Klartext: Wer zu recht oder unrecht - dieses Etikett 'rechtsradikal' trägt, darf dann vielleicht keine Mobil-Telefone mehr benutzen, keine Telefax-Geräte, geschweige denn Computer-Mailboxen oder dergleichen. ... Die physische Liquidierung einer kritischen (weil rechten) Intelligenz könnte im 21. Jahrhundert so in Mode kommen, wie sie es in den abenteuerlichen ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts an manchen Orten war. Man kann diese Schraube endlos weit imaginieren. Wir wären also gut beraten, Freiräume zu schaffen, in denen sie entweder nicht oder nur bedingt greift."*

2.2.1.8 "Wehr' Dich"

Gründung: 1983
Herausgeber: Berthold Dinter, im Eigenverlag, Rheda-Wiedenbrück
Erscheinungsweise: monatlich
Auflage: ca. 1.000

In der Publikation "Wehr' Dich!" wird regelmäßig neonazistisches Gedankengut verbreitet. Ihre eigentliche Bedeutung liegt jedoch in der Berichterstattung über die Vorbereitung und Durchführung der jährlich stattfindenden Demonstrationen von Rechtsextremisten zum Gedenken an den Tod von Rudolf Heß.

2.2.2 Verlage und Vertriebe

2.2.2.1 Donner Versand

Sitz: Lüdenscheid
Inhaber: Zwei ehemalige Mitglieder der 1992 verbotenen "Nationalistischen Front" (NF)
Rechtsform: Gesellschaft bürgerlichen Rechts
Der Versand bietet in Katalogen "nationale" Aufnäher, Anstecker, T-Shirts, Tonträger, Fahnen, Aufkleber, Bücher usw. mit teilweise rechtsextremistischem Bezug an.

2.2.2.2 Landwehr-Verlag

Sitz: Schalksmühle
Inhaber: Ein ehemaliges Mitglied der 1992 verbotenen "Nationalistischen Front" (NF)

Der Verlag bietet in Katalogen rechtsextremistisches Propagandamaterial in Form von Aufklebern, Flugblättern und Spukis an und gibt monatlich einen Pressedienst heraus.

2.2.2.3 Verlag und Versandhandel Meinolf Schönborn

Sitz: Detmold-Pivitsheide
Inhaber: Meinolf Schönborn, ehemaliger Vorsitzender der 1992 verbotenen "Nationalistischen Front" (NF)

Meinolf Schönborn betreibt seit dem Verbot der NF einen Versandhandel mit Büchern, CD's, T'Shirts, Aufnähern und anderen rechtsextremistischen Propagandamitteln sowie mit Modellbausätzen und Modellen deutscher Waffen des Zweiten Weltkriegs. Der Versand nannte sich auch zeitweise "Klartext-Verlag" und "Deutscher Spielwarenversand" (DSV). Am 30. Juni 1994 erhob die Staatsanwaltschaft Dortmund Anklage gegen Schönborn u.a. wegen Verdachts des Vergehens nach § 20 Vereinsgesetz.

2.2.3 Mailboxen

In Mailboxen werden Texte, Bilder etc. strukturiert auf einem Personal-Computer (PC) gespeichert. Die Strukturierung in sogenannten "Bretter" (oder Areas) erfolgt durch eine spezielle Mailboxensoftware. Der Betreiber (System-Operator "SysOp") der Mailbox schließt die Box über ein Modem an einen gewöhnlichen Telefonanschluß und ist über das Telefonnetz für die Benutzer (User) und Gast-User, die ebenfalls über PC, Modem und Terminalsoftware verfügen müssen, grundsätzlich rund um die Uhr erreichbar.

Neben dem für alle Anrufer offenen Gastbereich der Mailboxen vergibt der SysOp abgestuft nach von ihm bestimmbar Kriterien Zugangsberechtigungen, auf Grund derer der jeweilige User Zugang zu einzelnen Brettern hat, in die er auch selbst - sofern dazu berechtigt - Informationen einstellen kann. Außerdem hat jeder User in der Regel noch ein persönliches "Postfach", in das nur für ihn bestimmte und von ihm abrufbare persönliche Nachrichten eingestellt werden können. Auf diese Weise können auch einzelne User miteinander abgeschottet kommunizieren, wobei der SysOp allerdings mitlesen kann.

Thule-Netz

Derzeit stellt das organisationsübergreifend angelegte Thule-Netz das einzige funktionierende und auch in der Öffentlichkeit bekannte Mailboxnetz im rechtsextremistischen Bereich dar.

Das Thule-Netz verfügt über Bretter/Brettbereiche, die originär für Nachrichten über und von rechtsextremistischen Organisationen vorgesehen sind. Diese "Organisationsbretter" wurden nicht von den jeweiligen Organisationen beantragt bzw. eingerichtet und werden bislang - soweit bekannt - auch nicht von den Organisationen selbst bestückt. Allerdings sind - wie z. B. bei dem NPD-Brett - Personen eingebunden, die eindeutig der Organisation zugehörig sind.

Die eingestellten Informationen entstammen - soweit es sich um längere Artikel/Texte handelt - zum großen Teil aus Publikationen rechtsextremistischer Organisationen.

Folgende "Organisationsbretter" bestehen derzeit:

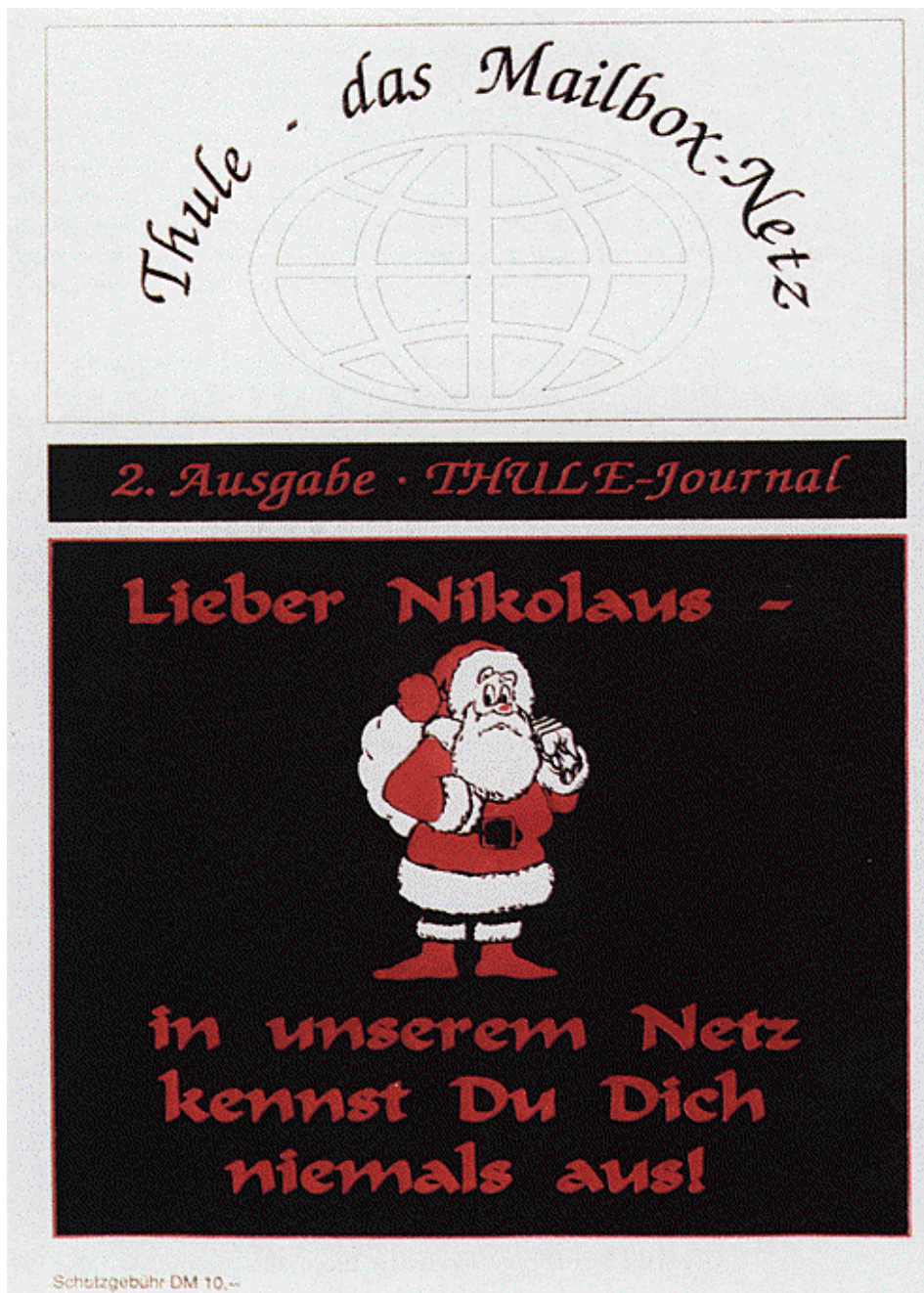
- Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH),
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD),
- Deutsche Volksunion (DVU),
- Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP),
- Nationale Liste (NL),
- Die Republikaner (REP),
- Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG).

Die Motivation der Betreiber zur Errichtung des Netzes wird in einem Zitat in dem von ihnen verbreiteten "Thule-Journal" deutlich:

"Wenn man die Öffentlichkeitsarbeit im 'rechten Lager' betrachtet, so stellt man immer wieder fest, daß zwar hervorragende Publikationen und Periodika existieren, aber damit kaum Personen außerhalb unseres 'Ghettos' erreicht werden.

Mit dem Thule-Netz soll der Ausbruch aus dieser verfahrenen Situation gewagt werden! Mit den Mailboxen des Thule-Netzes wollen wir eine Gegenöffentlichkeit schaffen - politisch, national. In den Mailboxen des Thule-Netzes stehen Texte und Informationen zu Themen wie: Anti-Antifa, Europäischer Nationalismus, Gesellschaft, Jugendzeitungen, Kultur, Medien, Organisation, Konservative Revolution, Recht, Zeitgeschichte und vielen anderen Bereichen mehr. Über das Netz lassen sich nationale Aktivisten und Pressedienste, Verlage und Parteien erreichen.

In tiefer Sorge um die Zukunft Europas haben sich beherzte Europäer in einem Netzwerk zusammengefunden. Im Rahmen des Thule-Netzwerkes wollen wir die Bewußtwerdung der persönlichen und gesellschaftlichen Identität anregen, um auf der Grundlage des volklichen Pluralismus zu einer Neufestigung der europäischen Werte zu gelangen, deren Behauptung, Festigung und Ausbreitung die Voraussetzung für das Überleben unserer abendländischen Kultur ist. Thule-Netz ist das Gebot der Stunde".



Zum Begriff "Thule" führen die Betreiber im "Thule-Journal" u. a. folgendes aus: "Der Name wurde in Anlehnung an das Thule-Seminar gewählt. Wir fühlen uns den Ideen der sog. Neuen Rechten ... verbunden. Wir verwenden die Bezeichnung 'Neue Rechte' nur sehr ungern, da wir in einen politischen Bruch leben: der alte Streit zwischen 'rechts' und 'links', die soziale Frage betreffend, verliert Kraft. Die offiziellen Rechten und Linken begeben sich zunehmend in eine ideologische Umarmung, der die politische auf den Fuß folgt: sie haben Gemeinsamkeiten entdeckt, was den Fortbestand der sogenannten westlichen Zivilisation betrifft, und zwar vor allem in den Bereichen ihrer machstrukturellen, besonders ihrer egalitären, ökonomistischen und universalistischen 'Werte'."

Das in Kassel ansässige Thule-Seminar ist eine 1980 gegründete Vereinigung, deren Vorsitzender der Franzose Pierre Krebs ist. Es steht in der Tradition der von Alain de Benoist vertretenen Kultur- und systemphilosophischen Ideen der "nouvelle droite" (Neue Rechte).

Die rechtsextremistischen Mailboxen und deren Betreiber stoßen zunehmend auf Widerstand. Dieser geht größtenteils von Betreibern "linker" Mailboxen aus, die in Netzen wie "ComLink" (CL-Netz) oder dem "Z-Netz", aber auch im "FIDO-Netz" untereinander kommunizieren und dort zum Teil Bretter zur Thematik "Antifa" betreiben. Hier werden die Aktivitäten gegen die rechtsextremistischen Mailboxen und die dahinter stehenden Personen als Teil des "antifaschistischen Kampfes" gesehen.

Ablehnung erfahren die Rechtsextremisten jedoch auch häufig von "normalen" Angehörigen der Mailboxszene. Diese wehren sich gegen den Mißbrauch der Datenfernübertragung für politische Zwecke durch Extremisten.

Die Betreiber der Thule-Mailboxen versuchen ihrerseits nicht nur ihre Systeme vor Ausforschungs- und Behinderungsaktionen zu schützen, sondern entwickeln zum Teil auch Aktivitäten gegen Boxen politischer Gegner und deren Betreiber. Dabei bedienen sie sich - oftmals als Reaktion auf Angriffe politischer Gegner - der gleichen Vorgehensweise wie diese.

In Nordrhein-Westfalen sind folgende mit dem Thule-Netz verbundene Mailboxen bekannt:

- Germania, Bonn
- Wolf-Box, Krefeld
- Deutscher Mailbox Service DMS, Essen

Gegen die Betreiber der Mailbox in Essen wurden am 22. Oktober 1993 Exekutivmaßnahmen durchgeführt. Die Polizei beschlagnahmte im Auftrag der Staatsanwaltschaft Essen die Mailbox DMS. Grund des Ermittlungsverfahrens war das Betreiben der Box über ein nicht von der Post zugelassenes Modem sowie die rechtsextremistischen Inhalte der Mailbox (Verdacht der Volksverhetzung etc.).

Ausblick 1995

Die Einrichtung von Mailboxen durch Rechtsextremisten hat sich bisher - im Gegensatz zu den Mailboxen im linksextremistischen Bereich - nicht so entwickelt, wie es zu vermuten war. Ein nennenswerter Ausbau rechtsextremistischer Mailboxen dürfte auch künftig nicht zu erwarten sein.

Für die Verfassungsschutzbehörden wird von besonderem Interesse sein, in welchem Maße Mailboxen in Zukunft konspirativ und zur Planung von Aktionen eingesetzt werden. Allerdings könnte zum Beispiel der ständige Preisverfall bei PC und Modems sowie die Einführung neuer graphischer Benutzeroberflächen mit stark vereinfachter Bedienung die Akzeptanz und damit auch die Verbreitung bei Rechtsextremisten weiter steigern. Die vereinfachte Bedienung dürfte zur Folge haben, daß die Zahl der User weiterhin, wenn auch nicht dramatisch, ansteigen wird.

2.2.4 Nationale Infotelefone (NIT)

Rechtsextremisten bedienen sich der NIT, bei denen es sich technisch um Anrufbeantworter handelt, als preiswerte und problemlose Multiplikatoren ihres Gedankengutes. Die NIT-Betreiber sind sich bewußt, daß der politische Gegner - womit sowohl das "linke Spektrum" wie auch Behörden gemeint sind - die Informationen ebenfalls mit sehr geringem Aufwand abrufen kann.

Die Themenpalette der abrufbaren rechtsextremistischen Informationen erstreckt sich von Veranstaltungshinweisen und Hinweisen auf rechtsextremistische Verlage und Publikationen über aktuelle politische, gesellschaftliche und kulturelle Themen bis hin zu Ankündigungen von Aktionen der linksextremistischen Szene.

Auch das Wahljahr 1994 fand in den Ansagetexten immer wieder Berücksichtigung. So wurde zur Leistung von Unterstützerunterschriften für die FAP bei der Europawahl aufgerufen und über die Initiative Worchs zur Unterstützung der REP bei der Bundestagswahl berichtet.

Weitere Themengebiete sind die Berichterstattung über behördliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten wie Hausdurchsuchungen und Demonstrationsverbote sowie als Gegensatz hierzu die aus Sicht der Betreiber unverständliche Großzügigkeit der Behörden gegenüber "linksgerichteten" und ausländischen Demonstranten.

Die Betreiber der NIT sind bemüht, die Ansagetexte so zu formulieren, daß die rechts extremistische Grundeinstellung zwar klar erkennbar ist, jedoch möglichst keine Angriffsfläche für eine strafrechtliche Verfolgung gegeben wird. Als stilistische Hilfsmittel werden oftmals Ironie und Zynismus verwandt.

In Nordrhein-Westfalen besteht das NIT Rheinland. Inhaber des Anschlusses ist ein Aktivist der inzwischen verbotenen FAP. Der Anschluß wurde bereits seit Anfang 1994 als eine Art "Auskunftstelefon" der FAP mit örtlichen Bezügen genutzt. Das NIT Rheinland hat sich nach eigenen Angaben zur Aufgabe gemacht, "Infos über die nationalen Zusammenhänge" zu bringen sowie "primär über das Geschehen in NRW zu berichten. Auch der Bereich Anti-Antifa soll stark repräsentiert werden."

Darüber hinaus existieren in der Bundesrepublik Deutschland folgende weitere NIT:

- NIT Hamburg
- NIT Schleswig-Holstein
- NIT Schwaben
- NIT Berlin
- NIT Franken

Die REP betreiben in mehreren Ländern, nicht aber in Nordrhein-Westfalen, Infotelefone.

3 Linksextremismus und -terrorismus

3.1 Linksextremistischer Terrorismus

3.1.1 Antiimperialistische Zelle (AIZ)

Die Antiimperialistische Zelle (AIZ), die sich früher "Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah" (AIWZ) nannte, trat 1994 mit zwei Sprengstoffanschlägen erneut in Erscheinung. Am 22. Januar 1995 erfolgte ein weiterer Sprengstoffanschlag der AIZ.

AIZ-Anschlag gegen CDU-Kreisgeschäftsstelle Düsseldorf

Der erste Sprengstoffanschlag richtete sich in der Nacht zum 5. Juni 1994 gegen die Kreisgeschäftsstelle der CDU in Düsseldorf. Es entstand Sachschaden von etwa 30.000 DM; Personen wurden nicht verletzt. Am Tatort hinterließen die unbekanntes Täter eine siebenseitige in Kleinschrift gehaltene Erklärung ohne Gruppenbezeichnung. Textidentische, in Düsseldorf zur Post gegebene Erklärungen mit fingiertem Absender gingen am 6. Juni 1994 bei der Bundesgeschäftsstelle der CDU in Bonn, bei zwei Tageszeitungen sowie bei der Deutschen Presse-Agentur in Frankfurt/M. ein.

Am Anfang ihrer Erklärung weisen die Täter auf den Bezug ihrer Tat zur Europawahl am 12. Juni 1994 hin. Außerdem erklären sie, sie wollten "mit dieser Aktion zu einer offensiven Auseinandersetzung mit der CDU und der von dieser Partei vertretenen Politik beitragen." Der von der CDU geführte "BRD- Staat" sei "Kriegspartei", die Bundesrepublik "Bestandteil der imperialistischen Staatenketten". Der "Krieg" der Türkei gegen "Militante" des kurdischen Befreiungskampfes und "die Repression hier" seien "aufs engste verbunden". "Die Großkonzerne, die das BRD-Rückgrat" bildeten, setzten natürlich nicht allein auf eine Partei, sondern finanzierten "die Parteipolitik von CDU/CSU/FDP/SPD, die im wesentlichen ununterscheidbar" sei.

Die CDU wird als "deutschnationale Partei des BRD- Imperialismus der 90er Jahre" angeprangert. Die Erklärung mündet in die Aufforderung: "Die CDU dort angreifen, wo die Partei ihre dezentralen Operationsbasen hat: in den Orts- und Kreisverbänden!..." Sie schließt mit der Parole: "Wir haben nichts zu verlieren. Zusammen kämpfen!".

Die Bestätigung für die Annahme, daß es sich um eine Aktion der bisher unter dem Namen Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah bekannt gewordenen terroristischen Vereinigung handele, ergab sich einen Monat später.

Am 11. Juli 1994 gingen bei verschiedenen Nachrichtenagenturen und Zeitungsredaktionen textidentische, auf den 8. Juli datierte neunseitige Erklärungen der AIZ ein. Sie wendet sich darin an alle, "die hier eine organisierte Fundamentalopposition aufbauen wollen". Sie übernimmt ausdrücklich die Verantwortung für den Sprengstoffanschlag auf die CDU-Kreisgeschäftsstelle in Düsseldorf mit den Worten: "Wir haben jetzt in der Nacht 4./5.6.94 (eine Woche vor der "Europawahl") den CDU-Stützpunkt in Düsseldorf mit Sprengsätzen angegriffen ...". Außerdem heißt es, man wolle "hier in der BRD zur Entwicklung einer antiimperialistischen Politik beitragen, die vor dem Hintergrund des internationalen Kriegsverhältnisses zwischen dem Imperialismus und den Weltmassen zur militanten/bewaffneten Praxis kommt". Anknüpfend an die 22jährige Inhaftierung des RAF-Mitglieds Irmgard Möller beschäftigen sich die unbekanntes Verfasser intensiv und ausführlich mit den Schriften der RAF. Ihre Kritik rich-

tet sich dagegen, daß die RAF ihre Interventionen als "ein Moment des Zurückdrängens und nicht als weitere Strategie bestimmen will (August 92), d.h. bewußt auf die strategischen Ansätze imperialistischer Politik verzichtet". "Inhaltliche Diskussionen, Organisationsversuche, militante/bewaffnete Aktionen" - so die AIZ - alles das müßten "Bestandteile des jetzt notwendigen Klärungsprozesses" sein, in dem die unbestreitbaren inhaltlichen Differenzen diskutiert werden. Die AIZ kündigt erneut an, "in der BRD mit militanten/bewaffneten Aktionen zu intervenieren".

Die "Szene" reagierte unterschiedlich. So fanden sich Abdrucke der Taterklärung

- in der bundesweit verbreiteten Berliner Autonomen-Schrift Interim Nr. 290 vom 9. Juni 1994,
- in der regionalen Autonomen-Schrift Ruhrgebietsinfo von Juli/August 1994, in der Kölner autonomen Szeneschrift Agitare Bene Nr. 71 vom Juli 1994 sowie
- auszugsweise in der Ausgabe Juli/August 1994 der zum Kreis der teilweise linksextremistisch beeinflussten Alternativpresse gehörenden "Stadtzeitung Terz in Düsseldorf", dort unter dem Stichwort "Dokumentation".

In der genannten "Terz"-Ausgabe wird der Anschlag nicht nur dokumentiert, sondern in ebenfalls abgedruckten "Bemerkungen", deren unbekannte Verfasser offensichtlich dem regionalen linksextremistischen autonomen antifaschistischen Spektrum angehören, als "menschengefährdend" und "politisch völlig kontraproduktiv" heftig kritisiert. Die "Antifa-Bewegung" werde dadurch in den "Zwiespalt von Deckung und Distanzierung gebracht und zugleich zum Ziel der Repression".

Im Gegensatz dazu erklärte eine dem regionalen, vermutlich autonomen antifaschistischen Spektrum des Raumes Bonn angehörende "Gruppe Jupp Messinger" in ihrer Erklärung zu einer von dieser Gruppe in der Nacht zum 29. Juni 1994 begangenen Sachbeschädigung (Einwerfen einer Fensterscheibe) an der Geschäftsstelle des Kreisverbandes der CDU in Bonn, sie unterstütze die Forderung der "GenossInnen in Düsseldorf" nach "einer offensiven Auseinandersetzung mit der CDU und der von dieser Partei vertretenen Politik".

AIZ-Anschlag gegen FDP in Bremen

Der zweite - allerdings mißlungene - Anschlag ereignete sich im September 1994 in Bremen. Am Morgen des 26. September 1994 wurde ein am Eingangsbereich des Gebäudes des FDP-Landesverbandes in Bremen abgelegter Sprengsatz entdeckt, der nicht gezündet hatte. Als die Polizei diesen Sprengsatz später zur Explosion brachte, entstand Sachschaden. Am Tatort befand sich eine siebenseitige Taterklärung, wie bei dem Anschlag in Düsseldorf ohne Gruppenbezeichnung.

Die ersten drei Seiten befassen sich mit der Rolle der FDP auf Bundesebene, während die letzten vier Seiten die Beiträge der FDP zur Politik der Bremer Landesregierung thematisieren. Zu Anfang ihres Papiers erklären die unbekanntenen Täter, sie hätten diese Aktion bewußt "hier in Bremen" durchgeführt: *"Zwei Wochen vor der Bundestagswahl am 16.10.1994, bei der die herrschenden Parteien*

CSU/CDU/FDP/GRÜNE/SPD ihre BRD- Staatspolitik legitimieren lassen wollen, wird hier die offizielle nationalistische 'einheitsfeier' (1. bis 3.10.) stattfinden". Antimperialistische Fundamentalopposition gegen den BRD-Staat werde sich u.a. in der militanten Auseinandersetzung mit der von den herrschenden Parteien vertretenen Politik ausdrücken. Die FDP lebe davon, daß sie ihre Klientel als Regierungspartei bediene. Mittelbar sei die FDP verantwortlich für die Gestaltung der Außenpolitik der BRD als imperialistischer Großmacht. Das Ziel der Politik des Bundesministers für Wirtschaft

sei ein entfesselter Kapitalismus; während das Bundesministerium der Justiz die politische Verantwortung dafür trage, "daß die Gefangenen aus der Roten Armee Fraktion als Staatsgeiseln in den BRD-Knästen festgehalten werden". Im Bereich der Landespolitik in Bremen prangern die unbekanntes Verfasser insbesondere die Politik gegenüber Asylbewerbern und Flüchtlingen ab 1991 an. Die FDP sei für eine Politik der sozialen Polarisierung verantwortlich, die in keinem der alten Länder so ausgeprägt sei wie in Bremen. Neben verschiedenen Solidaritätsadressen, u.a. an das "Kollektiv der zwölf Gefangenen aus der Roten Armee Fraktion" ruft die AIZ dazu auf, am 3. Oktober 1994 gegen die Vereinigungsfeierlichkeiten sowie am 16. Oktober 1994 gegen die Bundestagswahl "zusammen" zu "intervenieren".

Am 7. November 1994 ging bei verschiedenen Nachrichtenagenturen und Zeitungsredaktionen eine Erklärung der AIZ von Anfang November 1994 ein. In dieser vierseitigen und als authentisch anzusehenden Erklärung bekennt sich die AIZ zu dem versuchten Sprengstoffanschlag vom 26. September 1994 auf die Geschäftsstelle der FDP in Bremen. Die unbekanntes Verfasser behaupten, an frühere Erklärungen anknüpfend, erneut, die Bundesrepublik sehe sich auf "dem Sprung zur Weltmacht" und wolle gemeinsam mit Frankreich den Mittelpunkt eines "forciert integrierten Kerneuropa" bilden. Opfer dieser europäischen "Formierung" seien insbesondere die Migranten. Das Ergebnis der Bundestagswahl bestätige, daß die Bundesrepublik von einer "Allparteienkoalition" regiert werde. Sie betonen, daß antagonistische linke Politik nur als "außerparlamentarische Widerstandspolitik" möglich sei. Der Wahlerfolg der PDS dürfe nicht zu der Hoffnung verleiten, es gebe Handlungsspielräume für Systemänderung ohne Bruch mit dem System. Die Verantwortung "militanter Widerstandspolitik" liege auf der Hand. Auf den europäischen Rahmen bezogen bedeute diese " ... kontinuierliche inhaltliche Arbeit bezüglich der EU-Politik" als Basis für einen erfolgreichen "Widerstand". Es könne nicht darum gehen, "reformerische Forderungen an die Institution der EU zu richten". Entscheidend sei der "eigene Widerstand". Die Erklärung endet mit der Drohung: "Unsere Politik wird dahingehend orientiert sein, dort militant/bewaffnet anzugreifen, wo die BRD-Eliten ihre Arbeitsplätze bzw. ihre Wohnsitze haben".

Resonanz auf AIZ-Anschläge bei militanten Autonomen

Als Resonanzaktion auf beide AIZ-Anschläge kann ein Brandanschlag gewertet werden, den unbekanntes Täter am frühen Morgen des 25. September 1994 auf die Kreisgeschäftsstelle der CDU in Siegburg verübten. Dabei entstand ein Sachschaden von etwa 500.000 DM; Personen wurden nicht verletzt. Am 27. September 1994 gingen bei den Redaktionen zweier Bonner Zeitungen gleichlautende in Duisburg zur Post gegebene Taterklärungen zu diesem Anschlag ein. Darin erklären die unbekanntes Täter - die wahrscheinlich dem militanten linksextremistischen Spektrum entstammen -, sie hätten in der Nacht zum 25. September die heiße Phase des Wahlkampfes eröffnet und mit einem Brandsatz dem Büro des CDU-Kreis- und Bezirksverbandes Rhein-Sieg "kräftig eingeheizt". Mit ihrer Aktion wollten sie "in einen Wahlkampf eingreifen, der wie eh und je rassistisch ist." Man dürfe die Regierung abwählen, aber nicht die bestehende Ordnung. So oder so werde der Standort Deutschland gewählt. Daneben wenden sich die unbekanntes Verfasser gegen die Kürzung von Sozialgeldern, wobei sie sich insbesondere auf Bonn beziehen, und prangern die dort "grassierende Wohnungsnot" an. Derartige Zustände dürften nicht länger ertragen werden. Mit der CDU habe man die Fraktion angegriffen, welche die reaktionäre Ent-

wicklung in Deutschland am stärksten vorantreibe. Die Erklärung endet - anstelle einer Gruppenbezeichnung - mit dem Namen Barbara Kistler (die schweizer Staatsangehörige Barbara Kistler (geb. 1955) kam Anfang Februar 1993 bei einem Feuergefecht in der Türkei (kurdische Siedlungsgebiete) ums Leben. Auch deutsche Szenepublikationen veröffentlichten "Nachrufe". Darin heißt es u.a., Barbara Kistler habe ihre persönliche Bestimmung darin gesehen, ihren Beitrag für die kommunistische Weltrevolution in der Türkei/Kurdistan zu leisten; wörtlich: *"Ihre aktive Solidarität mit den politischen Gefangenen in Westeuropa, insbesondere aus der RAF, bildete einen weiteren Schwerpunkt ihrer politischen Aktivitäten. Seit den ersten Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF kämpfte sie für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen. Bis zu ihrer Entscheidung, den Kampf in der Türkei/Kurdistan weiterzuführen, hat sie während langer Jahre Rolf Klemens Wagner im Knast besucht"* (aus: Interim Nr. 229 vom 25. Februar 1993).



Zerstörte CDU-Geschäftsstelle nach dem Sprengstoffanschlag
am 25. September 1994

Neuer AIZ-Anschlag am 22. Januar 1995

Am 22. Januar 1995 explodierte eine Rohrbombe im Eingangsbereich des Wohnhauses des ehemaligen Bundestagsabgeordneten der CDU Dr. Volkmar Köhler in Wolfsburg. Dabei entstand Sachschaden; Personen wurden nicht verletzt. Ein weiterer in der Nähe des Hauses deponierter Sprengsatz detonierte nicht. Am Tatort wurde eine 6seitige Taterklärung ohne Gruppenbezeichnung aufgefunden. In dieser Taterklärung befassen sich die unbekanntes Täter sehr ausführlich mit dem ehemaligen Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und jetzigen Vorsitzenden der deutsch-marokkanischen Gesellschaft Dr. Köhler. Danach habe Dr. Köhler 1982 mit seiner Ernennung zum parlamentarischen Staatssekretär beim BMZ "dann endlich die Möglichkeit" bekommen, "im internationalen Maßstab für die

Interessen des BRD-Imperialismus tätig zu werden". Mit dem Hinweis auf den Vorsitz Dr. Köhlers in der deutsch-marokkanischen Gesellschaft wird inhaltlich der Bogen geschlagen zu einer verzerrenden Darstellung der europäischen, insbesondere der deutschen, Wirtschaftspolitik gegenüber den Staaten des "Mittelmeerraumes", hier insbesondere des "Trikontstaates" Marokko.

Die Erklärung endet mit der Ankündigung: *"Weil die BRD-Eliten im Interesse der Wohlstandsfestung Westeuropa und BRD als EU- Neutralmacht, mit Hilfe von Hassans Clique unsere marokkanischen/sahrauischen Schwestern und Brüder unterdrücken - auch deshalb werden autonome Antiimperialist/inn/en Sprengsätze dorthin bringen, wo die BRD-Eliten wohnen/arbeiten"* sowie einem RAF-Zitat von 1972.

In einer auf den 13. Februar 1995 datierten und am gleichen Tag in Köln aufgegebenen 6seitigen Erklärung bekennt sich die AIZ ausdrücklich zu dem Sprengstoffanschlag am 22. Januar 1995 in Wolfsburg. Am Ende dieser Erklärung stellt sie drohend fest: *"Es ist von uns bewußt gesetzt, daß zur Erzeugung von politischem Druck an den Orten, an denen wir Aktionen durchführen, räumlich und zeitlich begrenzt eine potentiell tödliche Bedrohung entsteht"*.

AIZ-Erklärung von "Anfang November 94"

"die - grauenhafte - entdeckung war, daß wir alles wußten + es nicht machten, so die spirale nach unten lief: jeder einzelne, die gruppe, "stammheim" ne institution, guerilla, illegalität apologie. dann hier, einfach zu erfahren wie bescheuert, dreckig und gemein es ist und daß die einfachheit (als die eine seite) darin liegt, sich wiederzuerkennen als fighter, wie es war, was man von sich weiß, unsre methode, das niveau - um durch zig schichten durchzukommen zum "wir": der realität als fight - und sicher nicht als soll-und-haben-bilanz,..."

(ingrid schubert, gefangene aus der roten armee fraktion, 21.11.76)

seit dem 22.04.92 kämpfen wir für einen militanten antiimperialistischen aufbruch des widerstandes in der brd. wir wollen dazu beitragen, daß sich der militante widerstand, ausgehend von den politischen inhalten der militanten/bewaffneten aktionen der roten armee fraktion (14.5.70-1.4.91), in der brd weiterentwickelt. wir verstehen militanten widerstand nicht als eine angelegenheit von wenigen, sondern als sache von allen, die ihre herzen und hirne nicht in einen knast von resignation, entpolitisierung und apathie eingesperrt haben.

in bremen wurde ende september/anfang oktober deutlich, wie trotz generalpräventiver maßnahmen des brd-staates von unterschiedlichsten genoss/inn/en antinationaler widerstand aus einer position der schwäche heraus militant artikuliert werden kann. die 'politik der nadelstiche' des militanten widerstands, von der innensenator nispfen (fdp) gesprochen hat, war für die selbstdarstellung des brd-staates eine politisch schmerzhaft angelegenheit. wir haben anfang juni (vor der europawahl) bei der cdu in düsseldorf und ende september (vor der bundestagswahl) bei der fdp in bremen sprengsätze gelegt, weil wir die militante auseinandersetzung mit der politik des herrschenden parteiblocks csu/cdu/fdp/grüne/spd für wichtig halten. in den erklärungen zu den beiden aktionen haben wir eine thematisierung der politik der regierungsparteien cdu und fdp versucht. ergebnis der bundestagswahl ist, daß die brd noch offenkundiger von einer allparteienkoalition regiert wird, als das vorher schon der fall war. die situation im institutionenkonglomerat bundestag/bundesrat/vermittlungsausschuß macht das deutlich.

'eine außerparlamentarische opposition, die ins parlament will, verliert ihre eigene

qualität und wird eine systemadäquate kraft, die vielleicht durch die 5%-klausel, nicht aber durch eine theoretisch begründete strategie sich genötigt sieht, außerparlamentarische politik zu betreiben.' (agnoli, ende 68)

die tatsache, daß der bsa oder die mlpd auf dem stimmzettel der bundestagswahl zu finden sind, ist nicht der rede wert. für problematisch dagegen halten wir die auswirkungen, die die politik der pds hat. diese partei, die sich in den östlichen bundesländern als drittstärkste parlamentsfraktion etabliert hat, trägt dazu bei, daß viele derjenigen, die die brd- verhältnisse nicht akzeptieren, in der illusion bestärkt werden, daß das selbstbewußte durchbrechen der vom staat vorgegebenen handlungsspielräume nicht notwendig ist, um sich gegen die zufriedene mehrheit der brd-bevölkerung durchzusetzen. auch auf eine reihe von west-linken übt die pds eine gewisse faszination aus, was aufgrund der erfahrungen der brd-linken in den letzten 26 jahren schon etwas grotesk anmutet: der verlauf der 68er- bewegung hatte schon eine reihe gesetzmäßigkeiten von außerparlamentarischer opposition vermitteln können. dann die entwicklung der grünen wahlpartei: fischer ist zwar noch nicht außenminister, aber der 'anpassungstrip verspießter kleinbürger', von dem jutta ditfurth gesprochen hat, wird noch weitergehen. wenn die linke in der brd aus den historischen erfahrungen keine konsequenzen zieht, ist eine weiterentwicklung von widerstand natürlich nicht vorstellbar.

aufgabe einer linken, die sich als antagonistisch im verhältnis zum brd-staat begreift, ist es, mit konsequent außerparlamentarischer widerstandspolitik konzentriert daran zu arbeiten, wie auf dem weg der selbstorganisierung derjenigen, die als minderheiten hier in der brd tatsächlich ein interesse daran haben, fortschritte gemacht werden können.

bei der bundestagswahl haben sich in den westlichen bundesländern 19,3% und in den östlichen sogar 26,3% dafür entschieden, beim ankreuzritual nicht mitzumachen. mehr über die motive dieser 'nicht-wähler/innen' zu erfahren, sollte die sache einer linken sein, die sich um gesellschaftliche relevanz bemüht. auch wenn die politcliquen der wahlparteien nicht gern darüber reden, es beunruhigt sie schon, wenn z.b. am 26.6. in sachsen-anhalt nur 54,8% der berechtigten zur wahl gegangen sind. nach der bundestagswahl 1990 hat die cdu in stuttgart, getarnt als 'forschungsprojekt wahlenthaltung' des tübinger doktoranden eilfort, die politische einstellung der 'nichtwähler/innen' mit einer fragebogenaktion auskundschaften lassen und dabei einiges herausgefunden, was eilfort als 'erschreckend' bezeichnet: rund 80% der 'nichtwähler/innen' sind politisch interessiert, lehnen aber mehrheitlich den block der herrschenden parteien ab. sie gehen davon aus, daß 'die politiker machen, was sie wollen', sind mit ihrer sozialen/wirtschaftlichen situation unzufrieden, sehen keine greifbare politische alternative und haben deshalb resigniert. eilfort stellt in der zusammenfassung seiner dissertation fest: 'offensichtlich ist generell ein enger zusammenhang zwischen armut und wahlenthaltung: diejenigen, die am meisten interesse an veränderungen haben müßten, beteiligen sich am wenigsten an wahlen.' das verhältnis von nichtwähler/innen und wähler/innen ist also im wesentlichen ein spiegelbild der spaltung der brd- gesellschaft in eine verarmte minderheit und eine zufriedene mehrheit. diese spaltung machen auch folgende zahlen von der sog. armutskonferenz deutlich: 1992 mußten 7,5% im westen und 14,8% im osten der brd mit einem einkommen leben, das weniger als die hälfte des brd-durchschnittseinkommens betrug. 2,2 millionen kinder leben in der brd in armut (jedes 7. kind). die minderheit wird auf 'demokra-

tisch'-legale weise nichts gegen die mehrheit durchsetzen können. die verantwortung militanter widerstandspolitik liegt auf der hand.

genoss/inn/en haben ende september in siegburg das cdu-büro, einen stützpunkt des außenpolitischen sprechers der cdu/csu- bundestagsfraktion, lamers, angegriffen. lamers hat zusammen mit schäuble am 1.9. ein fraktionspapier vorgelegt, das den harmlosen titel 'überlegungen zur europäischen politik' trägt. dieser 14-seitige text kann als grundlegende strategische skizze für den sprung der brd zur weltmacht gewertet werden. lamers/schäuble gehen davon aus, daß das land 'aufgrund seiner geographischen lage, seiner gröÙe und seiner geschichte' zur großmacht bestimmt ist. quasi-ultimativ wird frankreich aufgefordert, zusammen mit den beneluxstaaten und der brd ein forciert integriertes kerneuropa zu bilden, weil die brd sonst 'aus eigenen sicherheitszwängen versucht sein könnte, die stabilisierung des östlichen europa alleine und in der traditionellen weise zu bewerkstelligen'. zum abschluß der eu-präsidenschaft wird die brd-regierung auf dem gipfel in essen im dezember eine 'heranführungsstrategie' für die osteuroäischen staaten beschließen, die die osterweiterung der eu zum ziel hat. zur zeit sind polen, tschechien, slowakei, ungar, rumänien und bulgarien mit der eu assoziiert; mit den baltischen staaten und slowenien werden entsprechende verträge vorbereitet. von allen eu-staaten hat die brd das größte interesse an der osterweiterung: über 50% des eu-handels mit osteuropa entfallen auf die brd. ferner betrachten lamers/schäuble 'den osten als aktionsspielraum für die deutsche außenpolitik', d.h. gewissermaßen als militärstrategischen vorgarten. der eu-beitritt von österreich/finnland und voraussichtlich norwegen/schweden ab jan.95 wird die rolle der brd als zentralmacht der eu weiter stärken.

im lamers-schäuble-papier wird die brd-frk.-beziehung als 'kern des kerns' bezeichnet; die benelux-staaten dienen als füllmaterial; der künftige eu-kommissionspräsident santer (luxemburg) ist eine dt.-frz. marionette. ökonomisch hat die brd mit der d-mark die führung in der eu. es ist nicht zu erwarten, daß ab 1.1.99 eine europäische währungsunion dergestalt beginnen wird, daß auf die d-mark als grundlage der vorherrschaft verzichtet werden wird. schäuble/lamers geht es darum, daß die brd nicht nur ökonomisch, wie bisher schon, sondern auch militärisch/politisch eine rolle gewinnt, wie sie zur zeit im un-sicherheitsrat die 5 ständigen mitglieder besitzen. die brd ist deshalb zu einem deal mit frk. dahingehend bereit, daß frk. von der dm-stabilität in einer währungsunion profitieren kann, wenn es umgekehrt der brd beim sprung zur militärisch/politischen supermacht hilft. frk. ist zu diesem deal bereit; wenn frk. im jan.95 die eu-präsidenschaft von der brd übernimmt, wird es z.b. das projekt einer gemeinsamen luftwaffe mit dem neuen großraumtransporter fla für internationale einsätze forcieren. um die neue qualität der zusammenarbeit der frz. bevölkerung sinnbildlich vor augen zu führen, durften am 14.7. erstmals nach 1945 wieder dt. panzer über die champs-elysées rollen. es ist ja bekannt, daß frk. mit der arroganz einer militärischen supermacht und als ehemalige kolonialmacht immer wieder in afrika einzumarschieren pflegt. als die frz. regierung neulich die bundeswehr eingeladen hat, an der intervention in zaire/ruanda teilzunehmen, war selbst rühe überrascht.

neben den strategieberatungen für die osterweiterung und neben der aufnahme von 4 ländern in die eu wird es bei der tagung in essen insbesondere um die eu-politik gegenüber den nichteuropäischen mittelmeeeranrainern gehen: geplant ist die aushandlung von 'eu-assoziierungsverträgen mit dem ziel einer Freihandelszone' von marokko

bis israel. mit allen diesen ländern wird eine gemeinsame sicherheitsstruktur angestrebt, von der als einziges die jamahiriya ausgeschlossen wird.

'es kann nicht darum gehen, reformerische forderungen an die institutionen der eu zu richten. entscheidend ist unser eigener widerstand...' haben genoss/inn/en gesagt, die zur demo gegen den eu-gipfel am 10.12. in essen aufrufen. voraussetzung für widerstand über den tag hinaus wäre kontinuierliche inhaltliche arbeit bezüglich der eu-politik. bereits 1982 ist im mai-papier auf die bedeutung der entwicklung in westeuropa hingewiesen worden. als die genoss/inn/en aus der guerilla 1986 beim angriff auf braunmühl die epz-/wcu-politik thematisierten, hatte das eher singulären charakter. eine breite anti-eu-diskussion fehlt bislang. die inhaltliche arbeit wird erschwert durch das kaum zu überblickende institutionenkonglomerat des eu-apparates. diejenigen, die z.b. versuchen, die internen eu-entwicklungen zu themen wie der bioethikkonvention, der patentrichtlinie für biotechnologische erfindungen, der novel-food-verordnung, der trinkwasser- u. der pestizidrichtlinie usw. zu verfolgen, werden das bestätigen können. andererseits gibt es fakten, bei denen sofort das ganze ausmaß der menschenverachtenden eu-politik ins auge springt: während weltweit 786 millionen menschen hungern, hat die eu 1993/94 2,5 milliarden kilo obst und gemüse aufgekauft und vernichtet. die weltproduktion an nahrungsmitteln würde bei gerechter verteilung ausreichen, jedem menschen auf der erde pro tag 2500 kalorien zur verfügung zu stellen, 150 kalorien mehr, als für eine gesunde ernährung nötig sind. 'tatsache ist, daß ohne geeignete gegenmaßnahmen schon in naher zukunft eine flüchtlingswelle die staaten der eu überschwemmen dürfte. zur zeit sind weltweit rund 100 millionen menschen auf der flucht - aus welchen gründen auch immer. mindestens 10 millionen wollen in die eu. dank des fernsehens, das mittlerweile bilder über den wohlstand in der eu bis in den letzten winkel afrikas oder asiens überträgt, könnte die zahl der flüchtlinge, die in die eu wollen, auf 20 oder 30 millionen anschwellen.' (staatssekretär repnik, cdu)

die formulierung der 'europäischen nation' (was auch immer das sein mag), durch die die gespaltene metropolitane gesellschaft zusammengehalten werden soll, hat für die migrant/inn/en in der eu bittere konsequenzen. in der brd warten zur zeit ca. 5000 flüchtlinge im knast auf ihre abschiebung. immer wieder versuchen sie mit protestaktionen auf ihre situation aufmerksam zu machen (z.b. in büren, leverkusen, kassel, berlin). der nigerianer kola bankole überlebt die bgs-mißhandlung ('beißschutz' + spritze) bei der abschiebung auf dem frankfurter flughafen nicht, tamilische flüchtlinge ertrinken in der bgs- bewachten neiße beim versuch, brd-gebiet zu erreichen - all das ist die realität dieses landes. in frankreich ist repressionsminister pasqua hauptverantwortlich für den staatlichen rassismus: dunkle hautfarbe reicht als verdachtsmoment, so daß die bullen willkürlich migrant/inn/en aus dem maghreb terrorisieren können. erziehungsminister bayrou hat mit seinem erlaß vom 20.9. die rassistische stimmung weiter verschärft; als folge des erlasses wurden z.b. in lille vom schulleiter des lycée faidherbe anfang oktober 18 schülerinnen vom unterricht ausgeschlossen und von bullen am betreten des schulgebäudes gehindert. grund: tragen des hed-schab.

'unsere einzigen rechte, um uns gegen sie, ihre gesetze, das system und seine konformismen, gegen den staat, gegen diesen alltag von ausbeutung und erniedrigung zu verteidigen, sind das recht auf revolte, auf auflehnung, auf emanzipation, sind das recht, das wort zu ergreifen, die waffen in die hand zu nehmen, zu kritisieren, sich zu

organisieren, zu kämpfen, sich zu erheben und sie zu bekämpfen bis zum ende, überall, pausenlos.' (joëlle, nathalie und jean-marc, gefangene militante aus action directe, 2.5.94)

unsere politik wird dahin gehend orientiert sein, dort militant/bewaffnet anzugreifen, wo die brd-eliten ihre arbeitsplätze bzw. ihre wohnsitze haben.

wir bitten alle genoss/inn/en, birgit hogefeld im prozeß in frankfurt solidarisch zu unterstützen.

zusammen kämpfen!

anfang november 94

antiimperialistische zelle"

3.1.2 Revolutionäre Zellen (RZ) / Rote Zora

3.1.2.1 Rote Zora

Nachdem die "Rote Zora", eine Ende der 70er Jahre in den "Revolutionären Zellen" (RZ) entstandene autonome Frauengruppe, sich zuletzt 1988 einer "bewaffneten Aktion" bezichtigt hatte (versuchter Sprengstoffanschlag auf das biotechnologische Zentrum der technischen Universität Braunschweig am 27. Februar 1988), verübten Unbekannte in der Nacht zum 13. Juni 1994 in Nürnberg und Meilitz/Thüringen Sprengstoff- und Brandanschläge auf mehrere Lastkraftwagen eines Versorgungsunternehmens, das u.a. Unterkünfte für Asylbewerber mit Lebensmitteln beliefert. In einer in Hamburg bekannt gewordenen Taterklärung vom 20. Juni 1994 übernahm die "Rote Zora", die sich inzwischen von den RZ getrennt hat und selbständig handelt, die Verantwortung für diese Anschläge.

Die unbekanntenen Verfasserinnen der Erklärung greifen die "Neue staatliche Ausländer- und Flüchtlingspolitik" und in diesem Zusammenhang besonders das am 1. November 1993 in Kraft getretene Asylbewerberleistungsgesetz an. Dieses Gesetz stempele Asylsuchende zu "Menschen minderer Qualität" und verweigere ihnen das Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Profiteure dieser Politik seien findige Unternehmer, die in der Versorgung von Asylbewerberheimen mit "Freßpaketen" und ähnlichem einen neuen Markt entdeckt hätten. Die "Rote Zora" sieht die staatliche Flüchtlingspolitik in Kontinuität zu rassistischen, sexistischen und sozialen Angriffen des "kapitalistischen Patriarchats" und ruft dazu auf, "mit vielfältigen Aktionen - Kampagnen gegen Lager, Sondergesetze und Zwangsverpflegung, Aktionen gegen Abschiebungen und Abschiebeknäste, beginnende Organisation von Zuflucht und Kirchenasyl usw. ... diesen sexistischen, rassistischen und antisemitischen Konsens zu durchbrechen."

Zu ihrem Selbstverständnis als eigenständige Gruppe führte die "Rote Zora" in dem Ende Dezember 1993 erschienenen Buch "Mili's Tanz auf dem Eis" aus: "Als selbständige Frauengruppe in den RZ lebten wir von Anfang an mit dem Widerspruch, daß wir im öffentlichen Rahmen die politische Autonomie von Frauen für unverzichtbar hielten, uns innerhalb unserer klandestinen Organisation aber mit Männern arrangierten - zwar als selbständige Gruppe, aber mit der Verbindlichkeit einer gemeinsamen Organisation

Die zermürbenden, nie enden wollenden Streitereien, in denen wir begreiflich zu machen und durchzusetzen versuchten, daß Frauenkampf kein Teilbereichskampf sein kann, sondern daß die Befreiung vom Patriarchat grundlegend für jede Befreiung ist, und das Hinzukommen neuer FrauenLesben, die sich ganz bewußt in Frauenzu-

sammenhängen organisieren wollten und nicht einsahen, warum wir irgendwelche Energien in Diskussionen mit Männern steckten, führten endgültig zur organisatorischen Trennung.

Erst in der Trennungsphase begriffen wir, daß ... autonome FrauenLesbenorganisation für uns hier und heute - auch im militanten Kampf - eine grundsätzliche politische Notwendigkeit ist ...

Mit dieser klaren politischen und organisatorischen Trennung der Roten Zora von den RZ brachen wir mit der sonst von uns Frauen - um den Preis unserer Selbstverleugnung - wie selbstverständlich erwarteten Solidarität. ...

Mit dieser völlig veränderten Voraussetzung und politischen Klarheit, die erstmal nicht von gemeinsamen Zielsetzungen ausgeht, sind punktuelle Bündnisse oder solidarische Verhältnisse mit Männern oder gemischten Gruppen nicht ausgeschlossen, werden so aber von uns bestimmt."

3.1.2.2 Revolutionäre Zellen (RZ)

1994 sind keine Anschläge der RZ bekannt geworden. Der Anschlag einer RZ-Nachahmergruppe macht aber deutlich, daß sozial-revolutionäres Selbstverständnis der - auch antiimperialistisch ausgerichteten - RZ sowie terroristische Handlungsformen im militanten linksextremistischen Resonanzspektrum auch weiterhin Anziehungskraft besitzen und zur Fortsetzung terroristischer Aktionen verleiten.

So wurden am 26. Oktober 1994 in Leipzig zwei LKW einer Versorgungsfirma für Asylbewerberwohnheime auf dem Betriebsgelände in Brand gesetzt. Es entstand hoher Sachschaden. Neben einer Parole sprühten die Täter einen fünfzackigen Stern und die Buchstaben "RZ" auf die Außenmauer des Betriebsgebäudes. Die Berliner Autonome-Schrift "Interim" veröffentlichte in ihrer Ausgabe Nr. 306 vom 3. November 1994 eine zweiseitige mit "RZ" unterzeichnete Erklärung zu diesem Brandanschlag. Die unbekanntes Verfasser verurteilen darin die "entwürdigende Abspeisung" von "Flüchtlingen" durch "sogenannte Essenpakete" nach Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes 1993. Die angegriffene Firma mit Hauptsitz in Nürnberg (sie betreibt Konserven-/Fleischfabriken, Kantinenbetriebe und Lebensmittelhandel) habe sich "erfolgreich Verträge für sämtliche Flüchtlingsheime in Bayern" gesichert und sei auch in Thüringen und Sachsen vertreten. Die Täterklärung knüpft inhaltlich an die Täterklärung der "Roten Zora" vom 20. Juni 1994 zu den Brandanschlägen auf Versorgungsunternehmen in Nürnberg und Meilitz an. (3.1.2.1).

3.1.3 Rote Armee Fraktion (RAF)

3.1.3.1 RAF - Kommandoebene

Seit dem Sprengstoffanschlag auf die Justizvollzugsanstalt Weiterstadt am 27. März 1993 hat die RAF keine weiteren Anschläge verübt. Dagegen trat sie mit einer neuen Erklärung hervor.

Erklärung der RAF vom 6. März 1994

Am 15. März 1994 ging bei der Redaktion der Berliner Tageszeitung "Junge Welt" eine als echt anzusehende 18 Seiten umfassende Erklärung des RAF-Kommandobereichs vom 6. März 1994 ein. In dieser umfangreichen Erklärung, die sich nicht nur an die "Hardliner" (es handelt sich um die zwölf RAF-Häftlinge Manuela Happe, Eva Haule, Rolf Heißler, Sieglinde Hofmann, Christian Klar, Hanna Krabbe, Christine Kuby (vorzeitig entlassen am 21.2.1995), Irmgard Möller (vorzeitig entlassen am 1.12.1994), Brigitte Mohnhaupt, Helmut Pohl, Adelheid Schulz und Rolf Klemens Wagner) unter den RAF-Häftlingen sowie das

RAF-Umfeld, sondern auch an das gewaltbereite linksextremistische Spektrum wendet, äußerte sich die RAF ausführlich zu ihrem "Kontakt mit dem Bullen Steinmetz", der, wie sie eingesteht, "unser schwerster Fehler in den letzten Jahren" gewesen sei, und zu der neuen Politik der RAF seit 1992. Neben der Aufarbeitung der Kontakte zu Steinmetz versucht der Kommandobereich erneut, die im April 1992 zur Neubestimmung revolutionärer Politik eingeleitete Zäsur zu rechtfertigen und verständlich zu machen. Zugleich bemüht sich die RAF darum, ihre Vorstellungen über den Aufbau einer, wie sie präzisierend hinzufügt, "sozialen" Gegenmacht von unten zu verdeutlichen. Die zentrale Forderung der Erklärung lautet: *"Wir brauchen eine emanzipatorische Bewegung, die nicht nur dazu in der Lage ist, die Strategien der Herrschenden zu bekämpfen, sondern die darüber hinaus eigene Alternativen entwickeln kann, eine gesellschaftliche Gegenkraft aufbaut, die aus dem Selbstbewußtsein kämpfen kann, der Kälte und Vernichtung durch das kapitalistische System eigene Vorstellungen von menschenwürdigem Leben entgegensetzen zu können. ... Es geht um den Aufbau einer Gegenmacht, die sowohl den Willen hat als auch die Fähigkeit entwickelt, ihre Ziele gegen die Macht des Kapitals durchzukämpfen"*. In diesem Zusammenhang beschwört die RAF die gemeinsame Verantwortung der "Linken" für eine internationalistische "Politik der Linken in Deutschland", d.h. ihre "Verantwortung dafür, eine relevante Gegenkraft aufzubauen, die sie in die Lage versetzt, sowohl die Faschisten und Rassisten auf der Straße zu stoppen, als auch die Bestie Deutschland daran zu hindern, im Rahmen der NATO, der UNO und im Rahmen des globalen Marktes weiter zu marschieren".

Der RAF-Kommandobereich bilanziert seine Vergangenheit selbstkritisch: *"Wir sind in der Entwicklung der letzten Jahren bis hin zur Spaltung auf den Boden der Realität geknallt: Wir haben es als politischer Zusammenhang Gefangene/RAF nicht geschafft, die Erfahrungen aus 23 Jahren Kampf in diesen Prozeß gemeinsam einzubringen. Das ist eine Niederlage. Von der sozialen Kenntlichkeit unseres Kampfes sind wir alle - RAF und Gefangene - weiter entfernt als die Jahre zuvor. Das zu ändern, wird neue Anläufe brauchen"*.

Die Erklärung läßt keinen Zweifel daran aufkommen, daß die Neubestimmung revolutionärer Politik jedenfalls für die RAF-Kommandoebene - in ihrer derzeitigen Zusammensetzung - gegenüber bewaffneten Aktionen Vorrang hat. Auch wenn der Staat in seinem "Ausmerzverhältnis" zu den Gefangenen nicht zurückweiche, werde die RAF-Kommandoebene "nicht zum alten zurückkehren". "Was wir machen und wie wir es machen", will die RAF-Kommandoebene aber nicht "dem Staat ... in die Hände legen"; sie verweist dabei auf ihre "Aktion in Weiterstadt" (Sprengstoffanschlag auf den Neubau der Justizvollzugsanstalt Weiterstadt vom 27. März 1993); die Drohung mit weiteren Terroranschlägen aus früheren Erklärungen wird also aufrechterhalten.

Äußerungen von RAF-Häftlingen zum Bruch im RAF-Gefüge

Die Erklärung vom 6. März 1994 milderte die durch den Bruch im RAF-Gefüge zutage getretenen Gegensätze nicht. Im Gegenteil: Der "Hardliner" Rolf Heißler stellte nach Bekanntwerden der Erklärung fest, die RAF-Kommandoebene habe sich von der Guerilla-Politik verabschiedet und das Vertrauen in sich, ihre Vorstellungen und ihre eigene Stärke und Kraft verloren. Andererseits veröffentlichte die linksextremistische Schrift "ak" ("analyse und kritik", Organ der Ex-KB Mehrheit) am 9. Februar 1994 unter dem Titel "Gesellschaft oder Isolation" den ersten Teil einer neuen Positionsbestimmung des RAF-Häftlings Lutz Taufer (JVA Celle), worin dieser an seinen Text

"Gesellschaft oder Ghetto" von Anfang 1993 anknüpft. Der Verfasser hält an der bisherigen von der RAF-Kommandoebene und den Celler Gefangenen (Dellwo, Folkerts, Taufer) im Richtungsstreit mit den "Hardlinern" unter den RAF-Gefangenen vertretenen Linie ("Zäsur") fest. Das schließt aber Diskussionen zwischen den Lagern im RAF-Bereich nicht gänzlich aus.

Dokumentation: Auszüge aus der RAF-Erklärung vom 6. März 1994

wir sagen jetzt noch einmal was zu der vergangenen phase seit april '92. uns ist klar, daß nach der ganzen katastrophe - unserem kontakt zu dem vs-bullen steinmetz, der dem staatsschutz die ermordung von wolfgang grams und die verhaftung birgit hogefelds ermöglicht hat, bis hin zur spaltung zwischen uns und einem teil der gefangenen aus der raf - eine menge fragen an uns auf dem tisch liegen. warum wir mit allem gescheitert sind, was wir in dieser phase erreichen wollten. natürlich ist das auch unsere frage, die wir beantworten wollen, soweit wir unsere verantwortung sehen.

den genossInnen, die von uns erwarten, daß wir hier über 'unsere hoffnungen' auf den staat reden, daß wir einen von uns angeblich angestrebten 'deal' mit dem staat kritisieren, können wir nur sagen: wir können darüber nicht reden, weil es nicht der wahrheit entspricht. es gibt in dieser hinsicht nichts, 'was wirklich gelaufen ist' oder was wir 'zugeben könnten'.

seit dem schlag in bad kleinen war uns definitiv klar, daß ein teil unseres versuchs aus den vergangenen jahren: auch in einer zeit des übergangs zu neuen bestimmungen unsere konkrete initiative für die freiheit der gefangenen einzusetzen, gescheitert und unmittelbar so nicht fortzusetzen war. doch statt mit neuen überlegungen wieder fuß fassen zu können, haben wir uns seither im kreis bewegt: die auseinandersetzung um den bullen, der offensichtliche bruch zwischen uns und einem teil der gefangenen danach und schließlich die denunziationen und die spaltung einschließlich der debatte, die das ausgelöst hat. uns geht es darum, alles das abzuschließen, um überhaupt wieder den blick nach vorne freizubekommen. für uns haben sich die ausgangsbedingungen entscheidend verändert. eine 'große diskussion', wie wir sie uns vor 2 jahren vorgestellt haben, ist bisher nicht zustande gekommen. wir denken, daß das mehr oder weniger zufällig und unstrukturiert auch nicht zustande kommen kann. unser schwerster fehler in den letzten jahren - der kontakt mit dem bullen steinmetz - hat natürlich bei genossInnen fragen aufgeworfen, die geklärt werden müssen.

nachdem das staatsschutzprojekt, steinmetz nach bad kleinen weiter als spitzel einzusetzen, gescheitert war, war es die veränderte staatsschutzlinie, lügen über den inhalt der verbindung von uns zu steinmetz zu lancieren. sie haben gesehen, daß diese denunziationen wirken und z.b. die spaltung innerhalb des politischen zusammenhangs raf/gefangene forcieren.

so teilt der vs via steinmetz in einem interview (spiegel 7/94) ein weiteres mal mit, steinmetz hätte zwischen der 'scene' und dem staat und zwischen uns und dem staat den 'mittler' gespielt. ...

dieser vermittlerquatsch ist genauso frei erfunden, wie die neueste version von seiner angeblichen 'mitgliedschaft' in der raf und die funktion dieser lügen offensichtlich. ...

DER BULLE STEINMETZ - EIN-NACH-86er-STAATSSCHUTZANGRIFF GEGEN UNS

wir gehen heute davon aus, daß steinmetz - nach einer vorlaufzeit ab 84 - spätestens 86/87 die konkrete aufgabe übernommen hatte, beziehungen zu genossInnen aufzubauen, die den bullen aus dem politischen zusammenhang der front bekannt waren,

um langfristig an uns dranzukommen. ...

...

das letzte wort denen, die im weltweiten kampf um soziale revolution einen großen schritt vorwärts durchgekämpft haben:

'noch herrscht der wind von oben, es kommt der wind von unten, und dann kommt der sturm. so wird es sein. wenn der sturm nachläßt, wenn der regen und das feuer die erde zur ruhe kommen lassen, dann wird die welt nicht mehr diese welt sein, sondern etwas besseres.'

(EZLN mexiko, august)

rote armee fraktion

6.3.1994



3.1.3.2 RAF - Inhaftierte

Befristeter Hungerstreik der "Hardliner"

Am Morgen des 27. Juli 1994 begannen die "Hardliner" unter den RAF-Häftlingen einen befristeten Hungerstreik. Zeitgleich verbreiteten sie über einen Rechtsanwalt eine Erklärung zum Hungerstreik, dessen Ziel darin bestehe, die Forderung nach sofortiger Freilassung der in der JVA Lübeck inhaftierten Irmgard Möller zu unterstützen. Außerdem prangerten sie ihre Haftsituation an. Dabei machten sie deutlich, "Freiheit, eine reale Freiheitsperspektive für uns Gefangene," könne "nur am Dreh- und Angelpunkt ansetzen: am politischen Willen". Das heiße, "einen anderen politischen Willen zu artikulieren und voranzubringen gegen die staatliche Liquidierungsstrategie, sie zum Einbrechen zu bringen".

Der in der JVA Frankenthal einsitzende Rolf Heißler forderte in einem am Morgen des 27. Juli 1994 der Anstaltsleitung übergebenen Schreiben zusätzlich die sofortige Aufhebung der Trennung und die umgehende Zusammenlegung der im Hungerstreik befindlichen RAF-Häftlinge. In der von allen Hungerstreikenden unterzeichneten Erklärung hat diese Forderung allerdings keinen ausdrücklichen Niederschlag gefunden. Dem Hungerstreik schloß sich einen Tag später auch die nicht den "Hardlinern" unter den RAF-Häftlingen angehörende Birgit Hogefeld an. Am 1. August 1994 traten außerdem zwei in der JVA Schwalmstadt inhaftierte Kurden in einen befristeten Solidaritätshungerstreik.

Die beteiligten RAF-Häftlinge und Kurden beendeten ihren Hungerstreik am 3. August 1994. Der RAF-Häftling Heißler hatte bereits in einem am 2. August 1994 abgegebenen Schreiben angekündigt: *"Am Morgen werden wir abbrechen, ich werde eher sagen unterbrechen, denn loslassen werden wir nicht mehr, weder können noch wollen wir es, Ergebnisse sind noch nicht in Sicht"*. Die mutmaßliche RAF-Terroristin Hoge-

feld äußerte sich anlässlich der Eröffnung des Strafprozesses sowie anlässlich des Beginns der Hauptverhandlung vor dem OLG Frankfurt in zwei Erklärungen zur Anklage (Hogefeld ist angeklagt wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (RAF) seit Februar 1984 in jeweiliger Tateinheit mit

- dem Mord an dem US-Soldaten Pimental in Wiesbaden in der Nacht zum 8.8.1985,
- zweifachem Mord sowie zweifachem versuchten Mord durch den Sprengstoffanschlag auf die US Air Base in Frankfurt/M. am 8.8.1985,
- zweifachem versuchten Mord an dem damaligen Staatssekretär Dr. Tietmeyer und dessen Fahrer am 20.9.1988 in Bonn Bad Godesberg,
- Sprengstoffanschlag auf die JVA Weiterstadt am 27.3.1993,
- Mord an dem Polizeibeamten Newrzella und 6fachem versuchten Mord an weiteren Polizeibeamten am 27.6.1993 in Bad Kleinen und
- Urkundenfälschung an unbekanntem Orten nach dem 28.10.1988.)

und zum Bruch im RAF-Gefüge. So führte sie in ihrer Erklärung vom Oktober 1994 in vorwurfsvoller Polemik gegenüber der Justiz und letztlich dem Staat gegenüber aus: *"Jeder der Anklagepunkte (außer der Knastspregung) reicht für ein lebenslängliches Urteil aus, und die Kronzeugenprozesse aus den letzten ein bis zwei Jahren gegen andere Gefangene aus der RAF, ... zeigten, worauf das ganze zielt: Die vermeintlichen Sieger über Kommunismus und jede Idee auf Veränderung und Utopie einer menschlichen Welt berauschen sich in ihrem Machtwahn - das, was gegen uns läuft, ist einerseits ihre Rache, aber zugleich auch Drohung gegen alle, die an neuen Aufbrüchen überlegen"*.

In ihrer Prozeßerklärung vom 15. November 1994 zur Eröffnung der Hauptverhandlung vor dem OLG Frankfurt/M., auszugsweise in der in Berlin erscheinenden Tageszeitung "Junge Welt" vom 18. November 1994 abgedruckt, spricht sie auch die Ereignisse von Bad Kleinen an. Dort sei mehr geschehen, "als daß ein RAF-Mitglied in Lynchjustiz liquidiert worden ist". Dort sei die "Gefahr und Bedrohung aufgeblitzt, der alle ausgesetzt sind, nicht nur militante Linke und Systemgegner." In Bad Kleinen habe der "innen entgrenzt aggressive Staat agiert, der bis zur Vernichtungspolitik alles im Repertoire hat, was an Unterdrückungsmethoden möglich ist". Anschließend beklagt Hogefeld die Defensive und Ohnmacht vieler "Linker", wie sie an Bad Kleinen deutlich geworden sei. Auf diese Situation führt sie auch den "Reflex des Umsichschlagens" im "Zusammenhang RAF/Gefangene" beim Zustandekommen des Bruchs mit den "Hardlinern" zurück. Selbstkritisch analysiert sie für die Vergangenheit, "daß die Linke bisher die Verbindung zu ... Menschen (die in dem ihnen aufgezwungenen Gesellschaftsmodell nicht leben können), wenn überhaupt, nur vorübergehend herstellen konnte", weil die Kämpfe der Linken "nur selten über den Tellerand des eigenen linken Ghettos" herausgegangen seien, also keine gesellschaftliche Relevanz erreicht hätten. Deshalb fordert sie, wie die jüngste RAF-Erklärung vom 6. März 1994: "Wir brauchen hier den Aufbau einer Gegenkraft (soziale Gegenmacht), einer emanzipatorischen Bewegung", die gegen den "Irrsinn des Kapitalismus, die Barbarei des globalen Marktes und Verwertung von Mensch und Natur einen eigenen sozialen Sinn" entwickle und diesen an "konkreten praktischen Fragen des Alltagslebens durchsetzt". Für diese "emanzipatorische Bewegung" werde es darum gehen, "gegenkulturelles Bewußtsein zu entwickeln und gesellschaftlich durchzusetzen". Die Erklärung endet mit dem Appell: "Der Kampf für eine menschliche Zukunft, für eine

Welt ohne Herrschaft, in der Menschen frei und nach eigenen Bestimmungen leben können, steht nach wie vor auf der Tagesordnung. Die Umkehrung der gesellschaftlichen Entwicklung" sei also weiterhin das, worum gekämpft werden müsse. Hogefeld knüpft daran die Feststellung, daß es "keine Rückkehr zur alten Strategie als politisches Konzept geben" werde, "aber" - so fügt sie drohend hinzu - "wir haben unser Recht auf Selbstverteidigung. Ich glaube nicht, daß wir nun widerstandslos unserer Vernichtung zusehen"

3.1.3.3 RAF - Umfeld

Der von der RAF-Inhaftierten Mohnhaupt für die "Hardliner" unter den RAF-Häftlingen im Oktober 1993 erklärte "Bruch" mit der RAF-Kommandoebene und den RAF-Häftlingen in Celle hat zu Spaltungserscheinungen im RAF-Unterstützerbereich geführt. Von einem einheitlichen Umfeld, das sich auf die RAF-Kommandoebene bezieht, kann nicht mehr gesprochen werden (? Nr.1.2.1).

Gleichwohl war im RAF-Umfeld das Bestreben erkennbar, Sympathie und Verständnis für die RAF-Häftlinge zu wecken. In diesem Zusammenhang seien Informations- und Solidaritätsveranstaltungen, so z.B. am 23. Januar 1994 in Oberhausen und am 14. Juni 1994 in Paderborn, genannt, in deren Verlauf ein Videofilm der Münchener "Gruppe 2" mit dem Titel "Was aber wären wir für Menschen?" gezeigt wurde; in diesem Film werden aus Sicht der RAF deren Entstehung und spätere Entwicklung dargestellt.

Ein wesentliches gemeinsames Anliegen des RAF-Umfeldes besteht außerdem darin, die Forderungen der RAF-Häftlinge nach Freilassung oder Änderungen der Haftbedingungen zu unterstützen. So nahmen Personen des RAF-Umfeldes am 26. Februar 1994 an demonstrativen Aktionen und Kundgebungen im Rahmen des bundesweiten "Aktionstages" zur Unterstützung der Forderung nach Freilassung der RAF-Strafgefangenen Irmgard Möller teil, die auch in mehreren Städten des Landes stattfanden. Nachdem der RAF-Häftling Bernd Rössner am 2. Mai 1994 entlassen worden war, konzentrierte sich die Agitation des RAF-Umfeldes auf die Forderung nach vorzeitiger Haftentlassung von Irmgard Möller. So beteiligten sich Personen des RAF-Umfeldes an Solidaritätskundgebungen mit den im Hungerstreik befindlichen RAF-Häftlingen am 28. Juli 1994 in Bielefeld und am 2. August 1994 in Frankfurt/M., an denen jeweils etwa 100 Personen teilnahmen. Gefordert wurde die Freilassung von Irmgard Möller bzw. "Freiheit für alle politischen Gefangenen".

Am 12. August 1994 beteiligten sich in Düsseldorf etwa 70 Personen an einer Kundgebung im Rahmen der sogenannten Aktionskette "Freiheit für alle politischen Gefangenen", zu der Angehörige der RAF-Häftlinge und eine "Initiative für die politische Diskussion zusammen mit den politischen Gefangenen" aufgerufen hatte. Die erste dieser Kundgebungen hatte am 13. Mai 1994 in Mainz stattgefunden; die Aktionskette wurde mit Veranstaltungen am 10. Juni 1994 in Stuttgart, am 8. Juli 1994 in München, am 12. August 1994 in Düsseldorf, am 9. September 1994 in Berlin, am 14. Oktober 1994 in Wiesbaden, am 5. November 1994 in Kiel und am 17. Dezember 1994 in Hamburg fortgesetzt.

Auf die Verlegung der RAF-Strafgefangenen Adelheid Schulz von Köln nach Frankfurt zielten verschiedene Aktionen in Nordrhein-Westfalen.

Am 24. November 1994 fand eine kleinere unangemeldete Demonstration des örtlichen RAF-Umfeldes neben dem Haupteingang der JVA Köln statt. Auf einem Transparent wurde die "Sofortige Verlegung von Heidi Schulz in die Uniklinik Frankfurt" ge-

fordert.

Am 28. November 1994 demonstrierten erneut mehrere Personen des RAF-Umfeldes unangemeldet vor der JVA Köln. Auf mitgeführten Transparenten wurde wiederum die Verlegung von Adelheid Schulz in die Universitätsklinik Frankfurt sowie darüber hinaus die "Zusammenlegung politischer Gefangener" gefordert. Am 31. Dezember 1994 bekundeten etwa 100 Personen des RAF-Umfeldes und des sonstigen linksextremistischen Spektrums in einer Silvesterkundgebung vor der JVA Köln Solidarität mit den dort einsitzenden "politischen Gefangenen".

Das RAF-Umfeld beschränkte seine Aktivitäten aber nicht nur auf Solidaritätsaktionen zugunsten der RAF-Häftlinge und sonstiger "politischer Gefangener". Personen des RAF-Umfeldes setzten sich im Rahmen "internationalistischer" Solidaritätsaktionen - zeitweise verstärkt - auch für den kurdischen Befreiungskampf ein. An der Vorbereitung und Durchführung der Großdemonstration "Freiheit für Kurdistan" am 12. März 1994 in Bonn war das RAF-Umfeld beteiligt. Personen des RAF-Umfeldes beteiligten sich außerdem an Demonstrationen des linksextremistischen Spektrums, die sich gegen die versehentliche Erschießung des 16jährigen Kurden Halem Dener durch die Polizei am 30. Juni 1994 in Hannover richteten. Am 7. September 1994 führten etwa 60 Personen, darunter etwa 40 Türken/Kurden sowie mehrere Personen des RAF-Umfeldes in Köln vor der JVA Köln zwei Kundgebungen zum Thema "Solidarität mit Gefangenen in der JVA" durch. Dabei wurde Solidarität mit den kurdischen Gefangenen bekundet, sondern auch die gegen bekannte Personen des RAF-Umfeldes gerichtliche angeordnete Beugehaft angeprangert.

Einen weiteren Anknüpfungspunkt für Agitation und Aktion des RAF-Umfeldes bildete der "Kampf" gegen Faschismus und Rassismus: Personen des RAF-Umfeldes beteiligten sich hier an Aktionen und Demonstrationen des gewaltbereiten linksextremistischen Spektrums, die gegen rechtsextremistische Gruppierungen und Rechtsextremisten gerichtet waren.

3.2 Sonstige linksextremistische Organisationen

3.2.1 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Gründung:	1968
Sitz:	
Bezirk Rheinland-Westfalen:	Leverkusen
Sprecher:	Eckhard Lommertin
Bezirk Ruhr-Westfalen:	Essen
Sprecher:	Patrick Köbele
Bund:	Essen
Sprecher des	
Parteivorstandes:	Rolf Priemer, Heinz Stehr
Mitglieder:	1994 1993
NRW:	ca. 2.050 ca. 2.050
Bund:	weniger als 6.000 ca.6.000
Publikation:	Unsere Zeit (UZ)

erscheint vierzehntäglich; Auflage ca. 14.000

Die DKP vertritt die bisher als "orthodox kommunistisch" bezeichnete Richtung des Linksextremismus. Sie bekennt sich als "revolutionäre Partei der Arbeiterklasse" Deutschlands zum Marxismus-Leninismus und strebt unverändert eine revolutionäre

Umgestaltung der Gesellschaft an.

Organisation

Die DKP gliedert sich in Nordrhein-Westfalen unverändert in die Bezirksorganisationen Rheinland-Westfalen und Ruhr-Westfalen. Diese wiederum setzen sich aus ca. 40 Kreisorganisationen zusammen. Auf Bundesebene bestehen 12 Bezirksorganisationen und ca. 100 Kreisorganisationen.

Die Finanzsituation der DKP bleibt weiterhin zwiespältig. Obwohl auf allen Ebenen über Finanzmangel geklagt wird, hatte die Partei auch 1994 genug finanzielle Mittel, um in beiden NRW-Bezirksorganisationen Festgeldkonten zu unterhalten.

Politische Ziele

Ziel der DKP ist es, an die Stelle der von ihr als "bürgerlich" bezeichneten Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen den Kommunismus zu setzen, den sie als eine Assoziation versteht, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingungen für die freie Entwicklung aller ist. An die Stelle des jetzt herrschenden Systems des Imperialismus will die DKP eine Gesellschaft setzen, in der das Privateigentum ersetzt ist, in der an die Stelle der Herrschaft des Kapitals die Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Werktätigen tritt und in der die gesellschaftliche Produktion nach den Bedürfnissen der Gesellschaft geplant wird. Die DKP versteht diesen "Sozialismus" als erste Phase einer kommunistischen Gesellschaft. Die Unterstützung und Sympathie der DKP gilt weiterhin Ländern wie Kuba, der Volksrepublik China, Vietnam und der Volksrepublik Korea, die am Aufbau des Sozialismus arbeiten. Auch daran wird deutlich, daß die DKP in wesentlichen Punkten an den Vorstellungen des in Osteuropa untergegangenen "realen Sozialismus" festhält.

Gewerkschaftsarbeit und jugendpolitische Aktivitäten 1994

In den Bereichen Jugendpolitik und Betriebs- /Gewerkschaftsarbeit versuchte die DKP 1994 handlungsfähig zu werden. So führte sie im Januar 1994 eine Parteikonferenz unter dem Thema "Für sichere Arbeitsplätze - demokratische und soziale Rechte verteidigen - das Standortkonzept von Bundesregierung und Kapital bekämpfen" durch. Unter den ca. 200 Teilnehmern befanden sich auch ausländische Gäste sowie Mitglieder demokratischer Organisationen. Die "Kommunistische Plattform" der PDS und die PDS nahmen ebenfalls teil.

Ihre Jugendpolitik versuchte die DKP durch gemeinsame Veranstaltungen mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) zu intensivieren. Die SDAJ verfügt bundesweit Ende 1994 nur über etwas mehr als 200 Mitglieder. Ihre politische Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen sind bedeutungslos.

Wir Kommunisten der DKP sagen:

Die PDS muß im Bundestag bleiben.
Von ihr kann kritisches Denken und Handeln im Sinne einer linken, fortschrittlichen Opposition ausgehen

Unser Land braucht linken Aufbruch!

Demokratischen Widerstand!

Soziale Gerechtigkeit!

Diesen Forderungen bei der Bundestagswahl Geltung zu verschaffen heißt:

die offenen Listen der PDS wählen.

Veränderung beginnt mit Opposition!

Dies dient der Sammlung der Linken und ist ein Baustein zur Formierung von Gegenmacht, wider die rechtskonservativen Putschabsichten gegen die sozialen Rechtsgrundlagen dieser Republik. Je stärker die PDS, desto größer sind auch die Chancen, daß kritische Kräfte innerhalb der SPD dem Schmus- und Unterwerfungskurs ihrer Parteiführung nicht widerstandslos folgen. Die zahn und zahnlos gewordenen Grünen brauchen ebenfalls linken Druck.

Uns Kommunistinnen und Kommunisten trennt manches von der PDS. Aber wir wissen um den Wert einer entschieden linken Kraft im Bundestag.

Deshalb: Wer Kohl & Co. am 16. Oktober die Rote Karte zeigen will, wer mit uns der Meinung ist, daß der nächste Bundestag eine konsequente Opposition braucht, der hat nur eine Wahl:

Gegen den Bonner Rechtskurs PDS-wählen -

für eine linke Alternative.

Ich möchte weitere Informationen über die Politik der DKP

Ich möchte in der DKP mitarbeiten und Mitglied werden

Ich möchte zu Veranstaltungen oder Diskussionen eingeladen werden

Ich möchte die WZ, die Zeitung der DKP, kennenlernen - bitte schicken Sie mir einige Probe-Exemplare

Name: _____

Adresse: _____

auszufüllen und einreichen an:
Partei Vorstand der Deutschen Kommunistischen Partei,
Essen

Herausgeber: Parteivorstand der DKP, veranw. Essen Druck: Eigenbruck

Bundestagswahlen 1994: Wahlauf Ruf der DKP zugunsten der PDS

Zusammenarbeit mit der PDS

Auf einem von der DKP initiierten Seminar am 22./23. Januar 1994 in der DKP- Bildungseinrichtung "Karl-Liebknecht-Schule" in Leverkusen zum Thema "Die DKP und ihr Selbstverständnis - Wege zur Stärkung der Partei" hob der Sprecher des DKP- Parteivorstandes, Heinz Stehr, in seinem Referat lobend die enge Zusammenarbeit zur KPD (Ost) mit wechselseitigen Besprechungen der beiden Parteivorstände hervor. Ebenfalls wurde die Zusammenarbeit mit der "Kommunistischen Plattform" in der PDS als gut bezeichnet. Die DKP sei für eine Zusammenarbeit mit der PDS. Die Mitgliedschaft der PDS sei dazu bereit. Die DKP wolle die "Linke Liste PDS". Wenn die PDS die DKP ausgrenze, trete man mit einer eigenen Liste oder als ein noch zu findendes Bündnis den Wahlkampf an. Gleichzeitig wurden die guten internationalen Kontakte der DKP hervorgehoben.

Der DKP-Parteivorstand befaßte sich auf einer Tagung am 19./20 März 1994 in Essen mit der Wahlstrategie der Partei. Unter anderem rief er zur Wahl der PDS-Liste bei der Europawahl am 12. Juni 1994 auf. Die PDS habe mit der Nominierung eines DKP- Parteivorstandsmitglieds aus München den Wunsch zur Zusammenarbeit ausgedrückt.

Zum Verhältnis DKP-PDS führte DKP-Sprecher Stehr in verschiedenen Veranstaltungen aus, er halte einen wahlpolitischen Linksblock mit der PDS (zur Bundestagswahl) für erstrebenswert. Die DKP dürfe nicht ihr Ziel aus den Augen verlieren, alles zu tun, um Kommunistinnen und Kommunisten letztendlich in einer Partei zusammenzuführen. Dies sei aber eher mittel- oder langfristig zu verwirklichen. Die Aktionseinheit und Bündnispolitik mit der PDS sei auf allen Ebenen zu entwickeln und zu nutzen. Der DKP-Parteivorstand erwarte, daß ein konstruktives Zusammenwirken mit der PDS möglich sei. Der Wahlkampf gegen Rechts, für die Bündelung aller erreichbaren Stimmen, verlange gegenseitige Achtung und Anerkennung. Jede Form von Ausgrenzung schade diesem Ziel.

Niederlage bei Kommunalwahlen

Bei den Kommunalwahlen am 16. Oktober 1994 in NRW wollte die DKP in ihren kommunalen Schwerpunkten vor allem um die Verteidigung ihrer Mandate kämpfen, unter anderem mit offenen Listen und durch Stärkung oppositioneller Bündniskandidaten. Sie stellte sich aber lediglich in den Städten Bochum, Bottrop und Essen sowie im Kreis Recklinghausen zur Wahl und erhielt zusammen 5.338 Stimmen. Der Stimmenanteil betrug in:

- Bochum 0,1%,
- Bottrop 3,8%,
- Essen 0,1 %,
- Recklinghausen 0,5%.

Außerdem kandidierten mehrere DKP-Mitglieder in Düsseldorf auf der Liste "Linke Alternative/gAL" (0,5%), in Dortmund auf der Liste "Linkes Bündnis Dortmund" und in Essen auf der Bürgerliste "Dem Norden eine Zukunft".

Die DKP verlor in Nordrhein-Westfalen sämtliche von ihr gehaltene Ratsmandate. Sie ist damit auch in Räten ihrer Hochburgen Bottrop und Gladbeck nicht mehr vertreten. Lediglich in einer Bezirksvertretung konnte sie einen Sitz erringen. In Wülfrath gelang einer Gruppe von ehemaligen DKP-Mitgliedern der Wiedereinzug in den Rat.

Die DKP hat sich nicht mit eigenen Kandidatenlisten an der Europa- und Bundestagswahl beteiligt. Auf der nordrhein-westfälischen Landesliste der PDS zur Bundestagswahl war die DKP mit zwei Kandidaten auf den Plätzen fünf und zehn vertreten.

Ausblick 1995

Nach Einschätzung der DKP ist das Verhältnis zwischen ihr und der PDS in vielen Bereichen rationaler geworden und hat sich stabilisiert. Es sollte nach Auffassung der DKP weiter verbessert werden. Ein organisatorisches Zusammengehen von DKP und PDS ist derzeit nicht zu erwarten. Gleichwohl ist auch in Zukunft mit beiderseitigen Bemühungen zu rechnen, politisches Handeln zu koordinieren.

Auf der Landeswahlkonferenz am 22. Januar 1995 beschloß die DKP auf Empfehlung beider Bezirke, zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 1995 zu kandidieren und die Kandidatenlisten für Nichtmitglieder zu öffnen. Die PDS, die selbst in NRW nicht antritt, lehnt eine Unterstützung ab.

3.2.2 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Gründung:	1982
Sitz:	
NRW:	Essen
Bund:	Essen

Vorsitzende

NRW: Klaus Wallenstein
Bund: Stefan Engel
Mitglieder: 1994 1993
NRW: ca. 600 ca. 600
Bund: ca. 2.000 ca. 2.000
Publikationen: Rote Fahne

erscheint wöchentlich; Auflage ca. 7.000

Auf örtlicher Ebene existieren weitere Publikationen

Verlag: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, Essen

Kurzcharakterisierung

Die MLPD ist 1982 aus dem "Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands" hervorgegangen. Sie ist eine Kaderpartei der sogenannten dogmatischen Neuen Linken und bekennt sich zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung. Sie sieht es als ihre Aufgabe an, die "entscheidende Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen und ihre Kämpfe zu einem umfassenden, gegen das Monopolkapital und seinen Staat als politisches Herrschaftsinstrument gerichteten Kampf höher zu entwickeln" (Grundsatzprogramm). Das Ziel der MLPD ist der "Sturz der Monopolherrschaft" und der Aufbau des "echten Sozialismus" ("Rote Fahne vom 3. September 1994).

Organisation

Die MLPD-Bezirksverbände Rheinland und Ruhr-Westfalen haben sich am 1. November 1993 in Witten zum Landesverband Nordrhein-Westfalen der MLPD zusammengeschlossen. Er gliedert sich in Regionalverbände, Ortsgruppen und Stützpunkte.

Die MLPD setzt sich auf Bundesebene aus den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern, Berlin-Brandenburg, den Bezirken Mitte (Saarland, Rheinland-Pfalz, Hessen) und Nord (Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein) sowie den provisorischen Landesleitungen Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen zusammen.

MLPD bei Wahlen bedeutungslos

Die MLPD beteiligte sich in Nordrhein-Westfalen an der Bundestagswahl mit 18 Direktkandidaten und einer Landesliste. Sie erhielt 2.125 Stimmen (unter 0,1%). Bei den Kommunalwahlen trat die MLPD lediglich in den Städten Duisburg, Essen und Gelsenkirchen mit folgenden Ergebnissen an:

- Duisburg 0,3 %,
- Essen 0,1 %
- Gelsenkirchen 0,5 %.

Insgesamt entfielen auf die MLPD 1.818 Stimmen (1989: 1.953 Stimmen).

Die Wahlergebnisse zeigen, daß die MLPD mit ihren politischen Vorstellungen nach wie vor keine nennenswerte Resonanz findet. Dennoch ist sie 1994 mit zahlreichen Aktivitäten in Erscheinung getreten. So führte die Partei aus Anlaß des 1. Mai in einigen Großstädten Nordrhein-Westfalens Veranstaltungen durch. In einem "10-Punkte-Programm" im Hinblick auf die Bundestagswahl versprach sie unter den Bedingungen einer Gesellschaftsordnung des "echten Sozialismus" eine Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit.

Den Jahrestag des Brandanschlags in Solingen nutzte die MLPD in ihren Publikatio-

nen zu Vorwürfen gegen die offizielle Ausländerpolitik mit der Behauptung, "die reaktionäre Bonner Politik sei der Bodensatz, auf dem die neofaschistische Propaganda gedeihe".

Darüber hinaus unterhielt die MLPD internationale Kontakte, so nahmen z.B. im April 1994 Repräsentanten der Partei an einer "IV. Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Organisationen" teil.

Ausblick 1995

Mit einer Teilnahme der MLPD an der Landtagswahl in NRW am 14. Mai 1995 ist nicht zu rechnen.

Die Ergebnisse der Wahlen 1994 haben erneut gezeigt, daß die MLPD in der Öffentlichkeit keine nennenswerte Resonanz findet. Dies wird sich auch in der absehbaren Zukunft nicht ändern, da die MLPD von ihren politischen Vorstellungen nicht abweichen wird.



3.2.3 Militante Autonome

NRW: Militante autonome Gruppen existieren in fast allen größeren Städten des Landes

Anhänger: 1994 1993

NRW: ca. 950 ca. 450

Bund: mehr als 5.000 mehr als 5.000

Wichtigste Publikationen: Agitare Bene (Köln)

CLASH-Zeitung für den Widerstand in Europa Interim (Berlin) radikal

Ruhrgebietsinfo

Auf örtlicher Ebene existieren weitere Publikationen

Kurzcharakterisierung

Militante Autonome wollen die vollkommene individuelle Freiheit, Gleichheit und Selbstbestimmung des Menschen nach der ursprünglichen Lehre des Anarchismus erreichen. Sie bekämpfen das "Herrschaftssystem" nicht mit demokratischen Mitteln, sondern sind bereit, Militanz als Ausdruck der Unversöhnlichkeit mit dem Staat zu praktizieren. Insoweit gehört die Anwendung von Gewalt zur Erreichung ihrer Ziele zum Selbstverständnis militanter Autonome.

Autonome Gruppen bestehen in ihrem harten Kern aus 10 bis 20 Personen, um die sich ein weiterer Kreis von Personen gruppiert, die dieser Szene zuzuordnen sind. Autonome Gruppen waren 1994 unter anderem in den Regionen Aachen, Bonn/Rhein-Sieg, Düsseldorf, Köln, Krefeld, Wuppertal, Oberhausen, Bielefeld aktiv. Darüber hinaus liegen Hinweise auf weitere autonome Gruppen vor.

In den vergangenen Jahren wurde der Kern der gewaltbereiten Autonomen Szene in NRW mit ca. 450 Personen angegeben. Damit wurde eine Personengruppe bezeichnet, die sich an militanten Aktionen beteiligt. Die Zahl der Personen, die regelmäßig in autonomen Zusammenhängen in Erscheinung treten, wird auf 950 geschätzt.

Fortgesetzte Organisierungsdiskussion bisher ohne Ergebnis

Autonome Gruppen setzten 1994 Versuche zur Verbesserung ihrer Zusammenarbeit fort.

Die seit 1992 in Erscheinung getretene "Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation" (AA/BO) bemühte sich auch 1994, über die Thematik "Antifaschismus" Strukturen zu schaffen, die die Entwicklung eines kontinuierlichen politischen Prozesses ermöglichen. Durch den Austausch politischer Erfahrungen zwischen den Mitgliedsgruppen in zahlreichen Treffen hat sich die AA/BO stabilisiert. Bedeutendste Gruppe der AA/BO in NRW ist die "Antifa Bonn/Rhein-Sieg". Dieser Gruppierung wird eine Reihe von Straftaten zugerechnet.

Durch eine "Initiative zum Aufbau einer bundesweiten revolutionären Organisation" ist ein weiterer Versuch bekannt geworden, die politische Arbeit des autonomen Spektrums neu zu organisieren.

Parallel dazu gibt es Bemühungen, einen besseren Informationsaustausch und eine bessere Koordinierung der politischen Tätigkeit bestimmter Gruppen zu erreichen, ohne dabei verbindliche Strukturen aufzubauen.

Die AA/BO scheint die größten Entwicklungschancen zu haben, obwohl feste und verbindliche Strukturen dem autonomen Selbstverständnis immer noch wesensfremd sind, wie die inzwischen mehrjährige Organisierungsdiskussion zeigt.

Autonomen-Liste erringt Achtungserfolg

Die von Wuppertaler Autonomen zur Europawahl gegründete Partei "Die Unregierbaren - Autonome Liste" konnte überraschend bundesweit die notwendigen 4.000 Unterstützungsunterschriften zur Teilnahme an der Wahl sammeln. Die gemeinsame Liste für alle Länder umfaßte 6 Kandidaten aus Wuppertal und Solingen. Auch wenn der Stimmenanteil von 0,1 % in NRW auf die Bedeutungslosigkeit der Partei hinweist, konnte sie mit 8.645 Stimmen in NRW und 37.672 Stimmen bundesweit einen unerwartet hohen Zuspruch erzielen. In Wuppertal erreichte sie mit 593 Stimmen 0,4 % der Wählerstimmen. Obwohl das Wahlziel, staatliche Mittel zu erlangen, nicht erreicht wurde, konnte ein weiteres Ziel, die Möglichkeiten eines Wahlkampfes für autonome Agitation zu nutzen, teilweise erreicht werden. Eine ernsthafte Beteiligung am parla-

mentarischen System durch Mandate war zu keinem Zeitpunkt beabsichtigt. An den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen beteiligten sich die "Unregierbaren" nur in Wuppertal, wo sie mit 110 Stimmen (0,1%) erheblich weniger Wählerstimmen erhielten als bei der Europawahl.

Aktionen

Autonome Gruppen traten auch 1994 durch eine von Gewaltbereitschaft geprägte Ablehnung des Staates in Erscheinung. Ihre durch "Militanz" (d. h. durch Gewaltanwendung und sonstige Rechtsverstöße) gekennzeichneten Aktionen sind Teil ihres politischen Selbstverständnisses. Nachfolgend sind beispielhaft Aktionen genannt, die Autonomen zugeordnet wurden bzw. an denen Autonome beteiligt waren.

Zur Erinnerung an die Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 wurde auch in Nordrhein-Westfalen innerhalb des linksextremistischen Spektrums zu örtlichen demonstrativen Aktionen in verschiedenen Großstädten mobilisiert. Die Demonstrationen verliefen bei relativ geringer Beteiligung weitgehend friedlich. Erwähnenswert ist die demonstrative Aktion am 29. Januar 1994 in Düsseldorf-Gerresheim, an der ca. 700 Personen teilnahmen, davon schätzungsweise 300 aus dem gewaltbereiten linksextremistischen/autonomen Spektrum. Vor der Videothek des REP-Kreisvorsitzenden Düsseldorf, an der die Demonstration bewußt vorbeiführte, kam es zu einem Zwischenfall, als ein Demonstrationsteilnehmer eine Leuchtkugel mit einer Handfeuerwaffe abschoß.

In der Nacht vom 23. zum 24. Februar 1994 wurden ein Ausstellungsraum einer Wuppertaler Firma sowie ein Firmen-LKW durch Buttersäure beschädigt, außerdem wurden die Reifen zerstochen. Der Geschädigte hatte zu dieser Zeit eine Funktion bei den REP in Wuppertal inne. Schriften des autonomen Spektrums griffen ihn mehrfach an und riefen auch dazu auf, "etwas gegen ihn zu unternehmen". In der März-Ausgabe der Schrift "Zeitzünder" (Infoblatt des autonomen Zentrums) wurde eine Tatbekennung bezüglich des "Buttersäureanschlages" veröffentlicht.

In der Nacht zum 10. März 1994 wurden in Bonn zwei PKW's von FAP-Sympathisanten beschädigt. In der Nähe der Fahrzeuge wurden mehrere Handzettel mit folgender Aufschrift vorgefunden: "*Dieses Auto wird von dem Neonazi ... (Name des Betroffenen) ... benutzt. In nächster Zeit wird er seinen Terror mit diesem Gefährt wohl nicht mehr in der Umgebung verbreiten.*"

Zum 1. Mai 1994 fanden in verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens vornehmlich von Autonomen organisierte "revolutionäre 1. Mai-Demonstrationen" statt, die weitgehend friedlich verlaufen sind. Herausragend war die Demonstration in Wuppertal, an der Personen der militanten autonomen Szene größtenteils verumummt teilnahmen. Im Verlauf der Veranstaltung kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen Polizeibeamte und erheblichen Sachbeschädigungen unter anderen durch Farbsprühaktionen und durch das Umwerfen des Autos eines REP-Mitglieds.

**antifaschistische
demonstration**



**Gegen
die faschistischen
Zentren
vorgehen!**

5.2.94

12 Uhr: Abfahrt mit Bus / Pkw
Bielefeld (Sieker Endstation)

13 Uhr: Demo
losgehts vom "Eichenkrug", Pivitsheide



Infos bei unabhängige Antifa Bielefeld (c/o Infoladen Anschlag...); organisiert in der : 

Demonstrationsaufruf der AA/BO

Am 8. Juli 1994 wurde festgestellt, daß mehrere Scheiben im Eingangsbereich des Amtsgerichts Bonn und im angrenzenden Landgericht Bonn zerstört worden waren. Es entstand Sachschaden von ca. 16.000 DM. Hierzu ging bei einer Bonner Zeitung am 10. Juli 1994 ein Selbstbezeichnungsschreiben ein, in dem auf die staatsanwalt-schaftlichen Maßnahmen gegen die Autonome Antifa (M) in Göttingen Bezug ge-nommen wurde, gegen die die Generalstaatsanwaltschaft Celle wegen des Verdachts der Mitgliedschaft oder Unterstützung einer kriminellen Vereinigung ermittelt. Im Zuge dieser Ermittlungen wurden am 5. und 6. Juli 1994 in Göttingen und an anderen Or-ten insgesamt 22 Objekte durchsucht.

Im Rahmen einer Aktionswoche des linksextremistischen Spektrums gegen zu erwar-

tende Gedenkveranstaltungen von Rechtsextremisten zum Heiß-Todestag wurde in Nordrhein- Westfalen u.a. in Szenepublikationen, Flugblatt- und Plakataktionen hauptsächlich zu zwei Veranstaltungen am 12. August 1994 in Bonn gegen einen FAP-Funktionär und in Düsseldorf gegen die FAP mobilisiert. Nach Angaben der Polizei nahmen an der Düsseldorfer Demonstration ca. 500 Personen teil, u.a. auch Personen der "antifaschistischen Szene" Köln und Bonn.

Im Vorfeld der Demonstration in Bonn, bei der die Wohnung eines Rechtsextremisten "besucht" werden sollte, kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten, in deren Verlauf eine Person verletzt wurde.

In der Nacht zum 15. August 1994 beschädigten Unbekannte das Privatauto eines Beamten des polizeilichen Staatsschutzes beim Polizeipräsidium Wuppertal. Sie suchten gezielt nach dessen Fahrzeug, zerstachen die Reifen, schlugen Front- und Heckscheibe ein und sprühten auf die Motorhaube die Parole: "Kampf dem Staatsschutzterror".

Vor allem die Parole deutet darauf hin, daß es sich bei dieser Aktion um die Fortsetzung von Übergriffen "Autonomer" gegen Polizeibeamte in Wuppertal handelt. Bereits Anfang 1994 fanden Aktionen gegen die Wuppertaler Polizei statt. In diesem Zusammenhang kündigte die Partei der "Unregierbaren" im Wuppertaler autonomen Szeneblatt "Zeitzünder" (Mai 1994) einen "Schnüffler-Aktionstag" an. Eine ihr sehr nahestehende Gruppe "BürgerInnen beobachten die Polizei" werde an einem noch zu benennenden Tag eine "Gegenobservation" starten. Dazu wurde den Beamten ein "buntes Programm" angekündigt: "Die Nachbarn werden ausgefragt, die EhegattInnen angeworben, die Haustiere entführt und vieles mehr". Bei der Durchführung der "Aktion" vor der Wohnung eines Polizeibeamten am 27. Mai 1994 kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei, bei denen mehrere Personen verletzt wurden. Am 22. August 1994 wurden vor einem unbesetzten Polizeiposten in Solingen zwei Autoreifen in Brand gesetzt und ca. 15 Selbstbeziehungsschreiben zum Thema "Kurdistan" in einen Vorgarten geworfen. In dem Selbstbeziehungsschreiben, das mit der Bezeichnung "kommando zivilcourage jetzt" endet, werden Forderungen nach einem Abschiebestopp in die Türkei, der Aufhebung des Verbotes kurdischer Organisationen und Vereine in der Bundesrepublik Deutschland und der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des kurdischen Volkes, erhoben.

Am 5. November 1994 wurden im Stadtgebiet von Bonn Flugblätter der militanten autonomen "Antifa Bonn/Rhein-Sieg" mit der Überschrift "Stoppt Nazi-Zeitungen" und "Gegen faschistische Hetze unter dem Deckmantel der demokratischen Meinungsfreiheit" verteilt. In dem Flugblatt wird gegen rechtsextremistische Publikationen agitiert, und es werden insgesamt 20 Kioske und Zeitschriftenhändler mit Anschriften aufgeführt. Weiter heißt es, daß "...die meisten KioskbetreiberInnen trotz Aufklärung über die Inhalte der von ihnen vertriebenen nationalistischen Zeitungen/Zeitschriften und trotz mehrfacher Aufforderungen den Verkauf dieser Blätter nicht einstellen" und diese Tatsache "... die Eigeninitiative der BürgerInnen notwendig" macht.

Nachdem die Festnahme von zwei Studenten aus Bonn am 12. November 1994 in der Türkei wegen Unterstützung der kurdischen PKK bekannt geworden war, wurde im Bonner Szenebuchladen "Le Sabot" durch Aushang zur Teilnahme an einer Solidaritätskundgebung am 18. November 1994 in Bonn aufgerufen. Gegen Mittag des 18. November versammelten sich ca. 200 Personen, darunter auch Angehörige der örtlichen autonomen und sonstigen linksextremistischen "Antifa"-Szene in Bonn. Sie

zogen an den Rand der Bannmeile des Bundestages. Nach Verteilung von Flugblättern und Vorzeigen von Transparenten wurde dort die Veranstaltung mit einer Abschlußkundgebung beendet. Im gleichen Zusammenhang stand auch die am 22. November 1994 vor der türkischen Botschaft in Bonn durchgeführte Solidaritätskundgebung für die Inhaftierten. Am selben Tag fand eine Kundgebung vor dem türkischen Generalkonsulat in Düsseldorf mit ca. 60 Teilnehmern aus Düsseldorf und Umgebung, die teilweise aus dem linksextremistischen Spektrum stammen, statt. Mehrere Redebeiträge befaßten sich mit der Kurdenproblematik und der Festnahme der beiden Studenten.

Am 25. November 1994 veranstaltete die Bonner "Informationsstelle Kurdistan" eine Protestkundgebung gegen das Verbot kurdischer Organisationen. Zur Teilnahme wurde in Flugblättern und Mailboxen aufgerufen. Die Veranstaltung stand unter dem Motto: "Sofortige Aufhebung der Verbote gegen die PKK, ERNK und andere kurdische Organisationen und Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland!" Wegen schlechter Witterungslage erschienen jedoch zur Demonstration lediglich etwa 20 Personen mit Transparenten.

Gewalttätige Aktionen anläßlich von Wahlen

Anläßlich der Wahlen im Jahr 1994 beteiligten sich autonome bzw. linksextremistisch beeinflusste "Antifa-Gruppen" an zahlreichen, teilweise gewalttätigen Aktionen, vor allem gegen die DLVH, REP und NPD. Im folgenden werden dafür einige Beispiele genannt:

Am 16. März 1994 demonstrierten 70 bis 80 Personen vor dem nach Köln-Deutz verlegten Büro der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) unter dem Motto "Nazis in Deutz!" gegen die DLVH und deren Wahlkampf. Unter den Demonstrationsteilnehmern befanden sich etwa 30 Angehörige einer linksextremistischen türkischen Organisation sowie Angehörige der autonomen/sonstigen linksextremistischen "Antifa-Jugendzene" und des RAF-Umfeldes. Von den Demonstranten wurden Transparente entrollt, Flugblätter verteilt und Parolen skandiert.

Ein am 2. April 1994 in der Kölner Innenstadt von der DLVH errichteter Infostand wurde in der Mittagszeit von 15 bis 20 Personen, die der linksextremistischen "Antifa"-Szene zugerechnet werden, angegriffen und zerstört. Hierbei wurden auch etliche Kisten Flugblätter und Zeitschriften der DLVH ausgekippt und aufgrund der Witterung unbrauchbar. Zwischen den Tätern und den anwesenden vier Mitgliedern der DLVH kam es zu Rempelen.

Am 13. Mai 1994 wurde in Wuppertal ein Lautsprecherwagen der REP, in dem mehrere Personen saßen, von zwei bisher unbekanntem Männern mit Pflastersteinen beworfen. Dadurch wurden Scheiben der Beifahrerseite im Kopfbereich beschädigt.

Bonner "Gruppe Jupp Messinger" bezieht sich auf AIZ-Terroristen

In kurzen Zeitabständen trat die vermutlich aus dem Bonner autonomen "antifaschistischen" Spektrum gebildete "Gruppe Jupp Messinger" in Erscheinung. Die Gruppe bezichtigt sich selbst, seit Herbst 1993 fünf Anschläge verübt zu haben, die Sachbeschädigungen verursachten:

- Am 3. November 1993: Das Haus der Burschenschaft Frankonia in Bonn wurde mit Farbbeuteln verschmiert, Fensterscheiben wurden zerstört,
- 22. Februar 1994: Gleichartige Sachbeschädigungen beim Bundesamt für Wehrtechnik in Bonn,
- In der Nacht zum 2. Juni 1994 bewarfen unbekannte Täter die Bonner Nieder-

lassung des Sicherheitsdienstes Kötter mit Farbbeuteln. Außerdem wurden Scheiben eingeworfen und Parolen wie "Kampf den Privatbulln" und "Kampf den Abschiebeknästen" aufgesprüht. In dem autonomen Szeneblatt "Interim", Ausgabe Nr. 290, erschien daraufhin mit dem Text der genannten Parolen eine Selbstbezeichnung der "Gruppe Jupp Messinger" zu der Aktion. Hierin wird erklärt, daß sich die Firma Kötter in bezug auf die Bewachung von "Abschiebeknästen" in die Reihe derer einfüge, "die Flüchtlinge lieber Folterstrafen überlassen als ihnen hier Aufenthalt zu gewähren"... "Im Zuge des Ausbaus des deutschen bzw. europäischen Repressionsapparats boomen die privaten Sicherheitsdienste".

- In der Nacht zum 22. Juni 1994 warfen Unbekannte die Scheiben des Büros des "Ring Christlich-Demokratischer Studenten" (RCDS) und am 29. Juni 1994 eine Fensterscheibe der CDU-Kreisgeschäftsstelle in Bonn ein. Am Nachbarhaus des RCDS-Büros wurde die Tatbekennung "Gruppe Jupp Messinger - Kippt den nationalen Konsens" aufgesprüht. Eine Selbstbezeichnung der "Gruppe Jupp Messinger" aus Anlaß der beiden Gewalttaten am 22. und 29. Juni 1994 in Bonn endete mit einer Solidaritätserklärung an die terroristische AIZ.

3.2.4 Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)

Gründung: 1986
Sitz:
NRW: Köln
Bund: Köln
Mitglieder: 1994 1993
NRW: unter 100 ca. 100
Bund: unter 200 unter 300
Publikation: Sozialistische Zeitung - SOZ -
erscheint vierzehntäglich; Auflage: 2.000

Die VSP ist 1986 aus einem Zusammenschluß der u.a. maoistisch orientierten "Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten" (KPD) mit der trotzkistischen "Gruppe Internationale Marxisten" (GIM) hervorgegangen. Sie ist eine Kaderpartei der "Neuen Linken" mit sozialrevolutionären Vorstellungen. Ihre Anhänger kommen aus unterschiedlichen politischen Strömungen des Linksextremismus. Die VSP sieht es als ihre Aufgabe an, "einen Beitrag zur Schaffung einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei zu leisten". Diese soll nach einer "revolutionären Umwälzung" die politische Macht im Staate ausüben.



SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Nr. 5 9. Jahrgang 10.3.1994 DM 2,50

8.3.: Gewerkschaften
Getrennt bleiben sie schwach

Viel sprach 1994 dafür, Freisetzung und Frauenförderung 1994 mit den Tarifverträgen zu verbinden. Etwas entsprechende Beschlüsse der Gewerkschaften gab es auch im Vorfeld. Wie sah das in der tatsächlichen Wirklichkeit aus? Die 10. März-Sitzung legte die Verhandlung, Spitzensprache und Abschluss vor dem 8.3. — keiner hätte sie daran gehindert, alles aus fünf Tage nach hinten zu verschieben und am 8.3. zurückzuführen. Die ÖTV hat für Spitzensprache am 9./10.3. Am 8.3. jedoch Klausur Wasserwerk. In Hamburg rief die HDV, wie sonst von den Schwermetallen praktiziert die Verfallensform auf, sich am 8.3. mit dem Bundesrat in die Kaufhäuser zu setzen. Die HDV-Betriebsrat — Kohle auch Betriebsrat — hätten ab. Das heißt: „den Verkaufsfeld“. Sie legt anheim: die Massenproduktions!

Inhalt

- Ausfall Sozialpolitik der REP 5.8
- Bruno Paris 5.8
- Betrieb & Gewerkschaft Tarifverträge 5.5
- Stauben General Motors 5.6
- Franken Frauenrechtstag 5.7
- Innenpolitik Wahlprüfung der Grünen 5.3
- Inspizierender Minister 5.11
- Internationale Atomenergie 5.2
- Senegal 5.2
- Beitrag 5.4+5.12
- Wahlkreis 5.12
- Palästina 5.11
- Magazin 5.11
- Sachsen-Laut 5.14
- Ökologie 5.11
- Klimatopik Alternativen 5.9
- Kritik am Tarifvertrag 5.10

Nach dem Massaker von Hebron

Durch das Massaker von Hebron sind die Friedensverhandlungen massiv gestört worden, vor allem wenn sich bestätigt, daß dem Geheimdienst Informationen vorliegen, wonach sie bereits vor Monaten da-

von in Kenntnis gesetzt wurden, daß ein Attentat vorbereitet würde. Auf S.13 ein Interview mit der Generalvertreterin der PLO in Frankreich, Laila Shahid; auf S.3 ein Kommentar.

Viel Lärm um nichts oder „neue Qualität“?

Metalltarifabschluß bringt weniger Geld und mehr Flexi

Geht, wie sich die dem vorigen, Lohnsteigerungen bis zu 15 Prozent zu realisieren, und sich dann mit der „absoluten Null“ zufriedenzugeben, antwortet der Präsident von Gesamtmetall dem Handelsblatt (7.3.), jetzt hätten doch die Betriebe durch die Öffnung des Flexibilitätsvertrages die Möglichkeit, ihre eigenen Kostenkataloge zu erstellen. „Doch lege ich keinen Wert darauf, dies besonders zu betonen. Immerhin muß die IG Metall noch durch eine Erhöhung der Lohnsätze weiter erdrosselt werden.“

Auf dem ersten Blick erscheint es, als habe es in der Metalltarifabschluß viel Lärm um nichts gegeben. Gesamtmetall scheint nicht gegonnen, die IG Metall nicht verlohren zu haben. Bei vielen Kolleginnen und Kollegen heißt es, man habe sie gedacht, daß sowas noch ohne Streik rauskommen könne. Auf dem zweiten Blick ist zu erkennen, daß der Begriff „absolute Null“ nicht zutrifft.

Die Beschäftigten in der Metallindustrie werden 1994 reale Lohnsteigerungen von 1,2 Prozent zu erwarten sein, die die IG Metall als „neue Qualität“ eingestuft hat — auf mehrere hundert Mark im Jahr belaufen. Zwar wurde

Metalltarifabschluß „nur“ geändert, daß nun die Überstunden für keine drei Monate nicht mehr in die Berechnung eingehen. Doch beträgt kein „Wachstumslohn“ es für die Betriebe, die nicht überörtlich zahlen, zehn Prozent Abzug (50 statt 60 Prozent).

Beim dritten Blick wird deutlich, welcher Trend in dem Daten-Beschäftigungssicherungsabkommen“ stehen, den Teil des Tarifvertrages und erst Ende 1995 kündbar ist. Dieses kann in viele Bereichen eine wirkungsvolle Flexibilisierung der Arbeit mit sich bringen. Damit können erhebliche zusätzliche Beschäftigungs-

minderungen verbunden sein (bis zu 20 Prozent). Vor allem durchführt es den Flexibilitätsvertrag und damit auch die Solidarität und den gewerkschaftlichen Zusammenhalt.

Flexibilisierung bei vollzeit- und teilzeit- Beschäftigungsgarantie heißt im übrigen: Weniger Arbeitsplätze für gleiche Arbeit. Dies steht im Gegensatz des Behaupteten der „Einzelbeitrag zur Erhaltung der Erwerbsfähigkeit“. So schürt auch Graf Landwehroff das Abkommen ein: „Herrn sei „eine neue Qualität in der deutschen Tarifpolitik erreicht worden.“

Wolfgang Wagner, Artikel S.3

Balkan-Friedenspolitik nach deutscher Art

Massenabschiebungen nach Serbien, Kosovo, Mazedonien

Während deutsche Politiker des einen NATO-Konzeptes mit direkter Bundeswehrbeteiligung — aus humanitären Erwägungen heraus, versteht sich — begrüßen, beschließen sie gleichzeitig, den kriselnden Parteien neue Schlägereien sowie neuen Konsumgütern und Folteropfer zu liefern.

Ende 1993 war Nordalbanien wieder mit seiner Forderung nach einem (bundesweit) weichen Abschiebeprogramm für Kosovo-AlbanerInnen, bei der Internationalen Strafgerichtshof geschickt. Die Landesregierung bekundete öffentlich ihr Bedauern — und traf sich mit dem ersten Bundesland (Kontext: Vorbereitung zur Abschiebung. Nach am 3. März, während einer Debatte im Landtag

über einen Gefährdungszustand nach Japan, „erwachte“ besonnen der Senat den Eindruck, als ob die Kosovo-AlbanerInnen Abschiebungen tatsächlich unmöglich seien und sie nicht abschiebbar wären.“, wie die NRW-Grünen in einer Pressemitteilung herausheben. Zu diesem Zeitpunkt war die Abschiebung schon beschlossen.

„Ich liebe die Ausländerbehörden. Ihre Berichte zu unterrichten“, endet die Abschiebung der Bundesminister von NRW vom 25.2.94, und zwar darüber, „daß lediglich Abschiebungen nach Kosovo-Albanien auf dem Luftweg möglich sein werden. Bislang ist dem 10.3.1994 werden von Flughafen Düsseldorf Charterflüge nach Tirana (Kosovo) durchgeführt. In den letzten Wochen sind die abschiebenden Ausländer mit Bus transfer zur serbischen Grenze ge-
weicht. Als weitere Termine sind mit der Fluggesellschaft vorerst Flüge für den 17.03. und 31. März 1994 abgestimmt. Die Flugscheine bezahlte mit dem Geld des „Reintegrationsprogramms“ der Bundesländer des NRW mit Rumänien — ähnlich wie mit Mexiko — abgeschlossen hat, um die Abschiebungen humanitär zu kaschieren, die Firma werden von dem Geld des „Reintegrationsprogramms“ zur Sicherheit mit einem zu Grunde gekommen, dadurch sind in negativem verhalten allerdings nun Flüchtlinge aus Rumänien.

Es sollen sich mehr als 200.000 Flüchtlinge aus Rumänien auf dem Flughafen in der BRD aufhalten, als ob es sich um 200.000 Flüchtlinge handelte, die die Armee Rumänien ein willkommenes Material an neuen Soldaten, denn Männer im wehrtauglichen Alter sollen nach Griechenland emigrieren werden. Unter den „Reintegrations“ in der BRD sind allein in NRW mehr als 20.000 Kosovo-AlbanerInnen, die selbst nach dem Lagerort des Bremer Anwergeortes in ihrer Heimat von den Behörden verweigert werden, außerdem zahlreicher Angehörige anderer nationaler Minderheiten, wobei die Roma der Kosovo-AlbanerInnen Unterdrückung erdulden — nicht nur in Rumänien, sondern in der Republik Serbien, die er nur nicht mehr wie bei vor wenigen Monaten die Todesstrafe, aber langjährige Freiheitsstrafen bekommen. (In Rumänien dagegen — wenn es in noch kein Abschiebeprogramm, deswegen Tausende von Kriegsgefangenen und Deserteuren, die er nur nicht mehr wie bei vor wenigen Monaten die Todesstrafe, aber langjährige Freiheitsstrafen bekommen. (In Rumänien dagegen — wenn es in noch kein Abschiebeprogramm, deswegen Tausende von Kriegsgefangenen und Deserteuren, die er nur nicht mehr wie bei vor wenigen Monaten die Todesstrafe, aber langjährige Freiheitsstrafen bekommen.)

Das NRW-Immigrationsamt versuchte am 7. März, es wurde nicht ohne Erfolg durchgeführt, ob Geflüchtete im Land und Leben besteht, abgewiesen. Das ist wenig befriedigend! Bekannt sind die massenhaften „Einreisegeschichten“, wo sich die Flüchtlinge auf dem jeweiligen Namen registrieren und annehmen die gleich- oder fast gleichbedeutende abschiebenden Begründung folgt.

Angelika Priem

Kosten runter
Tarifrunde '94

Profite rauf!

mausblick

Nach ihrem Statut gliedert sie sich in Landesverbände und Ortsgruppen. In Nordrhein-Westfalen gibt es einige Ortsgruppen. Die derzeit bundesweit weniger als 200 Personen umfassende VSP dürfte im wesentlichen unter der Leitung der 15 Mitglieder starken SOZ-Redaktion stehen. Die VSP konzentriert ihre Parteiarbeit auf die Herausgabe ihres Zentralorgans SOZ. Agitationsfelder des Blattes sind insbesondere die Außenpolitik, die Wirtschafts- und Sozialpolitik, das Ausländer- und Asylrecht. Die Zeitung bemüht sich, die Bundesrepublik Deutschland als einen an imperialen Zielen orientierten, von nationalistischen und rassistischen Ideen geprägten, unsozial handelnden Staat darzustellen. Die VSP ist mangels neuer politischer Ideen in eine krisenhafte Lage geraten. Die i-

157

deologischen Auseinandersetzungen in der Partei haben sich seit dem Zusammenbruch des "realen Sozialismus" verschärft und zu einem erheblichen Mitgliederverlust geführt. Andererseits erhält die VSP möglicherweise durch die Wahl eines ihrer Spitzenfunktionäre in den Bundestag Auftrieb. Dieser über die PDS-Landesliste Baden-Württemberg in den Bundestag gelangte Redakteur der Sozialistischen Zeitung - SOZ - hat bereits erklärt, er werde "weiter für die SOZ und in deren Redaktion arbeiten".

3.3 Linksextremistische Publikationen, Verlage, Vertriebe, Medien

3.3.1 Publikationen

3.3.1.1 Agitare Bene

Die monatlich erscheinende Schrift "Agitare Bene" wird unter einer Kölner Kontaktadresse herausgegeben. Die anonymen Herausgeber sind dem autonomen Spektrum zuzurechnen. Sie versuchen die Diskussionen in der radikalen/revolutionären Linken über Ziele und Strategien dieses politischen Spektrums zu fördern.

Agitare bene druckte 1994 jeweils zeitnah die Taterklärungen der terroristischen AIZ sowie der Bonner "Gruppe Jupp Messinger" und beteiligte sich an der Mobilisierung gegen den EU- Gipfel im Dezember 1994 in Essen.

3.3.1.2 "Antifaschistische" Publikationen von Linksextremisten

"Antifaschistische" Gruppierungen und Publikationen sind als solche nicht Gegenstand der Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Sie werden nur dann beobachtet, wenn sie von Linksextremisten getragen oder zumindest maßgeblich beeinflusst werden.

In den Publikationen der "Antifa"-Gruppen werden u.a. "Tips und Trix" für "Antifas" veröffentlicht. Dazu zählen beispielsweise:

- Hinweise zur Organisierung "antifaschistischer" Gruppen,
- Veröffentlichungen von Veranstaltungen rechtsextremistischer Personen und Gruppierungen,
- Veröffentlichung von Namen, Bildern und Adressen von Rechtsextremisten und deren Wohnanschriften und Treffpunkten.

Beispiele für "Antifa"-Publikationen sind:

- "Antifa-Jugendinfo"-Ausgabe Bonn/Rhein-Sieg; Herausgeber ist die autonome "Antifa- Jugendfront" Bonn/Rhein-Sieg mit Kontaktadresse "Büro für politische Kulturarbeit" in Bonn, Auflage: 3000;
- "Krass"-Kölner "Antifa"-Info; Herausgeber ist die autonome "Antifa"-Szene in Köln. Auflage: 2700;
- "Antifaschistische Nachrichten"; Herausgeber sind im wesentlichen verschiedene Personen und Gruppen des linksextremistischen Spektrums. Die Schrift erscheint vierzehntäglich im Verlag GNN des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK);
- "Antifa-Nachrichten NRW", Kontaktanschrift: Infoladen in Wuppertal.

3.3.1.3 Arranca

Die Berliner Gruppe "Für eine linke Strömung" (F.e.l.S.) gab erstmals 1993 ihre neue Publikation "Arranca! - Zeitung für eine radikale Linke" heraus. Die drei- bis viermal im Jahr erscheinende Schrift beschäftigt sich mit der auch in NRW geführten Szenedis-

kussion über eine "Sammlungsbewegung" verschiedener linksextremistischer Gruppierungen und Einzelpersonen. Sie dient der Gruppe als Medium, das den "Organisationsprozeß" begleiten und weitertreiben soll. Auch 1994 wurden Aktivitäten von F.e.I.S. in NRW nicht bekannt.

"Arranca" (spanisch: Losmachen, Starten, Anfangen) verstehen die Initiatoren als Imperativ: "leg endlich los!": "Wir legen los, weil wir es notwendig finden, für die Organisationsdiskussion jenseits der Vorschläge zum 'Aufbau einer kommunistischen Partei' eine eigene Zeitung zu schaffen."



3.3.1.4 Clash

Herausgeber von "Clash-Zeitung für Widerstand in Europa" sind nach eigenen Anga-

ben "Betreiber und Anhänger autonomer Infoläden aus dem In- und Ausland". Das Szeneblatt, das vierteljährlich in Deutsch und Englisch mit einer Kontaktadresse in den Niederlanden mit einer Auflage von ca. 2.000 Exemplaren erscheint, will die "europäische Dimension des Kampfes deutlich machen" und die Kommunikation der "Genossen" in den einzelnen Ländern verbessern.

3.3.1.5 Interim

Die wöchentlich in Berlin erscheinende autonome Schrift "Interim" hat als eine der wenigen örtlichen autonomen Schriften bundesweite Bedeutung. Sie dient als "Infoblatt" und "Diskussionsplattform" für das gewaltbereite linksextremistische Spektrum.

3.3.1.6 radikal

Die unregelmäßig erscheinende "Untergrundschrift" "radikal" wird von Unbekannten mit einer Kontaktanschrift in den Niederlanden herausgegeben. Es werden Positionen autonomer und antiimperialistischer Gruppen einschließlich des terroristischen Umfeldes vertreten und unterstützt.

3.3.1.7 Ruhrgebietsinfo

Die Schrift "Ruhrgebietsinfo" erscheint unregelmäßig. Die bisher unbekanntem Verfasser bzw. Herausgeber werden aufgrund des eindeutig linksextremistischen Inhalts und der Diktion dem autonomen Spektrum zugeordnet.

3.3.2 Mailboxen

Mailboxen werden innerhalb des linksextremistischen Spektrums weiterhin intensiv als Kommunikationsinstrument genutzt. Neben dem Informationsaustausch auf nationaler Ebene werden über internationale Vernetzungen durch das "European Counter Network" (ECN) Nachrichten und Aufrufe weltweit ausgetauscht. Mailboxsysteme sind in einem Großteil der Infoläden des autonomen Spektrums eingerichtet. Von herausgehobener Bedeutung ist für den bundesdeutschen Bereich das "Spinnennetz". Über eine auch von Linksextremisten genutzte Mailbox wurde im Juli 1994 ein Interview mit Betreibern des "SpinnenNetz" Bonn verbreitet. Unter der Überschrift "Das SpinnenNetz - 'der Infoladen der RAF'?" wird zunächst klargestellt, daß die dargelegte politische Einstellung nur für SpinnenNetz Bonn, nicht jedoch für den Gesamtverbund "SpinnenNetz" gilt. Nach den Angaben der Betreiber haben sich diese vor ca. 2 Jahren zusammengefunden, um die gemeinsame politische Kommunikation und Organisierung unter den aktiven Gruppen und Organisationen der radikalen und revolutionären Linken fördern zu können. Bestätigt wird die Zusammenarbeit von "SpinnenNetz Bonn" mit der militanten autonomen "Antifa Bonn/Rhein-Sieg" und der AA/BO. Es bestünden auch Kontakte zu in- und ausländischen Mailboxbetreibern. Als politisches Ziel wird der Kampf für den Kommunismus angegeben. Den "politischen Strategen des Kapitals" wird unterstellt, sie wollten einen starken Start inszenieren, "indem sie die Faschisten benutzen und an der langen Leine führen und Terror ausüben lassen". Für die Zukunft wird prognostiziert, "dieses Land steuert längerfristig auf Verhältnisse zu, die wir immer allzugerne auf den südlichen Teil dieser Erde beschränkt sehen wollten. Es wird auch bürgerkriegsähnliche Zustände geben". Als kritische Bemerkung in Richtung der eigenen Bewegung wird festgestellt, "der radikalen Linken fehlt es nicht an praktischen Betätigungsfeldern, sondern ihr fehlt es vor allem an Theorie und Organisation. Sie hat als gesellschaftliche Kraft keinen Plan von Revolution - von den konkreten Schritten, die es zu organisieren gilt."

3.3.3 Infotelefone

Als ein Kommunikationsmittel bedient sich das linksextremistische Spektrum in mehreren Städten Nordrhein-Westfalens sogenannter Info-Telefone. Sie dienen der Szene vornehmlich zur schnellen Übermittlung aktueller Informationen und als Mittel zur schnellen Mobilisierung zu spontanen Aktionen und Demonstrationen.

3.3.4 Autonome Infoläden und autonome Zentren

Selbstbestimmtes Leben in "Autonome Zentren"

Unter "Autonomen Zentren" versteht die Szene die - notfalls gewaltsame - Schaffung sogenannter "rechtsfreier Räume", um ein von bürgerlichen Zwängen freies selbstbestimmtes Leben führen zu können. Ausgangspunkt hierfür waren die als "Hauskampf" bezeichneten Hausbesetzungen. Nach Abklingen der Hochphase des Hauskampfes wurden 1994 nur noch vereinzelt derartige Hausbesetzungen registriert.

Vielfältige Funktionen der "Autonomen Infoläden"

Im Kommunikationssystem der Szene erfüllen die Infoläden als "Netzknoten" vielfältige Funktionen. Unter anderem werden dort linksextremistische Schriften und Flugblätter verbreitet. Durch Plakataushänge wird auf die in der Szene aktuellen Aktivitäten und Aktionen aufmerksam gemacht. Darüber hinaus sind die Infoläden Anlauf- und Kontaktstellen für Personen des autonomen Spektrums, aber auch für Personen des terroristischen Umfeldes. Bei der Planung und Vorbereitung von Aktionen und Demonstrationen spielen die Infoläden eine wichtige Rolle. Häufig sind sie die Schaltzentralen für eine Mobilisierung und für die Weitergabe von Informationen. Dabei bedient man sich der verschiedensten Kommunikationsmittel und löst von dort sogenannte "Telefonketten" zur schnellen Mobilisierung der Szene aus. Verstärkt bedient man sich weiterhin moderner Kommunikationsmittel (z. B. Faxgeräte, Mailboxen). Autonome Infoläden/Zentren existierten 1994 in NRW in folgenden Städten: Aachen, Bielefeld, Bochum, Bünde, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Gelsenkirchen, Gütersloh, Köln, Münster, Oberhausen, Paderborn und Wuppertal. Darüber hinaus existieren in weiteren Städten Nordrhein-Westfalens autonome Szenetreffe.

Autonome Infoläden werden bevorzugt in Räumlichkeiten eingerichtet, die neben einem Verkaufslokal auch Raum für Treffen und Versammlungen der Szene und für sonstige Gruppen bieten. Die Läden werden in der Regel von einer "Ladengruppe" geführt, die sich aus Personen der Szene zusammensetzt. Eine nicht selten ungenehmigte Nutzung von Räumlichkeiten, aber auch Streitigkeiten über die Art der Nutzung, führen dazu, daß einzelne Infoläden vorübergehend geschlossen oder aufgelöst und an anderer Stelle neu eingerichtet werden.

4 Ausländerextremismus und -terrorismus

4.1 Türken

4.1.1 Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln (Kaplan-Verband - ICCB)

Sitz:	Köln	
Verbandsführer:	Cemaleddin Kaplan	
Mitglieder:	1994	1993
NRW:	ca. 1.300	ca. 1.450
Bund:	ca. 3.850	ca. 3.850
Organ:	Ümmet-i-Muhammed (Die Gemeinde Mohammeds)	

Der Kaplan-Verband besteht in der Bundesrepublik aus 74 Mitgliedsvereinen, davon in Nordrhein-Westfalen ca. 20, die zentral gesteuert werden. Die Finanzierung erfolgt durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Der Kaplan-Verband strebt den gewaltsamen Sturz des türkischen Staatsgefüges und die Errichtung eines islamischen Gottesstaates zunächst im Heimatland an. Die weltweite Verbreitung des Islam, der Kampf gegen den Kemalismus (weltliche Orientierung des türkischen Staates durch Kemal Atatürk) sowie der Ausspruch von Todesurteilen gegen abtrünnige Moslems sind Agitationsfelder des Verbandes.

Am 8. März 1994 erklärte sich der türkische Verbandsführer Cemaleddin Kaplan in der Kölner Moschee seines Verbandes vor ca. 1.500 Anhängern selbst zum "Khalifen der islamischen Nation". Wegen dieser Selbsternennung und seines undurchsichtigen Umgangs mit Spendengeldern vermehrte sich die Kritik an Kaplan im Kreis seiner Anhänger. Infolgedessen ging auch die Mitgliederzahl zurück.

Ausweisungsverfügung rechtmäßig

Gegen Kaplan wurden mehrfach ausländerrechtliche Maßnahmen erlassen. Die Ausweisungsverfügung gegen Kaplan kann aufgrund von Abschiebungshindernissen nicht vollzogen werden. Daher wird sein Aufenthalt im Bundesgebiet, der auf das Land NRW beschränkt ist, aber weiterhin geduldet.

Auf einer Jugendkonferenz seines Verbandes in Köln am 25./26. Dezember 1993 rief Kaplan die ca. 1.000 Teilnehmer auf, mit aller Kraft für den Islam einzutreten. Zu seiner Ausweisung (Verfügung vom 22. September 1993) äußerte er, selbst nach Verbannung auf eine Insel würde er die Fäden in der Hand behalten und sich für die Errichtung eines islamischen Staates einsetzen.

Trotz der Aufenthaltsbeschränkung auf das Gebiet des Landes NRW reiste Kaplan, wie die Zeitschrift Ümmet-i-Muhammed berichtete, im Mai 1994 nach Niedersachsen zur Einweihung einer Moschee in Wunstorf sowie nach Baden-Württemberg zu einer Versammlung in der Stuttgarter Ulu-Moschee.

Mit Beschluß des Verwaltungsgerichts Köln vom 24. Oktober 1994 wurde die Rechtmäßigkeit der gegen Kaplan erlassenen Ausweisungsverfügung, des Widerrufs der Ausstellung seines Reiseausweises sowie der Androhung und Festsetzung von Zwangsgeldern festgestellt. Anträge Kaplans auf vorläufigen Rechtsschutz lehnte das Verwaltungsgericht ab.

4.1.2 Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V. - Avrupa Milli Görüs Teskilatleri - (AMGT)

Sitz:	Köln
Generalvorsitzender:	Osman Yumakogullari

Mitglieder:	1994	1993
NRW:	ca. 7.200	ca. 6.200
Bund:	ca. 20.000	ca. 15.100
Publikationen:	Milli Gazete (Nationale Zeitung)	
Perspektive (deutschsprachige Beilage)		

Organisation

Die AMGT wurde 1985 als Sammelbecken der Anhänger der in der Türkei verbotenen Nationalen Heilspartei (MSP) gegründet. Nachfolgerin der MSP ist die Refah-Partei. Vorsitzender der MSP, später der Refah in der Türkei, ist Necmettin Erbakan. Der europaweiten Dachorganisation der AMGT in Köln gehören in NRW ca. 80 Organisationen und Vereine an. Die AMGT finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge, Spenden, Immobilien und Einkünfte aus Handelsunternehmen.

Sie unterstützt die türkische Refah-Partei. Ziel der islamisch-extremistischen AMGT ist es, mit legalen Mitteln das an demokratischen Werten orientierte Staatssystem der Türkei durch ein islamisches System zu ersetzen.

Ereignisse

Nach einigen Jahren der Mäßigung bringt das AMGT-Sprachrohr Milli Gazete wieder verstärkt anti-jüdische/anti-israelische Propaganda. Beispielsweise werden in einem Artikel in der Ausgabe vom 12. April 1994 die Juden als "im heiligen Koran verfluchte Nation" und als "Brutstätte des Unfriedens" bezeichnet.

Am 11. Juni 1994 veranstaltete die AMGT in Antwerpen/Belgien ihren 10. Jahreskongreß, an dem ca. 30.000 Personen, unter ihnen führende Kommunalpolitiker der Refah-Partei, teilnahmen. In seiner Abschlußrede bedankte sich Necmettin Erbakan laut Milli Gazete vom 14. Juni 1994 für die Unterstützung zu den Kommunalwahlen in der Türkei am 27. März 1994: *"Euch gebührt der Glückwunsch, Ihr habt Tag und Nacht gearbeitet; die Frauen- und Jugendorganisationen und andere Einheiten haben eine beispielhafte Arbeit geleistet. Die AMGT, die die größte Organisation der 54 Millionen (türkischen) Muslime ist, hat ihrer geschichtlichen Aufgabe Genüge getan, indem sie die Solidarität unter den Muslimen gesichert hat. Mit Eurer Unterstützung haben unsere Stadtverwaltungen Gelegenheit gefunden, das Beispiel der gerechten Ordnung vorzuführen und Milli Görüs den breiten Massen besser bekannt zu machen."* Milli Görüs bedeutet in sinngemäßer Übersetzung nationalreligiöse Anschauungsweise.

AMGT und Refah-Partei streben weiter danach, ihre Einwirkungsmöglichkeiten unter den in Europa lebenden Muslimen zu vergrößern. Dies soll u.a. mit der Gründung eines islamischen Zentrums für Europa in Bonn erreicht werden.

4.1.3 Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF) - Türk-Föderation (sog. "Graue Wölfe")

Sitz:	Griesheim bei Frankfurt/Main	
Vorsitzender:	Türkmen Onur	
Mitglieder:	1994	1993
NRW:	ca. 1.500	ca. 2.800
Bund:	ca. 3.500	ca. 7.300

Die ADÜTDF besteht in NRW aus ca. 60 Ortsvereinen (sog. Kultur- und Idealistenvereine). Infolge der Abwanderungen von Mitgliedsvereinen zu gemäßigeren Gruppen mußte die Türk-Föderation Mitgliederverluste hinnehmen, die 1993 noch nicht berücksichtigt waren.

Die ADÜTDF strebt eine extrem nationalistische und zugleich strikt antikommunistische Ausrichtung des türkischen Staates an. Sie vertritt die politischen Ziele der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) in der Türkei (Vorsitzender Alparslan Türkeş), die sich für ein großtürkisches Reich einsetzt.

Am 28. Januar 1994 fand in Duisburg eine "Kulturveranstaltung" des Vereins Ergenekon, Mitglied der Türk-Föderation, mit etwa 650 Teilnehmern statt. Bei polizeilichen Vorkontrollen wegen befürchteter Auseinandersetzungen mit linksextremistischen Türken/Kurden wurden 37 Hieb- und Stichwaffen, 5 Gas- bzw. Schreckschußpistolen, 8 CS-Gasbehälter und 4 pyrotechnische Gegenstände sichergestellt. Drei Personen wurden vorläufig festgenommen.

Vor den Kommunalwahlen in der Türkei am 27. März 1994 unternahm der MHP-Vorsitzende Türkeş Anfang Februar eine Wahlkampfreise durch Westeuropa. Vor Anhängern der Türk-Föderation warb er u.a. in Dortmund und Werl für weitere finanzielle Unterstützung der MHP. Zur PKK äußerte Türkeş: "Die PKK ist für uns kein Gesprächspartner. Wir lassen uns von Terroristen nicht provozieren."

Am 4. Juni 1994 führte die Türk-Föderation in Castrop-Rauxel ihren Jahreskongreß durch, an dem ca. 2.500 Personen aus dem Bundesgebiet und dem Ausland teilnahmen. Der Vorsitzende erklärte, daß die MHP bei den Kommunalwahlen in der Türkei nicht zuletzt dank der materiellen und personellen Hilfe der Föderation 2,5 Mio Stimmen erhalten habe.

Auf dem 17. Großen Kongreß hielt die Türk-Föderation am 26. November 1994 in Stuttgart ihre Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen ab. Vor den ca. 15.000 bis 20.000 Teilnehmern erklärte Türkeş, die Einheit der türkischen Nation, unter Einbeziehung aller Türken sowie die Übernahme der Macht seien erklärtes Ziel. Deshalb müßten alle die nationale Einheit schützen und Gehorsam gegenüber dem Parteivorsitzenden üben.

4.1.4 Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) - verboten -

Sitz:

Zentralkomitee: Istanbul

Europazentrale: Köln

Vorsitzender: Dursun Karatas

Mitglieder: 1994 1993

NRW: ca. 250 ca. 170

Bund: ca. 800 ca. 700

Publikationen: Devrimci Sol-Haber Buelteni;

erscheint unregelmäßig

Mücadele

erscheint monatlich

Der Kampf in der Türkei erscheint monatlich

Bei der Dev Sol handelt es sich um eine in der Bundesrepublik seit 1983 verbotene Kadergruppe mit konspirativen Zellen und ständigem Funktionärsaustausch. Schwerpunkte befinden sich in Köln, Bergisch Gladbach, Duisburg und Dortmund.

Politisches Ziel der Dev Sol ist es, durch eine bewaffnete Revolution ein kommunistisches System in der Türkei zu etablieren. Dazu führt sie einen Guerillakampf gegen die Türkei und unterstützt den kurdischen Freiheitskampf.

Die Dev Sol hat sich 1994 in zwei Lager gespalten: Der Oppositionsflügel benennt sich nach dem 2. Vorsitzenden Bedri Yagan, der im März 1993 in der Türkei erschos-

sen wurde. Der Yagan-Flügel wirft dem verbliebenen Leiter Dursun Karatas, um den sich die Hauptgruppe schart, Fehlverhalten vor, durch das zahlreiche Gesinnungsgenossen in der Türkei verhaftet oder getötet worden seien.

Seit Frühjahr 1994 versuchen die beiden Flügel der Dev Sol neue Organisationsstrukturen aufzubauen. Die Führung soll gestrafft und mehr Wert auf Disziplin gelegt werden. Nach eigenen Angaben hat der Karatas-Flügel in der Türkei bereits mehr Anhänger als vor dem parteiinternen Putsch.

Am 9. September 1994 nahm die französische Polizei Karatas und zwei seiner Begleiter bei einer Grenzkontrolle fest. Karatas wies sich durch gefälschte niederländische Papiere aus.

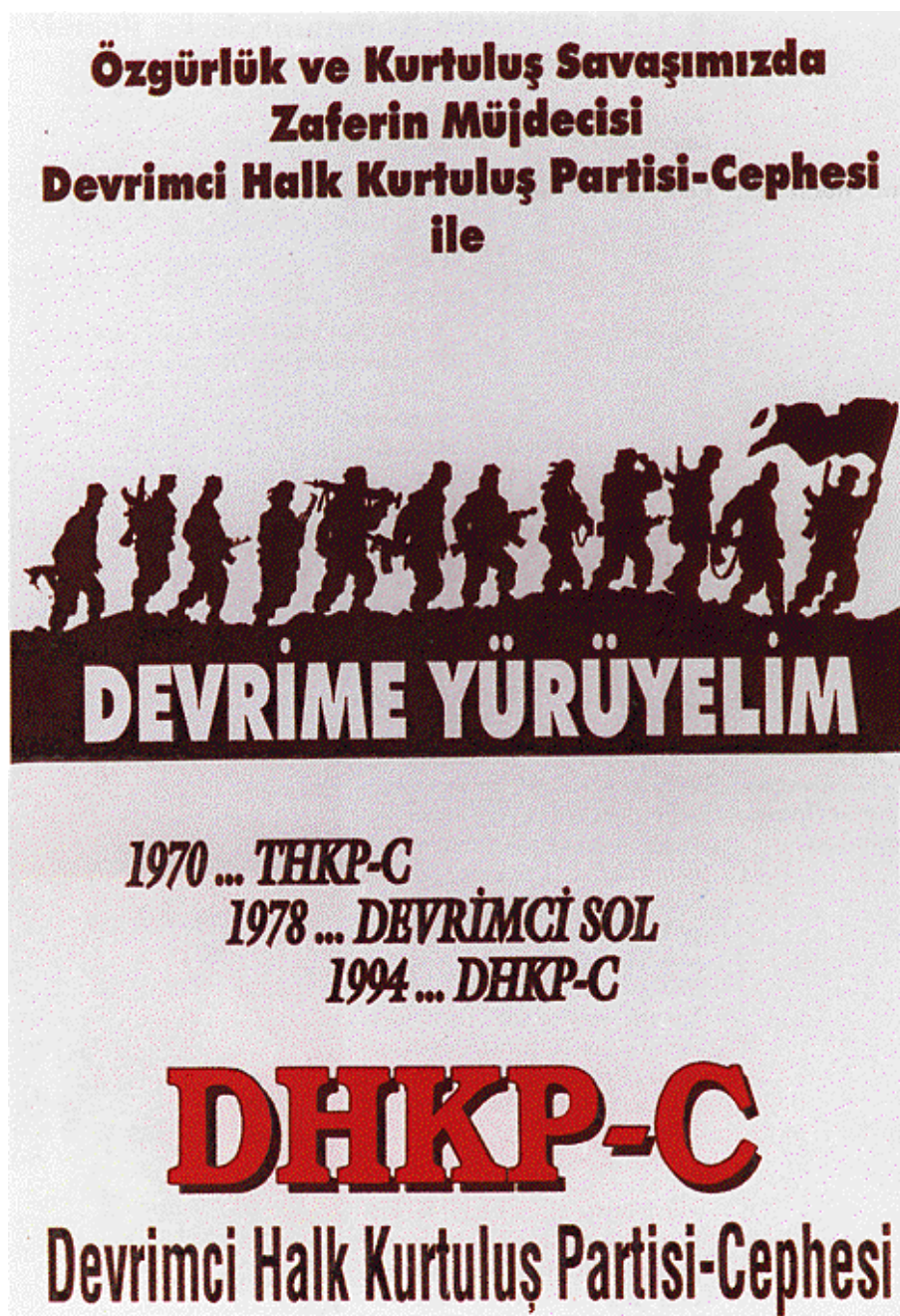
Im Zusammenhang mit dem seit längerer Zeit in Deutschland anhängigen Ermittlungsverfahren gegen Karatas wegen Verdachts der versuchten Anstiftung zum Mord und Verstoßes gegen das Vereinsgesetz wurde am 21. September 1994 in Hagen eine Wohnung durchsucht. Umfangreiche Dev-Sol-Publikationen sowie Munition wurden sichergestellt.

Ende 1994 haben sich die seit langem verfeindeten Dev-Sol-Flügel auch offiziell getrennt. Die Anhänger des Karatas-Flügels nennen sich jetzt Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi (DHKP-C) (Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front). Die Anhänger des Oppositionsflügels nennen sich Türkiye Halk Kurtulus Partisi-Cephesi/Dev Sol (THKP-C/Devrimci Sol) (Türkische Volksbefreiungspartei-Front/Revolutionäre Linke).

In der DHKP-C-Zeitung Mucadele (Ausgabe Nr. 113) wird neben der offiziellen Trennung auch über die Ziele der Organisation berichtet. Es heißt u.a.: "*Diese Regierung (gemeint ist die Türkei) ist zu stürzen Wir haben genug Patrioten, die für diese Sache, wenn nötig mit Gewalt, kämpfen wollen Sie (die Arbeiter) sind alle bereit, für ihre Freiheit und Befreiung zu sterben.*"

Eine als türkisch-kurdisches Kulturfest getarnte Veranstaltung der Dev Sol am 24. September 1994 in Köln wurde im Vorfeld verboten. Die Veranstaltung wurde von einem Funktionär des Karatas-Flügels angemeldet. Als Mitveranstalterin fungierte eine Bundestagsabgeordnete der PDS/Linke Liste. Diese war bereits bei der verbotenen PKK-Veranstaltung am 24. September 1994 in Hannover als Anmelderin aufgetreten. Nach hier vorliegenden Erkenntnissen hatte der oppositionelle Flügel geplant, die Veranstaltung massiv zu stören.

Die jährliche Spendenkampagne des Karatas-Flügels wurde im Oktober 1994 eröffnet. In verschiedenen Städten kam es zu Spendenerpressungen. In diesem Zusammenhang wurde am 8. November 1994 in Wuppertal auch ein über den Vorfall berichtender Journalist telefonisch mit dem Tode bedroht und in übelster Weise beschimpft. Am Nachmittag des 12. Dezember 1994 besetzten 12 Personen einen Turm des Kölner Doms und forderten die Freilassung des in Frankreich inhaftierten Karatas. Er ist seit 26. Januar 1995 gegen Auflagen wieder auf freiem Fuß.



Die Siegbotschaft in unserem Freiheits- und Befreiungskampf; läßt uns zusammen mit der Volksbefreiungspartei-Front zur Revolution marschieren.

4.1.5 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten- Leninisten (TKP/ML)

Sitz:		
Zentralkomitee:	Türkei	
Deutschland-Zentrale:	Duisburg	
Mitglieder:	1994	1993
NRW:	ca. 600	ca. 600
Bund:	ca. 1.700	ca. 1.600
Publikationen:	Denge Partizan (Stimme des Partisanen)	

Isci-Koeylue-Kurtulusu (Arbeiter-, Bauernbefreiung)

Devrimci Partizan (Revolutionärer Partisan)

Mücadele (Kampf) u.a.

Die TKP/ML wird in Deutschland vertreten durch ihre Basisorganisationen

- ATIF (Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. - bundesweiter Zusammenschluß der Mitgliedsvereine), Sitz Duisburg, und
- ATIK (Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa), Sitz Stockholm, Schweden.

Ziel der TKP/ML ist die Schaffung eines kommunistischen Systems in der Türkei. Erreicht werden soll dies durch eine bewaffnete Revolution, die durch den militärischen Arm der Organisation, TIKKO (Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee), erkämpft werden soll. Die Finanzierung der Partei und des Guerillakampfes in der Türkei erfolgt durch Mitgliedsbeiträge und Spenden. Zur Finanzierung der TIKKO wurde auch 1994 eine Spendenkampagne durchgeführt. Dabei wurden auch anerkannte Asylbewerber, die als Asylgrund mit Rückendeckung durch die Organisation wahrheitswidrig die Aktivität in der Partei angegeben haben, zu teilweise sehr hohen Spenden gezwungen.



Vorderseite eines TKP/ML Kalenders: "Stürzt Euch für die große Zukunft auf den Maoismus und wir werden siegen!"

Bei der Eintreibung von Spenden in einer Gaststätte in Germersheim (Rheinland-Pfalz) wurden am 31. Dezember 1994 drei TKP/ML-Aktivistinnen von einem Gast erschossen. Offiziell beschuldigt die TKP/ML die deutsche Polizei der Tat, obwohl ihr der tatsächliche Tathergang bekannt ist und sie den Täter "liquidieren" will. Nach der Ermordung des TKP/ML-Anhänger Nadir Öz in Dülmen- Merfeld/Kreis Coesfeld am 14. Dezember 1993, zu der sich die eigene Partei bekannt hatte, wurde von der Staatsanwaltschaft Münster ein umfangreiches Ermittlungsverfahren eingeleitet, das noch nicht abgeschlossen ist.

Am 22./23. Januar 1994 fand in Wiesbaden eine internationale Versammlung der TKP/ML statt. Ein aus der Türkei angereister hoher Parteifunktionär gab die geplante Auflösung aller im Ausland befindlichen Komitees der Partei bekannt. Begründet wurde dieses damit, daß die Partei ihren revolutionären Kampf gegen das türkische Re-

gime nicht vom Ausland aus, sondern in der Türkei führe und dafür alle Kräfte benötige. Die bisherigen Funktionsträger im Ausland wurden zur Rückkehr in die Türkei aufgefordert.

Die jährliche Veranstaltung der TKP/ML zu Ehren des Parteigründers Kaypakkaya fand am 14. Mai 1994 mit ca. 6.000 Teilnehmern in der Kölner Sporthalle statt. Eine weitere Gedenkveranstaltung mit etwa 5.000 Teilnehmern folgte am 28. Mai 1994 in Mannheim.

Nach Angriffen türkischer Sicherheitskräfte auf die kurdische Stadt Tunceli/Dersim im Oktober 1994 führte u.a. die TKP/ML in mehreren nordrhein-westfälischen Städten Hungerstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen zur Bekundung ihrer Solidarität mit der kurdischen Bevölkerung und zur Verurteilung des Vorgehens des türkischen Militärs durch. An einer solchen Solidaritätsveranstaltung am 26. November 1994 in der Kölner Sporthalle nahmen ca. 6.000 Personen teil.

Am 5. Dezember 1994 beschädigten mehrere der TKP/ML zuzurechnende Personen ein türkisches Reisebüro in Köln und schleuderten einen Brandsatz in den Innenraum. Hierdurch entstand ein Sachschaden von ca. 50.000 DM. Zwei benachbarte türkische Banken wurden ebenfalls beschädigt. Anlaß der Aktion war die Festnahme eines Führungsfunktionärs der TKP/ML in der Türkei, dessen Freilassung auf am Tatort zurückgelassenen Flugblättern gefordert wurde.

Zusammenschluß linksextremistischer Gruppierungen



TKP/ML-Schrift: "Der gefangene Partisan"; Text in der Kopfzeile: "Der Sieg gehört dem, der das Herz des Morgens herausreißt."; Text in der Fußzeile: "Nicht ein Dersim, das Ziel muß tausend Dersims sein!"

Die "Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten- Bewegung" (TKP/ML-Hareketi) sowie die "Türkische Kommunistische Arbeiterbewegung (TKIH) haben sich im September 1994 unter der Bezeichnung "Marxistisch-Leninistische- Kommunistische Partei-Gründung" (MLKP-K) zusammengeschlossen.

Das politische Programm der MLKP-K orientiert sich vornehmlich an der Linie der TKP-ML-Hareketi, wobei die herausragende Rolle der "Avantgarde der Arbeiterklasse" und die antiimperialistische Zielsetzung betont werden.

4.2 Kurden: Arbeiterpartei Kurdistan - Partiya Karkeren Kurdistan - (PKK) - verboten -

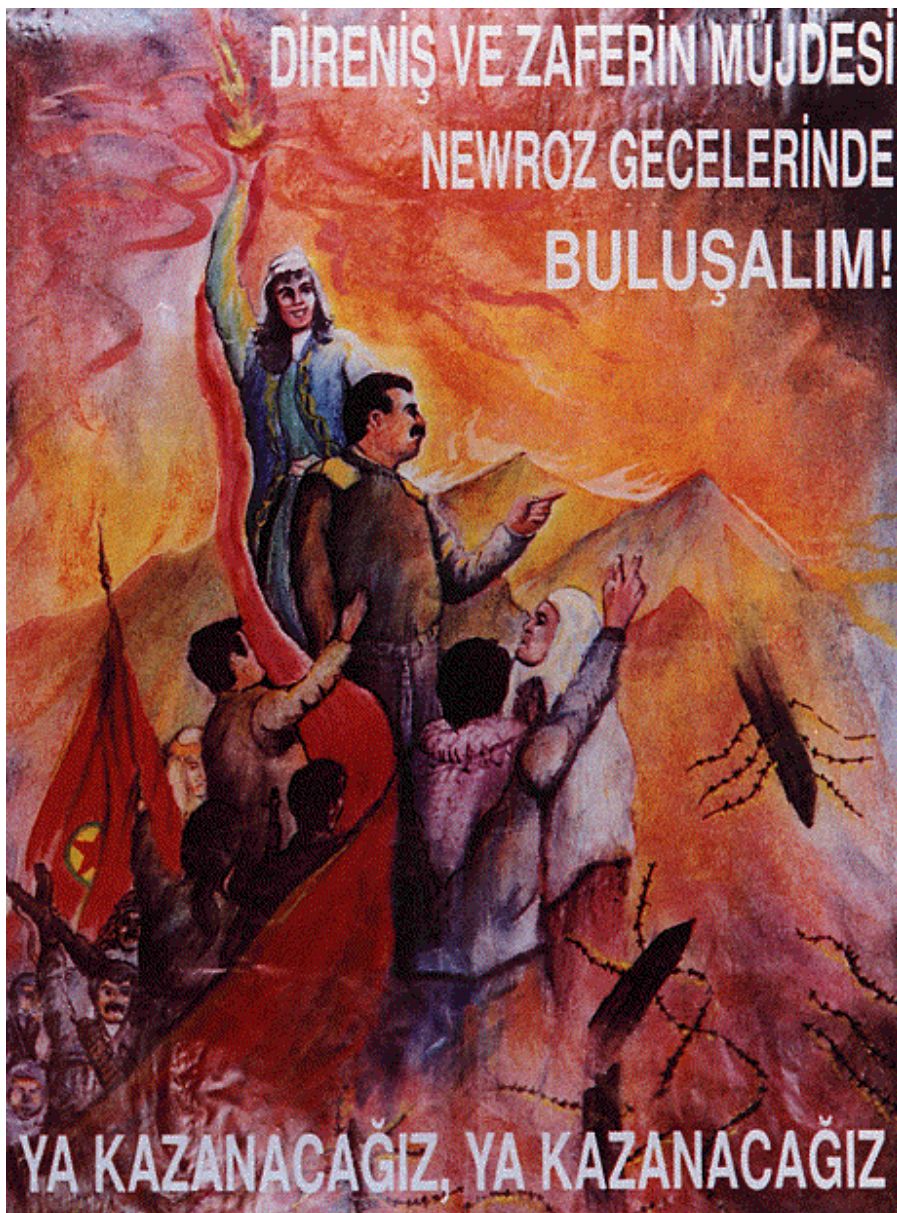
Sitz: Damaskus/Syrien

Europavertretung: wenige weisungsberechtigte Funktionäre mit ständig wechselnden

den Aufenthaltsorten
Generalsekretär: Abdullah Öcalan (genannt APO)
Mitglieder: 1994 1993
NRW: ca. 1.500 ca. 1.000
Bund: ca. 7.500 ca. 6.100
Publikationen: Berxwedan (Widerstand)
erscheint monatlich, Auflage 30.000
Serxwebun (Unabhängigkeit)
erscheint monatlich, Auflage 30.000
Kurdistan-Report
erscheint monatlich, Auflage bis 15.000
Verlage: Kurdisch-Deutsche Presseagentur (KURD-A) GmbH, Köln
DUKA Druck und Graphik GmbH, Düsseldorf
AGRI-Verlag, Köln.

Die PKK stellt sich in der Bundesrepublik als eine konspirativ tätige marxistisch-leninistische Kaderorganisation mit zahlreichen Neben- und Teilorganisationen dar, wobei in NRW Schwerpunkte in den Räumen Bielefeld, Bonn, Dortmund, Düsseldorf und Köln feststellbar sind.

Die PKK setzt sich fast ausschließlich aus türkischen Kurden zusammen. Die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Kurden wird auf ca. 500.000 der hier lebenden ca. 1,9 Mio. Türken geschätzt. Davon wurden 1994 ca. 7.500 der PKK als Mitglieder zugerechnet.



Plakat der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Der Text in türkischer Sprache lautet: "Freudenbotschaft des Sieges und Widerstandes. Laßt uns an den Newroz-Abenden treffen. Entweder wir werden siegen oder wir werden siegen."

Politische Ziele der PKK

Politisches Ziel der PKK, deren Führer Abdullah Öcalan den Alleinvertretungsanspruch für alle Kurden reklamiert, ist es, einen eigenständigen Kurdenstaat auf der Basis des Marxismus/Leninismus zu gründen, der große Teile der Südosttürkei, Teile des Iraks, Irans und Syriens umfassen soll. Während im Iran, Irak die Interessen der Kurden von eigenständigen Kurdenparteien wahrgenommen werden, stellt die PKK in der Südosttürkei neben den Sicherheitskräften des türkischen Staates den einzigen und einflußreichsten Machtfaktor dar. Sie liefert sich seit 1984 mit dem türkischen Militär einen erbitterten Bürgerkrieg. Bei diesem Guerilla-Krieg bedient sie sich einer eigenen Armee, der ARGK (Artesa Rizgariya Gele Kurdistan - Volksbefreiungsarmee

Kurdistan). Die Zahl ihrer Kämpfer soll ca. 15.000 betragen, wobei türkische Schätzungen deutlich niedriger liegen.

"PKK-Verbot" durch Neugründungen umgangen

Die politische Arbeit der PKK in Deutschland ist durch das am 26. November 1993 vollzogene Verbot wie erwartet nicht zum Erliegen gebracht worden. Sie vollzieht sich überwiegend in den ausnahmslos wieder freigegebenen Räumen der verbotenen Vereine und im privaten Rahmen. Aus PKK-Kreisen verlautete, daß nach der Öffnung der beschlagnahmten Räumlichkeiten die Partei alles so weiterlaufen ließe wie bisher.

Daneben haben alle Vereine gegen das Verbot geklagt. Bereits kurz nach dem Verbot der PKK wurde das Kurdistan- Informationsbüro (KIB) in Köln gegründet. Es gibt deutliche Hinweise dafür, daß es sich hierbei um eine Nachfolgeorganisation des verbotenen Kurdistan-Komitees handelt.(1) Die Kurdisch-Deutsche Presseagentur - KURD-A - übernahm die Aufgaben der verbotenen Kurdistan-Haber Ajansi (KURD-HA).

Schließlich entstand nach dem Verbot der Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik (FEYKA-Kurdistan) die Föderation kurdischer Vereine in Deutschland, YEK-KOM. Diese Organisation gründete sich am 27. März 1994 in Bochum, wo sie auch ihren Sitz hat. Unter diesem Dach haben sich inzwischen bundesweit eine Reihe von kurdischen Vereinen konstituiert, die wohl die Nachfolge einzelner verbotener Ortsvereine übernommen haben. So war insgesamt zu beobachten, daß als Reaktion auf das Verbot sich eine Anzahl neuer Vereine, zum Teil unter den Anschriften der bisher existierenden Vereine, gegründet hat, die sich der "kurdischen Sache" annehmen. Zu beobachten war hierbei, daß die Vorstände dieser neuen Vereine zum Teil durch bekannte deutsche Linksextremisten besetzt wurden. Daneben waren auch verstärkte Bemühungen der PKK festzustellen, die darauf abzielten, die in der Bundesrepublik lebenden Aleviten und Yesiden stärker in ihre politischen Bestrebungen einzubinden. In dieses Gesamtbild passen auch Hinweise, die darauf hindeuten, daß die PKK die Unterwanderung bislang unpolitischer Vereine versucht.

Sofortvollzug der Verbote teilweise bestätigt, teilweise aufgehoben

Mit Beschlüssen des Bundesverwaltungsgerichtes vom 6. Juli 1994 wurden die Anträge des Dachverbandes der kurdischen Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland, FEYKA- Kurdistan, sowie des Kurdistan-Komitees, die Anordnung der sofortigen Vollziehung der Verbotsverfügung aufzuheben, abgelehnt. Entsprechend entschieden wurden die Anträge auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen die Verbotsverfügung der Berxwedan-Verlags-GmbH und der Kurdistan-Haber Ajansi (KURD-HA) mit Beschluß des Bundesverwaltungsgerichts vom 19. August 1994.

Hingegen wurde den Aussetzungsanträgen von 21 regionalen kurdischen Vereinigungen im wesentlichen stattgegeben. Das Bundesministerium des Innern hatte sein Verbot darauf gestützt, daß es sich bei den Vereinigungen um Teilorganisationen des Dachverbandes FEYKA handele und deshalb sich das Verbot der FEYKA auf sie erstreckte. Von einer zur Begründung als Teilorganisation notwendigen Eingliederung in die verbotene Vereinigung FEYKA könne laut Bundesverwaltungsgericht nach summarischer Prüfung nicht ausgegangen werden. Unter diesen Umständen habe das Hauptverfahren Aussicht auf Erfolg, so daß das Interesse dieser Vereinigungen,

ihre Aktivitäten bis zur Entscheidung der Hauptsache fortsetzen zu dürfen, Vorrang habe.

Haftstrafen für gewalttätige Kurden

Mit der Verurteilung der restlichen vier Angeklagten wegen gewaltsamer Aktionen für die PKK in den Jahren 1983 bis 1988 zu lebenslänglichen bzw. mehrjährigen Haftstrafen endete am 7. März 1994 der Prozeß vor dem 5. Strafsenat des OLG Düsseldorf nach 352 Verhandlungstagen. Bereits am 12. Januar 1994 hatte der 7. Strafsenat einen ehemaligen PKK-Aktivisten wegen Tötung eines Funktionärs der KOMKAR (Verband der Vereine aus Kurdistan) im Jahre 1987 zu lebenslanger Haft verurteilt.

PKK verschärft Spendenerpressungen

Da der steigende Finanzbedarf der PKK nach wie vor nicht allein aus freiwilligen Spenden gedeckt werden kann, wenden die Spendeneintreiber verschärfte Mittel der Erpressungen an, wie Androhung und Anwendung körperlicher Gewalt bis hin zu Morddrohungen gegen Familienmitglieder. Die Zahl der in diesem Zusammenhang eingeleiteten Ermittlungsverfahren hat sich erhöht, wobei die erhöhte Aussagebereitschaft Betroffener, die Anfang des Jahres 1994 feststellbar war, möglicherweise im Zusammenhang mit den Verbotsmaßnahmen gegen die PKK stand.

PKK-Anschläge auf türkische Touristenzentren

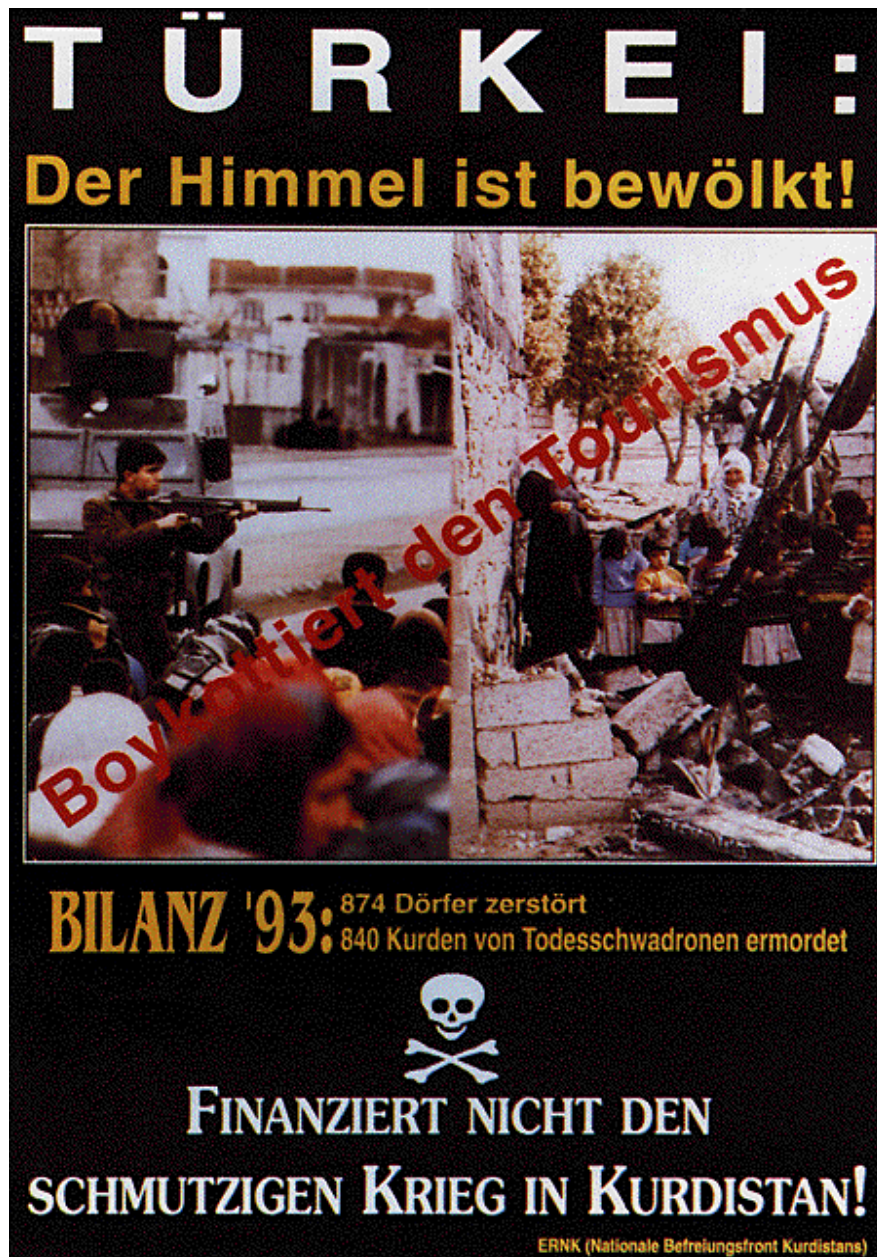
Ein Europavertreter der PKK drohte sowohl im Hinblick auf das PKK-Verbot in Deutschland als auch auf die nochmals verstärkten Repressionen des türkischen Militärs gegen die Kurden im Januar 1994 in einem "Stern-Interview" eine Frühjahrsoffensive gegen den Türkei-tourismus an, die in aller Härte unter Inkaufnahme von Toten geführt werden sollte. In der Folgezeit ereigneten sich mehrere Anschläge gegen Touristenzentren, die der PKK zugerechnet werden. So wurden bei einer Bombenexplosion am 2. April im Basar von Istanbul zwei Personen getötet. Im Juni folgten weitere Anschläge in den Städten Fethiye und Marmaris. In Deutschland wurde in bundesweiten Plakataktionen zum Tourismusboykott aufgerufen.

Drohungen gegen staatliche Stellen in der Bundesrepublik Deutschland

In Flugschriften brandmarkte ein "Komitee Kommandant Siyar gegen den Völkermord in Kurdistan" (Kazim Kulu alias Siyar, Guerillakommandant der PKK, im September 1992 umgekommen) die Bundesrepublik Deutschland als "Kriegspartei":

"Sorgen wir dafür, daß Kurdistan zum Vietnam des deutschen Imperialismus wird. Erschüttern wir die Stabilität des Molochs BRD, die er braucht, um diesen Krieg zu führen!" Als Ziele für Aktionen werden u.a. genannt:

- Ausländerämter und Staatsschutz, die in enger Kooperation mit dem türkischen Staat kurdische und türkische Vereinigungen ausspionieren,
- die Bundeswehr, deren ausgemustertes und aus den NVA-Arsenalen übernommenes Kriegsgerät für den Völkermord in Kurdistan hergerichtet werde,
- Rüstungsfirmen, die dieses Geschäft mitbetrieben,
- CDU, FDP und SPD, deren Innenminister für das Verbot kurdischer Einrichtungen verantwortlich seien,
- Zentren der türkischen Faschisten und türkische Konsulate, die antikurdische Umtriebe organisierten.



ERNK-Poster: Aufruf zum Tourismusboykott

Friedensangebote des Parteiführers Öcalan

Auf einer "internationalen Konferenz zu Nordwest-Kurdistan" am 12./13. März 1994 in Brüssel wurde ein neues Friedensangebot des Parteiführers Öcalan verkündet. Die PKK habe sich nie einer friedlichen Lösung des Kurdenproblems verschlossen. Sie strebe keine Spaltung der Türkei an und sei zur Diskussion alternativer Lösungsvorschläge, auch einer türkisch-kurdischen Föderation bereit. Die Konferenz war vom Human Rights Projekt (KHRP), London, und von Medico International, Frankfurt/M., organisiert worden. Das KHRP ist 1992 mutmaßlich auf Initiative der PKK in London gegründet worden.

Während der türkische Staatspräsident und türkische Militärs das Verhandlungsangebot Öcalans umgehend abgelehnt haben, war Ministerpräsidentin Ciller Zeitungs-

berichten zufolge bereit, sich einer politischen Lösung der Kurdenfrage zu öffnen. Auch sie lehnte jedoch Verhandlungen zwischen dem türkischen Staat und der PKK entschieden ab.

Ein weiteres Angebot zu Verhandlungen des PKK-Führers Öcalan wurde im November 1994 vom türkischen Staat zurückgewiesen.

Aggressive Beschlüsse der 3. PKK-Nationalkonferenz

Im Gegensatz zu den Verhandlungsangeboten standen die Beschlüsse der 3. PKK-Nationalkonferenz am 18. Mai 1994, die an einem unbekanntem Ort stattfand. Beschlossen wurde:

- Liquidierung aller Parteien und Organisationen, die den "Kolonialismus" repräsentieren,
- Liquidierung der "kolonialistischen" Kultur- und Erziehungsinstitutionen,
- Liquidierung des Justizsystems.

Als Angriffsziele werden u.a. genannt:

- alle ökonomischen Institutionen, die Finanzquellen des Krieges gegen Kurdistan darstellen,
- der Gewaltapparat der türkischen Armee,
- alle Organe der inneren Sicherheit.

Herausragende gewaltsame Aktionen von PKK-Anhängern

Ungeachtet ihres Verbots bereiteten die PKK und ihr nahestehende Gruppierungen bundesweit Veranstaltungen zum kurdischen Neujahrsfest (Newroz) vor. In NRW kam es in diesem Zusammenhang vom 19. bis 21. März 1994 zu Aktionen, die zum Teil mit Ausschreitungen verbunden waren: in Bielefeld, Dortmund, Gummersbach, Hagen (zwei verletzte Polizeibeamte), Köln (zwei verletzte Polizeibeamte, 22 Festnahmen), Münster und Oberhausen.



In einer zentral gesteuerten Aktion blockierten PKK-Anhänger am 22. März 1994 bundesweit 20 Autobahnabschnitte. Jeweils 50 bis 250 Aktivisten waren beteiligt; sie verlangten nach Presse- und Regierungsvertretern, drohten mit Selbstverbrennungen - die in zwei Fällen ausgeführt wurden - für den Fall der polizeilichen Räumung und zeigten sich äußerst gewaltbereit. In NRW waren vier Autobahnabschnitte betroffen. An den Blockaden beteiligten sich 534 Personen, von denen 224 vorläufig festgenommen werden konnten. Bis Ende März 1994 wurden 389 Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Am 28. Juli 1994 wurde in Bonn eine Fahrradtour PKK-naher Organisationen von Bonn nach Genf angemeldet. Die Tour sollte am 18. August 1994 mit einer Auftakt-

kundgebung in Bonn auf dem Münsterplatz beginnen. Im Verlauf dieser Veranstaltung kam es nach anfänglicher Kooperationsbereitschaft seitens des Veranstalters zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Es wurden 119 Personen vorläufig festgenommen. Ziel der Tour sollte die am 27. August 1994 in Genf zum Thema "Selbstbestimmungsrecht der Völker" stattfindende Konferenz der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen sein.

Aus Anlaß des Jahrestages des PKK-Verbotes am 26. November 1994 bzw. des Jahrestages der Gründung der PKK am 27. November 1994 kam es bundesweit zu Aktionen von PKK-Anhängern, die zum Teil gewaltsam verliefen; so wurde in Bielefeld ein Polizeibeamter von einem Brandsatz getroffen.

Im Gegensatz zu den beispielhaft genannten Ausschreitungen verlief das 3. Internationale Deutsch-Kurdische Kulturfestival 1994, das in Hannover verboten wurde und daraufhin am 24. September 1994 in Landgraaf/Niederlande stattfand, friedlich. An der Veranstaltung nahmen ca. 50.000 Personen teil.

Im Herbst setzten PKK-Anhänger in Hamm und Velbert Räume türkischer Vereine in Brand.

Gegen Abtrünnige und mutmaßliche Verräter geht die PKK nach wie vor unnachgiebig vor:

- Im März 1994 wurde in Krefeld ein Kurde, der sich von der Partei lossagen wollte, lebensgefährlich verletzt;
- Cürxükkaya, ehemals enger Vertrauter Öcalans, der sich in seinem Buch "die Verse des APO" von ihm distanzierte, wurde zum Tode verurteilt. Zwei Anhänger Cürxükkayas wurden in Hamburg und Bremen schwer verletzt.;
- Im Dezember 1994 wurde in Wuppertal ein Kurde auf offener Straße erschossen; es soll sich um einen "Officier" der Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) gehandelt haben, der sich mit Öcalan überworfen hatte.

Unterstützung der PKK durch Linksextremisten

Neben nicht extremistischen Gruppen unterstützten Linksextremisten unterschiedlicher Richtungen, insbesondere aus dem deutschen autonomen/antiimperialistischen Spektrum, die PKK mit zahlreichen Solidaritätsaktionen. So rief eine dem terroristischen Spektrum zuzurechnende Person mit einem Flugblatt zu einer Demonstration am 12. März 1994 in Bonn unter dem Motto "Freiheit für Kurdistan - für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes" auf.

Daneben ist weiterhin die Existenz zahlreicher sogenannter Solidaritätskomitees zu verzeichnen.

4.3 Iraner: Iranische Moslemische Studenten- Vereinigung e.V. Bundesrepublik Deutschland (IMSV)

Sitz:	Köln	
Mitglieder:	1994	1993
NRW:	ca. 300	ca. 300
Bund:	ca. 850	ca. 800
Publikationen:	Freiheit für Iran	

erscheint wöchentlich

Nachrichtenbulletin

erscheint wöchentlich

Die IMSV ist eine straff geführte Kaderorganisation mit Stützpunkten im Bundesgebiet, die sie zentral steuert. Ein Schwerpunkt der Organisation liegt in Köln. Politi-

sches Ziel der IMSV ist der Sturz des Mullah-Regimes im Heimatland. Sie unterstützt die Volksmodjahedin im Iran und deren militärischen Arm, Nationale Befreiungsarmee (NLA), in ihrem Kampf gegen den Iran.

Unter den nicht-klerikalen iranischen Oppositionsgruppen sind die Volksmodjahedin Iran mit Abstand am schlagkräftigsten. Nachdem sie 1981 vom Mullahregime politisch kaltgestellt wurden und mit Anschlägen agierten, floh ihr Chef, Massud Radjavi, nach Paris. Im August 1994 wurde seine Frau Maryam Radjavi zur Exilpräsidentin ernannt. Die Bezeichnung "Volksmodjahedin" wird von der Organisation öffentlich nur noch selten verwandt. Vielmehr bedient sie sich des "Nationalen Widerstandsrates Iran" (NWRI) oder tritt unter verschiedenen Tarn- und Nebenorganisationen auf, die mehrheitlich in den vergangenen Monaten gegründet wurden. Stellvertretend werden die wichtigsten Organisationen genannt:

- Flüchtlingshilfe Iran e.V.,
- Verein Iranischer Demokratischer Akademiker e.V. (VIDA),
- Frauen für Demokratie im Iran e.V. .

Auf Weisung des NWRI werden parallel in vielen Ländern sogenannte "Präsidentenbüros" eröffnet, die als Vertretungen der "künftigen Präsidentin" fungieren sollen. Da es in der Vergangenheit häufig zu Problemen bei der behördlichen Genehmigung von Straßensammlungen für die IMSV oder ihre Nebenorganisation "Flüchtlingshilfe Iran" kam, tritt die Organisation unter anderen Bezeichnungen wie z.B. dem oben erwähnten Frauenverein oder des VIDA auf.

Fast 2.000 Anhänger der Volksmodjahedin (PMOI) demonstrierten am 23. Juli 1994 in Bonn aus Anlaß des 13. Jahrestags der Gründung des NWRI, der als Veranstalter dieser Demonstration auftrat; der NWRI wird von den Volksmodjahedin dominiert. Zu Beginn der friedlich verlaufenden Veranstaltung wurde auf einer Großleinwand eine Grußbotschaft Maryam Radjavis eingeblendet, die diese am 18. Juli 1994 während eines Kongresses in Paris verlesen hatte. Nach Redebeiträgen und folkloristischen Darbietungen formierten sich die Demonstranten zu einem Zug durch die Innenstadt. In Sprechchören und auf Spruchbändern forderten sie das Ende der Mullah-Herrschaft und die Machtübernahme durch Maryam Radjavi.

4.4 Palästinenser: Hamas, DFLP/PFLP, ANO, PFLP-GC

Die extremistischen Palästinensergruppen

- HAMAS, Islamische Widerstandsbewegung,
- Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) und Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP)
- Abu-Nidal-Organisation (ANO),
- Volksfront für die Befreiung Palästinas-Generalkommando (PFLP-GC)

verfügen in Nordrhein-Westfalen über rund 400 Anhänger (bundesweit: ca. 1.300).

Sie streben einen eigenständigen Staat Palästina an und bekämpfen Israel.

Die politische Entwicklung im Nahen Osten nach dem Gaza- Jericho-Abkommen bestimmte auch 1994 die Aktivitäten der extremistischen Palästinenser-Organisationen. Sie lehnen den von PLO-Chef Arafat betriebenen Nahost-Friedenprozeß und die bisher getroffenen Vereinbarungen entschieden ab.

An einer bundesweiten Demonstration in Hamburg am 12. März 1994 zum "Ghods-Tag" (Jerusalem-Tag) nahmen etwa 2.500 Anhänger verschiedener islamisch-extremistischer Organisationen teil, darunter Anhänger der HAMAS und der libanesi-

schen Hizb-Allah. Hauptthema war wie in den Vorjahren die "Befreiung Jerusalems vom Zionismus" und der "Kampf der palästinensischen Muslime gegen Israel". Die ANO drohte im September 1994 mit Terroranschlägen gegen jüdische/israelische Ziele, gerade auch in Deutschland. Die Sicherheitsvorkehrungen wurden daraufhin nochmals verstärkt. Die ANO ist in der Lage, international Anschläge auszuführen. Obwohl die ANO in der Vergangenheit keine terroristischen Aktivitäten in der Bundesrepublik entfaltet hat und es bisher zu keinem Anschlag gekommen ist, muß von einem Fortbestand dieser Bedrohung ausgegangen werden.

4.5 Libanesen: Hizb-Allah

Der deutsche Zweig der extremistischen schiitisch-islamischen Hizb-Allah ist weiterhin bemüht, eine Organisation mit festgefügt Strukturen aufzubauen. Die Organisation hat von den in NRW lebenden Libanesen 1994 weiteren Zulauf erhalten. Regionale Schwerpunkte sind Münster, Essen, Bocholt, Bonn und Duisburg. Die Hizb-Allah führte am 13. Februar 1994 eine bundesweite Gedenkfeier für zwei ihrer "Märtyrer" in Wuppertal durch, an der etwa 250 Personen teilnahmen. Dabei wurde sowohl die Unterstützung der Hizb-Allah im Kampf gegen Israel im Süd-Libanon und die Beseitigung des Friedensabkommens zwischen dem "Verräter" Arafat und Israel gefordert als auch die Unterstützung der Fundamentalisten in Algerien und Ägypten.

4.6 Algerier: Front Islamique du Salut (FIS)

Die Gründer und Führer der FIS, Abassi Madani und Ali Belhadj, sind in Algerien inhaftiert, so daß der in NRW ansässige "Leiter des Exekutivkomitees im Ausland" Rabah Kebir faktisch die Leitungsfunktion innehat. Kebir ruft gestützt auf den Absolutheitsanspruch seines Verständnisses des Islams zum Sturz der algerischen Regierung auf.

Seine häufigen radikalen Äußerungen in den Medien führten dazu, daß gegen Kebir, der seit 1992 in NRW lebt, im März 1994 ein politisches Betätigungsverbot ausgesprochen wurde. Trotzdem hat er weiterhin Interviews und Medienauftritte zu nutzen gesucht und hat sich dabei oft im "Grenzbereich" des Verbotes bewegt.

Weiterhin haben sich Hinweise auf andere Personen im Umfeld der FIS ergeben, die auf mögliche Verwicklungen in illegale Waffengeschäfte hindeuten. Der Generalbundesanwalt hat deswegen im Januar 1995 ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Standen sich Regierung und Opposition noch bis August des Jahres 1994 schroff gegenüber, so schien sich im September eine Bereitschaft zum innenpolitischen Dialog - auch mit der FIS - abzuzeichnen. Keiner der Beteiligten war dann jedoch bereit, die jeweiligen Vorbedingungen der anderen zu akzeptieren.

Auch ein weiterer Versuch im Januar 1995 scheiterte. Bei der Konferenz in Rom wurde auf Initiative der San Egidio Gemeinde von mehreren algerischen Oppositionsparteien unter Einschluß der FIS ein erneutes Angebot zum Dialog mit der Regierung gemacht. Der Vorschlag zur Einberufung einer Nationalkonferenz zur Vorbereitung freier Wahlen und zur Aufhebung des Verbotes der FIS stieß bei der algerischen Regierung jedoch auf Ablehnung.

4.7 Srilanker/Tamilen: Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)

Sitz:

Deutsche Sektion: Gummersbach

Mitglieder:	1994	1993
NRW:	ca. 150-180	ca. 100
Bund:	ca. 500	ca. 500
Publikationen:	Tamil Eelam Saithikal (Tamil Eelam Nachrichten)	

erscheint unregelmäßig

Die revolutionär-marxistische Organisation LTTE, Sektion Deutschland, besteht aus konspirativen Zellen im Bundesgebiet. Ein Schwerpunkt liegt im Raum Gummersbach. Ihr Ziel ist die Errichtung eines eigenständigen Staates, "Tamil Eelam", auf Sri Lanka. In der Bundesrepublik versucht sie, durch Spendenerpressungen ihren Guerillakampf gegen den Heimatstaat zu unterstützen.

Die LTTE ist bestrebt, auf alle Lebensbereiche der in Deutschland lebenden Tamilen Einfluß zu nehmen. Dazu dient ihr ein breitgefächertes Netz an Clubs und Vereinen. Sie errichtet eigene Schulen und Kindergärten; damit versucht sie schon Minderjährige zu indoktrinieren.

Nach 1989 hat die LTTE im Jahr 1994 erneut mit der Regierung eine Waffenstillstandsvereinbarung getroffen. Anfang 1995 ist nicht abzuschätzen, ob die LTTE die Waffenruhe für einen logistischen Nachschub nutzt. Reaktionen von in Deutschland lebenden Tamilen liegen noch nicht vor.

Gegen Angehörige der LTTE sind bei der Staatsanwaltschaft Düsseldorf Ermittlungsverfahren wegen gewaltsamer Spendenerpressung anhängig. Rechtskräftige Entscheidungen sind bis Ende 1994 nicht ergangen.

(1) Das Bundesministerium des Innern hat am 2. März 1995 das KIB als Ersatzorganisation des verbotenen Kurdistan-Komitees verboten.

5 Spionageabwehr

Nachrichtendienste der ehemaligen DDR

Die 1994 fortgesetzte Sonderaktion zur Enttarnung von Agenten der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der früheren DDR hat nach Abgabe durch den Generalbundesanwalt 1994 allein im Bereich der Generalstaatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf zu 111 Verfahren mit 132 Beschuldigten geführt.

Als Beweggrund für die Spionagetätigkeit spielten ideologische Bindungen, die von den Organen der ehemaligen DDR gern als Motiv herausgestellt wurden, eher eine untergeordnete Rolle. In den meisten Fällen waren es materielle Beweggründe, die zu der teilweise jahrelang fortgesetzten geheimdienstlichen Agententätigkeit geführt haben. Von Bedeutung waren daneben verwandtschaftliche Beziehungen, die rigoros für nachrichtendienstliche Zwecke ausgenutzt worden sind.

Erschreckend ist nicht nur die fast flächenmäßige Abdeckung aller gesellschaftlichen Bereiche mit Agenten, sondern vor allem der Langzeiterfolg des perspektivisch geplanten Einsatzes, für den eine 20 bis 30 Jahre umfassende Tätigkeit keine Seltenheit ist.

Östliche Nachrichtendienste

Ungeachtet des fortschreitenden Demokratisierungsprozesses in den östlichen Nachbarstaaten der Bundesrepublik Deutschland und der damit einhergehenden politischen Annäherung verzichtet keines dieser Länder auf seinen Auslandsnachrichtendienst. Allerdings bedienen sich einige dieser Dienste nicht mehr bzw. nur noch sehr eingeschränkt der klassischen konspirativen Methoden der nachrichtendienstlichen Informationsbeschaffung.

Die Nachfolgeorganisationen des ehemaligen KGB in Rußland haben auch weiterhin, wenn auch mit veränderter Zielrichtung auf organisierte Kriminalität und z. B. Drogenhandel, vielfältige innerstaatliche Aufgaben. Gleichwohl richten sich mit dem weiteren Ausbau verstärkte Bemühungen auf die Auslandsaufklärung. Von dem zivilen Auslandsaufklärungsdienst der Russischen Föderation (SWR) und dem militärischen Aufklärungsdienst (GRU) sind hierbei die stärksten Aktivitäten zu erwarten. Erklärtermaßen stehen die Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage im Vordergrund. Während einerseits eine gewisse Rücksichtnahme auf den deutsch-russischen Dialog und die gegenseitige Annäherung erkennbar ist, liegen andererseits gesicherte Erkenntnisse dafür vor, daß Mitarbeiter ehemaliger sowjetischer Nachrichtendienste im Rahmen der neuen Schwerpunktbildung gezielt in Firmen untergebracht werden, die im deutsch-russischen Handel und Wirtschaftsaustausch aktiv sind. Die zahlreichen Joint Ventures sowohl in der Russischen Föderation als auch im westlichen Ausland bieten dazu günstige Tarn- und Operationsmöglichkeiten.

Neben der Russischen Föderation haben einige der GUS-Staaten inzwischen funktionierende nachrichtendienstliche Organisationen aufgebaut. Nennenswert sind in diesem Zusammenhang die Bemühungen des kasachischen Nachrichtendienstes, deutschstämmige Aussiedler für nachrichtendienstliche Zwecke einzusetzen.

Nicht zu übersehen ist jedoch, daß ein Großteil der nachrichtendienstlichen Ressourcen dieser Länder durch die Probleme, die die Auflösung der ehemaligen Sowjetunion für die weitere Entwicklung der neuen Staaten mit sich brachte, gebunden sind.

Nachrichtendienste Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens

In diesen Regionen treiben mit unterschiedlichen Schwerpunkten insbesondere der

Iran und Libyen die technologische Entwicklung voran, die indirekt oder direkt auch militärisches Bedrohungspotential beinhaltet. Bei zunehmender Leistungsfähigkeit der Trägertechnologie unterstreicht dieses Potential nicht nur regionale Hegemonieansprüche. Westliche Staaten haben diesen Rüstungsbestrebungen Exportbeschränkungen für Güter und Know-how entgegengesetzt, die sich wegen des unkontrollierbaren Einsatzes auch auf solche Erzeugnisse erstrecken, die sowohl für militärische, als auch sonstige Zwecke benötigt werden und insofern auch für die allgemeine Entwicklung dieser Länder von hoher Bedeutung sind.

Es gibt deutliche Anhaltspunkte für die Annahme, daß insbesondere Iran und Libyen erhebliche Anstrengungen unternehmen, die Exportbeschränkungen zu umgehen und verbotene Waren zu beschaffen. In die notwendigerweise konspirativen Beschaffungsbemühungen sind auch die mit diesen Methoden vertrauten Nachrichtendienste eingeschaltet. Die deutschen Sicherheitsbehörden haben daher auf allen Ebenen und auch in internationaler Zusammenarbeit die Beobachtung dieser Aktivitäten verstärkt, um die Funktion der Exportbeschränkungen zu sichern.

Daneben werden weiterhin die Bestrebungen der Nachrichtendienste der islamischen Länder, ihre regimiekritischen Landsleute in der Bundesrepublik zu überwachen, aufmerksam verfolgt. Dies gilt auch für gelegentliche Versuche, hier als Studenten und Wissenschaftler lebende Landsleute für eine Agententätigkeit anzuwerben, um so an geschützte Erkenntnisse zu kommen.

Wesentliche Aktivitäten fernöstlicher Nachrichtendienste wurden 1994 in Nordrhein-Westfalen nicht registriert.

6 Wirtschaft und Geheimschutz

Die Beratung der geheimschutzbetreuten Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen wurde 1994 durch eintägige Informationsveranstaltungen mit einem auf die Themenwünsche der Wirtschaft zugeschnittenen Programm ergänzt. Bei insgesamt vier Veranstaltungen wurden 83 Sicherheitsbevollmächtigte aus der Wirtschaft informiert über die Aufgaben des Verfassungsschutzes, den Stand und die Entwicklung von Gesetzgebungsvorhaben, über Ausländer-, Links- und Rechtsextremismus sowie über terroristische Aktivitäten. Schwerpunkt der Arbeitstagungen waren die Bereiche Wirtschaftsspionage, sensitive Exporte, illegaler Technologietransfer, Informations- und Sabotageschutz. Die Reihe der Arbeitstagungen wird 1995 fortgesetzt. Darauf aufbauend sollen, dem Bedarf des Teilnehmerkreises entsprechend, die Thematik vertiefende und aktualisierende Veranstaltungen angeboten werden.

Neben den Arbeitstagungen haben Mitarbeiter des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes 1994 auf entsprechende Bitten Vorträge zu den oben genannten Themen vor Zuhörerkreisen aus dem Bereich der Wirtschaft gehalten. Desweiteren fanden im Rahmen des Wirtschaftsschutzes zahlreiche Einzelberatungen statt, bei denen individuelle Empfehlungen zur personellen, organisatorischen und materiellen Sicherheit der Unternehmen gegeben und ausführliche Sicherheitsgespräche geführt wurden.

Als Beitrag zum bereichsspezifischen Sabotageschutz werden seit dem 1. März 1994 gemäß § 29 d Luftverkehrsgesetz auf Ersuchen der Luftfahrtbehörden Überprüfungen der Personen durch die Verfassungsschutzbehörde durchgeführt, die Zugang zu den nicht allgemein zugänglichen oder sicherheitsempfindlichen Bereichen und Anlagen nach dem Luftverkehrsgesetz erhalten soll. Dabei werden den Luftfahrtbehörden mit Zustimmung der Betroffenen die für die Beurteilung der Zuverlässigkeit dieser Personen bedeutsamen Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörde übermittelt.

7 Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen

7.1 Gesetzliche Grundlagen

Im demokratischen Rechtsstaat bedarf staatliches Handeln grundsätzlich einer gesetzlichen Legitimation. Auch der Verfassungsschutz arbeitet nicht im "rechtsfreien" Raum. Seine Aufgaben und Befugnisse sind gesetzlich genau festgelegt. Rechtsgrundlage in Nordrhein-Westfalen sind u.a. das

- Gesetz über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NW) vom 20.12.1994 (GV NW Nr. 5/1995, 25.1.1995),
- Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz vom 20.12.1990.

Daneben hat der Verfassungsschutz die in verschiedenen anderen Gesetzen (u.a. Personalausweisgesetz, Paßgesetz, Datenschutzgesetz) normierten Rechtsvorschriften zu beachten. Enge Grenzen für das operative Vorgehen der Verfassungsschutzbehörde setzt z.B. das Gesetz über die Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses.

Die Behörden des Verfassungsschutzes sind als Teil der vollziehenden Gewalt auch im übrigen an Gesetz und Recht und insbesondere an die in Art. 1 bis 19 Grundgesetz verankerten Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht gebunden (Art. 1 Abs. 3, Art. 20 Abs. 3 Grundgesetz).

7.2 Aufbau, Organisation, Haushalt, Personal

Entsprechend dem föderativen Aufbau gibt es in allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland Verfassungsschutzbehörden, die dem gesetzlichen Auftrag entsprechend zusammenarbeiten. Neben den Landesbehörden nimmt das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln die Aufgaben des Verfassungsschutzes auf Bundesebene wahr und fungiert als Zentralstelle (Artikel 87 Abs. 1 Grundgesetz). Die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern sind zur Zusammenarbeit verpflichtet.

Verfassungsschutzbehörde für das Land Nordrhein-Westfalen ist das Innenministerium (§ 2 Abs. 1 VSG NW). Für den Verfassungsschutz ist die Abteilung VI des Innenministeriums zuständig, die sich in drei Gruppen gliedert. Die Abteilung verfügte 1994 über 308 Stellen. Für Sachmittel und Investitionen wurden 1994 rund 6 Mio. DM ausgeben.

7.3 Aufgaben des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz dient gemäß Art. 73 Nr. 10 Buchstabe b Grundgesetz und § 1 VSG NW der Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder.

Seine Tätigkeit umfaßt folgende Aufgabenbereiche:

- Sammlung und Auswertung von Informationen über
- politischen Extremismus und Terrorismus (Rechts-, Links- und Ausländerextremismus bzw. -terrorismus);
- Bestrebungen und Tätigkeiten, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind;
- geheimdienstliche Tätigkeit für eine fremde Macht (Spionage);

- Mitwirkung im Rahmen des personellen und materiellen Geheimschutzes und des vorbeugenden Sabotageschutzes;
- Verfassungsschutz durch Aufklärung (Öffentlichkeitsarbeit).

Die wesentlichen Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung hat das Bundesverfassungsgericht als oberstes Organ der Rechtsprechung in mehreren Entscheidungen definiert. Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Verfassungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalens zählen:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Der Erhalt dieser Prinzipien dient insbesondere dem Schutz des einzelnen Bürgers vor der Allmacht des Staates. Es handelt sich somit um eine Ordnung des menschlichen Zusammenlebens, wie sie totalitäre Staaten nicht kennen.

Die Beeinträchtigung dieser demokratischen Grundordnung ist das eigentliche Ziel der Extremisten von rechts und links. Sie zu beobachten ist daher eine besonders wichtige Aufgabe des Verfassungsschutzes.

7.4 Arbeitsweise des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz ist im wesentlichen ein Nachrichtendienst. Er besitzt keine polizeilichen Befugnisse.

Verfassungsschutz und Polizei sind in der Bundesrepublik Deutschland organisatorisch getrennt. Erscheint dem Verfassungsschutz aufgrund seiner Erkenntnislage ein polizeiliches Eingreifen erforderlich, so unterrichtet er die Polizeibehörden von seinen Beobachtungen. Diese entscheiden dann in eigener Verantwortung, ob und welche Maßnahmen zu treffen sind.

Der Verfassungsschutz sammelt in Erfüllung seines gesetzlichen Auftrages Auskünfte, Nachrichten und sonstige Unterlagen über die zu beobachtenden Bestrebungen und Tätigkeiten und wertet sie aus. Auch ein Nachrichtendienst nutzt dabei überwiegend die offenen Quellen, d.h. die allen zugänglichen Erkenntnismöglichkeiten. Dies sind insbesondere Zeitungen und Zeitschriften, Flugblätter, Programme, Broschüren und sonstiges Material extremistischer Organisationen, mit denen diese ihre Vorstellungen propagieren und für ihre verfassungsfeindlichen Ziele werben.

Die auf diese Weise gewonnenen Erkenntnisse reichen jedoch allein nicht aus, um ein objektives und zuverlässiges Bild über die tatsächlichen - oft geheimgehaltenen - Planungen und Gefährdungen zu erhalten.

Um auf diesen Feldern zu fundierten Erkenntnissen zu gelangen, ist der Verfassungsschutz befugt, Methoden einzusetzen, die der geheimen, vom Betroffenen nicht

wahrnehmbaren Nachrichtenbeschaffung dienen.

7.5 Nachrichtendienstliche Mittel der Informationsbeschaffung

Die allen Verfassungsschutzbehörden eingeräumte Befugnis zum Einsatz von Mitteln zur heimlichen Informationsbeschaffung ist die Konsequenz ihres im Grundgesetz beschriebenen Auftrags, Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes abzuwehren. Der Verfassungsschutz hat - quasi zum Ausgleich - keine exekutiven Befugnisse wie die Polizei (z.B. Durchsuchungen, Beschlagnahme, Verhaftung usw.). Das nordrhein-westfälische Verfassungsschutzgesetz die nachrichtendienstliche Mittel abschließend auf:

- Einsatz von Vertrauensleuten, sonstigen geheimen Informanten, zum Zwecke der Spionageabwehr überworfenen Agenten, Gewährspersonen und verdeckten Ermittlern;
- Observation;
- Bildaufzeichnungen (Fotografieren, Videografieren und Filmen);
- verdeckte Ermittlungen und Befragungen;
- Mithören ohne Inanspruchnahme technischer Mittel;
- Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel;
- Beobachtung des Funkverkehrs auf nicht für den allgemeinen Empfang bestimmten Kanälen sowie die Sichtbarmachung, Beobachtung, Aufzeichnung und Entschlüsselung von Signalen in Kommunikationssystemen;
- Verwendung fingierter biografischer, beruflicher oder gewerblicher Angaben (Legenden);
- Beschaffung, Erstellung und Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen;
- Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz;
- weitere vergleichbare Methoden, Gegenstände und Instrumente zur heimlichen Informationsbeschaffung, insbesondere das sonstige Eindringen in technische Kommunikationsbeziehungen durch Bild-, Ton- und Datenaufzeichnungen.

Alle genannten Mittel stellen einen nicht unerheblichen Eingriff in grundrechtlich geschützte Positionen der Betroffenen dar und müssen stets unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit geprüft werden.

Enttarnung eines V-Mannes des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes

Der Einsatz von Vertrauensleuten (V-Leute) rückte Mitte 1994 in die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, als ein V-Mann des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes im Prozeß gegen die mutmaßlichen Brandstifter von Solingen enttarnt wurde. Schon lange vorher waren in der Presse Vermutungen verbreitet worden. Am 3. Juni 1994 räumte der V-Mann auf die Frage des Vorsitzenden des 6. Strafsenats des Oberlandesgerichts Düsseldorf, ob er als Zeuge einer Aussagebeschränkung unterliege, wahrheitsgemäß ein, eine Verpflichtungserklärung unterschrieben zu haben. Seine Tätigkeit als V-Mann war damit offenkundig.

Das nordrhein-westfälische Innenministerium legte am 9. Juni 1994 eine Dokumentation über den Einsatz des V-Mannes mit Schwerpunkt gegen die Nationalistische Front (?) des Meinolf Schönborn in den Jahren 1992/1993 vor. Aus der Dokumentati-

on ergab sich, daß es keinerlei Zusammenhänge zwischen der Tätigkeit des V-Mannes und dem Brandanschlag in Solingen gab, was auch durch die Ermittlungen des Generalbundesanwalts bestätigt wurde.

Die Darstellung wurde auf Veranlassung des Landtags von einem unabhängigen Sachverständigen, dem Staatssekretär a.D. im Bundesministerium des Innern, Hans Neusel, überprüft.

Der "Neusel-Bericht" endet mit dem Abschnitt:

"Nach Maßgabe der 'Anmerkungen' zu den einzelnen Abschnitten der Dokumentation vom 9.6.1994 komme ich zu dem Ergebnis, daß die Auswertung der einschlägigen Akten und Unterlagen der Abteilung VI des Innenministeriums, einschließlich der besonders geschützten Personalakten des V-Mannes, der Arbeitsakten und von Quellenmeldungen aus verschiedenen Bereichen, sowie die Ergebnisse der Gespräche mit in der Angelegenheit befaßten Mitarbeitern keine Anhaltspunkte für eine von dem Bericht des Innenministers in den parlamentarischen Gremien abweichende Sachdarstellung ergeben. Die Angaben zu der Person des V-Mannes, zu seinem Umfeld und zu seiner Tätigkeit entsprechen der Aktenlage und dem Wissensstand der beteiligten Mitarbeiter.

Es bleibt anzumerken, daß Teile der Sachdarstellung in der 'Dokumentation' sich auf nachrichtendienstlich gewonnene Erkenntnisse stützen, die im Einzelfall sorgfältig auf ihre Zuverlässigkeit geprüft werden müssen. Es ist nicht erkennbar, daß diese Prüfung im vorliegenden Fall fehlerhaft vorgenommen wurde."

Inzwischen hat der NRW-Verfassungsschutz auf Ersuchen des Oberlandesgerichts Düsseldorf umfassend Auskunft erteilt durch eine behördliche Erklärung, die Zeugenaussage eines leitenden Beamten und durch die Übermittlung einzelner erbetener Dokumente.

7.6 Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis

Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis werden vom Grundgesetz in Artikel 10 für unverletzlich erklärt. Die Ausgestaltung als Grundrecht macht deutlich, welch hohes Gewicht die Verfassung der Vertraulichkeit dieser Kommunikationswege zuerkennt. Allerdings läßt die Verfassung auch Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis zu, sofern ein Gesetz dies bestimmt. Ein solches Gesetz ist das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz), kurz: G 10. Es berechtigt auch die Verfassungsschutzbehörden, dem Brief- und Postgeheimnis unterliegende Sendungen zu öffnen und einzusehen sowie den Fernmeldeverkehr zu überwachen und aufzuzeichnen, wenn dies zur Abwehr von drohenden Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes erforderlich ist. Solche Beschränkungen dürfen nur bei tatsächlichen Anhaltspunkten für den Verdacht erfolgen, daß jemand bestimmte schwere und staatsgefährdende Straftaten plant, begeht oder begangen hat. Diese Einschränkung auf bestimmte, abschließend in § 2 G 10 aufgezählte Straftaten trägt der Schwere des Eingriffs des Staates in die Privatsphäre der Betroffenen Rechnung. Durch das Verbrechensbekämpfungsgesetz vom 28. Oktober 1994 (BGBl. 1994 I, Seite 3186) wurde der § 2 G 10 um ein Tatbestandsmerkmal erweitert. Danach sind Beschränkungsmaßnahmen auch dann möglich, *"wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, daß jemand Mitglied einer Vereinigung ist, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand*

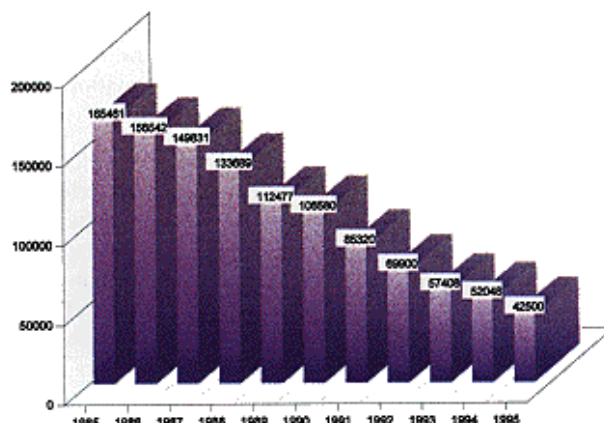
oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind."

Neben den genannten inhaltlichen Anforderungen sieht das nordrhein-westfälische Ausführungsgesetz zum G 10 verfahrensmäßige Schutzvorkehrungen vor. Es bedarf eines Antrages durch den Leiter der Verfassungsschutzabteilung an den Innenminister, der die Maßnahme anordnet. Bevor die Maßnahme durchgeführt werden darf, ist die Zustimmung einer vom parlamentarischen Kontrollgremium (?) für die Dauer der Wahlperiode des Landtags bestellten Kommission erforderlich, die über Zulässigkeit und Notwendigkeit der Maßnahme entscheidet. Diese sogenannte G-10-Kommission besteht aus insgesamt vier Mitgliedern, die nicht dem Landtag angehören müssen und die in ihrer Amtsführung unabhängig und Weisungen nicht unterworfen sind. Grundsätzlich darf erst mit der Ausführung der Beschränkungsmaßnahme begonnen werden, wenn die G-10-Kommission zugestimmt hat. In besondern Eilfällen kann es erforderlich sein, die Maßnahme vor der Entscheidung durch die G-10-Kommission zu beginnen. Sie ist in diesen Fällen schnellstmöglich zu informieren und entscheidet dann nachträglich. Sollte sie zu der Auffassung gelangen, die Beschränkungsmaßnahme sei nicht zulässig, hat der Innenminister diese unverzüglich aufzuheben. Die Anordnung ist immer auf drei Monate befristet. Sie kann im gleichen Verfahren verlängert werden.

7.7 Das Nachrichtendienstliche Informationssystem (NADIS)

Zur Erfüllung der Unterrichtungspflichten nach § 5 Bundesverfassungsschutzgesetz und zur eigenen Aufgabenerfüllung führen die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder das "Nachrichtendienstliche Informationssystem (NADIS)". NADIS ist ein automatisiertes Datenverbundsystem, d.h., jede Verfassungsschutzbehörde kann unmittelbar am eigenen Bildschirm Daten eingeben und abrufen. Es ist ein automatisiertes Hilfsmittel der Aktenregistratur (sog. Hinweisdatei). Es gibt die Aktenzeichen der vorhandenen Aktenbestände an und enthält zum Zweck der Zuordnung der Akten personenbezogene Grunddaten des Betroffenen, wie z.B. Namen, Vornamen, Geburtsort, Staatsangehörigkeit und Anschrift. Hat ein Teilnehmer des Verbundsystems weitere Informationen über eine Person zu beschaffen, deren Daten im NADIS gespeichert sind, so muß er auf konventionellem Weg, d.h. im Regelfall schriftlich, bei der aktenführenden Stelle nachfragen. Diese Stelle übermittelt aus den beigezogenen Akten Erkenntnisse, soweit dies rechtlich zulässig ist. Die aus NADIS ersichtlichen Angaben besagen nicht, daß es sich bei den betroffenen Personen um Extremisten, Terroristen oder gegnerische Agenten handelt. Bei NADIS handelt es sich daher nicht um eine "Verdächtigendatei". Die Speicherung einer Person in diesem System hat für den Betroffenen keinerlei diskriminierende Wirkung. Auch ist NADIS aufgrund seiner Konzeption nicht in der Lage, den "gläsernen Menschen" zu schaffen.

Entwicklung des NADIS-Datenbestandes - Speicherungen des Verfassungsschutzes NRW



Von Nordrhein-Westfalen waren am 1. Januar 1995 im NADIS 42.500 Personen gespeichert. Damit hat sich der NRW-Datenbestand vom 1. Januar 1985 (165.461 Personen) bis zum 1. Januar 1995 auf 25,7% des Bestandes von 1985 verringert. Der Rückgang ist das Ergebnis regelmäßiger Reinigungsaktionen, der politischen Veränderungen nach 1989 und strengerer Datenschutzvorschriften. Die Bereinigungen werden fortgesetzt.

7.8 Informationsaustausch und Weitergabe von Erkenntnissen

Die Sammlung und Auswertung von Informationen über verfassungs- und sicherheitsgefährdende Bestrebungen und geheimdienstliche Tätigkeiten sind kein Selbstzweck. Die Verfassungsschutzbehörde unterrichtet regelmäßig die Landesregierung und den Landtag über ihre Erkenntnisse. Die Unterrichtung der Öffentlichkeit dient der geistig-politischen Auseinandersetzung jedes einzelnen Bürgers mit extremistischen Bestrebungen und Gedankengut sowie der öffentlichen Diskussion.. Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen arbeiten die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder zusammen. Der Aufrechterhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie der inneren und äußeren Sicherheit dient die Unterrichtung der jeweils zuständigen Behörden, insbesondere der Polizei und der Staatsanwaltschaft. Andererseits ist der Verfassungsschutz auf die Erkenntnisse anderer Behörden angewiesen. Der Informationsaustausch zwischen den Behörden unterliegt jedoch strengen gesetzlichen Grenzen.

7.9 Verfassungsschutz durch Aufklärung - Öffentlichkeitsarbeit

Zu den Aufgaben des Verfassungsschutzes gehört auch die Unterrichtung der Öffentlichkeit, insbesondere durch den jährlich veröffentlichten Verfassungsschutzbericht, aber auch durch Informationsbroschüren, Vorträge und Ausstellungen. Um dem Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit noch besser gerecht zu werden, wurde der Umfang des Verfassungsschutzberichts über das Jahr 1993 gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Die hohe Nachfrage nach diesem Jahresbericht bestätigte die Einschätzung, daß beispielsweise bei Multiplikatoren in der politischen Bildungsarbeit, Behörden und Einzelpersonen ein großes Interesse an detaillierter Information über die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes besteht, nicht zuletzt auch an kommentierten Originaldokumenten. Erstmals wurde 1994 der Zwischenbericht des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes in größerer Auflage gedruckt und verbreitet, in dem über wichtige Ereignisse und Entwicklungen von Januar bis August 1994 berichtet wurde.

Weiterhin großes Interesse finden die Broschüren "Skinheads in Nordrhein-Westfalen" und "Autonome in Nordrhein-Westfalen".

Auch 1994 hielten Referenten des Verfassungsschutzes zahlreiche Vorträge. Überwiegend wurden Referenten zur Thematik "Rechtsextremismus" gewünscht, darüberhinaus aber auch zu Themen wie "Extremismus" und zu "Aufgaben des Verfassungsschutzes". Die Nachfrage von Schulen, Hochschulen, Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen, Vereinen und Verbänden nach solchen Vorträgen ist weiterhin hoch.

Als Antwort auf die Eskalation fremdenfeindlicher Anschläge besonders 1992 und 1993 haben die Innenminister von Bund und Ländern 1993 die Kampagne gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus gestartet.

Unter dem Motto "Fairständnis - Menschenwürde achten - gegen Fremdenhaß" beteiligte sich die nordrhein-westfälische Verfassungsschutzbehörde auch 1994 intensiv an dieser Kampagne. Insgesamt wurden über 7.000 Pakete mit neuen Informationsmaterialien an Schulen, Jugendeinrichtungen, Kommunen und Polizeibehörden versendet. Von der Möglichkeit, die Materialien nachzubestellen, wurde reger Gebrauch gemacht. Besonderes Interesse fanden:

- die in Zusammenarbeit mit der Stadt Solingen landesweit verbreitete Informationsmappe "Kopfschütteln verhindert keine Brände - Was tun" und 5 Plakatmotive. Die Mappe gibt konkrete Anregungen dafür, was jeder Mensch selbst tun kann, was in Familie, Schule, Firma und Verein gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus getan werden kann. Zwei der Plakatmotive sind diesem Verfassungsschutzbericht als Postkarten beigelegt;
- das Computerspiel "Dunkle Schatten", in dem der Spieler in die Haut des 16jährigen Schülers Karsten schlüpft, der einen Jugendtreff ausbauen will. Dabei hat er eine Fülle von Aufgaben zu bewältigen, bei denen er mit Gewalt und Fremdenfeindlichkeit konfrontiert wird. Mit dem Medium "Computerspiel" werden (nicht nur) Jugendliche zeitgemäß angesprochen und spielerisch zur Auseinandersetzung mit der Thematik Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus angeregt;
- das Jugendmagazin "basta" und die "Pädagogische Handreichung" dazu fanden positive Resonanz. Sie werden besonders von Schulen in großem Umfang nachbestellt.

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz setzt auch 1995 die "FAIRSTÄNDNIS"-Kampagne fort.



Cover des Computerspiels »Dunkle Schatten«



Mailbox bietet aktuelle Informationen

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit nutzt die Verfassungsschutzbehörde auch die moderne Kommunikationstechnologie: Ab April 1995 kann jeder Interessierte Kontakt mit der Mailbox des NRW-Verfassungsschutzes aufnehmen. Unter der Telefonnummer: 0211/135294 ist dann die "VS-Box" rund um die Uhr zu erreichen.

In der VS-Box stehen aktuelle Informationen zu Themen wie Rechts-, Links- und Ausländerextremismus oder über Aufgaben des Verfassungsschutzes zum Abruf bereit. Auch die Verfassungsschutzberichte 1993 und 1994 sowie der Zwischenbericht Januar bis August 1994 sind verfügbar.

Die "FAIRSTÄNDNIS"-Kampagne wird durch die VS-Box besonders unterstützt. Welche Materialien der Kampagne existieren, wo Veranstaltungen stattfinden, was be-

stellt werden kann ist in der VS-Box auf dem jeweils neuesten Stand zu erfahren. Besonders praktisch ist die on-line Bestellmöglichkeit: Wer nicht nur Dateien aus der VS-Box laden will, sondern auch Informationen in der Hand haben will, kann die Materialien des Verfassungsschutzes direkt über die Mailbox bestellen. Selbstverständlich wird kein User der Box registriert.

7.10 Kontrolle des Verfassungsschutzes

Rechtsstaatliche Verwaltung ist ohne politische und rechtliche Kontrolle nicht denkbar. Auch der Verfassungsschutz ist davon nicht ausgenommen.

Neben die allgemeine, außerordentlich wirksame Kontrolle durch die kritische Öffentlichkeit - vor allem verkörpert von den Medien - tritt die gesetzlich vorgesehene Kontrolle durch Parlament, Justiz, Landesrechnungshof und Datenschutzbeauftragten. Besondere Bedeutung hat dabei das parlamentarische Gremium des nordrhein-westfälischen Landtages, das die Landesregierung hinsichtlich der Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde kontrolliert. Zu diesem Zweck besitzt es einen Unterrichtsanspruch über die Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde und ein Akteneinsichtsrecht.

Das Kontrollgremium besteht aus acht Mitgliedern, die der Landtag aus seiner Mitte mit 2/3-Mehrheit wählt. Im Rahmen seiner Kontrollfunktion kann das Gremium auch Bürger hören, die sich mit Eingaben an die Verfassungsschutzbehörde gewandt haben.

Im Rahmen einer von der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen durchgeführten öffentlichen Anhörung am 14. November 1994 hat der Leiter des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, Dr. Fritz-Achim Baumann, zu der Frage, ob der Verfassungsschutz demokratisch kontrollierbar ist, folgende 20 Thesen vorgetragen:

"Vorbemerkung

1. In der öffentlichen Diskussion über den Verfassungsschutz gibt es extreme Positionen. Gerade mit Blick auf den Rechtsextremismus wird gefordert, daß der Verfassungsschutz nahezu allwissend sein sollte, jede Informationslücke wird zur Bestätigung des Verdachts benutzt, er schau nicht genau genug hin. Gleichzeitig wird der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel kritisch gesehen, gar abgelehnt.

2. Verfassungsschutz ist sinnvoll und wirksam nur, wenn er nachrichtendienstliche Mittel einsetzen darf. Der Einsatz von Vertrauenspersonen (V-Leuten) ist risikobehaftet, aber steuerbar. Die parlamentarische Kontrolle ist möglich, sie funktioniert auch.

Warum Verfassungsschutz?

3. Der beste Schutz der Verfassung ist die lebendige Demokratie. Sie kann auch ohne Verfassungsschutzbehörde auskommen.

4. Eine Gesellschaft ohne Extremisten ist theoretisch vorstellbar, praktisch aber unbekannt. In unserer Republik gibt es Bestrebungen, die darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung ganz oder in wesentlichen Teilen zu beseitigen. Hierüber muß die Öffentlichkeit informiert werden. Das können private Einrichtungen tun, das können die Medien. Beide brauchen Zugänge zur Szene, also nachrichtendienstliche Mittel. Beide sind parlamentarisch nicht kontrolliert.

5. Das Grundgesetz hat aus geschichtlicher Erfahrung die wehrhafte Demokratie mit der 'Waffe' Verfassungsschutzbehörde ausgestattet. Es setzt nicht allein auf die gesellschaftlichen Kräfte.

6. Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es, extremistische Bestrebungen zu beobachten, die gewonnenen Erkenntnisse zu bewerten und Politik und Öffentlichkeit

darüber zu berichten. Verfassungsschutz kann Entwicklungstendenzen aufzeigen, aber nichts 'weissagen', schon gar nicht spontane Gewalt.

7. Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es nicht, Bestrebungen zu bekämpfen. Der Verfassungsschutz hat - auch aus geschichtlicher Erfahrung - keine Exekutivbefugnisse.

Nachrichtendienstliche Mittel

8. Sich für eine Verfassungsschutzbehörde entscheiden heißt, sich für nachrichtendienstliche Mittel zu entscheiden. Verfassungsschutz ohne nachrichtendienstliche Mittel müßte an der Oberfläche bleiben, käme an Kerninformationen nicht heran.

9. Nachrichtendienstliche Mittel sind nichts Ungesetzliches, das Verfassungsschutzgesetz sieht sie vor. Aber auch in diesem Bereich ist und bleibt der Verfassungsschutz an Recht und Gesetz gebunden. Wer nachrichtendienstliche Mittel der Presse und auch gesellschaftlicher Gruppen wie der Antifa gutheißt und nutzt, darf die auf gesetzlicher Grundlage eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel nicht als unmoralisch verwerfen.

10. Vertrauenspersonen, mit denen der Verfassungsschutz zusammenarbeitet, sind in der Regel Extremisten. Wer in der Szene nicht mitmacht, wird auch nicht eingeweiht. Wer nicht eingeweiht ist, kann nichts Interessantes berichten. Grenzen 'szenetypischen Verhaltens' sind nicht abstrakt definierbar. Jeder Einzelfall will für sich gesehen und gelöst sein.

11. Quellenschutz ist unabdingbar.

Parlamentarische Kontrolle

12. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz handelt rechtsstaatlich. Zweifel sind erlaubt, aber unbegründet.

13. Verfassungsschutz und Öffentlichkeit bilden eine Symbiose. Die öffentliche, parlamentarische Kontrolle sichert die Rechtsstaatlichkeit und ist Basis für das Vertrauen in rechtsstaatliches Handeln.

14. Kontrolle kann nicht bedeuten, daß der Verfassungsschutz jeden seiner Schritte für Jedermann transparent macht. Das wäre das Ende erfolgreicher nachrichtendienstlicher Arbeit. Bei Wahrung der Vertraulichkeit ist jedoch im Einzelfall auch Detailkontrolle möglich. Dies hat die Arbeit des vom Parlament eingesetzten neutralen Sachverständigen bewiesen.

Verfassungsschutz in Solingen

15. Zwischen dem Brandanschlag vom 29. Mai 1993 und dem V-Mann des Verfassungsschutzes besteht kein Zusammenhang.

16. Die Fixierung auf einen 'Rädelsführer', der junge Menschen verführt und angestiftet hat, ist Selbstbetrug. Sie soll ablenken von der schrecklichen Gewißheit, daß in unserer Gesellschaft ein fremdenfeindliches Potential nistet, das sich gelegentlich unerwartet und schrecklich manifestiert.

17. Der V-Mann hat die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden durch personenbezogene Hinweise unterstützt.

18. Der Wert eines V-Mannes mißt sich an der Aktualität seiner Informationen und an der Nachrichtenehrlichkeit. Was er berichtet hat, darf er vergessen. Archivieren können die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes mit ihren technischen Hilfsmitteln besser als ein V-Mann mit seinem Langzeitgedächtnis.

19. Langzeiterinnerungsvermögen und rhetorische Fähigkeiten sind bei einem V-Mann bedeutungslos. Wer einen V-Mann daran mißt, prüft die Flugtauglichkeit eines

Schiffes.

20. Ein V-Mann berichtet immer subjektiv die Fakten, die er erkannt hat und die Eindrücke, die er gewonnen hat. Sein Bericht ist ein Segment der Wirklichkeit. Andere erkennen und berichten andere Segmente. Das Bild ergibt sich aus der Gesamtschau."

7.11 Neufassung des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzgesetzes

Am 15. Dezember 1994 verabschiedete der nordrhein-westfälische Landtag ein neues Verfassungsschutzgesetz. Am 26. Januar 1995 ist das neue Gesetz über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NW) in Kraft getreten. Es löst das bestehende Verfassungsschutzgesetz aus dem Jahre 1981 ab, das nicht mehr den modernen datenschutzrechtlichen Anforderungen entsprach, die an ein Gesetz zu stellen sind, das in Grundrechte von Bürgern eingreift. Zum anderen war das nordrhein-westfälische Recht an die bundesgesetzlichen Vorgaben des Bundesverfassungsschutzgesetzes anzupassen.

Der wesentliche Inhalt des verabschiedeten Gesetzes ergibt sich aus der Rede des nordrhein-westfälischen Innenministers Dr. Herbert Schnoor anlässlich der Einbringung des Gesetzentwurfes in den Landtag:

"Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Seit dem Erlaß des ersten Verfassungsschutzgesetzes in Nordrhein-Westfalen vor mehr als zehn Jahren haben sich in weiten Bereichen von Politik und Gesellschaft nicht nur im nationalen Rahmen zum Teil dramatische Veränderungen vollzogen. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Zusammenbruch des sogenannten realen Sozialismus sind für unser Land zwar die kompakten und eindeutig ausgerichteten militärischen und geheimdienstlichen Bedrohungspotentiale aus dem Osten entfallen: auf der anderen Seite haben aber das Wiederaufleben eines chauvinistischen Nationalismus, eine europaweit sich verbreitende Fremdenfeindlichkeit und die Durchlässigkeit aller Grenzen auch für Extremisten aus aller Welt unseren demokratischen und sozialen Rechtsstaat vor neue schwierige Herausforderungen gestellt. Dem Verfassungsschutz als Teil des staatlichen Sicherungssystems obliegt es, im Rahmen unserer rechtsstaatlichen Ordnung und auf der Grundlage einer klar abgegrenzten Zuständigkeit den vielfältigen Gefahren des politischen Extremismus von Inländern wie von Ausländern wirksam zu begegnen.

Diesem Zweck dient der Ihnen vorliegende Entwurf eines neuen Landesgesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen. Gestatten Sie, daß ich hierzu einige wenige Bemerkungen mache:

1. Der Schwerpunkt des Verfassungsschutzes als gemeinsamer Aufgabe von Bund und Ländern liegt bei den Ländern. Ihnen, den Ländern, obliegt es in erster Linie, Informationen, Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen über verfassungsfeindliche, sicherheits- und bestandsgefährdende Bestrebungen zu sammeln, auszuwerten und weiterzugeben.

2. Der Bund hat von seiner Gesetzgebungsbefugnis im Rahmen des Bundesverfassungsschutzgesetzes vom 30. Dezember 1990 Gebrauch gemacht und dabei unter dem Gesichtspunkt der Zusammenarbeit Recht gesetzt, das auch für die Länder verbindlich ist. Diesen bundesrechtlichen Vorgaben trägt der Entwurf in vollem Umfang Rechnung, ist doch das Bundesgesetz unter maßgeblicher Mitwirkung der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zustande gekommen.

3. Ein besonderes Anliegen des Entwurfs ist wie beim Bundesgesetz der Daten-

schutz. Hier schafft der Entwurf unter Beachtung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung und des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit Transparenz. Die Aufgaben und die Befugnisse des Verfassungsschutzes und ihre Kontrolle werden eindeutig und normenklar geregelt.

4. Der Katalog der Bestrebungen, die der Beobachtung unterliegen, wird um Bestrebungen ergänzt, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung und das friedliche Zusammenleben der Völker richten. Durch die Beobachtung auch solcher Bestrebungen durch den Verfassungsschutz sollen die Beziehungen zu anderen Staaten vor Gefährdungen geschützt und das freie und friedliche Zusammenleben aller Bewohner unseres Landes gefestigt werden.

5. Die Befugnisse, die dem Verfassungsschutz zur Wahrnehmung seiner Aufgaben eingeräumt sind, werden nicht erweitert. Sie werden detaillierter als bisher geregelt, weil Bürger wissen müssen, welche Mittel unter welchen Voraussetzungen zum Schutz der Verfassung eingesetzt werden dürfen.

6. Für die Bürger ist darüber hinaus wichtig, daß jedem ein Auskunftsanspruch hinsichtlich der zu seiner Person gespeicherten Daten zusteht. Jeder kann ohne besondere Begründung eine solche Auskunft begehren. Die Versagungsgründe, die aufgrund besonderer Geheimhaltungsnotwendigkeiten bestehen, sind abschließend aufgezählt.

7. Besonderes Gewicht hat auch weiterhin die Unterrichtung von Landtag, Landesregierung und Öffentlichkeit. Hierzu enthält der Gesetzentwurf rechtliche Grundlagen. Der Auftrag zur Unterrichtung von Landtag und Landesregierung wird im Gesetz festgeschrieben.

8. Die Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde unterliegt der Kontrolle durch das parlamentarische Kontrollgremium. Die Rechte dieses Gremiums werden durch den Gesetzentwurf erweitert. Das parlamentarische Kontrollgremium soll unter anderem das Recht erhalten, Akten des Verfassungsschutzes einzusehen, wenn seinen Mitgliedern die Information durch die Landesregierung nicht ausreicht.

Meine Damen und Herren! Ich würde es begrüßen, wenn der vorliegende Entwurf in unserem Parlament die gleiche breite Zustimmung fände, die das weitgehend vergleichbare Bundesgesetz im Bundestag und im Bundesrat gefunden hat. Setzen wir mit der Bekundung gemeinsamer Entschlossenheit ein deutliches Zeichen gegen Gewalt und Intoleranz und für den Schutz eines Gemeinwesens, in dem Freiheit, Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit auch weiterhin oberste Prinzipien sind."

Diese Worte des Innenministers sind auch mit Blick auf das verabschiedete Gesetz noch aktuell. Der Gesetzentwurf hat im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens nur wenige Änderungen erfahren. Die vorgenommenen Änderungen waren geprägt von dem Gedanken, daß die Tätigkeit des Verfassungsschutzes einerseits dem Schutz unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und der Bewahrung der Freiheitsrechte jedes einzelnen dient, andererseits der Verfassungsschutz im Rahmen seiner Aufgabenwahrnehmung auch in Grundrechte Betroffener eingreift.

Zwei Punkte, die während der parlamentarischen Beratungen vertieft diskutiert wurden, seien in diesem Zusammenhang erwähnt.

In § 5 Abs. 2 enthält das VSG NW eine abschließende Aufzählung der dem nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz zustehenden nachrichtendienstlichen Mittel. In § 7 des Gesetzes ist geregelt, unter welchen - engen - Voraussetzungen nachrichtendienstliche Mittel eingesetzt werden dürfen. Es liegt auf der Hand, daß der Verfas-

sungsschutz in Wahrnehmung seiner Aufgaben in Teilen darauf angewiesen ist, Informationen mit solchen Mitteln zu erheben. Der Gesetzgeber hat sich hier für ein Höchstmaß an Transparenz und Klarheit der gesetzlichen Regelung entschieden, damit für jedermann ersichtlich ist, welche Mittel unter welchen Voraussetzungen zur Informationsgewinnung eingesetzt werden dürfen.

Eine wesentliche Rolle hat in den parlamentarischen Beratungen die Thematik des sogenannten "Lauschangriffes" gespielt. Es geht dabei um die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen das in einer Wohnung nicht öffentlich gesprochene Wort mit technischen Mitteln heimlich mitgehört oder aufgezeichnet werden darf. Mit Blick auf eventuelle Gefahren für hochrangige Rechtsgüter einerseits und die mit solchen heimlichen Aufzeichnungen andererseits verbundenen Grundrechtsbeeinträchtigungen der Betroffenen hat sich der Gesetzgeber in § 7 Abs. 2 für eine Regelung entschieden, die diesem Spannungsverhältnis Rechnung tragen soll:

Nur

- zur Abwehr einer gegenwärtigen gemeinen Gefahr
- oder einer gegenwärtigen Lebensgefahr für einzelne Personen

darf das in einer Wohnung nicht öffentlich gesprochene Wort mit technischen Mitteln heimlich mitgehört oder aufgezeichnet werden. In § 7 Abs. 2 Satz 3, Abs. 4 und 5 des Gesetzes sind weitere Vorkehrungen getroffen, die einen rechtsstaatlichen Einsatz dieses Mittels gewährleisten sollen: Der Innenminister ist über solche Maßnahmen unverzüglich zu unterrichten. Ebenso besteht eine Berichtspflicht gegenüber einer besonderen Kontrollkommission und dem Parlamentarischen Kontrollgremium. Dem Hauptausschuß des Landtages ist jährlich Bericht zu erstatten. Die auf diese Weise gewonnenen Informationen dürfen nur mit Blick auf bestimmte schwere Straftaten verwendet werden. Schließlich ist die Mitteilung solcher Maßnahmen an die Betroffenen nach Beendigung vorgesehen. Dieses auf den ersten Blick umständlich erscheinende Prozedere verdeutlicht die Absicht des Gesetzgebers, die sich gegenüberstehenden Rechtsgüter einer sachgerechten Abwägung zuzuführen.

Mit dem neuen Gesetz steht dem nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz eine normklare und transparente Rechtsgrundlage zur Verfügung, die auch in Zukunft eine effektive und rechtsstaatlich gesicherte Tätigkeit zum Schutz unseres freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates ermöglicht.

8 Abkürzungsverzeichnis

AA/BO	Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation
ADÜTDF	Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. - Türk-Föderation (sog. »Graue Wölfe«)
AIZ	Antiimperialistische Zelle
AMGT	Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa
ATIF	Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland
ATIK	Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa
BGH	Bundesgerichtshof
BWK	Bund Westdeutscher Kommunisten
DA	Deutsche Alternative
DAV	Deutscher Arbeitnehmer-Verband
DESG	Deutsch-Europäische Studiengesellschaft
DKEG	Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes e.V.
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DLVH	Deutsche Liga für Volk und Heimat
DMS	Deutscher Mailbox Service
DN	Deutsche Nationalisten
DSV	Deutscher Spielwarenversand
DVU	Deutsche Volksunion
ERNK	Nationale Befreiungsfront Kurdistans
EU	Europäische Union
FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
FDS	Freundeskreis Deutscher Sozialisten
FIS	Front Islamique du Salut - Islamische Heilsfront
FWG	Freie Wählergemeinschaft Düsseldorf e.V.
GdNF	Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front
GfP	Gesellschaft für freie Publizistik e.V.
HNG	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.
IG	Initiative Gesamtdeutschland
IMSV	Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung e.V. Bundesrepublik Deutschland
JN	Junge Nationaldemokraten
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
NADIS	Nachrichtendienstliches Informationssystem
NIT	Nationales Infotelefon
NF	Nationalistische Front
NL	Nationale Liste
NHB	Nationaldemokratischer Hochschulbund
NO	Nationale Offensive
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSDAP/AO	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation
PKK	Partiya Karkeren Kurdistane (Arbeiterpartei Kurdistans)
RAF	Rote Armee Fraktion

REP	Die Republikaner
RZ	Revolutionäre Zellen/Rote Zora
SAF	Sauerländer Aktionsfront
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
StGB	Strafgesetzbuch
TKP/ML	Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten
UFK	Freundeskreis Unabhängige Nachrichten
UN	Unabhängige Nachrichten
VSG	Verfassungsschutzgesetz
VSP	Vereinigte Sozialistische Partei
WJ	Wiking-Jugend